



Die Länder Europas

Zahlen und Fakten zur sozialen Sicherung



Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen – z. B. der/die Bürger/in – verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.



Die Länder Europas

Zahlen und Fakten zur sozialen Sicherung

4. überarbeitete Auflage Dezember 2017



Einleitung	4
Europa im Überblick	9
Union der Vielfalt	10
Sprachen	12
Die Amtssprachen der EU	14
Die großen Sprachgemeinschaften	18
Die Arbeitssprachen in der EU	19
Alte Kultursprachen	20
Politische Systeme	22
Geografie	23
Berge	24
Meere und Seen	24
Flüsse	25
Natürliche Ressourcen	26
Zugehörige Staatsgebiete	27
Die Länderkürzel	29
Mitgliedschaften	31
Ökonomie	34
Wirtschaftskraft	36
Arbeitslosigkeit	38
Bevölkerungsstruktur	41
Bevölkerungsdichte	42
Kommunikation	45
Internetzugang	48
Regelmäßige Internetnutzung	48
Internet unterwegs	51
Die Länder Europas im Vergleich	53
Fakten und Zahlen im Überblick	54
Belgien	56
Bulgarien	66
Dänemark	76

Deutschland	86
Estland	100
Finnland	110
Frankreich	120
Griechenland	130
Irland	140
Italien	150
Kroatien	160
Lettland	170
Litauen	180
Luxemburg	190
Malta	200
Niederlande	212
Österreich	222
Polen	232
Portugal	244
Rumänien	254
Schweden	264
Slowakei	274
Slowenien	284
Spanien	294
Tschechien	304
Ungarn	314
Vereinigtes Königreich	324
Zypern	336

Die Europäische Union 347

EU-28 348

Institutionen der EU 354

Die Europäische Kommission 356

Zeittafel der Europäischen Union 360

Anhang 374

Links 374

Impressum 389

Einleitung

Heute betrachten die Menschen Europa unter verschiedenen Perspektiven, darin unterscheidet sich in einer globalen Welt auch unser Kontinent nicht von anderen. Viele sehen ein Europa, das ihnen Sorgen bereitet. Sie sehen ein Europa, in dem ein wirtschaftliches Nord-Süd-Gefälle herrscht, in dem die Arbeitslosenzahlen, insbesondere in den südlichen Ländern, trotz einer teilweisen Konsolidierung immer noch zu hoch sind. Die Menschen erleben, dass Europa in der Flüchtlingskrise nicht mit einer Stimme spricht, und dass einige, die vor allem zu den jüngeren Mitgliedern der Europäischen Union gehören, ihren Beitrag zur Bewältigung dieser Aufgabe nicht leisten wollen. Nach dem Brexit-Referendum verhandelt das Vereinigte Königreich seit dem Frühsommer 2017 über die Bedingungen eines Austritts aus der Gemeinschaft. Auf etlichen Feldern des täglichen Lebens mangelt es an der Umsetzung bürgernaher Strukturen und Entscheidungen. Das vor allem nimmt der kritische Blick der Bürger auf Europa wahr.

Aber daneben steht auch die Anerkennung für die Leistungen und Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses. Die Völker in der EU leben seit mehr als 70 Jahren in Frieden miteinander, und immer mehr Menschen schätzen den europäischen Zusammenschluss als Garant dieses Friedens. Sie leben heute selbstverständlich in einer Union, die ihnen Freizügigkeit garantiert, auf einem Kontinent ohne sichtbare Grenzen, in dem die Menschen sich näher sind als je zuvor in der Geschichte. Und gerade in Phasen der Krise und der großen gemeinsamen Aufgaben, die noch zu bewältigen sind, besinnen sich die Europäer auch wieder verstärkt darauf, was die Europäische Union für sie bedeutet. Sie sehen, was dieses Europa in ihrem täglichen Leben bewirkt – und wie wichtig ein Zusammenstehen der EU-Mitglieder gerade in Zeiten der Krise ist.

Beide Perspektiven gehören zusammen. Europa ist kein fertiges Gebilde, sondern eine Gemeinschaft, die auf dem Weg in eine Zukunft der Einheit wie der gegenseitigen Anerkennung bleibt. Der Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union, den sich die Mehrheit der Menschen wünscht, muss weiter gestaltet werden, zugleich muss sie aber auch regionale Besonderheiten und Traditionen stärken: Vielfalt und Besonderheit, Tradition und

Individualität sollen gerade das Zusammenwachsen der Völker in Europa betonen. Wenn dieser Prozess fortgesetzt wird, wächst auch die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur europäischen Einigung. Und so können auch überflüssige bürokratische Verfahren und Regelungen abgebaut werden, die viele immer noch als Hindernis auf dem Weg zur weiteren Annäherung der Völker Europas empfinden.

Die EU hat in der Wahrnehmung ihrer Bürger auf diesem Handlungsfeld gerade in jüngster Zeit den richtigen Weg eingeschlagen. Nach einer Eurobarometer-Umfrage vom August 2017 ist bei aller Kritik an einzelnen Prozessen und Entscheidungen die Zustimmung zur Europäischen Union im vergangenen Jahr stetig gewachsen. Eine Mehrheit der Bürger sieht die Zukunft der EU positiv. Insgesamt 56 Prozent der Befragten äußern sich heute optimistisch. Das ist ein Anstieg um sechs Prozent gegenüber dem Herbst 2016. Nach Angaben der EU-Kommission ist die deutlichste Zunahme mit 55 Prozent in Frankreich zu verzeichnen, das sind 14 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. In Dänemark beurteilten 70 Prozent der Befragten die Zukunft der EU positiv, 13 Prozent mehr als 2016, in Portugal 64 Prozent, ein Plus von 10 Prozent. In Deutschland äußerten sich 59 Prozent der Teilnehmer positiv zur Entwicklung der Union, 9 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Auch das Vertrauen zur Europäischen Union nimmt weiter zu und liegt im Sommer 2017 durchschnittlich bei 42 Prozent gegenüber 36 Prozent im Herbst 2016. Den größten Anstieg gibt es in Frankreich, und zwar um 15 Prozent auf jetzt 41 Prozent, in Dänemark um 11 Prozent auf 56 Prozent und in Estland um 11 Prozent auf 55 Prozent. Auch in Deutschland ist hier eine Zunahme um 10 Prozent auf 47 Prozent festzustellen.

Nach Jahren der Finanzkrise wächst auch die Zustimmung zum Euro wieder. In den 19 Staaten des gemeinsamen Währungsgebiets unterstützen 73 Prozent der Befragten die Gemeinschaftswährung; das ist der höchste Wert seit 2004. In Deutschland liegt die Zustimmung zum Euro nach den Umfrageergebnissen bei mehr als 80 Prozent. Der positive Blick auf das, was in Europa erreicht wurde, überwiegt bei den meisten seiner Bürger, auch wenn viele zum Teil gravierende Aufgaben anstehen und in naher Zukunft gelöst werden müssen.

Der gemeinsame Binnenmarkt der Europäischen Union ist heute mehr denn je die Basis einer fast uneingeschränkten Freizügigkeit der Menschen in Europa. Sie erstreckt sich nicht nur auf die Wirtschaft des Kontinents, sondern ebenso auf die Bereiche Arbeit und Soziales. Der „Arbeitsplatz Europa“ ist Realität für viele, und keineswegs nur jüngere Menschen. Kenntnisse der unterschiedlichen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Rechtssysteme sind daher für das Leben und Arbeiten in einem Europa der Freizügigkeit immer wichtiger.

In diesen Themenbereich bietet die interaktive Datenbank „Sozialkompass Europa“ einen tieferen Einblick. Sie wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) seit sechs Jahren im Internet und auf DVD veröffentlicht und kontinuierlich aktualisiert. In der Datenbank sind zahlreiche Detailinformationen zu den verschiedenen Bereichen der sozialen Sicherung aufbereitet, von Arbeit und Familienleistungen über Alter, Krankheit, Pflege und Behinderung bis hin zu sozialen Notlagen, um nur einige zu nennen.

Der Vergleich der sozialen Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird dann aussagekräftig, wenn die Daten und Fakten zu diesem Kernthema der europäischen Realität im Zusammenhang mit den allgemeinen historischen, kulturellen, geografischen, politischen und ökonomischen Kennzahlen betrachtet werden. Zugleich lässt sich nachverfolgen, wie sich gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen in den Systemen der sozialen Sicherung der einzelnen Länder widerspiegeln.

Die vorliegende Publikation bietet daher grundlegende Informationen zu jedem der 28 EU-Mitgliedstaaten. Schon diese begrenzte Auswahl von Daten und Fakten kann uns ein Land näherbringen. Vor allem bilden die Kennzahlen zu den einzelnen Staaten auch den Hintergrund, vor dem die verschiedenen Sozialsysteme und ihre gelebte Wirklichkeit in den EU-Mitgliedsländern greifbar werden und eingeordnet werden können. Die Publikation „Die Länder Europas“ ist daher auch besonders für den Einsatz in den Bereichen Bildung und Weiterbildung gedacht.







Europa im Überblick

Ein Streifzug über die Hügel der Wachau, eine Wanderung durch die schottischen Highlands oder die italienischen Alpen, ein Städtetrip nach Paris, Prag oder Berlin, ein Urlaub im polnischen Masuren – Europa bietet unzählige Facetten, die alle zusammen die Lebensqualität unseres Kontinents ausmachen. Dies gilt für die landschaftliche Vielfalt und die wirtschaftlichen Schwerpunkte ebenso wie für das soziale Europa.

So wie die Europäische Union sich entwickelt hat, haben sich auch ihr kultureller Reichtum und ihr wirtschaftliches Potenzial weiter entfaltet. Die Betrachtung wichtiger Eckpunkte und Kennzahlen der verschiedenen Länder der Europäischen Union ist zugleich eine Einladung, die Vielfalt unseres Kontinents anschaulich zu erfahren und näher kennenzulernen.

Kultur, Sprache, geografische Struktur, politisches System und vor allem die wirtschaftlichen Basisdaten eines jeden Landes prägen auch seine soziale Realität. Europa ist ein Kontinent der Vielfalt und gleichzeitig der individuellen Besonderheiten. Daher ist der Blick auf jedes einzelne Mitgliedsland wichtig, um das gegenwärtige Europa der 28 und seine zukünftigen Perspektiven und Herausforderungen besser zu verstehen.

Union der Vielfalt

Die Europäische Union ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Sie hat seit 2013 insgesamt 28 Mitglieder. Heute leben mehr als 500 Millionen Menschen in den Mitgliedstaaten der EU auf rund 4,3 Millionen km² Fläche. Sie alle wünschen sich für die eigene Zukunft und die der nachfolgenden Generationen ein Leben in Frieden und Sicherheit.

Das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa ist Ausdruck ihres Zusammenwachsens nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber dies ist auch eine permanente Anstrengung für alle Mitglieder im Staatenbund. Gerade die Erweiterung der Europäischen Union um neue Länder am Anfang des 21. Jahrhunderts bedeutet für alle Seiten eine enorme Herausforderung und verläuft keineswegs immer spannungsfrei.



Die verschiedenen Kulturen und Traditionen der europäischen Nationen zeigen den großen Reichtum der Union. Sie machen es aber auch notwendig, gemeinsame Normen und Regeln im Zusammenleben der Völker und Mitgliedstaaten zu finden und zu etablieren. Diese Aufgabe, unterschiedliche politische Systeme, geografische, historische und wirtschaftliche Voraussetzungen ebenso wie Traditionen und Denkweisen zusammenzuführen, bestimmt den Alltag der Europapolitik.

Die Unterschiede der Traditionen, politischen Systeme, aber auch der ökonomischen Möglichkeiten und Gegebenheiten treten neben der Wirtschafts- und Finanzpolitik vielleicht in keinem anderen Politikbereich so deutlich hervor wie in der Sozialpolitik. Die sozialen Sicherungssysteme waren und sind in den einzelnen Ländern der Europäischen Union geprägt von gewachsenen Strukturen einerseits und von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung andererseits.

Dass wir Europa heute einen Kontinent der Vielfalt nennen, gilt auch für die sozialen Sicherungssysteme in den EU-Mitgliedstaaten. Denn das Zusammenwachsen der Länder bedeutet nicht den Verlust ihrer Besonderheiten und Traditionen, ihrer Geschichte und Stärken, sondern eine Harmonisierung ihrer Entwicklung. So kann das tägliche Leben in den Mitgliedstaaten transparenter und einfacher werden. Daher ist es ein Ziel der Europäischen Union, die unterschiedlichen Systeme des sozialen Schutzes und der sozialen Sicherung für die Menschen in Europa aufeinander abzustimmen.

Damit wir aber den Reichtum und die Vielfalt der Europäischen Union schätzen und bewahren, ist es vor allem wichtig, ihn zu kennen. Dieses Kennenlernen und der Austausch mit unseren Nachbarn ist eine entscheidende Grundlage für ein stetiges Zusammenwachsen, und dies bildet seit nunmehr rund 70 Jahren die Basis für das friedvolle Zusammenleben in Europa. Die Systeme der sozialen Sicherung haben insofern einen besonderen Stellenwert. Denn sie sind ein Indikator dafür, wo Europa heute steht, markieren sie doch seine historische Entwicklung und seine zukünftigen Aufgaben gleichermaßen.



Sprachen

Eine Reise durch Europa ist immer auch eine Sprachreise. Die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union lässt uns diese Vielfalt unmittelbar erleben: vom Urlaub über den längeren Aufenthalt in einem Nachbarland bis hin zum Leben und Arbeiten in einem der 28 EU-Mitgliedsländer. Die Nationalsprache eines Landes gehört zu den ersten und unmittelbaren Eindrücken, die man von Land und Leuten gewinnt.

Die Sprache, die in Europa von den meisten Menschen als Muttersprache gesprochen wird, ist das Deutsche. Fast 90 Millionen Menschen in der Europäischen Union sprechen Deutsch: in Deutschland 81,2 Millionen, in Österreich 8,6 Millionen. Hinzu kommen vor allem die deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien mit 76.300 Sprechern sowie die deutschsprachige Bevölkerung Luxemburgs, Südtirols und kleinere Sprachgruppen, zum Beispiel in Rumänien und Ungarn, deren Muttersprache das Deutsche ist.

Auf das Deutsche folgt die französische Sprachgruppe mit rund 70 Millionen Muttersprachlern. Zu den 64,3 Millionen Franzosen kommen noch die belgische Wallonie mit rund 4 Millionen französischen Muttersprachlern und die französischsprachige Bevölkerung Luxemburgs hinzu.

Knapp dahinter und damit auf Platz 3 liegt Englisch mit 64,9 Millionen Muttersprachlern im Vereinigten Königreich und 4,6 Millionen in der Republik Irland – der überwiegende Teil der gälischsprachigen Bevölkerung hat auch Englisch als Muttersprache – sowie Malta, wo Englisch die zweite Amtssprache ist. Insgesamt leben also rund 70 Millionen Menschen mit dieser Muttersprache in Europa.

Den vierten Platz bei den Muttersprachen in Europa belegt das Italienische mit etwa 61 Millionen Sprechern. Es folgen Spanisch mit 46,4 Millionen und Polnisch mit 38 Millionen Muttersprachlern. Niederländisch mit rund 23 Millionen Sprechern – davon 16,9 Millionen in den Niederlanden und rund 6 Millionen im belgischen Flandern – und Rumänisch (19,9 Millionen) schließen sich an.

Die Gruppe der Sprachen, die jeweils von rund 10 Millionen Menschen in Europa gesprochen werden, bilden fünf Sprachen: Griechisch mit 10,9 Millionen Muttersprachlern in Griechenland zuzüglich der griechischsprachigen Bevölkerung Zyperns (rund 778.000), Portugiesisch (10,4 Millionen), Tschechisch (10,5 Millionen), Ungarisch (9,9 Millionen) und Schwedisch ebenfalls mit rund 10 Millionen – 9,7 Millionen in Schweden und die Sprachminderheit in Finnland mit rund 290.000 Sprechern.






































Die Amtssprachen der EU

Insgesamt hat die Europäische Union heute 24 Amtssprachen. Neben den Sprachen mit der größten Verbreitung – Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Polnisch – prägen aber auch gerade die kleineren und weniger verbreiteten Sprachen Europas dessen kulturelle Vielfalt und Reichtum.


































Da sind die Nationalsprachen Bulgarisch, von 7,2 Millionen Menschen gesprochen, Dänisch mit 5,7 Millionen Sprechern, Finnisch (5,5 Millionen), Slowakisch (5,4 Millionen), Kroatisch (4,2 Millionen), Litauisch (2,9 Millionen), Slowenisch (2,1 Millionen), Lettisch (2 Millionen) und Estnisch (1,3 Millionen Sprecher). Weniger als eine Million Menschen haben im Europa der 28 Irisch, Maltesisch und Luxemburgisch als Muttersprache. Eine Besonderheit bildet die türkischsprachige Bevölkerungsgruppe auf Zypern.



































Die 24 Amtssprachen der EU-Länder

Sprache	Amtssprache in	Minderheitensprache in
Bulgarisch	 Bulgarien	 Griechenland  Rumänien  Slowakei  Ungarn
Dänisch	 Dänemark	 Deutschland
Deutsch	 Deutschland  Belgien  Luxemburg  Österreich	 Bulgarien  Dänemark  Estland  Frankreich  Italien  Kroatien  Lettland  Litauen  Polen  Rumänien  Slowakei  Slowenien  Tschechien  Ungarn
Englisch	 Irland  Malta  Vereinigtes Königreich	
Estnisch	 Estland	 Lettland
Finnisch	 Finnland	 Estland  Schweden
Französisch	 Frankreich  Belgien  Luxemburg	 Italien

16 Europa im Überblick

Sprache	Amtssprache in	Minderheitensprache in
Griechisch	 Griechenland  Zypern	 Bulgarien  Italien  Rumänien  Ungarn
Italienisch	 Italien	 Kroatien  Slowenien  Rumänien
Irish	 Irland	 Vereinigtes Königreich
Kroatisch	 Kroatien	 Italien  Rumänien  Slowakei  Slowenien  Ungarn
Lettisch	 Lettland	 Estland
Litauisch	 Litauen	 Lettland  Polen
Maltesisch	 Malta	
Niederländisch	 Niederlande  Belgien	
Polnisch	 Polen	 Lettland  Litauen  Rumänien  Slowakei  Tschechien  Ungarn

Sprache	Amtssprache in	Minderheitensprache in
Portugiesisch	 Portugal	 Spanien
Rumänisch	 Rumänien	 Bulgarien  Ungarn
Schwedisch	 Schweden  Finnland	 Estland
Slowakisch	 Slowakei	 Kroatien  Österreich  Polen  Rumänien  Tschechien  Ungarn
Slowenisch	 Slowenien	 Italien  Österreich  Ungarn
Spanisch	 Spanien	
Tschechisch	 Tschechien	 Kroatien  Österreich  Polen  Rumänien  Slowakei
Ungarisch	 Ungarn	 Kroatien  Österreich  Rumänien  Slowakei  Slowenien

Quelle:
Fischer Weltalmanach 2014



Die großen Sprachgemeinschaften

Fast 20 Prozent der EU-Bürger sprechen Deutsch als ihre Muttersprache. Deutsch ist damit die meistgesprochene Muttersprache in der EU. Weitere 14 Prozent der Europäer sprechen Deutsch als Fremdsprache.

Insgesamt über 30 Prozent der EU-Bürger sprechen also Deutsch – Rang 2 in der Liste der meistverbreiteten Sprachen in Europa. Davor steht Englisch, das mit 51 Prozent die meistgesprochene Sprache in der Europäischen Union ist. Davon sind allerdings „nur“ 14 Prozent Muttersprachler, und 38 Prozent sprechen Englisch als Fremdsprache: Rang 1 der Sprachverbreitung in Europa. Auf Rang 3 steht Französisch mit 14 Prozent Muttersprachlern und 14 Prozent Menschen, die Französisch als Fremdsprache beherrschen.

Diese sprachliche Vielfalt ist ein entscheidender Schlüssel zum wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum Europas. Einen Überblick gibt die tabellarische Aufstellung der Amtssprachen in der EU in diesem Kapitel.

Die Arbeitssprachen in der EU

Damit in den Institutionen der Europäischen Union möglichst effektiv gearbeitet werden kann, gibt es sogenannte Arbeitssprachen. Denn hier sitzen Vertreter aus 28 Nationen mit insgesamt 24 Amtssprachen zusammen. Die Institutionen der EU können dabei selbst festlegen, welche Regelung der Sprachenfrage sie praktizieren.

In den wichtigsten EU-Organen bedeutet dies: In der EU-Kommission werden alle Dokumente in den drei Arbeitssprachen Englisch, Französisch und Deutsch vorgelegt. Hier herrscht das sogenannte Dreisprachenregime. Bei internen Besprechungen dagegen hat sich Englisch als übliche Verkehrssprache durchgesetzt.

Im Rat der Europäischen Union dagegen gilt: Verhandlungen und Besprechungen auf Ministerebene werden immer in alle Amtssprachen übersetzt; im Ausschuss der Ständigen Vertreter gilt auch das Dreisprachenregime mit Englisch, Französisch und Deutsch.

Im Europäischen Parlament schließlich wird im Plenum und den Ausschüssen in alle und aus allen Amtssprachen der Union gedolmetscht. Sämtliche Dokumente werden zudem in allen Amtssprachen der Union vorgelegt. Der offizielle Verkehr des Parlaments mit den Mitgliedstaaten schließlich erfolgt in der jeweiligen Amtssprache des Staates.

Urteile des Europäischen Gerichtshofs müssen in alle Amtssprachen übersetzt werden. Die Europäischen Institutionen spiegeln eine Vielfalt wider, die bei 24 offiziellen Amtssprachen nicht immer leicht zu bewältigen ist.

Alte Kultursprachen

Der Sprachatlas Europas bietet darüber hinaus viele weitere Facetten. In zahlreichen kleinen und traditionsbewussten Gebieten werden auch die historischen Sprachen noch gesprochen, deren Fortbestand häufig durch die Dominanz der Nationalsprachen beziehungsweise Amtssprachen gefährdet war und ist: Baskisch, Bretonisch, Friesisch, Irisch, Samisch, Schottisch-Gälisch, Sorbisch und Walisisch sind nur einige Beispiele für die Vielfalt auch im Bereich der alten Kultursprachen.

Wer heute durch Europa reist, kann feststellen, welche Präsenz diese Sprachen wiedererlangt haben – nicht zuletzt durch die Regionalförderprogramme der Europäischen Union. Häufig machen zweisprachige Orts- und Straßenschilder in den Regionen auf ihre Existenz aufmerksam. Eigene Radio- und Fernsehprogramme – wie in Schottland BBC Alba, in Irland RTE, in Finnland Sámi Radio und in Frankreich TV Breizh – sind Zeugen dieser sprachlichen Vielfalt. Internetseiten, Zeitungen und Bücher erhalten ebenfalls die Tradition der alten Kultursprachen, vielerorts werden sie auch an den Schulen unterrichtet.





Politische Systeme

Die EU-Mitgliedstaaten sind sämtlich parlamentarische Demokratien beziehungsweise Republiken. Insgesamt sieben von ihnen sind zudem konstitutionelle Monarchien, 21 sind Präsidialrepubliken.

Monarchen als Staatsoberhaupt repräsentieren Belgien (König Philippe), Dänemark (Königin Margrethe II.), Luxemburg (Großherzog Henri), die Niederlande (König Willem-Alexander), Schweden (König Carl XVI. Gustav), Spanien (König Felipe VI.) und das Vereinigte Königreich (Königin Elizabeth II.). Die britische Monarchin ist die „dienstälteste“ Regentin Europas: Sie feierte am 6. Februar 2017 ihr 65. Thronjubiläum.

Mit einer einzigen Ausnahme dürfen die Bürger in allen EU-Ländern ab dem 18. Lebensjahr wählen, in Österreich bereits ab dem 16. Lebensjahr, Griechenland ab dem 17. Lebensjahr. In den vier EU-Staaten Belgien, Griechenland, Luxemburg und Zypern gilt sogar Wahlpflicht. Parlament und Staatsoberhaupt, sofern kein Monarch, werden in den Ländern unterschiedlich – für vier bis sieben Jahre – gewählt.

Geografie

Die EU-Mitgliedsländer differieren nicht nur nach Geschichte, Sprache und Kultur, auch nach geografischer Struktur und Fläche sind sie sehr unterschiedlich. Die Fläche zweier Staaten, nämlich Frankreichs (544.000 km²) und Spaniens (505.900 km²), beträgt jeweils mehr als eine halbe Million Quadratkilometer. Sie stehen damit an der Spitze Europas, gefolgt von Schweden (438.600 km²), Deutschland (357.400 km²), Finnland (338.400 km²), Polen (312.700 km²) und Italien (302.100 km²).

Das Vereinigte Königreich (248.500 km²), Rumänien (238.400 km²), Griechenland (132.000 km²) und Bulgarien (110.400 km²) bilden das das Mittelfeld, gefolgt von einer Gruppe von Ländern, deren Fläche unter 100.000 km² liegt. Sie reicht von Ungarn bis Malta. Zypern, Luxemburg und Malta haben weniger als 10.000 km² Landesfläche.



Berge

Viel anschaulicher als diese Zahlen ist jedoch die geografische Struktur der Länder: Berge, Küsten, Inseln, Flüsse und Seen haben großen Einfluss darauf, wie sich ein einzelnes Land geopolitisch und ökonomisch entwickelt hat.

Der höchste Berg der Alpen und zugleich Europas, der Mont Blanc mit 4.810 m, liegt zwischen Frankreich und Italien. Er trennt und verbindet die Länder nördlich und südlich der Alpen. Zwischen Chamonix auf französischer Seite und Courmayeur im Aostatal wurde 1965 ein Tunnel von 11,6 km Gesamtlänge eröffnet, der seither eine wichtige Verkehrsverbindung darstellt.

Der höchste Berg Bulgariens, der Musala, ist mit 2.925 m sieben Meter höher als der höchste Berg Griechenlands, der Mytikas im Olymp-Gebirge (2.918 m), und damit fast so hoch wie die Zugspitze (2.962 m). Die vier größten Gebirgsketten Frankreichs, des flächenmäßig größten EU-Staats, sind die Alpen, die Pyrenäen, das Zentralmassiv und die Vogesen.

Meere und Seen

Atlantik und Mittelmeer, Nord- und Ostsee, Irische See, Ägäisches und Ionisches Meer sowie das Schwarze Meer bilden die natürlichen Wassergrenzen des europäischen Kontinents. Zu Dänemark gehören rund 400 namentlich erfasste Inseln. Die Inselwelt Finnlands umfasst circa 180.000, die Schwedens sogar 221.800 Inseln. Die eindrucksvolle Seenlandschaft Finnlands zählt 187.888 Binnenseen. Auch Polen gehört mit 9.300 Binnenseen zu den seenreichsten Ländern der Erde.

Die zehn größten Meeresinseln Deutschlands sind – in der Reihenfolge ihrer Fläche – Rügen, Usedom, Fehmarn, Sylt, Föhr, Pellworm, Poel, Borkum, Norderney und Amrum. Rügen bildet mit 926 km² die Spitze, Amrum mit etwa 20,5 km² das Schlusslicht. Ein Viertel der Fläche der Niederlande liegt unter Normalnull. Insgesamt schützen rund 3.000 km Deiche das Land vor dem Meer.



Flüsse

Flüsse haben immer eine grundlegende Bedeutung für die ökonomische Entwicklung von Ländern. Sie waren von alters her auch in Europa natürliche Transportwege und haben gleichzeitig als vielgenutzte Wasserstraßen die Menschen und Kulturen der europäischen Länder zusammengeführt. Die längsten Flüsse im EU-Gebiet sind die Donau mit 2.860 km von der Quelle bis zur Mündung, der Rhein mit 1.233 km, die Elbe (1.094 km), die Weichsel (1.047 km), die Loire (1.012 km) und der Tajo (1.007 km).

Eine große Bedeutung für den Handel haben insbesondere auch Oder, Maas, Rhône, Ebro und Po mit einer Länge zwischen 1.000 km und 650 km. Sie dienen als wichtige europäische Verbindungsstraßen.

Natürliche Ressourcen

Die Vielfalt Europas spiegelt sich auch in der Vielfalt seiner natürlichen Ressourcen wider. Eisen, Kupfer, Kobalt, Zinn und Silber finden sich zum Beispiel im Erzgebirge zwischen Deutschland und Tschechien und prägen bis heute Landschaft und Menschen dieser Region. Ein weiteres Beispiel: Rund 58 Prozent des slowenischen Staatsgebiets sind heute bewaldet. Das Land steht damit unter den walddreichsten Ländern Europas an vierter Stelle. Der Wald ist in Slowenien ein großer Wirtschaftsfaktor und die Holzindustrie ein wichtiger Arbeitgeber.



In Schottland hat die Entdeckung der Erdölvorkommen vor der Küste das Land und seine Menschen verändert. Auch im Mittelmeerraum fehlt es nicht an natürlichen Ressourcen: Die Bezeichnung Kupfer ist abgeleitet vom Lateinischen *æes cyprum*, das heißt Erz aus Zypern. Auf Zypern wurde seit dem Altertum Kupfer abgebaut. Heute ist Marmor aus den Bergen Zyperns ein wichtiges Exportgut.

Diese Fakten und Zahlen illustrieren, wie Geografie, Geologie und natürliche Ressourcen die unterschiedlichen Lebensbedingungen der Menschen in den Ländern und Regionen der Europäischen Union beeinflussen. Es sind nur wenige Beispiele, die hier mehr oder weniger zufällig ausgewählt wurden. Doch schon dieser kurze Blick auf Europa zeigt: All diese Faktoren prägen die unterschiedliche Entwicklung der EU-Länder und damit auch ihre Sozialstruktur.

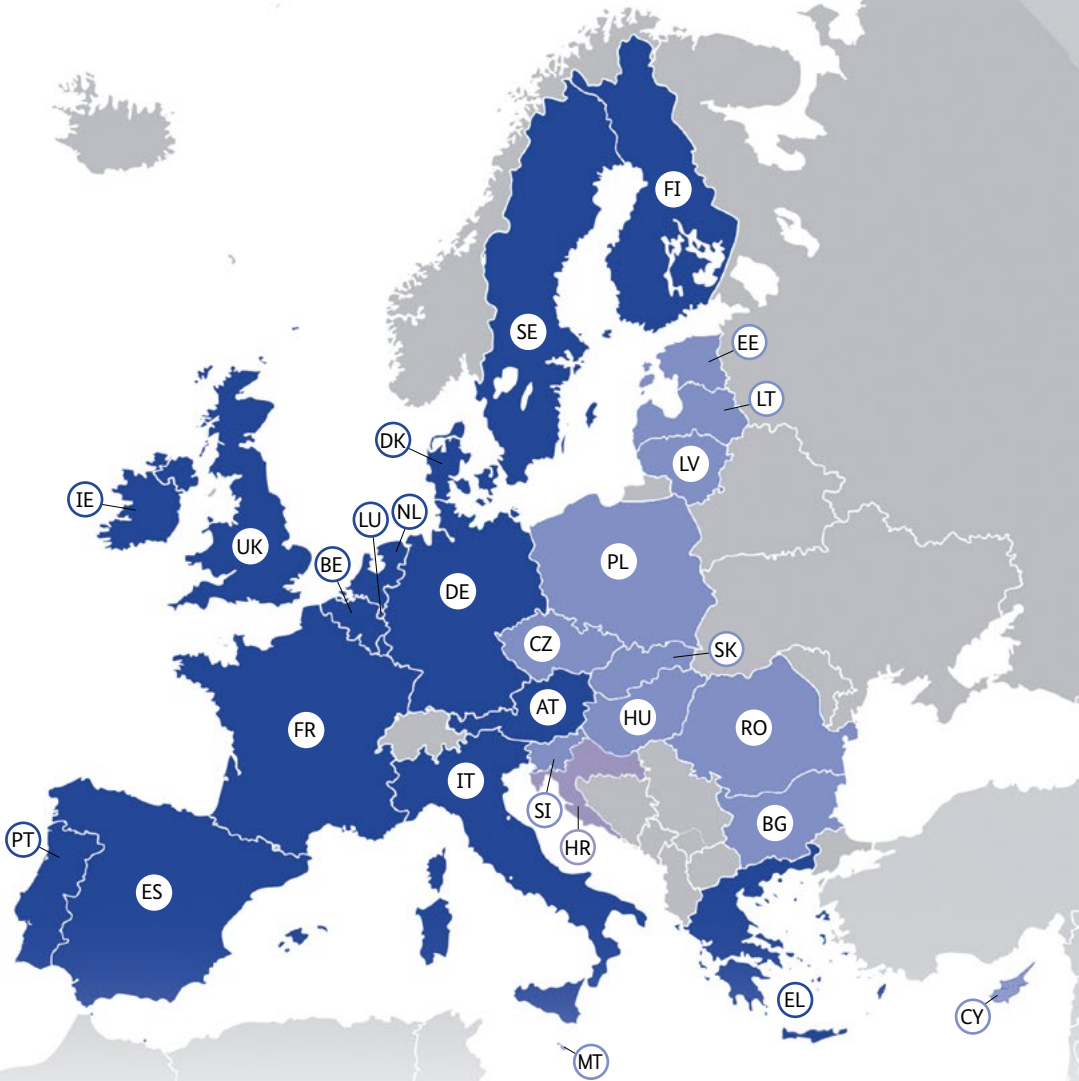
Zugehörige Staatsgebiete

Vor allem die ehemaligen Kolonialstaaten Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Spanien und Portugal haben bis heute Staatsgebiete, die außerhalb des europäischen Kontinents liegen. Zum Vereinigten Königreich gehören insgesamt 14 Überseegebiete, zum Beispiel Bermuda, die Britischen Jungferninseln, die Falkland-Inseln, die Kaimaninseln oder St. Helena.

Zum französischen Staatsgebiet gehören unter anderem Guadeloupe und Martinique in der Karibik, Französisch-Guyana in Südamerika, Réunion im Indischen Ozean und Saint-Pierre und Miquelon im Atlantik. Zu den Niederlanden gehören etwa die Karibik-Inseln Aruba, Curaçao und Sint Maarten. Die Azoren und Madeira vor der Küste Westafrikas gehören zu Portugal, zu Spanien die Balearen und Kanaren.





























EU-28

- EU-15
- Osterweiterung
2004 und 2007
- Beitritt Kroatien 2013



Die Länderkürzel

Die Namen der 28 EU-Mitgliedstaaten werden in den Tabellen dieser Broschüre wie folgt abgekürzt:

Kürzel	Land	Kürzel	Land
BE	 Belgien	MT	 Malta
BG	 Bulgarien	NL	 Niederlande
DK	 Dänemark	AT	 Österreich
DE	 Deutschland	PL	 Polen
EE	 Estland	PT	 Portugal
FI	 Finnland	RO	 Rumänien
FR	 Frankreich	SE	 Schweden
EL	 Griechenland	SI	 Slowenien
IE	 Irland	SK	 Slowakei
IT	 Italien	ES	 Spanien
HR	 Kroatien	CZ	 Tschechien
LT	 Litauen	HU	 Ungarn
LV	 Lettland	UK	 Vereinigtes Königreich
LU	 Luxemburg	CY	 Zypern

Quelle: <http://publications.europa.eu/code/de/de-370100.htm>































Mitgliedschaften

Die Länder der EU sind Mitglieder in den großen internationalen Staatenorganisationen. Auch diese Mitgliedschaften spiegeln die Geschichte und die individuelle Entwicklung eines jeden EU-Landes wider. Zum Zusammenschluss der sieben beziehungsweise 20 führenden Wirtschaftsnationen der Erde (G7 und G20) gehören Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich.

Alle 28 EU-Länder sind UNO-Mitglieder und in der OSZE, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. In der Nato sind 22 der 28 EU-Länder. Finnland, Irland, Malta, Österreich, Schweden und Zypern sind keine Nato-Mitglieder. Die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zählt bis auf Bulgarien, Litauen, Malta, Rumänien, Kroatien und Zypern alle anderen EU-Staaten zu ihren Mitgliedern. 2016 wurde Lettland als weiteres europäisches Land aufgenommen.

Mitgliedschaften der EU-Länder

	G7	G20	Nato	OECD	OSZE	UNO
 Belgien			•	•	•	•
 Bulgarien			•		•	•
 Dänemark			•	•	•	•
 Deutschland	•	•	•	•	•	•
 Estland			•	•	•	•
 Finnland				•	•	•
 Frankreich	•	•	•	•	•	•
 Griechenland			•	•	•	•
 Irland				•	•	•
 Italien	•	•	•	•	•	•
 Kroatien			•		•	•
 Lettland			•	•	•	•
 Litauen			•		•	•
 Luxemburg			•	•	•	•

	G7	G20	Nato	OECD	OSZE	UNO
 Malta					•	•
 Niederlande			•	•	•	•
 Österreich				•	•	•
 Polen			•	•	•	•
 Portugal			•	•	•	•
 Rumänien			•		•	•
 Schweden				•	•	•
 Slowakei			•	•	•	•
 Slowenien			•	•	•	•
 Spanien			•	•	•	•
 Tschechien			•	•	•	•
 Ungarn			•	•	•	•
 Vereinigtes Königreich	•	•	•	•	•	•
 Zypern					•	•

Ökonomie

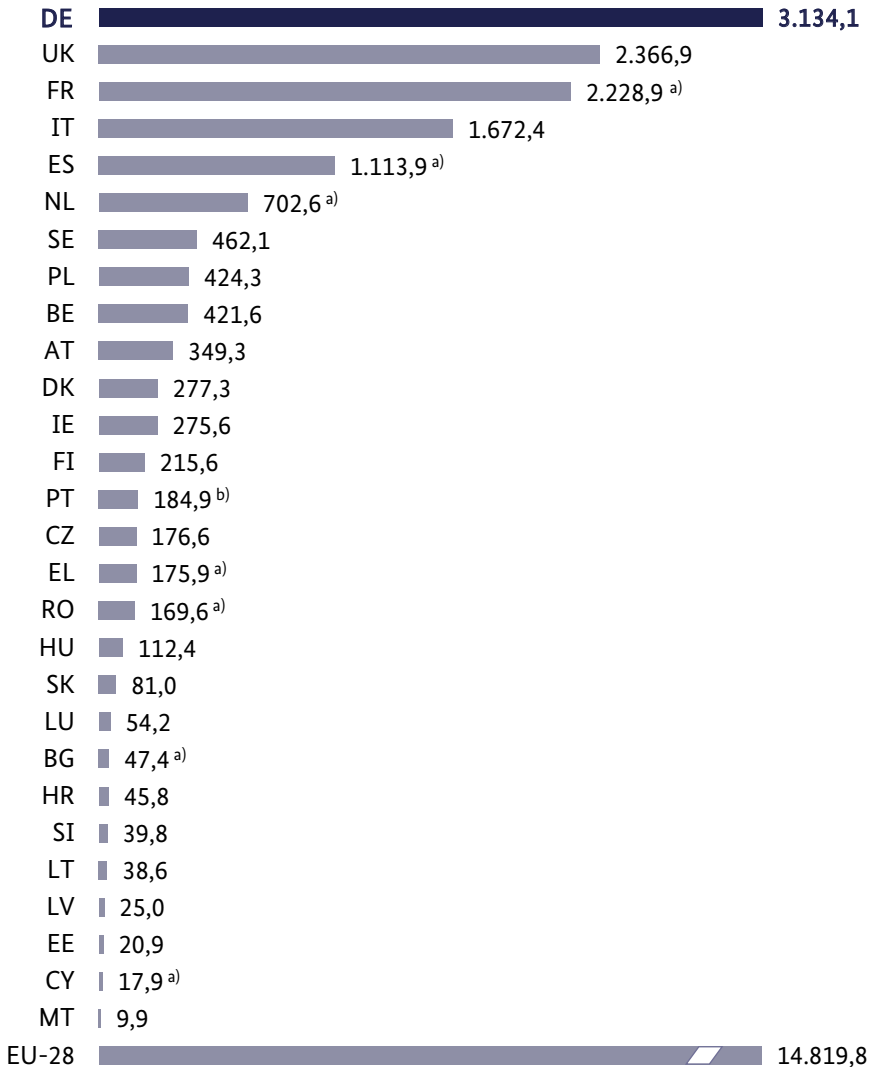
Europa repräsentiert einen Wirtschaftsraum von rund einer halben Milliarde Menschen. So unterschiedlich die Länder in Größe, Bevölkerung, natürlichen Ressourcen und technischem Know-how sind, so verschieden ist auch ihre wirtschaftliche Leistungskraft.

Das verdeutlicht ein Blick auf das Bruttoinlandsprodukt der EU-Staaten im Jahr 2016. Deutschland steht mit einem BIP von 3.134,1 Mrd. Euro an der Spitze. Es führt die Gruppe der Industrienationen an, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 2.366,9 Mrd. Euro, Frankreich mit 2.228,9 Mrd. Euro, Italien (1.672,4 Mrd. Euro) und Spanien (1.113,9 Mrd. Euro). Am Ende der Liste stehen die jüngeren und kleineren Mitglieder der EU: Litauen (38,6 Mrd. Euro), Lettland (25,0 Mrd. Euro), Estland (20,9 Mrd. Euro), Zypern (17,9 Mrd. Euro) und Malta (9,9 Mrd. Euro).



Bruttoinlandsprodukt EU-Staaten 2016

Mrd. Euro (in jeweiligen Preisen)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

Wirtschaftskraft

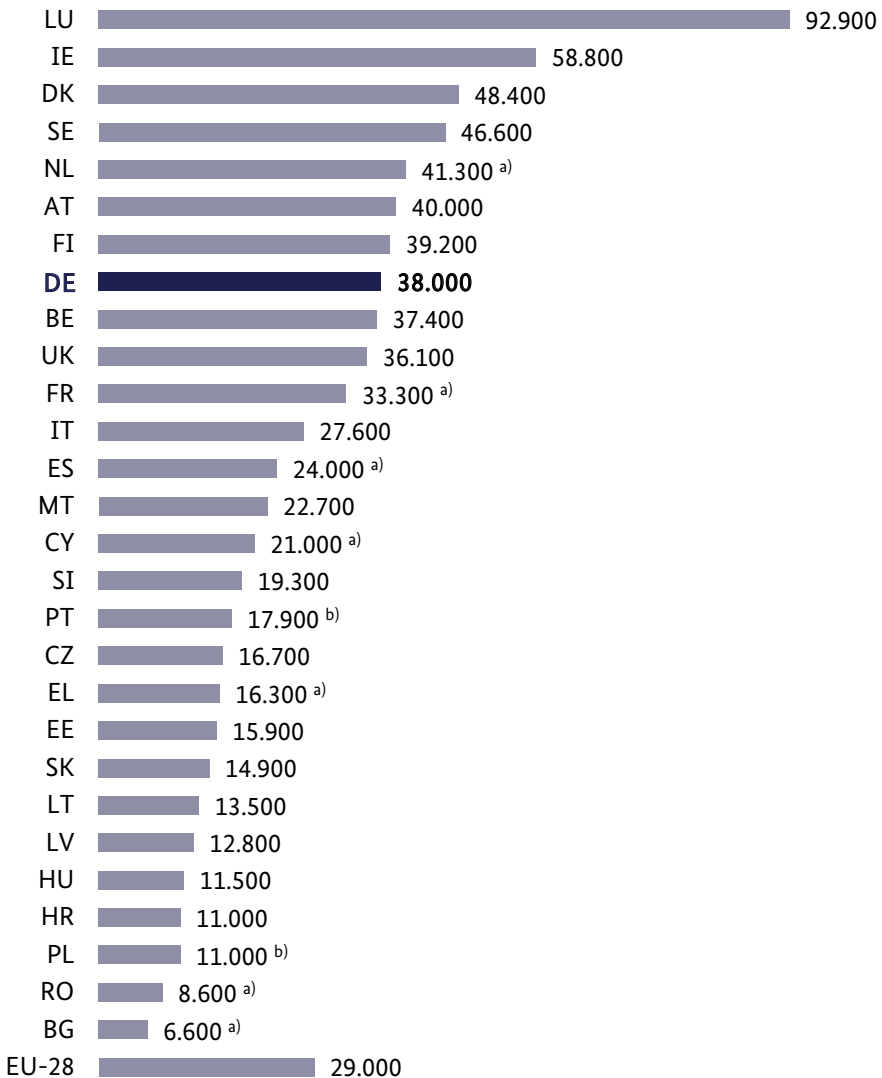
Eine andere Reihenfolge ergibt sich, wenn das BIP auf die pro Kopf erwirtschaftete Leistung umgerechnet wird: Luxemburg steht an der Spitze (92.900 Euro), gefolgt von Irland (58.800 Euro), Dänemark (48.400 Euro), Schweden (46.600 Euro), den Niederlanden (41.300 Euro), Österreich (40.000 Euro), Finnland (39.200 Euro) und Deutschland mit 38.000 Euro auf dem achten Rang. Dies gibt zugleich einen Hinweis auf die Leistungsfähigkeit der Länder der Spitzengruppe im Bereich der sozialen Sicherungssysteme.

Am Ende der Auflistung befinden sich auch hier jüngere Mitgliedstaaten der Europäischen Union: Litauen (13.500 Euro), Lettland (12.800 Euro), Ungarn (11.500 Euro), Kroatien sowie Polen (11.000 Euro), Rumänien (8.600 Euro) und Bulgarien (6.600 Euro).



Bruttoinlandsprodukt EU-Staaten pro Kopf 2016

in Euro



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

Arbeitslosigkeit

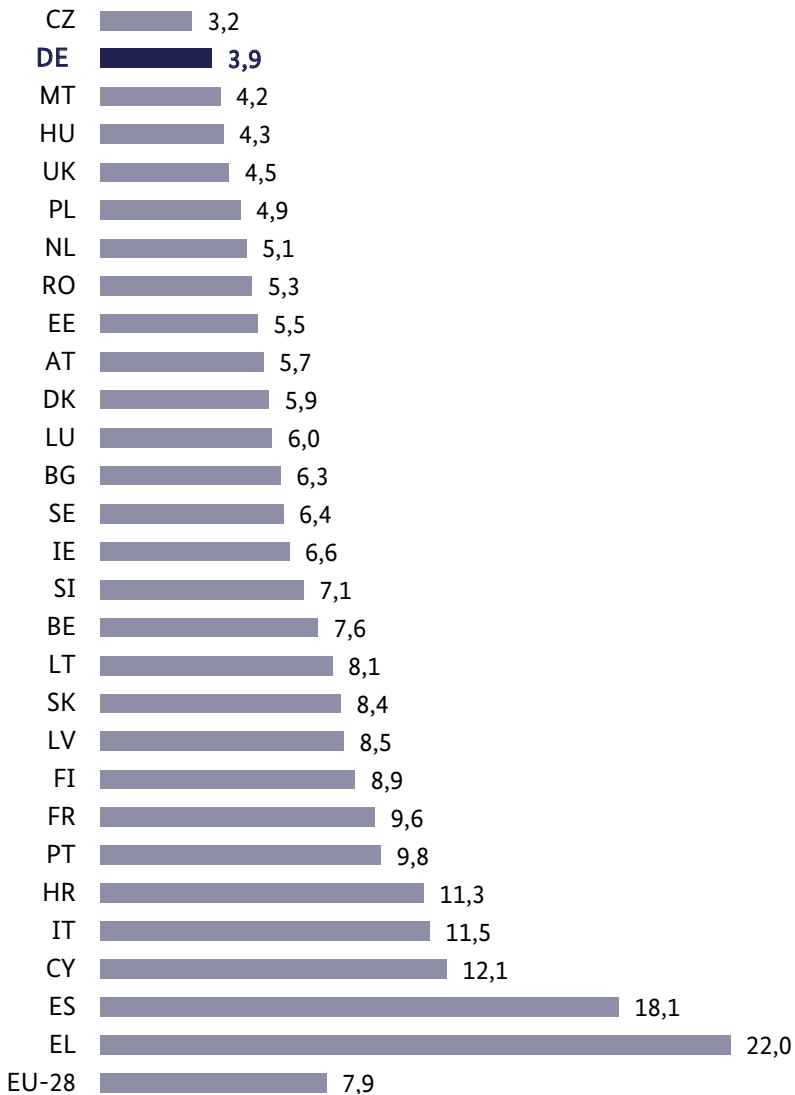
Auch die Arbeitslosenquote differiert im Europa der 28 deutlich. Die niedrigste Arbeitslosenquote von 3,2 Prozent hat Tschechien zu verzeichnen. Deutschland folgt im März 2017 mit 3,9 Prozent auf dem zweiten Platz, gefolgt von Malta mit 4,2 Prozent und Ungarn mit 4,3 Prozent.

Die Gruppe der Schlusslichter bilden hier Kroatien (11,3 Prozent), Italien (11,5 Prozent), Zypern (12,1 Prozent), sowie Spanien mit 18,1 Prozent und Griechenland mit 22,0 Prozent. Im Durchschnitt ihrer Mitgliedsländer hat sich die Arbeitslosenquote der EU im März 2017 mit 7,9 Prozent um einen Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr verbessert, sie liegt aber immer noch deutlich über den USA, wo 4,5 Prozent der Bevölkerung arbeitslos sind.

Die Erwerbslosenquote ist von der nach nationalen Kriterien festgelegten Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit abzugrenzen. Die Erwerbslosenquote wird in Deutschland vom Statistischen Bundesamt und für die EU von Eurostat nach den international vergleichbaren Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ermittelt (Labor-Force-Konzept). Sie wird hier zugrunde gelegt.

Arbeitslosigkeit gesamt – März 2017

in %

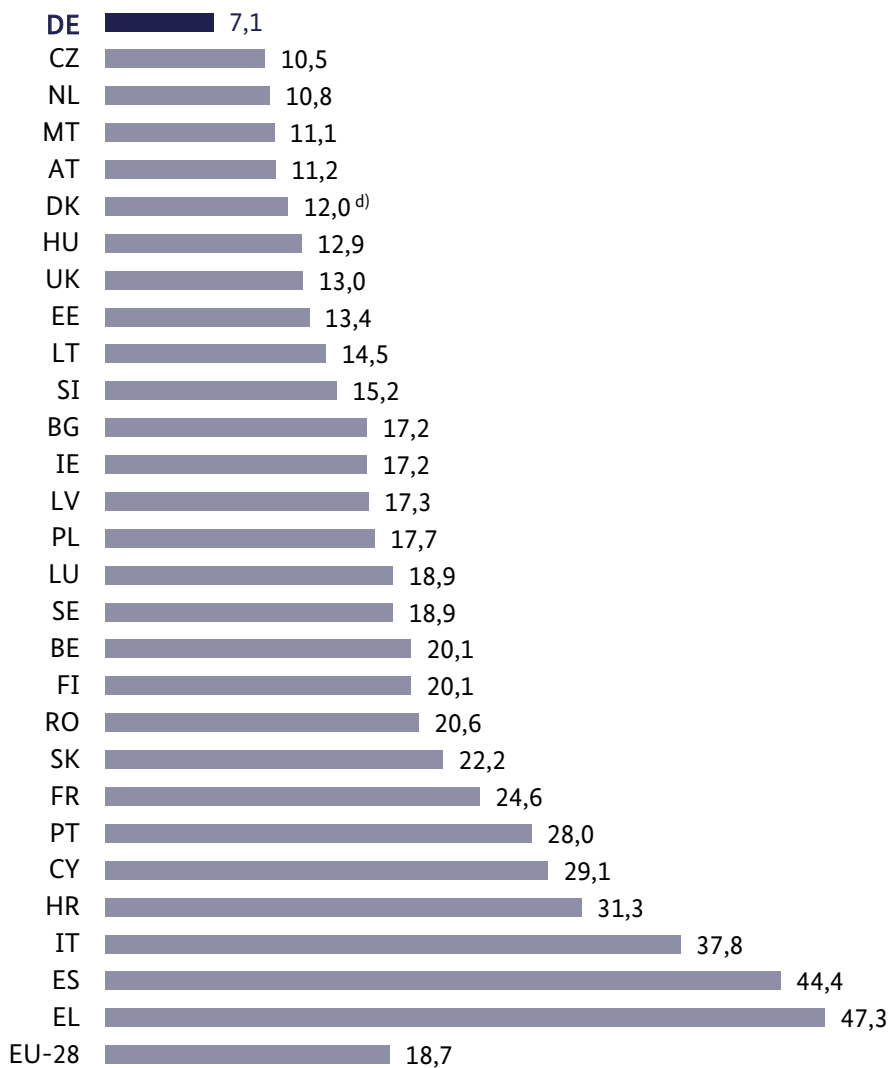


Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

Jugendarbeitslosigkeit 2016

in %



^{d)} Zeitreihenbruch
Stand: Juni 2017
Quelle: Eurostat



Bevölkerungsstruktur

In der Altersstruktur zeigen sich ebenfalls – wenn auch deutlich geringere – Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Betrachtet man die Bevölkerungsstruktur, so fällt auf, dass einige Länder eine besonders „junge“ Bevölkerung haben, zum Beispiel Irland.

In anderen Ländern hingegen, wie Deutschland und Italien, ist der Anteil der über 65-Jährigen besonders hoch. In Deutschland beläuft er sich 2016 auf rund 21 Prozent der Gesamtbevölkerung, in Italien sogar auf 23 Prozent. In der Gruppe der 0- bis 14-Jährigen liegt Irland an der Spitze. Diese Bevölkerungsgruppe macht in der Inselrepublik 22 Prozent aus.

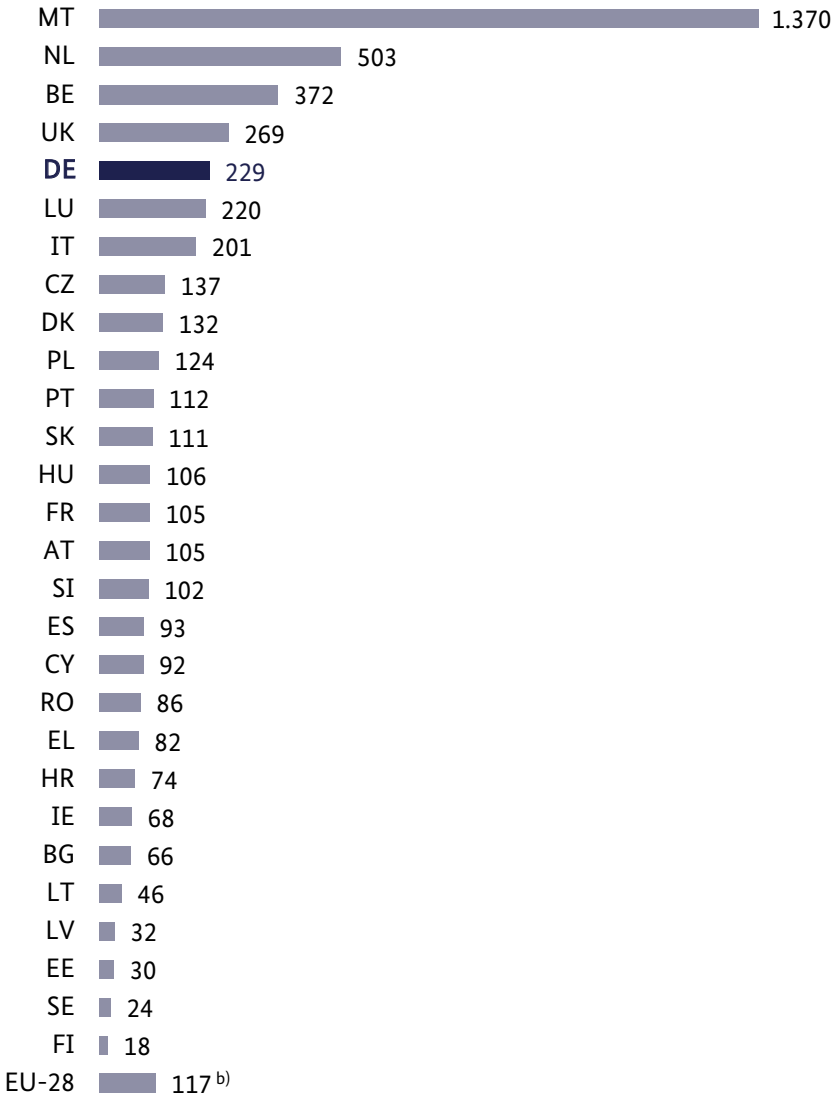
Bevölkerungsdichte

Viele der Aussagen, die sich über die Staaten Europas und ihre Bevölkerung treffen lassen, hängen mit Geografie und wirtschaftlichen Strukturen des jeweiligen Landes eng zusammen. Die Lage auf dem europäischen Kontinent, die Gestalt eines Landes mit seinen Bergen, Flüssen und Seen und die vorhandenen natürlichen Ressourcen spielen nicht nur für die Betrachtung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine Rolle, sondern genauso für die Entwicklung des jeweiligen Sozialsystems. Ein weiterer Faktor, der hier einbezogen werden muss, ist ein Vergleich der Bevölkerungsdichte.



Bevölkerungsdichte 2015

in Einwohner pro km²



^{b)} Geschätzter Wert
Stand: Juni 2017
Quelle: Eurostat

44 Europa im Überblick

Die Zahl der Einwohner pro Quadratkilometer fällt in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich aus: Im Jahr 2015 reichte sie von 1.370 Einwohnern pro Quadratkilometer im Inselstaat Malta bis zu 18 Einwohnern in Finnland. Malta nimmt mit deutlichem Abstand zum zweiten der Liste – den Niederlanden mit 503 Einwohnern pro Quadratkilometer – die Spitzenposition ein. Nach den Niederlanden folgt auf Platz 3 Belgien mit 372, das Vereinigte Königreich mit 269 und schließlich Deutschland mit 229 Einwohnern pro Quadratkilometer an fünfter Stelle.

Zu den am wenigsten dicht besiedelten Ländern mit einer Bevölkerungsdichte von unter 50 Einwohnern pro Quadratkilometer gehören Litauen mit 46, Lettland mit 32 und Estland mit 30, Schweden mit 24 Einwohnern pro Quadratkilometer noch vor Finnland.



Kommunikation

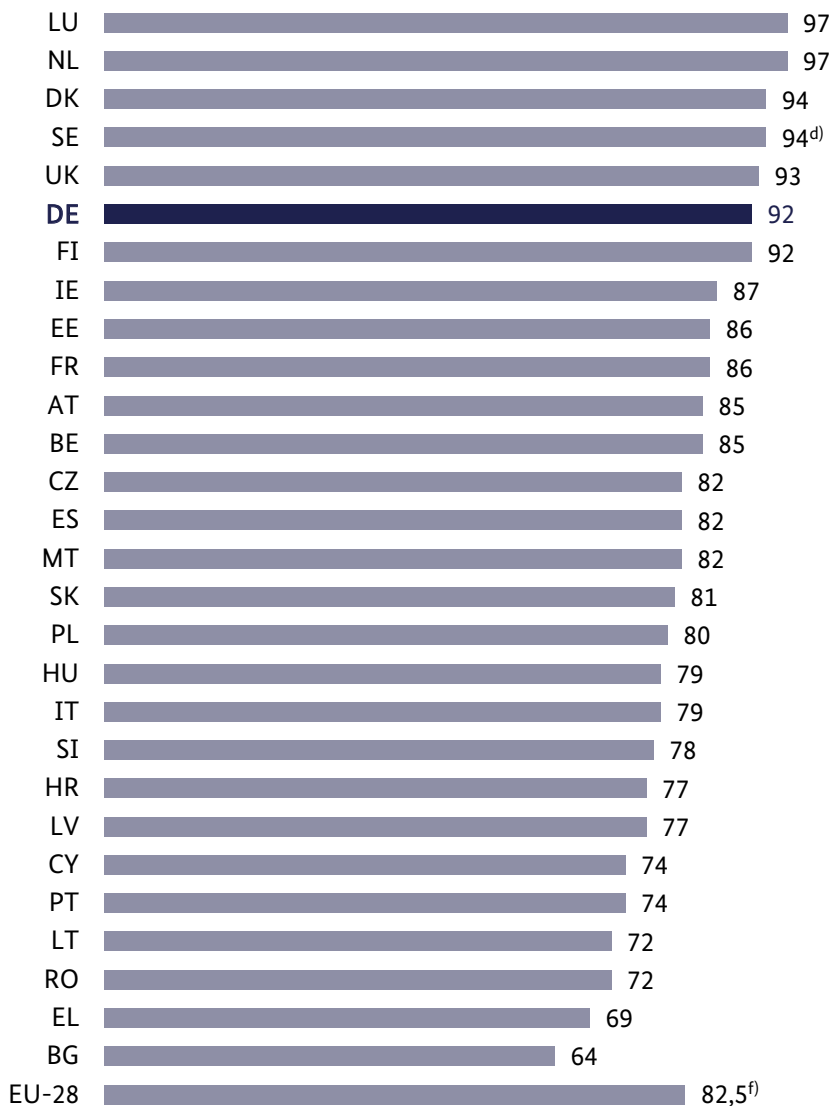
Surfen, chatten, telefonieren, online einkaufen gehören für viele Europäer heute zu den alltäglichen Aktivitäten, für die sie Informations- und Kommunikationstechnologien wie Computer, Laptops oder Smartphones nutzen. Die Menschen leben in einer digitalen Gesellschaft und verbringen einen großen Teil ihrer Zeit online. Dies gilt für die Arbeit, die Schule oder Universität, die Wohnung oder unterwegs gleichermaßen. Auf die digitalen Geräte ist oft angewiesen, wer mit Familie und Freunden Kontakt halten, sich Informationen zu den verschiedensten Themen beschaffen oder einfach nur einkaufen will.

Auch für die Wirtschaft sind die digitalen Kommunikationsmittel längst lebenswichtig. Denn immer häufiger werden Geschäfte auf elektronischem Weg gemacht. Das Internet ist der Eckpfeiler dieses Marktes. Es bringt weltweit Menschen und Unternehmen miteinander in Kontakt – ganz gleich, wo sie sich gerade aufhalten.

Schnelle Internetzugänge sind daher eine entscheidende Voraussetzung, um insbesondere ländliche Regionen nicht den Anschluss verlieren zu lassen. Sie fördern neben dem wirtschaftlichen ebenso den sozialen und kulturellen Zusammenhalt der Länder, vor allem, indem sie überall und jederzeit den Zugang zu Informations- und Bildungsangeboten ermöglichen.

Internetzugang 2016

in % der Haushalte



^{d)} Zeitreihenbruch

^{f)} Anhand der Eurostat-Angaben zu den Ländern von der Redaktion ergänzt
Stand: Juni 2017 | Quelle: Eurostat



Internetzugang

Wirft man einen Blick darauf, welche Länder besonders gut an das Internet angebunden sind, so zeigt sich, dass 2016 die Spitzengruppe mit dem höchsten Anteil der Haushalte mit Internetzugang von über 90 Prozent sieben Länder umfasst: Luxemburg und die Niederlande führen die Liste mit 97 Prozent an, gefolgt von Dänemark und Schweden mit je 94 Prozent, dem Vereinigten Königreich mit 93 Prozent und schließlich Deutschland und Finnland mit je 92 Prozent.

Bis auf die letzten sechs Länder in der Tabelle weisen immerhin insgesamt 22 EU-Mitgliedstaaten eine Abdeckung der Haushalte mit Internetzugängen von mehr als 75 Prozent auf. Und lediglich Griechenland mit 69 Prozent und Bulgarien mit 64 Prozent liegen im europäischen Vergleich noch unterhalb der 70-Prozent-Marke.

Im Jahr 2014 hatte dieser Wert demgegenüber noch in sieben Ländern unter 70 Prozent betragen. Bulgarien hat seither um 7 Prozent zugelegt, Rumänien, das 2014 noch mit 61 Prozent an zweitletzter Position stand, steigerte den Anteil der Haushalte mit Internet um 11 Prozent, Litauen um 6 Prozent und Portugal um 9 Prozent. Gerade diese Steigerungen zeigen, wie die Internet-Kommunikation auch und gerade in den wirtschaftlich schwächeren Staaten immer wichtiger wird.

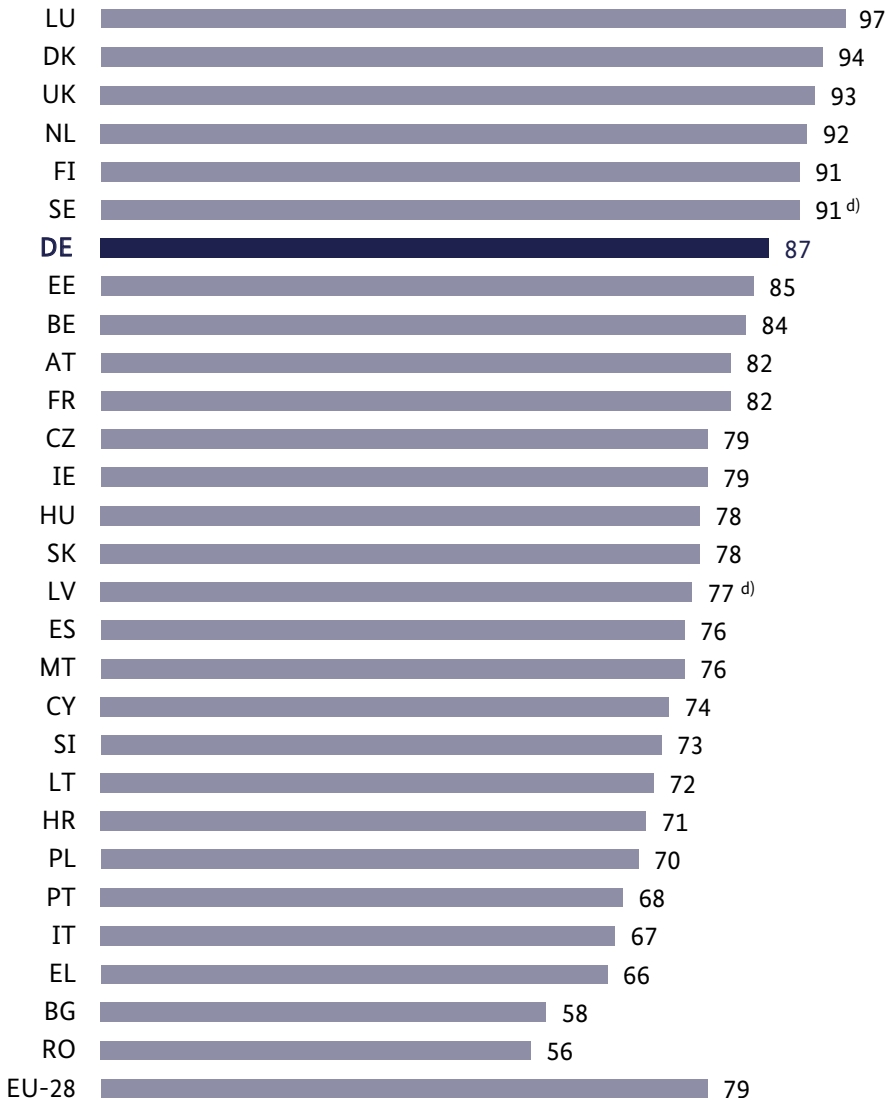
Regelmäßige Internetnutzung

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei den Nutzern zwischen 16 und 74 Jahren, die im Jahr 2016 in der EU regelmäßig online gingen. Die Spitzengruppe der Länder mit den regelmäßigen Internet-Usern bilden Luxemburg mit 97 Prozent, gefolgt von Dänemark (94 Prozent), dem Vereinigten Königreich (93 Prozent), den Niederlanden mit 92 Prozent und Finnland sowie Schweden mit je 91 Prozent. Es folgt sodann Deutschland mit 87 Prozent.

Am Ende der Skala bei der regelmäßigen Internetnutzung steht Rumänien mit 56 Prozent hinter Bulgarien mit 58 Prozent, Griechenland mit 66 Prozent, Italien mit 67 Prozent und Portugal mit 68 Prozent.

Internetnutzung 2016

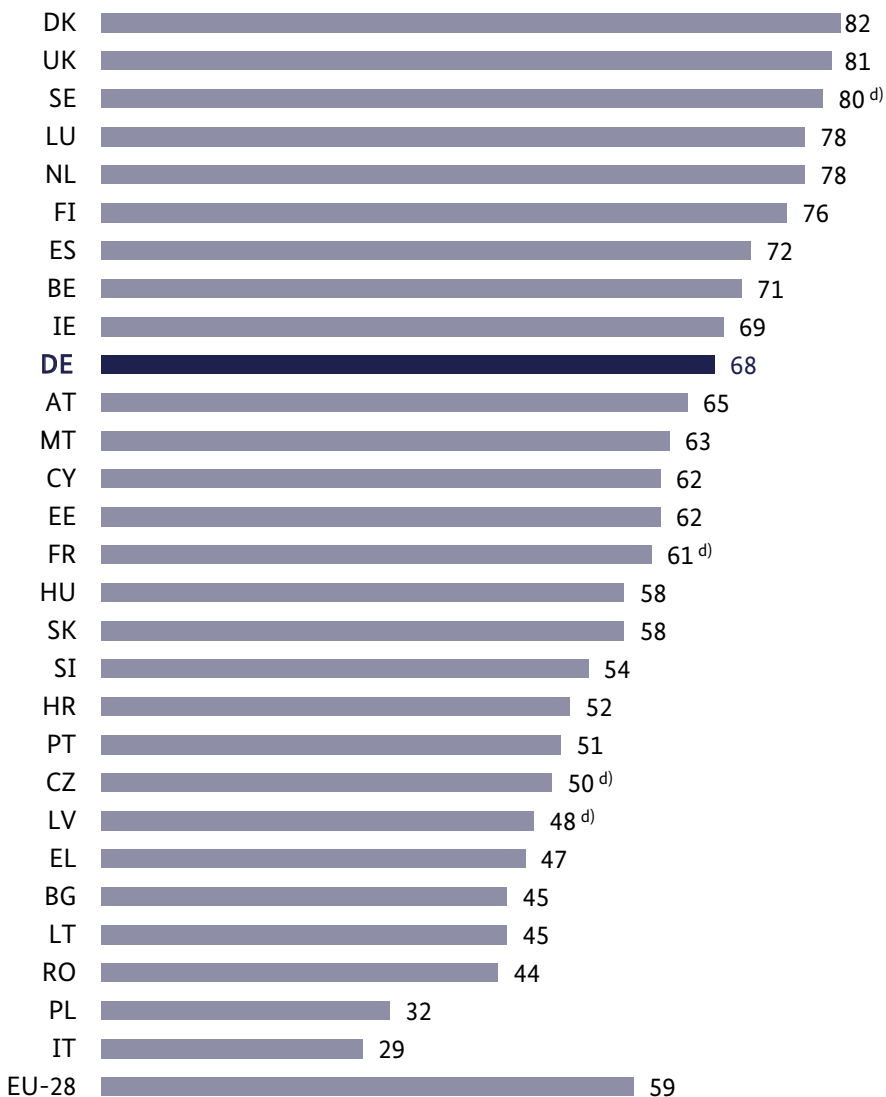
in % der Menschen von 16 bis 74 Jahren



^{d)} Zeitreihenbruch
Stand: Juni 2017
Quelle: Eurostat

Internet unterwegs 2016

in % der Menschen von 16 bis 74 Jahren



^{d)} Zeitreihenbruch
Stand: Juni 2017
Quelle: Eurostat

Aufschlussreich ist es auch, die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger zu betrachten, die 2016 online in Interaktion mit Behörden traten oder die sich im Web zu sozialen und politischen Themen geäußert haben. Schwerpunkte bei der Internet-Nutzung in den EU-Mitgliedstaaten waren vor allem die Bereiche Arbeitssuche und Online-Bewerbung sowie die Suche nach Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und schließlich nach Informationen zu Gesundheitsthemen. Hierzu bietet die Publikation „Europäische Sozialpolitik. Ein Wegweiser durch das Internet“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales weitere Zahlen und Fakten.

Internet unterwegs

Kommunikation per Internet ist längst nicht mehr auf die Wohnung, den Arbeitsplatz oder die Schule beschränkt. Sie findet dort statt, wo die Menschen sich aufhalten. Mobile Geräte mit drahtloser Internetverbindung sind selbstverständlich geworden. Es gibt viele Optionen, um ins Internet zu gehen, seien es Smartphones, Laptops, Tablets oder andere mobile Endgeräte, und oft werden mehrere verschiedene genutzt.

Die Europäer leben in einem Zeitalter der Mobilität und kommunizieren mobil. Leben und arbeiten heißt heute unterwegs sein, innerhalb eines Landes wie über Grenzen hinweg. Es bedeutet genauso, mobil zu kommunizieren beziehungsweise das Internet zu nutzen, und zwar von dort aus, wo derjenige gerade ist. Mobile Kommunikation und Internetzugänge sind die Schlüssel zum Leben und Arbeiten im Europa des 21. Jahrhunderts.

In Dänemark, dem Vereinigten Königreich und Schweden nutzten 2016 bereits 80 Prozent und mehr der Menschen zwischen 16 und 74 Jahren einen mobilen Zugang zum Internet von unterwegs. Dieser Anteil betrug in 15 der 28 EU-Mitgliedstaaten immerhin mehr als 60 Prozent. Deutschland lag dabei mit 68 Prozent an zehnter Stelle.

Lediglich bei sieben Ländern am unteren Ende der Tabelle entfielen auf diese Art der mobilen Kommunikation weniger als 50 Prozent; dies reicht von Lettland mit 48 Prozent bis zum Schlusslicht Italien mit 29 Prozent. Der EU-Durchschnitt lag 2016 bei 59 Prozent.



 **Lissabon** 1922 km

 **Madrid** 1447 km

 **Paris** 631 km

 **Budapest** 617 km

 **Sofia** 1200 km

 **Bratislava** 749 km

 **Wilna** 122 km

 **Ljubljana** 369 km

 **Wien** 406 km

 **Prag** 327 km

 **Kopenhamn** 1261 km

 **Warszawa** 1324 km

 **Bucarest** 800 km

 **Amsterdam** 674 km

 **Berlin** 2351 km

Die Länder Europas im Vergleich

So vielfältig die 28 EU-Länder sich auch in all ihren Kennzahlen präsentieren, so spannend ist es auch, sich mit ihrem Vergleich zu beschäftigen. Viele Faktoren, Kennzahlen und Entwicklungen prägen die heutige Gestalt, aber ermöglichen gleichzeitig einen Blick auf das zukünftige Potenzial der einzelnen Länder.

All dies führt dazu, dass in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach wie vor deutliche Unterschiede – auch und gerade im Bereich der sozialen Sicherungssysteme – festzustellen sind. Gleichzeitig wird aber im Ländervergleich deutlich, dass sich in den vergangenen Jahren zunehmend ein Prozess der Annäherung vollzogen hat und immer noch vollzieht. Er wirkt sich auch auf die soziale Sicherheit in Europa aus und schafft so eine wichtige Grundlage für das Europa der Zukunft, für Wohlstand und friedvolles Miteinander der Menschen auf unserem Kontinent.

Fakten und Zahlen im Überblick

Auf den folgenden Seiten werden umfangreiche Informationen zu allen 28 Ländern der Europäischen Union sowie der EU-28 selbst geboten. Jedes Land wird zunächst in einem mehrseitigen Porträt vorgestellt, das grundlegende Informationen zu Geschichte, Geografie, Kultur, Wirtschaft und sozialer Sicherung mit ihren Besonderheiten bietet.

Darauf folgen Angaben zum amtlichen Namen des Landes, zur Amtssprache, zur Hauptstadt, Einwohnerzahl, Bevölkerungsdichte und Währung sowie zur Internetadresse des Regierungsportals und zum Nationalfeiertag zu jedem einzelnen EU-Mitgliedstaat. Hier finden sich auch Daten und Fakten zu den Staats- und Regierungschefs, zum EU-Kommissar, den das Land stellt sowie der Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament.

Zur besseren Orientierung ist hier auch eine kleine Karte des Landes mit den wichtigsten Flüssen und dem Sitz der Landeshauptstadt abgebildet. Darunter befinden sich Informationen zu Fläche, Landesstruktur und Geografie. Es folgen Kennziffern zum politischen System, zur Bevölkerung, Mitgliedschaften, politische und wirtschaftliche Kennzahlen wie Bruttoinlandsprodukt, Jahresdurchschnittseinkommen, Arbeitslosenquote, Jugendarbeitslosigkeit und Bevölkerungsstruktur.

Schließlich wird auf einer weiteren Doppelseite jedes Land in Form von kurzen Vergleichstabellen eingeordnet: Ausgaben für den Sozialschutz, für Renten und für Gesundheitsversorgung werden ebenso genannt wie die Leistungen für die Bereiche Familie und Kinder sowie Invalide, die Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen und die Arbeitslosenquote. Das porträtierte Land wird dabei immer im Vergleich zu Deutschland und dem EU-Durchschnitt dargestellt.

Durch die grafische Aufbereitung der Daten ist der schnelle und einfache Vergleich der Zahlen möglich. Hier werden die Gesamtausgaben für den Sozialschutz im Jahr 2014 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu jeweiligen Preisen verglichen, aber auch pro Kopf der Bevölkerung in Kaufkraftstandards (KKS). KKS sind eine „Kunstwährung“, die Preisunterschiede zwischen den verschiedenen Ländern berücksichtigt und die Vergleichbarkeit der Daten verbessert.

Da die Zahlen und Fakten dieser Publikation im Rahmen der umfangreichen Datenbank Sozialkompass Europa online regelmäßig aktualisiert werden, liegt hier ein Überblick auf dem neuesten verfügbaren Informationsstand vor. Diese Broschüre eine aktuelle Quelle, die jedes Jahr verlässlich über Kerndaten der Sozialsysteme in den Ländern Europas informiert und diese einordnet.





BELGIEN

Geschichte

Belgien war 1957 eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG, einer der Vorläuferorganisationen der Europäischen Union. Mit Luxemburg und den Niederlanden gründete das Land 1958 zusätzlich die BeNeLux-Union, eine nochmals intensivierte Wirtschaftsgemeinschaft innerhalb der EWG. Die Hauptstadt Brüssel ist ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt für die Europa- und Weltpolitik. Das Europaviertel Leopold ist der Hauptsitz der Europäischen Union und der EU-Kommission. Auch die Nato hat ihren Sitz in Brüssel. Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben ebenfalls eine Vertretung in der belgischen Hauptstadt.

Im Laufe der Geschichte herrschten verschiedene europäische Großmächte über das Land. So beendete die französische Revolution 1795 nach 82 Jahren die Zugehörigkeit zu Österreich. Das Gebiet des heutigen Belgien wurde für zwei Jahrzehnte französisch, bevor es 1815 auf dem Wiener Kongress zusammen mit großen Teilen des heutigen BeNeLux-Raums zu den „neuen Niederlanden“ vereinigt wurde. Seit der Unabhängigkeit von den Niederlanden 1830 ist Belgien eine bundesstaatlich organisierte Erbmonarchie mit einem Zweikammerparlament.

Die ersten Grundlagen für ein System der sozialen Sicherung wurden bereits 1851 gelegt. In diesem Jahr wurden Versicherungsvereine offiziell als eine bestimmte Rechtsform anerkannt.

Geografie

Das Königreich Belgien liegt im Herzen der Europäischen Union. Der Großteil ist geprägt von flachem Ackerland und sanften Hügeln. Die Ardennen im Nordosten des Landes sind ein ausgedehntes Waldgebirge. Die abwechslungsreiche Landschaft ist bei Wanderurlaubern sehr beliebt. Die Mehrheit (98 Prozent) der Bevölkerung lebt in der Stadt und nur zwei Prozent auf dem Land.

Lösshaltiger Boden macht das Land sehr fruchtbar. Obwohl nur ein geringer Teil der Belgier in der Landwirtschaft tätig ist, kann sich das Land zu rund 80 Prozent selbst mit Lebensmitteln versorgen. Angebaut werden hauptsächlich Obst und Gemüse sowie Getreide und Kartoffeln. In den Ardennen und in Westflandern wird Viehzucht betrieben.

Politisch ist das Land dreigeteilt: Es besteht aus den Regionen Flandern (niederländisch), Wallonien (französisch) und der Region Brüssel (zweisprachig). Deutsch ist neben Französisch und Niederländisch die dritte Amtssprache, die jedoch nur im Osten Belgiens gesprochen wird.

Kultur

Durch die Dreiteilung des Landes spielt sich das kulturelle Leben in den unterschiedlichen Sprachräumen ab. Bis heute ist der Sprachgebrauch ein sensibles Thema in Belgien und führt immer wieder zu politischen Auseinandersetzungen. In allen Bereichen des Lebens ist der Sprachgebrauch gesetzlich geregelt. Daher gibt es in Belgien keine landesweiten Fernsehsender, Zeitungen oder andere Massenmedien. Mit Ausnahme der Königlichen Militärschule sind auch die Hochschulen im Land nur einsprachig.

Durch die verschiedenen kulturellen Einflüsse ist das Land kulinarisch sehr vielseitig. Anders als oft angenommen, stammen die weltbekannten Pommes Frites aus Belgien – und nicht aus Frankreich. Belgisches Bier, Waffeln

und Schokolade, insbesondere Pralinen, erfreuen sich ebenfalls internationaler Beliebtheit.

Gemessen an der Bevölkerungszahl hat das Land die größte Anzahl an Sterne-Köchen. Auch bei den Künsten hat Belgien viel zu bieten: Der Maler René Magritte ist weltweit bekannt für seine surrealistischen Bilder, Jacques Brel für seine melancholisch-kritischen Chansons und Adolphe Sax für die Erfindung des Saxophons.

Handwerkerzünfte hatten im 15. Jahrhundert weitreichende Mitspracherechte in der Stadtverwaltung Brüssels. Sie trafen sich in den zahlreichen Zunft- und Gildenhäusern rund um den Großen Markt in der Nähe des Rathauses. Viele dieser Häuser wurden im August 1695 durch französische Truppen zerstört, aber kurze Zeit später in aufwändigem Barockstil nachgebaut. Ihre Fassaden prägen noch heute das Bild des Marktplatzes, der in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen wurde.

Wirtschaft

Der Dienstleistungsbereich ist der wichtigste Wirtschaftssektor und generierte 2015 rund 77 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Obwohl die verarbeitende Industrie eine lange Tradition in Belgien hat, machte sie 2015 nur noch etwa 22,2 Prozent des BIP aus. Die wichtigsten Wirtschaftszweige Belgiens sind Pharmazie und Chemie sowie die Nahrungsmittelbranche. Die Landwirtschaft hatte 2015 einen Anteil am BIP von unter einem Prozent. Im europäischen Vergleich lag Belgien 2016 beim BIP pro Kopf mit 37.400 Euro auf Platz 9 direkt hinter Deutschland. Insgesamt betrug das BIP im selben Jahr knapp 422 Milliarden Euro, womit das Königreich auf dem neunten Platz lag. Deutschland ist der wichtigste Wirtschaftspartner Belgiens, vor Frankreich und den Niederlanden. Umgekehrt nimmt Belgien für Deutschland als Handelspartner Rang 11 ein. 2016 betrug die deutschen Ausfuhren nach Belgien 41,7 Milliarden Euro, die Einfuhren 37,9 Milliarden Euro.

An der rund 70 km langen belgischen Küste liegen mehrere bedeutende Häfen. Mit ihrer zentralen Lage in Europa sind sie ein wichtiger Umschlagplatz für die europäische Import- und Exportwirtschaft. Der Hafen von Antwerpen ist der zweitgrößte Seehafen Europas nach Rotterdam



(Niederlande) und vor Hamburg. Zeebrugge ist der weltweit größte Hafen für die Automobilindustrie. Die wichtigsten Handelspartner Belgiens sind Frankreich, Deutschland und die Niederlande.

Soziale Sicherung

Das Gesundheitssystem hat seine Anfänge in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, als sich Arbeiter zu sogenannten Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit (Mutuelle) zusammenfanden. Die Vereine hatten das Ziel, ihre Mitglieder gegen die Risiken von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder einer Behinderung zu schützen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden die kleineren Vereine in nationale Vereine zusammengefasst, basierend auf ihren politischen und ideologischen Zielen. Diese Versicherungsvereine existieren noch heute und

bilden die Grundlage des Gesundheitssystems. So gibt es eine christliche, neutrale, sozialistische und liberale Vereinigung. Zusätzlich gibt es noch einen Versicherungsverein für freie Berufe oder Berufsgruppen sowie einen Hilfsfonds für Menschen, die sich keiner der Gruppen zugehörig fühlen. Ein System zur Altersvorsorge wurde 1900 eingeführt und später in Teilen von Italien und Frankreich übernommen. Eine gesetzliche Absicherung bei Arbeitsunfällen folgte bereits 1903 und wurde 1927 durch ein Gesetz über Berufskrankheiten erweitert.

Ab 1920 gab es eine staatliche Subvention für die freiwillige Arbeitslosenversicherung. Heute ist die Arbeitslosenversicherung für alle Arbeitnehmer in Belgien obligatorisch. Die Beiträge werden zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt. Familienleistungen wurden im Jahr 1930 eingeführt und nach und nach allen Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Die Dreisprachigkeit des Landes hat dazu geführt, dass das Königreich Belgien heute ein Bundesstaat ist, der aus drei Gemeinschaften und drei Regionen besteht. Sie haben jeweils eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament. Die Zuständigkeit für die Systeme der sozialen Sicherung liegt jedoch auf Bundesebene.

Grundsätzlich finanziert sich die soziale Sicherung Belgiens durch einen sogenannten Globalbeitrag, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen. Neben diesem Grundbeitrag gibt es einen pauschalen Staatszuschuss und die Möglichkeit einer alternativen Finanzierung durch die Mehrwertsteuer. Eine Besonderheit ist, dass die Gesundheitsversorgung in Teilen durch Abgaben der Pharmaunternehmen auf bestimmte Produkte finanziert wird. Die Höhe dieser Abgaben richtet sich nach dem Umsatz der Pharmaindustrie auf dem belgischen Markt. Eine weitere Besonderheit weist das belgische System der Gesundheitsversorgung aufgrund der Vergangenheit als Kolonialmacht auf. So haben bestimmte Angehörige des früheren öffentlichen Dienstes in Afrika ein Anrecht auf Geld- und Sachleistungen.

Amtlicher Name:

Koninkrijk België (niederländisch)
 Royaume de Belgique (französisch)
 Königreich Belgien (deutsch)

Amtssprachen:

Niederländisch, Französisch, Deutsch

Hauptstadt:

Brüssel (1,2 Millionen Einwohner, 2014)

Einwohner (2016):

11,3 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):

371,8 Einwohner pro km²

Währung:

Euro, seit 2002

Regierungswebsite:

<http://www.foderale-regierung.be/de>

Nationalfeiertag:

21. Juli: Tag der Vereidigung des
 ersten belgischen Königs,
 Leopold I.
 (Nationale feestdag,
 Fête nationale)



Fläche (2015): 30.500 km²

Landesstruktur:

Drei Regionen mit Parlamenten:

- Niederländischsprachiges Flandern im Norden
- Französischsprachiges Wallonien im Süden
- Hauptstadtregion Brüssel (französisch und niederländisch)

Drei Gemeinschaften mit

Parlamenten:

- Flämische Gemeinschaft (Gemeinschaftsparlament mit Flandern)
- Französische Gemeinschaft
- Deutschsprachige Gemeinschaft

Geografie: 67 km langer Küstenstreifen und flache Küstenebenen entlang der Nordsee; Ardennen im Südosten

62 Die Länder Europas im Vergleich



Staatsoberhaupt:
König Philippe



Regierungschef:
Charles Michel

Politisches System:

Konstitutionelle Monarchie; Parlament, bestehend aus dem Repräsentantenhaus und dem Senat/Oberhaus: Mitglieder werden für maximal vier Jahre gewählt; Wahlpflicht ab 18 Jahren

EU-Beitritt:

Gründerstaat (1951/1957)

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

2,2 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

21

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Marianne Thyssen

Ressort: Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

421,6 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

37.400 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

21.654 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

1.531,93 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

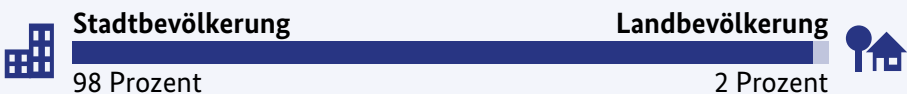
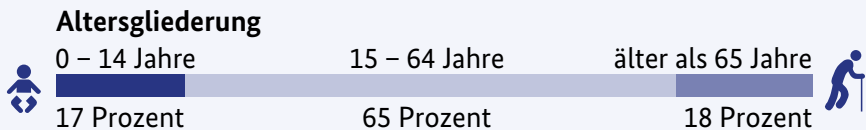
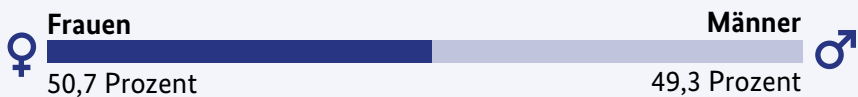
7,6 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

20,1 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

75,1 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):

Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



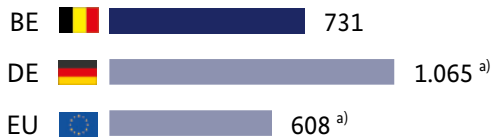
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

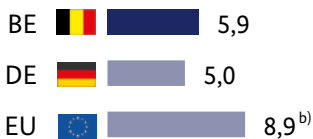
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

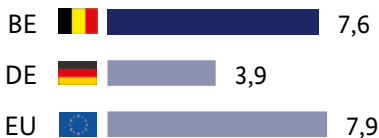
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



BULGARIEN

Geschichte

Am 1. Januar 2007 wurde Bulgarien im Zuge der sogenannten Osterweiterung Mitglied der Europäischen Union. Das Land ist seit 1990 eine eigenständige demokratische Republik.

Im September 1944 hatte die Rote Armee Bulgarien besetzt. 1946 wurde die Volksrepublik Bulgarien gegründet, die schließlich Teil des Warschauer Pakts wurde. Die politische Loslösung setzte ein, als 1989 die demokratische Oppositionsbewegung „Union der Demokratischen Kräfte“ gegründet wurde. Die Bewegung formierte sich, nachdem deutlich geworden war, dass die bulgarische Regierung nach der Berliner Maueröffnung keine Änderung des politischen Systems beabsichtigte.

Die ersten demokratischen Wahlen 1990 läuteten das Ende der kommunistischen Ära ein. Nach diesen Wahlen wurde die politische und wirtschaftliche Reform des Landes vorangetrieben. In den 1990er Jahren stellte die Regierung die Weichen für eine Eingliederung in die EU. 2004 trat das Land in die Nato ein und näherte sich außenpolitisch den USA an.

Geografie

Bulgarien liegt im Osten der Balkanhalbinsel. Das Land besteht zu zwei Dritteln aus Tiefebene, gebildet von den Flüssen Donau und Mariza. Daneben bestimmen Gebirgsketten das Landschaftsbild. Mitten durch das Land verläuft das Balkangebirge, nach dem die umliegende Region benannt ist. Im Pirin-Gebirge liegt der Musala, mit 2.925 m der höchste Berg des Landes. Die Schwarzmeerküste im Osten des Landes hat touristisch wie wirtschaftlich große Bedeutung.

Zum Staatsgebiet gehören auch 81 kleinere Inseln in der Donau, die auf rund 500 Kilometern die Nordgrenze zu Rumänien bildet. Der Naturschutz spielt in Bulgarien eine wichtige Rolle: Es besitzt drei National- und elf Naturparks sowie 55 Naturreservate. Der bekannteste ist der Nationalpark „Zentralbalkan“, eines der größten und wichtigsten Naturschutzgebiete in der EU. Hohe Felsen, tiefe Schluchten und viele Wasserfälle sind in dem dicht bewaldeten Gebiet zu finden.

Kultur

Traditionell werden in Bulgarien Folklore, Brauchtum und Kunsthandwerk gepflegt. Diese waren für die Menschen während der 500 Jahre währenden osmanischen Herrschaft vom 14. bis 19. Jahrhundert die einzige Möglichkeit, ihre Identität zu bewahren.

Heute ist die Hauptstadt Sofia einerseits das politische, zugleich aber auch das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum Bulgariens. Seit dem 19. Jahrhundert ist Sofia Universitätsstadt, zahlreiche Medienhäuser haben dort ihren Sitz.

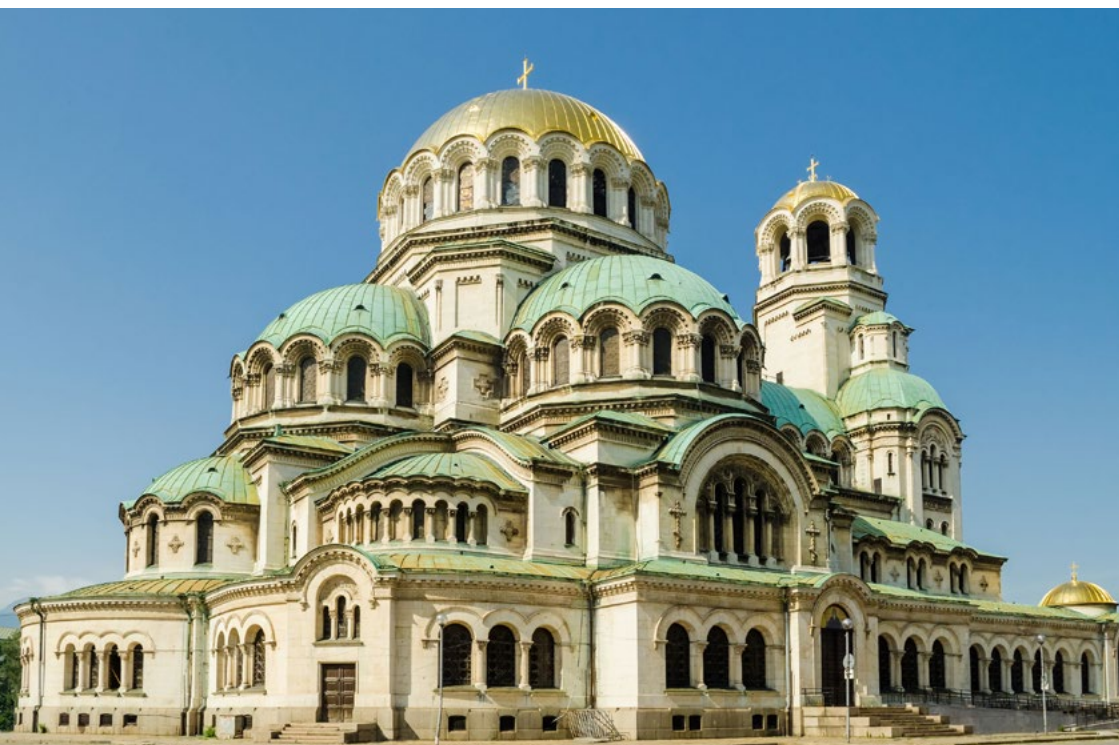
Der bedeutendste Künstler der Moderne ist Christo Jawaschew, der gemeinsam mit seiner Frau Jeanne-Claude durch spektakuläre Aktionen weltbekannt wurde. So verhüllte das Künstlerpaar 1985 den Pont Neuf in Paris oder 1995 das Reichstagsgebäude in Berlin mit Stoff. 2005 ließen sie unter dem Titel „The Gates“ im New Yorker Central Park mehr als 7.500 Tore mit gelben Stoffbahnen aufstellen.

Bulgarisch ist die einzige Schriftsprache in der EU, die das kyrillische Alphabet verwendet.

Wirtschaft

Bulgarien hatte 2016 mit 6.600 Euro im europäischen Vergleich das niedrigste Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf. Im EU-Vergleich lag die Wirtschaftsleistung des Landes im selben Jahr mit etwas über 47 Milliarden Euro im unteren Drittel. Die Wirtschaft befindet sich nach dem weltweiten Konjunkturerinbruch im Jahr 2009 weiter auf Wachstumskurs: 2016 stieg das BIP um 3,4 Prozent, allerdings weist das Land auch eine der höchsten Armutsquoten von 21,8 Prozent innerhalb der EU auf. Schwerpunkt der bulgarischen Wirtschaft ist der Dienstleistungssektor; er machte 2015 insgesamt 67,3 Prozent des BIP aus.

Für die bulgarische Wirtschaft sind unter anderem die Energieerzeugung, die Lebensmittelindustrie, Metallverarbeitung und der Maschinenbau von Bedeutung. Zahlreiche Zuliefererbetriebe für die Automobilbranche



haben hier ihren Sitz. Bulgarien steht als Standort von Call-Centern und Dienstleistern für technische Unterstützung per Internet weltweit auf dem 9. Platz der sogenannten Outsourcing-Industrie, die für das Land eine der größten Wachstumsbranchen darstellt.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Bulgariens zu Deutschland sind eng. Deutschland hat sich seit 2014 vor Italien, Rumänien, Russland und der Türkei als wichtigster Handelspartner positioniert und hält sowohl als Importeur als auch als Exporteur den ersten Rang. Etwa 5.000 Firmen sind derzeit im Bulgariengeschäft tätig. Bei einem Gesamtumsatz von 49,7 Milliarden Euro des Außenhandelsvolumens beträgt das bilaterale deutsch-bulgarische Handelsvolumen rund 6,6 Milliarden Euro. Davon machen Exporte nach Bulgarien 3,4 Milliarden Euro und Importe aus Bulgarien 3,2 Milliarden Euro aus.

Soziale Sicherung

Die ersten Versicherungen im sozialen Bereich entstanden im späten 19. Jahrhundert. Den Anfang machte die Rentenversicherung. 1886 wurde das erste „soziale“ Gesetz verabschiedet: Es regelte die Versorgung von Menschen, die im Militärdienst verletzt wurden. In den Jahren bis 1901 folgten Pensionsfonds für Lehrer, Geistliche, Beamte, Mitarbeiter von Zivilbehörden und Militärpersonal.

1924 wurde das Gesetz über staatliche Versicherungen eingeführt. Damit war Bulgarien das erste Land der Balkanhalbinsel mit einem umfassenden sozialen Sicherungssystem. Das Gesetz deckte verschiedene Bereiche der sozialen Sicherung ab, darunter Arbeitsunfälle, Krankheit, Mutterschaft, Behinderung, Alter und Hinterbliebene. Ein Jahr später folgte das Gesetz über die Arbeitsmarktanpassung und die Arbeitslosenversicherung. Die einzelnen Versicherungen waren bereits damals unabhängig voneinander finanziert.

1941 erhielt das soziale Sicherungssystem ein unabhängiges Regierungsorgan, das „Institut für staatliche Versicherungen“. Es bestand aus Vertretern der Staatsbehörden, der Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeber. Bis 1945 wurden weitere spezielle Rentenversicherungsfonds gegründet, und zwar für Händler, Handwerker, Bauern, freiberuflich Tätige, Staatsangestellte und Angestellte des öffentlichen Dienstes.

Die sozialistische Regierung verabschiedete 1948 ein Gesetz, das die Rentenhöhe von der Zeit, die der Versicherte gearbeitet hat, abhängig machte und nicht nur von den eingezahlten Beiträgen. Unter der Leitung der öffentlichen Sozialversicherungsanstalt wurden in dieser Zeit alle unabhängigen Versicherungsfonds vereint und in den 50er Jahren zentralisiert. 1984 wurde das „Hauptbüro Soziale Sicherheit“ als staatliche Körperschaft öffentlichen Rechts gegründet. Die regionalen Direktorate für Rentenversicherung und öffentliche Versicherungen wurden in Regionalvertreter des Büros für soziale Sicherheit umgewandelt. Diese Regionalstruktur im System der sozialen Sicherung hat sich bis heute erhalten.

Mit dem demokratischen Umbruch Mitte der 1990er Jahre wurde das System an westliche Vorbilder angepasst. 1999 entstand mit dem Gesetz für zusätzliche freiwillige Versicherungen die Grundlage für die dritte Säule des Rentensystems. Im Jahr 2000 folgte das Sozialversicherungsgesetz, das die erste und zweite Säule der Rentenversicherung regelt und die Leistungen bei Krankheit, Behinderung und Arbeitslosigkeit sowie im Alter und für Hinterbliebene.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Seit dem 1. Januar 2014 gilt die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU auch für bulgarische Bürger. Wer von einer Vermittlungsfirma als Arbeitnehmer ins Ausland entsandt wird, ist von der bulgarischen Pflichtversicherung ausgenommen. Er kann sich aber freiwillig auf Grundlage eines selbst erklärten Einkommens versichern. Auch Rentner, die ohne Arbeitsvertrag erwerbstätig sind, sind von der Versicherungspflicht ausgenommen. Diese Ausnameregulation gilt auch für Seeleute.

Umfangreiche Zusatzleistungen für Eltern gleichen die relativ niedrigen Kindergeldsätze aus: Der Staat gewährt unter anderem eine Pauschalzahlung für jedes geborene Kind, eine Geldleistung bei Adoption und ein monatliches Erziehungsgeld für Kleinkinder bis zwei Jahre. Eltern von Kindern mit Behinderungen erhalten mehr Kindergeld. Mütter von drei oder mehr Kindern werden einmal pro Jahr durch eine Beförderungsbeihilfe für kostenlosen Zug- und Bustransport innerhalb des Landes entlastet.

Amtlicher Name:

Republika Bălgarija
(Република България)

Amtssprache:

Bulgarisch

Hauptstadt:

Sofia (1,3 Millionen Einwohner, 2015)

Einwohner (2016):

7,2 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):

66,2 Einwohner pro km²

Währung:

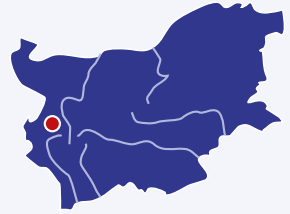
Lew

Regierungswebsite:

<http://www.government.bg>

Nationalfeiertag:

3. März: Friede von San Stefano, 1878



Fläche (2015): 111.400 km²

Landesstruktur: 28 Distrikte

Geografie: Befindet sich im Osten der Balkanhalbinsel, liegt am Schwarzen Meer; Hochebenen und Bergland im Süden; höchster Berg: Musala (2.925 m)



Staatsoberhaupt:
Rumen Radew



Regierungschef:
Bojko Borissov

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Parlament (Nationalversammlung) wird alle vier Jahre gewählt; Direktwahl des Staatsoberhauptes alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahren

EU-Beitritt:

2007

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

1,4 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

17

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Marija Iwanowa Gabriel

Ressort: Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):47,4 Mrd. Euro^{a)}**Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):**6.600 Euro^{a)}**Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):**

3.332 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

235,20 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

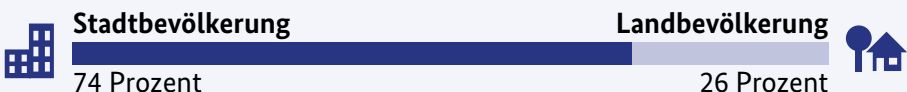
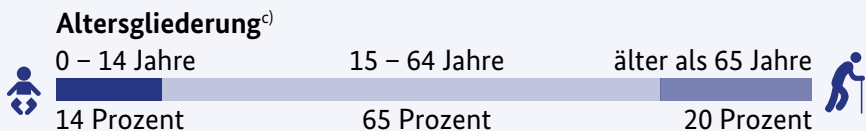
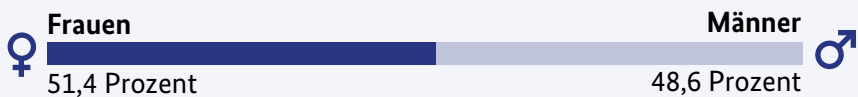
6,3 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

17,2 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

82,3 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{c)} Abweichung von 100 Prozent durch Rundung möglich

74 Die Länder Europas im Vergleich

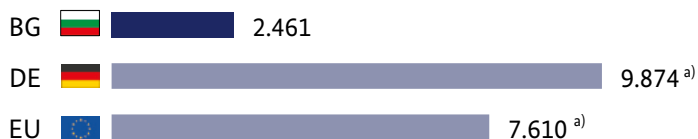
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



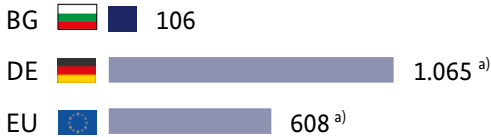
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

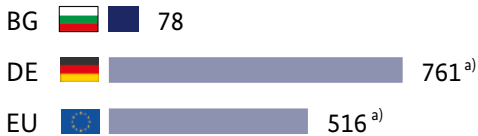
Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

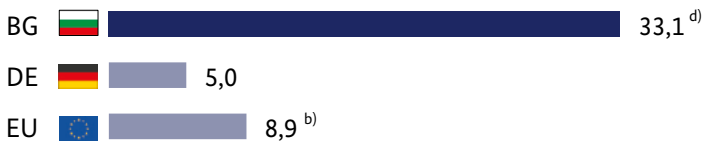
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

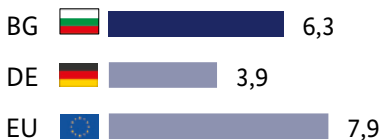
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



DÄNEMARK

Geschichte

Das nordeuropäische Königreich Dänemark ist schon lange auf internationalem und europäischem Parkett politisch vertreten: 1949 trat Dänemark der Nato bei und 1973 wurde das Königreich Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, eines Vorläufers der Europäischen Union.

Obwohl Dänemark ein kleines Land ist, ging in der Vergangenheit viel Macht von ihm aus: Im 9. und 10. Jahrhundert hatte das Volk der Wikinger, das aus Dänemark und weiteren nordischen Ländern stammte, großen Einfluss auf die Geschichte Europas. Im Mittelalter befand sich ganz Skandinavien unter überwiegend dänischer Herrschaft. Im Jahr 1849 wurde Dänemark schließlich eine konstitutionelle Monarchie, und ein Parlament mit zwei Kammern wurde geschaffen.

Im Ersten Weltkrieg war Dänemark neutral. Im Zweiten Weltkrieg besetzten die Nationalsozialisten das Königreich ohne Gegenwehr.

Heute ist der nordische EU-Staat eine parlamentarische Monarchie. Die Dänen haben eine lange Tradition der direkten Einflussnahme auf die Politik. So muss zum Beispiel jede Übertragung von Souveränitätsrechten durch eine Volksabstimmung bestätigt werden.

Geografie

Das kleinste und südlichste skandinavische Land ist von der Nord- und Ostsee umgeben und hat nur zu Deutschland eine Landgrenze. Mit Schweden ist das Königreich durch eine Straßen- und durch eine Eisenbahnlinie verbunden. Dänemark besteht aus der Halbinsel Jütland, der Insel Seeland sowie weit über 400 größeren und kleineren Inseln. Sogar die Hauptstadt Kopenhagen erstreckt sich über mehrere Inseln.

Die Küstenlinie ist über 7.300 km lang und wird von vielen Strandliebhabern geschätzt. Die Landschaft wandelt sich im Küstenverlauf: Im Westen Jütlands an der Nordsee befinden sich die längsten Sandstrände des Landes, während im Norden und Osten der Insel Bornholm viele Felsen das Meer vom Land trennen.

Auch Grönland, die größte Insel der Welt, und die Färöer-Inseln gehören zum dänischen Staatsgebiet. Grönland ist seit 1729 Teil des Königreichs. 1979 erhielt die Insel die Autonomie, aber Dänemark behielt die Kontrolle über die Außen- und Verteidigungspolitik.

Kultur

Die Dänen pflegen einen umweltfreundlichen und nachhaltigen Lebensstil. Dazu gehört auch, dass viele Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden statt mit dem Auto. Landesweit gibt es insgesamt über 10.000 km Radwege, davon allein in der Hauptstadt rund 390 km. Kopenhagen wurde wegen seiner Radfreundlichkeit zur ersten „Bike City“ der Welt und zur „Besten Stadt für Radfahrer“ gekürt. Seit den 1920er Jahren wurde das Fahrrad in allen Bevölkerungsschichten ein immer beliebteres Fortbewegungsmittel. Heute fährt fast die Hälfte der Kopenhagener mit dem Fahrrad zur Arbeit.

Auch literarisch hat das Land einiges zu bieten. Weltweit bekannt sind die Märchen des dänischen Autors Hans Christian Andersen, der zum Beispiel „Des Kaisers neue Kleider“ und „Die kleine Meerjungfrau“ geschrieben hat. Letztere schmückt als Skulptur den Hafen in Kopenhagen. Auch der berühmte Theologe, Philosoph und Schriftsteller Søren Kierkegaard stammt aus dem nordischen Königreich, ebenso wie die Schriftstellerin Karen Blixen. International bekannt sind auch Designer wie Arne Jacobsen.

Dänemark hat vor einigen Jahren damit begonnen, sein Kulturerbe komplett elektronisch zu erfassen. Das Kultusministerium gab dazu unter anderem einen offiziellen Dänischen Kulturkanon heraus.

Wirtschaft

Die mittelständischen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen im Land sind oft hoch spezialisiert und technologisch auf dem neuesten Stand. Weltweit einflussreiche Unternehmen produzieren zum Beispiel Unterhaltungselektronik, Spielzeug oder Dämmstoffe. Aufgrund der Vergangenheit als Seefahrernation gibt es auch in der Schifffahrt einige international tätige Unternehmen. Bestimmte Biersorten aus Dänemark sind ebenfalls weltbekannt.

Ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird durch Exporte erwirtschaftet. Wichtigster Außenhandelspartner ist der direkte Nachbar Deutschland, aber auch Schweden und das Vereinigte Königreich sind große Abnehmer für dänische Produkte wie Maschinen(-teile), Nahrungsmittel, Arzneimittel und Elektronik. Den größten Anteil am BIP hatten im Jahr 2015 Dienstleistungen mit knapp 76 Prozent, gefolgt von der Industrie mit 23 Prozent und der Landwirtschaft mit nur etwas über einem Prozent. Insgesamt erwirtschaftete Dänemark im Jahr 2016 ein BIP von mehr als 277 Milliarden Euro und liegt damit EU-weit im Mittelfeld auf dem elften Platz. Das BIP pro Kopf betrug jedoch 48.400 Euro, was Dänemark den dritten Platz hinter Luxemburg und Irland sichert.

Ein gutes Drittel des dänischen Bruttoinlandsproduktes wird durch Export erwirtschaftet. Deutschland ist mit Abstand Dänemarks wichtigster Außenhandelspartner, gefolgt von Schweden, Großbritannien beziehungsweise der Niederlande, Norwegen und China. Der bilaterale Handel mit Deutschland ist traditionell ausgeglichen, allerdings zeigen dänische Warenexporte 2016 nach Deutschland mit 13,2 Milliarden Euro zuletzt Schwächen, unter anderem da im Bereich Windmühlenanlagen eine Boomphase ausläuft. Dänische Importe aus Deutschland betragen 16,3 Milliarden Euro.

Dänemark ist ein Pionierland für erneuerbare Energien. Bereits in den 1980er Jahren begann es mit dem Ausbau der Windenergie. Aufgrund der exponierten Küstenlage ist es bis heute ein führender Erzeuger von Windstrom. Fast 20 Prozent des dänischen Elektrizitätsbedarfs werden durch Windkraftanlagen gedeckt.

In den traditionellen Industriebereichen dagegen geht die Beschäftigung mehr und mehr zurück. Darum setzt Dänemark auf Wachstum in den wissensbasierten und hoch technologisierten Zukunftsbranchen wie Biotechnologie, Pharmazie, Informations- und Umwelttechnologie.

Soziale Sicherung

In den 1930er Jahren entschied die sozialdemokratische Regierung, dass Dänemark ein Sozialstaat werden sollte. Heute sind fast alle Leistungen durch Steuern und Beiträge finanziert. Da das Sozialsystem sehr umfangreich ist, arbeiten über 30 Prozent der Erwerbstätigen in Dänemark im öffentlichen Sektor. Im Jahr 2012 gab das Königreich insgesamt 77 Prozent seiner Einnahmen für die soziale Sicherung der Bevölkerung aus. Das Land ist damit EU-weit der Spitzenreiter vor Irland und Zypern.



Aber schon längere Zeit, vor dem Entstehen des modernen Sozialstaats, hatte es erste gesetzliche Regelungen zur sozialen Sicherung gegeben. 1891 wurde das erste Gesetz zur Alterssicherung verabschiedet. Im Jahr darauf folgte das erste Gesetz zur Absicherung bei Krankheit, und im Jahr 1898 kam die gesetzliche Absicherung bei Arbeitsunfällen hinzu. 1907 wurden die ersten Regelungen im Bereich Arbeitslosigkeit verabschiedet und seit 1952 haben Familien einen gesetzlichen Anspruch auf bestimmte Leistungen. All diese Gesetze wurden zuletzt in den 2000er und 2010er Jahren durch aktuelle Versionen ersetzt und so an neue Entwicklungen angepasst.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Das dänische System der sozialen Sicherung nimmt sich besonders des Arbeitsmarkts für Menschen mit Behinderungen an. „Flexicurity“ heißt das Stichwort: Damit Menschen mit Behinderungen unter 65 Jahren beruflich besser Fuß fassen können, wurden die sogenannten Flex-Jobs mit staatlichem Zuschuss entwickelt. Die Kommunen bewerten die Arbeitsfähigkeit der Betroffenen und stellen bei Bedarf ein Flex-Job-Zertifikat aus. Die Arbeit wird auf den Einzelnen zugeschnitten, der Arbeitsplatz angepasst, und alle nötigen Arbeitspausen können beansprucht werden. Arbeitszeitverringerungen sind ohne Verdienstaufschlag möglich. Die Entlohnung richtet sich nach dem aktuellen Mindestlohn und der individuellen Erwerbsfähigkeit. Dänemark gilt als ein sehr familienfreundliches Land, in dem Beruf und Familie gut miteinander vereinbar sind. Auch finanziell werden bestimmte Familien besonders unterstützt: Eltern, die ihre Kinder nicht in Tagesstätten schicken, erhalten eine Kinderbetreuungsbeihilfe, und auch studierende Elternteile können Geldleistungen erhalten.

Für die Alterssicherung gibt es zwei Systeme: ein steuerfinanziertes Volkrentensystem für alle Bürger und ein beitragsfinanziertes Zusatzrentensystem. Die Höhe der Volksrente hängt davon ab, wie viele Jahre ein Rentner seinen Wohnsitz in Dänemark hatte. Auch das dänische Gesundheitssystem ist steuerfinanziert und sichert alle Bürger gleichermaßen ab. Nur die Zusatzrente (ATP) sowie die Leistungen bei Arbeitsunfällen und Arbeitslosigkeit werden ausschließlich von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen.

Amtlicher Name:

Kongeriget Danmark

Amtssprache:

Dänisch

Hauptstadt:

Kopenhagen (559.000 Einwohner, 2013)

Einwohner (2016):

5,7 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):132,4 Einwohner pro km²**Währung:**

Dänische Krone

Regierungswebsite:<http://www.stm.dk>**Nationalfeiertag:**

16. April: Geburtstag der Königin
Margrethe II. 1940
5. Juni: Verfassungstag 1849
(Grundlovsdag)



Fläche (2015): 42.900 km²
(ohne Färöer-Inseln und Grönland)

Landesstruktur: Fünf Regionen;
zugehörige Staatsgebiete:
Färöer, Grönland

Geografie: Dänemark besteht aus
der Halbinsel Jütland und circa 400
namentlich erfassten Inseln; Meere:
Nordsee, Skagerrak, Kattegat und
Ostsee



Staatsoberhaupt:
Königin Margrethe II.



Regierungschef:
Lars Løkke Rasmussen

Politisches System:

Konstitutionelle Monarchie; Parlament (Folketing) mit einer Kammer:
Mitglieder werden alle vier Jahre gewählt; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

1973

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

1,1 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

13

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Margrethe Vestager

Ressort: Wettbewerb

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

277,3 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

48.400 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

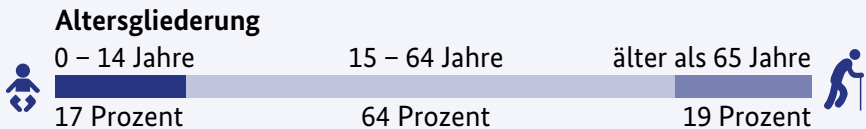
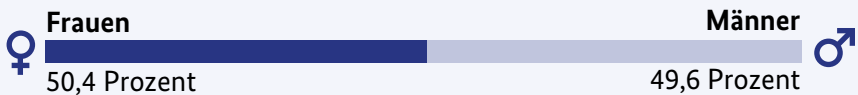
28.364 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

Kein Mindestlohn

Arbeitslosenquote (März 2017):

5,9 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):12,0 Prozent^{d)}**Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):**80,7 Prozent^{d)}**Bevölkerungsstruktur (2016):**^{d)} Zeitreihenbruch

84 Die Länder Europas im Vergleich

Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



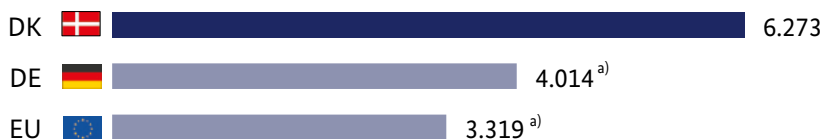
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



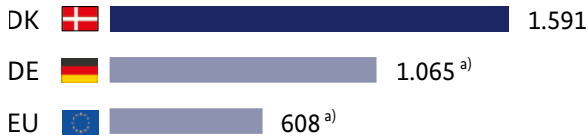
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

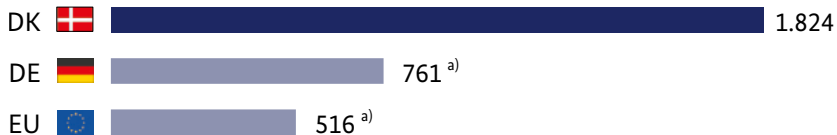
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



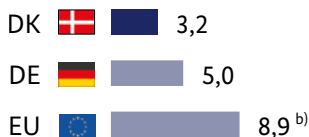
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



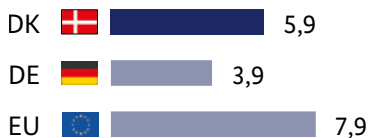
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



DEUTSCHLAND

Geschichte

Die heutige Bundesrepublik Deutschland existiert erst seit 1990. Nach der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags im September 1990 in Moskau war der Weg frei für den Zusammenschluss der alten Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Dieser Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs stellte die endgültige Souveränität des vereinten Deutschland her.

Ende der 50er Jahre gründete die damalige Bundesrepublik zusammen mit fünf anderen Staaten die EWG, einer der Vorläufer der Europäischen Union. Die Bundesrepublik war auch maßgeblich an der Einführung des Euro und der Verwirklichung der Währungsunion beteiligt. Sie führte die Gemeinschaftswährung gleich zu Beginn 2002 ein.

Deutschland blickt auf eine lange Geschichte zurück. In vielen Epochen hat es das Schicksal Europas beeinflusst und mitgestaltet. Vom Spätmittelalter bis zum Jahr 1806 bestand das von Kaisern regierte Heilige Römische Reich, das ab dem 15. Jahrhundert „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ genannt wurde. Im Zuge der napoleonischen

Eroberungskriege, auch bekannt als Koalitionskriege, legte der deutsche Kaiser Franz II. 1806 seine Krone nieder. Im sechsten Koalitionskrieg kämpfte eine Allianz mehrerer Staaten, darunter Preußen, gegen Frankreich. Napoleon erlitt eine Niederlage. Der Wiener Kongress 1814/15 beschloss eine Neuordnung Europas. Dazu gehörten nicht nur neue Grenzen, sondern auch neue Staaten. Auch der „Deutsche Bund“ entstand. Er setzte sich aus zahlreichen selbständigen Einzelstaaten zusammen, war aber kein Nationalstaat.

1866 wurde der „Deutsche Bund“ nach Unterzeichnung des Prager Friedens aufgelöst. Erst im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 schlossen sich der Norddeutsche und der Süddeutsche Bund zusammen und wurden mit der neuen Verfassung vom 1. Januar 1871 das Deutsche Reich. Im Ersten Weltkrieg erlitt das Deutsche Kaiserreich eine Niederlage. Kaiser Wilhelm II. dankte ab, und die Vertreter der Nationalversammlung verabschiedeten in Weimar 1919 eine neue Verfassung. Es entstand die „Weimarer Republik“. Im Juni 1919 wurde in Paris der Versailler Vertrag unterzeichnet, der den Ersten Weltkrieg völkerrechtlich beendete. Der Vertrag wies Deutschland und seinen Verbündeten die Alleinschuld am Krieg zu. Deutschland musste verschiedene Gebiete abtreten – insgesamt verringerte sich die Landesfläche um 70.000 km² – und wurde entwaffnet. Außerdem musste es hohe Reparationszahlungen an die Siegermächte leisten.

Die Folgen des Krieges, die viele Deutsche als Schmach empfanden, und die weltweite Wirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen auch auf Deutschland ermöglichten den politischen Aufstieg Adolf Hitlers und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Hitler löste 1939 mit dem Angriff auf Polen den Zweiten Weltkrieg aus. Nach Kriegsende 1945 unterzeichneten die Vertreter der Siegermächte – Churchill, Truman und Stalin – ein Protokoll zum künftigen Umgang mit dem unterlegenen Deutschland. Das Potsdamer Abkommen teilte Deutschland in vier Besatzungszonen ein, die unter der Kontrolle der vier Siegermächte Frankreich, Großbritannien, Russland und USA standen.

Doch es kam zum Konflikt zwischen den Siegermächten. So gründete die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone 1949 die DDR. Der Streit entstand

88 Die Länder Europas im Vergleich

unter anderem über die Reparationszahlungen. Die Gründung der DDR war eine direkte Reaktion auf die von den drei westlichen Siegermächten gegründete Bundesrepublik Deutschland. Im Sommer 1961 begann die Führung der DDR mit dem Bau der Berliner Mauer. Sie teilte zunächst Berlin in West und Ost. Mauer und innerdeutsche Grenze trennten später jahrzehntelang die beiden deutschen Staaten. Hauptstadt der Bundesrepublik war Bonn, die Hauptstadt der DDR Ost-Berlin.

Fast 30 Jahre nach dem Mauerfall ist das geeinte Deutschland heute mit rund 82 Millionen Menschen der einwohnerstärkste Mitgliedstaat der Europäischen Union. Die umfassende Absicherung der Bürger durch das Sozialsystem ist seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert Vorbild für andere Länder.



Geografie

Durch seine zentrale Lage hat Deutschland insgesamt neun Nachbarstaaten. Bis auf die Schweiz gehören alle der EU an: Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen und Tschechien.

Der Norden der Bundesrepublik ist weitgehend flach, und die Küstenregionen sind besonders zur Erzeugung von Windenergie geeignet. Die zahlreichen tiefliegenden Ackerflächen werden landwirtschaftlich genutzt. Ein Touristenmagnet sind die Küsten von Nord- und Ostsee mit ihren weiten Dünenstränden. Die Mittelgebirge des Landes sind zu großen Teilen von Mischwäldern bedeckt, wie der Thüringer Wald und der Odenwald.

Viele Flüsse durchziehen das Land. Der Rhein prägt als längster Fluss den Westen. An seinen Ufern gibt es zahlreiche Burgen und Ruinen. Die Elbe fließt, aus Tschechien kommend, von Sachsen bis zur Nordsee. Wanderer schätzen das Elbsandsteingebirge in der Sächsischen Schweiz. Im Süden liegt der Bodensee, ein großflächiger Binnensee, den sich Deutschland, Österreich und die Schweiz teilen. Die Alpen, die bei Skifahrern und Wanderern beliebt sind, befinden sich ebenfalls im südlichen Teil des Landes. Der höchste Berg Deutschlands ist die Zugspitze mit 2.962 m.

Kultur

Die Hauptstadt Berlin hat sich nach der deutschen Einheit zur Metropole entwickelt. Nicht nur Politik und Medien spielen eine wichtige Rolle. Auch Kultur und Wissenschaft ziehen Menschen aus aller Welt an. Touristen schätzen gleichermaßen das kulturelle Angebot und das Nachtleben Berlins. Im Süden lockt München mit seinen Kulturschätzen und dem Oktoberfest viele internationale Besucher an. Das Oktoberfest wird in vielen Ländern auf der ganzen Welt kopiert.

Deutschland wird oft das „Land der Dichter und Denker“ genannt. Viele berühmte Persönlichkeiten wie Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich von Schiller, Friedrich Nietzsche und Immanuel Kant stammen aus Deutschland, ebenso große Musiker wie Johann Sebastian Bach, Georg

Friedrich Händel und Ludwig van Beethoven. Bilder von Albrecht Dürer oder Caspar David Friedrich hängen in zahlreichen Museen der Welt.

1517 schlug Martin Luther seine berühmten 95 Thesen an die Tür der Wittenberger Schlosskirche. Darin forderte er die Reformation der Kirche. Dies führte aber zur Aufspaltung in eine katholische und evangelische Kirche.

Wirtschaft

Die Bundesrepublik Deutschland ist der EU-Staat mit der größten Wirtschaftskraft. Im Jahr 2016 lag Deutschland mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 3.134,1 Milliarden Euro an der EU-Spitze. Pro Kopf wurden im gleichen Jahr 38.000 Euro erwirtschaftet, womit Deutschland im EU-Vergleich den 8. Platz erreichte.

Das Markenzeichen „Made in Germany“ genießt Weltruf und wird mit hoher Qualität gleichgesetzt. Im Jahr 2016 hat Deutschland Waren im Gesamtwert von rund 1.206,9 Billionen Euro exportiert. Das Handelsvolumen mit anderen EU-Mitgliedstaaten umfasste fast 707,7 Milliarden Euro. Unter den EU-Staaten waren 2016 Frankreich und das Vereinigte Königreich die wichtigsten Handelspartner; die Exporte nach Frankreich machten 14,3 Prozent des Absatzes in den EU-Staaten aus, auf das Vereinigte Königreich entfielen 12,2 Prozent des Außenhandels mit EU-Partnern.

Im Jahr 2016 war erstmals die Volksrepublik China der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Zwischen beiden Ländern wurden Waren im Wert von 170 Milliarden Euro gehandelt. Auf Platz zwei und drei folgten Frankreich mit 167 Milliarden Euro und die Vereinigten Staaten mit 164,9 Milliarden Euro.

Mehr als zwei Drittel, und zwar 68,9 Prozent der Bruttowertschöpfung machte in Deutschland im Jahr 2015 der Dienstleistungsbereich aus. Es folgte die Industrie mit rund 30,5 Prozent. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei lag lediglich noch bei etwas über 0,6 Prozent des BIP.

Bei der Arbeitslosenquote nahm Deutschland im März 2016 mit 3,9 Prozent nach Tschechien den zweiten Platz ein. Bei der Jugendarbeitslosigkeit lag die Bundesrepublik im Jahr 2016 sogar auf der Spitzenposition mit 7,1 Prozent.

Soziale Sicherung

In Deutschland war, wie in vielen anderen EU-Staaten, die Industrialisierung die Triebfeder einer modernen Sozialgesetzgebung: Noch Ende des 19. Jahrhunderts mussten viele Arbeiter in Armut leben, wenn sie bei ihrer Arbeit einen Unfall hatten. Auch wenn sie krank wurden oder aus Altersgründen nicht mehr arbeiten konnten, waren viele von ihnen auf Almosen angewiesen. Um eine Radikalisierung der Arbeiter zu verhindern, arbeiteten Reichskanzler Otto von Bismarck und Kaiser Wilhelm I. ab 1881 die Sozialgesetzgebung aus. 1883 wurde die erste gesetzliche Krankenversicherung, die „Krankenversicherung für Arbeiter“, eingeführt. Das Deutsche Kaiserreich wurde damit weltweit zum Vorreiter der sozialen Sicherung und das erste Land mit einer Sozialversicherung auf nationaler Ebene.



Auf die Einführung der Krankenversicherung 1883 folgten bald weitere Zweige der sozialen Sicherung: Ab 1884 gab es eine Unfallversicherung und ab 1889 gesetzliche Regelungen, die die Arbeitnehmer im Alter und bei Invalidität absicherten. Das Sozialsystem wurde stetig ausgebaut: Die Sozialversicherung für Angestellte trat im Jahr 1912 in Kraft, 1927 die Arbeitslosenversicherung.

Der jüngste Zweig der sozialen Sicherheit ist die Pflegeversicherung, die seit 1994 stufenweise eingeführt wurde. Heute besteht die deutsche Sozialversicherung aus der gesetzlichen Gesundheits- und Pflegeversicherung sowie der gesetzlichen Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Die Sozialversicherungen werden von Trägern verwaltet, die sich zu Bundesverbänden zusammengeschlossen haben. Die versicherten Arbeitnehmer und deren Arbeitgeber finanzieren die Träger und deren Leistungen gemeinsam durch ihre Beiträge. Einzig das Kindergeld, das seit 1954 gezahlt wird, ist steuerfinanziert; Mutterschaftsleistungen übernimmt die gesetzliche Krankenversicherung.

Die aktuell gültigen Sozialgesetze stammen – bis auf die Gesetze zur Krankenversicherung und zum Mutterschutz aus dem Jahr 1988 – aus der Zeit nach der deutschen Einheit. Zuletzt wurden die Rentenversicherung durch das Rentenpaket 2014 und die Pflegeversicherung durch das Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz (PNG) von 2012 reformiert.

Die Rentenreform enthält die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren unter bestimmten Voraussetzungen, die Mütterrente, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sowie die Erhöhung des Reha-Budgets. Das PNG weitet insbesondere die Leistungen für Demenz-Kranke in der ambulanten Versorgung aus. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen haben nun mehr Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten bei privater und ambulanter Pflege. Außerdem kann durch die Gesetzesänderung die freiwillige private Vorsorge für das Risiko Pflege erstmals staatlich gefördert werden. Diese Änderungen tragen den demografischen Herausforderungen Rechnung, die in allen EU-Staaten bestehen.



Besonderheiten der sozialen Sicherung

Zeiten der Kindererziehung wirken sich auf die Höhe des späteren Rentenanspruchs aus. Sie werden als Beitragszeiten mit Durchschnittsverdienst angerechnet. Damit werden die Erziehungszeiten für Kinder besser anerkannt und die Renten von Müttern erhöht.

Besonderheiten im Sozialsystem ergeben sich auch aus der deutschen Einheit. Löhne und Gehälter sind in den alten und neuen Bundesländern noch immer unterschiedlich hoch. Das wirkt sich auch auf die Rente aus. Diese ist im Westen immer noch höher als im Osten Deutschlands.

94 Die Länder Europas im Vergleich

In der Krankenversicherung besteht seit 2009 die allgemeine Versicherungspflicht für alle Einwohner. Im Jahr 2015 war die Mehrheit (87 Prozent) der Deutschen in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert. Dabei haben die Bürger die freie Wahl zwischen einer Vielzahl von unabhängigen Krankenkassen. Daneben gibt es die private Krankenversicherung. Sie ist Angehörigen bestimmter Berufsgruppen oder Menschen ab einem bestimmten Einkommen vorbehalten. Etwa 11 Prozent nutzen diese Versicherungsform. Für eine kleine Bevölkerungsgruppe gibt es eigene Versicherungen, zum Beispiel bei der Polizei oder der Bundeswehr.

Mit dem Nationalen Aktionsplan „Einfach machen. Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft“ wird in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt. So sollen bis 2022 beispielsweise alle öffentlichen Transportmittel barrierefrei nutzbar und erreichbar sein.

Amtlicher Name:

Bundesrepublik Deutschland

Amtssprache:

Deutsch

Hauptstadt:

Berlin (3,5 Millionen Einwohner, 2015)

Einwohner (2016):

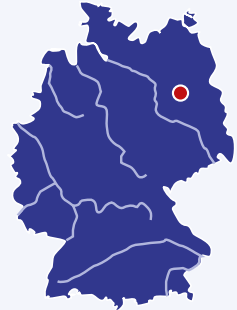
82,2 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):228,6 Einwohner pro km²**Währung:**

Euro, seit 2002

Regierungswebsite:<https://www.bundesregierung.de>**Nationalfeiertag:**

3. Oktober: Tag der Deutschen Einheit

**Fläche (2015):** 357.400 km²**Landesstruktur:** 16 Bundesländer jeweils mit Verfassung, Parlament und Regierung**Geografie:** Meere: Nord- und Ostsee; zehn größte Inseln: Rügen, Usedom, Fehmarn, Sylt, Föhr, Pellworm, Poel, Borkum, Norderney, Amrum; Süden: Alpen; höchster Berg: Zugspitze (2.962 m)



Staatsoberhaupt:
Frank Walter Steinmeier



Regierungschef:
Angela Merkel

Politisches System:

Demokratisch-parlamentarischer Bundesstaat; Parlament (Bundestag): Wahl alle vier Jahre; Bundesrat (Länderkammer); Staatsoberhaupt (Bundespräsident) wird alle fünf Jahre durch Bundesversammlung gewählt; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

Gründerstaat (1951/57)

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

16,2 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, G7, G20, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

96

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Günther Oettinger

Ressort: Haushalt und Personal

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

3.134,1 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

38.000 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

20.668 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

1.498 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

3,9 Prozent

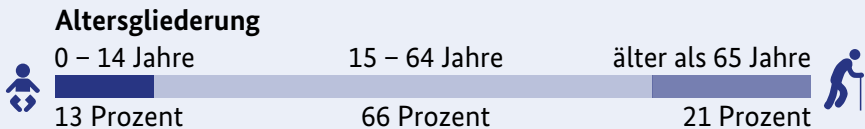
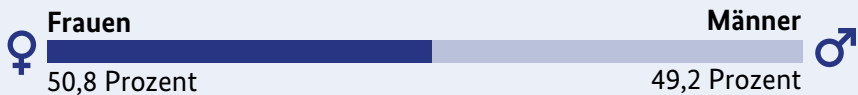
Jugendarbeitslosigkeit (2016):

7,1 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

86,5 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)



a) Vorläufiger Wert, b) Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



ESTLAND

Geschichte

Der kleine nordeuropäische Staat wurde 2004 im Zuge der ersten Osterweiterung Mitglied der Europäischen Union. Bereits seit 1993 ist Estland Mitglied im Europarat. 2011 trat Estland auch dem Euroraum bei. Das an der Ostsee gelegene Land hat eine bewegte Geschichte und ist geprägt durch den Einfluss der verschiedenen Nationen, die es regiert haben.

Während des Mittelalters gehörten die estnischen Städte zur Hanse und waren stark durch die engen Kontakte zu Skandinavien geprägt. Bereits im 18. Jahrhundert wurde Estland unter Zar Peter I. das erste Mal russisch.

Vor seiner Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1990 war Estland unter dem Namen Estnische Sozialistische Sowjetrepublik in die Sowjetunion eingegliedert. Während des Zweiten Weltkriegs geriet das Land ins Visier deutscher und sowjetischer Machtinteressen. 1940 annektierte die Sowjetunion das Land, nachdem 1939 die Deutsch-Balten im Rahmen des Hitler-Stalin-Pakts ins Deutsche Reich umgesiedelt worden waren. 1941 wurde das Land im Zuge des Überfalls auf die Sowjetunion von deutschen Truppen besetzt. Nach der Befreiung durch die Rote Armee im Jahr 1944 wurde mit der sogenannten Russifizierungspolitik begonnen. Dadurch wurden die Esten in bestimmten Gebieten zur Minderheit im eigenen Land.

Die Geschichte der sozialen Sicherung begann erst nach der Loslösung von der Sowjetunion, da die sozialen Sicherungssysteme in den sozialistischen Staaten an die Gesetze der UdSSR angepasst waren.

Geografie

Estland ist der nördlichste der drei baltischen Staaten und neben Finnland das nördlichste Land der Europäischen Union. Es grenzt im Süden an Lettland und im Osten an Russland. Im Norden und Westen liegt es an der Ostsee. Die Küstenlinie hat eine Länge von rund 3.700 km.

Die höchste Erhebung ist mit 318 m der Suur Munamägi, was sich mit „Großer Eierberg“ übersetzen lässt. Ansonsten ist das Land überwiegend flach und fast zur Hälfte bewaldet. Die zahlreichen Flüsse bilden ein weit verzweigtes Netz aus Wasserwegen und werden teilweise zur Energiegewinnung genutzt. Der viertgrößte See Europas, der Peipuss-See, liegt zwischen Estland und Russland.

Kultur

Die alte Hansestadt Tallinn mit über 400.000 Einwohnern ist die Hauptstadt Estlands und heute ein beliebtes Ziel für Touristen. Knapp 40 Prozent der Einwohner dort sind russischstämmig. Aufgrund der zahlreichen mittelalterlichen Bauwerke nahm die UNESCO die Altstadt mit ihrer vollständig erhaltenen Stadtmauer 1997 in die Liste des Weltkulturerbes auf. Architektonisch bestimmen noch immer die klassischen Holzhäuser das Stadtbild, obwohl zwischen ihnen auch sowjetische Plattenbauten emporragen. 2011 war Tallinn Europäische Kulturhauptstadt.

Aufgrund der politischen Entwicklung und Besiedlungsgeschichte ist Estland ein interkulturelles Land. Estnisch ist die Landessprache. In einigen Gebieten – wie im Nordosten – wird allerdings vorwiegend Russisch gesprochen. Die Universität Tartu, einzige Volluniversität des Landes, war im 19. Jahrhundert weitgehend deutschsprachig.

Estland hat eine lange Musiktradition. Heute ist der Komponist Arvo Pärt, ein Vertreter der modernen klassischen Musik, der prominenteste Musiker des Landes. Die Dirigenten Neeme und Paavo Järvi sind ebenfalls einem großen Publikum bekannt.

Die estnische Bevölkerung steht modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sehr positiv gegenüber. Computer, Mobiltelefone und Internetbanking sind weit verbreitet. Das Land ist stolz auf innovative Projekte wie die flächendeckende Anwendung von „e-government“ oder „e-learning“. Das „e-voting“ wurde 2005 eingeführt.

Wirtschaft

Das Zentrum der estnischen Wirtschaft konzentriert sich auf die Region rund um die Hauptstadt Tallinn, mit ihrem bedeutsamen Ostsee-Fährhafen. Dort leben knapp 40 Prozent der Bevölkerung.

Die Regierung Estlands setzt auf eine liberale Wirtschaftspolitik. Die Zentralregion und der Südosten des Landes sind für die Landwirtschaft bedeutsam. Die Wirtschaft hat die Folgen der Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 überwunden und kann seitdem ein stetiges Wachstum verzeichnen: In den Jahren 2011/2012 wuchs sie um 7,6 beziehungsweise 5,2 Prozent. Aufgrund der sinkenden Exportnachfrage wichtiger Handelspartner sank



das Wachstum allerdings in den Folgejahren und betrug zuletzt (2016) noch rund 1,5 Prozent. Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 20,9 Milliarden Euro lag Estland 2016 im europäischen Vergleich auf dem drittletzten Platz. Das BIP pro Kopf betrug im selben Jahr 15.900 Euro, womit das Land EU-weit den 20. Platz belegte.

Der Dienstleistungssektor dominiert die estländische Wirtschaft. Zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in diesem Bereich gehören Finanzdienstleistungen, der Bereich Transport und Logistik, Telekommunikation, Tourismus und Handel. Industrie und die Immobilien- und Baubranche bilden das zweitstärkste Segment. Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei spielen im heutigen Estland eine eher untergeordnete Rolle. Insgesamt 69 Prozent des BIP machte der Dienstleistungssektor im Jahr 2015 aus. Die Industrie erwirtschaftete 27 Prozent des BIP. Die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei spielten im gleichen Jahr mit etwas über drei Prozent nur noch eine untergeordnete Rolle.

Die wichtigsten Exportpartner Estlands in der EU sind Schweden, Finnland und Lettland. Die meisten Einfuhren kommen aus Finnland, Deutschland und Schweden.

Mit einer Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent im März 2017 lag Estland im oberen Drittel des EU-Vergleichs, ebenso mit einer Jugendarbeitslosigkeit in Höhe von 13,4 Prozent (2016).

Soziale Sicherung

Die frühesten Gesetze im Bereich der sozialen Sicherung entstanden in den Jahren nach der Oktoberrevolution, als Estland 1918 seine Unabhängigkeit von Russland erlangte. Das erste Gesetz von 1922 regelte die Familienleistungen. Gesetze zu Altersvorsorge, Behinderung, Krankheit und Mutterschaft sowie zu Arbeitsunfällen folgten 1924. Die Absicherung bei Arbeitslosigkeit wurde gesetzlich erst 1991 geregelt, nachdem Estland sich von der Sowjetunion losgelöst hatte.

In Estland entscheidet in erster Linie das Wohnsitzprinzip und nicht die Nationalität über den Erhalt von Sozialleistungen. Das liegt daran, dass ein großer Bevölkerungsanteil Estlands im Ausland geboren wurde.

Die soziale Sicherung beruht, wie in vielen anderen Staaten auch, auf drei beitragsfinanzierten Systemen. Die Hauptpfeiler sind Rentenversicherung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung. Die erstgenannten werden durch eine Sozialsteuer finanziert, die Arbeitslosenversicherung durch Beiträge. Familienleistungen, das staatliche Arbeitslosengeld, die staatliche Volksrente, Hinterbliebenenleistungen und Sozialleistungen für Menschen mit Behinderungen sind nicht beitragspflichtig und werden vom Staat finanziert.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Auch wer keine oder geringe Beiträge für die soziale Sicherheit gezahlt hat, ist in Estland abgesichert. Bedürftige erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt, wenn ihr Einkommen unter dem Existenzminimum liegt. Ein beitragsfinanziertes Rentensystem sowie ein steuerfinanziertes Volksrentensystem für alle Einwohner sichern die Bürger im Alter ab.

Menschen mit Behinderungen können in Estland einfacher verreisen als in vielen anderen Ländern: Der Flughafen und der Hafen der Hauptstadt Tallinn sind barrierefrei zugänglich. Außerdem können Schwerbehinderte sowie ihre Begleiter und Blindenhunde im ganzen Land kostenlos reisen.

Familien in besonderen Situationen unterstützt der Staat mit Zusatzleistungen; zum Beispiel wird ein erhöhtes Kindergeld für Eltern im Wehrdienst beziehungsweise Zivildienst gezahlt. Kinder mit Behinderungen erhalten eine Studienbeihilfe, wenn sie die 10. bis 12. Klasse einer weiterführenden Schule, einer höheren oder einer Berufsschule besuchen.

Das estnische System der sozialen Sicherung belohnt als einziger Staat in der EU die Zivilcourage seiner Bürger: Wer sich bei der Verhinderung eines Verbrechens, der Sicherung nationaler oder öffentlicher Interessen oder der Rettung eines Menschenlebens verletzt hat und deshalb vorübergehend arbeitsunfähig ist, erhält einen um 30 Prozent höheren Satz des Krankengelds.

Amtlicher Name:

Eesti Vabariik

Amtssprache:

Estnisch

Hauptstadt:

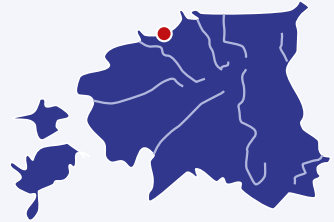
Tallinn (411.000 Einwohner, 2014)

Einwohner (2016):

1,3 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):30,3 Einwohner pro km²**Währung:**

Euro, seit 2011

Regierungswebsite:<https://valitsus.ee/en>**Nationalfeiertag:**24. Februar: Unabhängigkeitstag
(Eesti Vabariigi Aastapäev)**Fläche (2015):** 45.200 km²**Landesstruktur:** 15 Landkreise**Geografie:** Nördlichster baltischer Staat im Osten der Ostsee; überwiegend flaches Land mit zahlreichen Seen und 1.520 Inseln



Staatsoberhaupt:
Kersti Kaljulaid



Regierungschef:
Jüri Ratas

Politisches System:

Republik; Parlament: Reichstag (Riigikogu): Mitglieder werden alle vier Jahre gewählt; Wahl des Staatsoberhaupts alle fünf Jahre durch Parlament; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

2004

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

0,3 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OSZE, OECD, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

6

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Andrus Ansip (Vizepräsident)
Ressort: Digitaler Binnenmarkt

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

20,9 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

15.900 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

7.889 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

470 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

5,5 Prozent

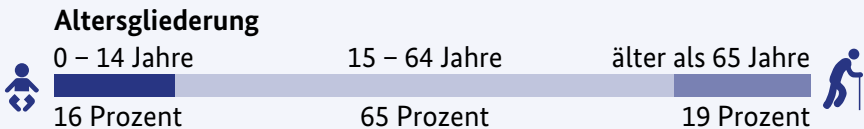
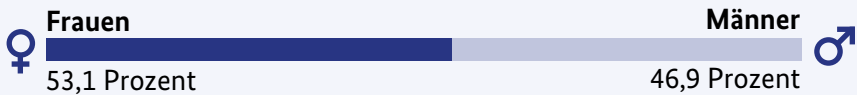
Jugendarbeitslosigkeit (2016):

13,4 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

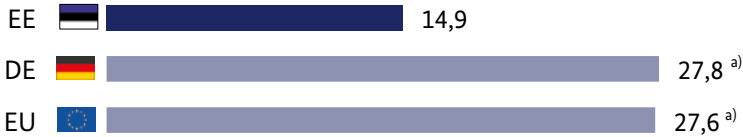
89,1 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):



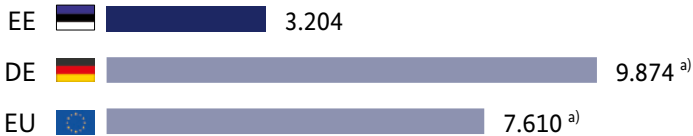
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



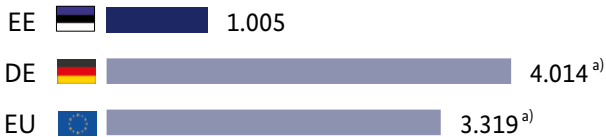
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



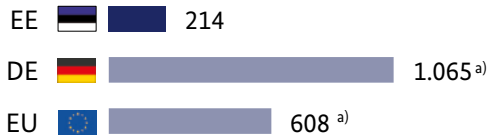
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

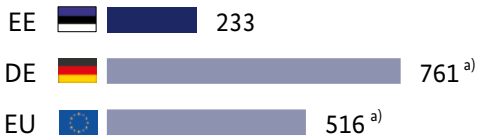
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



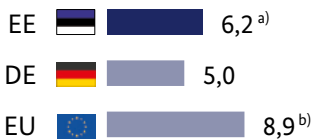
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



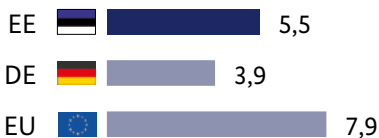
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



FINNLAND

Geschichte

Das nordische Land trat 1995 der Europäischen Union bei und ist der einzige skandinavische EU-Staat, der den Euro als Währung eingeführt hat. Der Unabhängigkeit und West-Orientierung Finnlands gingen lange Fremdherrschaften voraus: Seit dem 14. Jahrhundert gehörte Finnland zu Schweden, bis es Anfang des 19. Jahrhunderts schließlich an Russland übergeben wurde. Der finnische Staat konnte seine Autonomie anfangs größtenteils behalten. Ab 1899 begann Russland jedoch, seine Macht über das Land auszuweiten: Finnische Männer mussten in der russischen Armee dienen, und Russisch wurde als eine der Amtssprachen festgelegt. Als Reaktion auf diese sogenannte Russifizierung wuchs der zivile Ungehorsam im Land.

Im Zuge der Februarrevolution in Russland und der Abdankung der Zaren konnte Finnland schließlich am 6. Dezember 1917 seine Unabhängigkeit erklären und die Ära als autonomes Großfürstentum beenden. Im Zweiten Weltkrieg geriet Finnland unter sowjetischen Einfluss, blieb aber offiziell ein unabhängiger Staat. Nach der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 wandte sich das Land dem Westen zu. Seitdem entwickelt Finnland sein Sozialsystem, das wie die Systeme seiner nordischen Nachbarn ein sehr hohes Niveau hat, stetig weiter.

Geografie

Kein EU-Staat liegt weiter im Norden als die Republik Finnland. Das Land grenzt an Schweden, Norwegen, Russland sowie die Ostsee. Ein Drittel seiner Fläche liegt nördlich des Polarkreises. Durch diese geografische Position können Einheimische und Touristen im Sommer die Mitternachtssonne erleben. Dabei bleiben die Nächte hell. Bei klarem Himmel kann man zwischen Sonnenuntergang und Morgendämmerung das Naturschauspiel der Nordlichter beobachten. Gegen die Kälte helfen die Besuche in der traditionellen finnischen Sauna.

In Finnland gibt es noch viele große Flächen naturbelassener Wildnis. Der nordische Staat ist eines der am dünnsten besiedelten Länder Europas und hat mit 18 Einwohnern pro Quadratkilometer die geringste Bevölkerungsdichte. Die Bevölkerung lebt hauptsächlich im Süden des Landes und in der Hauptstadt Helsinki. Auch hier gibt es viel Natur: Wälder und Grünflächen machen über die Hälfte des Stadtgebiets aus. Finnland ist auch als „Land der 1.000 Seen“ bekannt. Die Realität übertrifft jedoch die Poesie bei weitem: Insgesamt besitzt Finnland an die 180.000 Seen.

Kultur

Die kulturelle Infrastruktur ist landesweit gut ausgeprägt und wird von der Bevölkerung auch sehr aktiv genutzt. In mehr als 300 Museen können über 286.000 Kunstwerke bestaunt werden.

Die Finnen sind ein lesebegeistertes Volk. Ein dichtes Netz öffentlicher Bibliotheken macht Literatur für alle Bürger überall im Land zugänglich. Finnische Autoren profitieren von einer vielseitigen Verlagslandschaft, und ihre Arbeit wird durch zahlreiche Stipendien gefördert und mit Literaturpreisen geehrt. Dennoch haben finnische Autoren noch nicht den Bekanntheitsgrad ihrer schwedischen Nachbarn. Freunde der klassischen Musik dagegen ist der Komponist Jean Sibelius ein Begriff, und Kenner der modernen Architektur schätzen die Entwürfe von Alvar Aalto.

Bildung und Wissen haben einen hohen Stellenwert in Finnland. Die Regierung wendet daher besonders viele Mittel für die Bereiche Bildung, Ausbil-

112 Die Länder Europas im Vergleich

derung und Forschung auf. Das zahlt sich aus: Finnische Arbeitskräfte gehören zu den am besten ausgebildeten auf der ganzen Welt. Das Land soll so zu einer der weltweit führenden Informationsgesellschaften werden.

Finnland hat zwei Amtssprachen: Finnisch und Schwedisch. Rund 6 Prozent der Bevölkerung sind schwedischsprachig. Knapp 9.000 Einwohner gehören zum Volk der Samen; ihre Muttersprache ist das Samische. In bestimmten Gemeinden hat diese Sprache einen Sonderstatus. Die Samen, die heute über Schweden, Norwegen, Finnland und Russland verteilt leben, sind als ethnische Minderheit anerkannt und ihre Kultur genießt besonderen Schutz.

Wirtschaft

Die Wirtschaftskrise 2007/2008 hat Finnland hart getroffen, da es bis dahin als exportabhängiges Land sehr von der Globalisierung profitiert hatte. Besonders die Metall- und Elektroindustrie sowie die Chemie-, Holz- und Papierindustrie sind mit rund 70 Prozent ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für das Land. Der wichtigste Wirtschaftsmotor des Landes mit rund 70,5 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist jedoch der Dienstleistungssektor. Die Industrie macht rund 27 Prozent des BIP aus. Die Landwirtschaft ist mit 2,5 Prozent ein eher unbedeutender Wirtschaftsbereich.

Insgesamt liegt Finnland 2016 im EU-Vergleich mit einem BIP von 215,6 Milliarden Euro auf dem dreizehnten Platz. Pro Kopf wurden im gleichen Jahr 39.200 Euro erwirtschaftet, womit das Land den siebten Platz innerhalb der EU einnimmt.

Mit 8,9 Prozent lag die Arbeitslosenquote in Finnland im März 2017 im unteren Drittel des EU-Vergleichs, die Jugendarbeitslosigkeit lag 2016 knapp über 20 Prozent.

Rund 80 Prozent seines gesamten Außenhandels wickelt Finnland mit Staaten des europäischen Kontinents ab. Der Anteil der EU-Staaten betrug 2015 beim Import und beim Export rund 60 Prozent. Die zwei wichtigsten Handelspartner sind Deutschland mit 14 Prozent des finnischen Außenhandelsvolumens und Schweden mit 11 Prozent. Der Außenhandel mit Deutschland entwickelte sich in den vergangenen Jahren gegen den Trend



gut. Wichtige Importgüter aus Deutschland sind chemische Produkte, Maschinen und Kraftfahrzeuge. Exportiert werden chemische Produkte, Holz- und Papierprodukte, sowie Metalle.

Soziale Sicherung

In den meisten westeuropäischen Ländern entstanden aufgrund des industriellen Fortschritts zuerst Versicherungen gegen Arbeitsunfälle und danach weitere Sozialversicherungen als Erweiterung der Krankenversicherung. In Finnland hingegen dominierten landwirtschaftliche Berufe die Arbeitswelt länger als in anderen Staaten, und die soziale Sicherung hat dort ihren Ursprung in den Bereichen Altersvorsorge und Behinderung. Diese waren für Landwirte besonders wichtig, um sich für die Zeit nach ihrer Tätigkeit absichern zu können.

Ende des 19. Jahrhunderts wollte die Regierung Klassenunterschiede durch sozialpolitische Maßnahmen verringern. Die ersten Gesetze dazu richtete-

ten sich aber nur an bestimmte Gruppen und nicht an die Gesellschaft als Ganzes. Beispielsweise gab es ab 1924 eine gesetzliche Rente, aber vorerst nur für Staatsdiener.

Im Jahr 1937 wurden im Zuge einer Rentenreform schließlich alle Bürger sozial abgesichert. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Sozialleistungen so ausgeweitet, dass sie in den 1980er Jahren das Niveau der anderen nordischen Länder erreichten. Hilfe für Familien wurde 1948 gesetzlich verankert; seit 1960 gibt es Arbeitslosenhilfe und seit 1963 eine gesetzliche Grundlage für Leistungen bei Krankheit. Die heutigen Leistungen basieren zumeist auf Gesetzen, die in den 1990er und 2000er Jahren verabschiedet worden sind. Einzig die Regelungen für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten gelten schon länger: seit 1948 beziehungsweise 1988. Obwohl es heute deutlich weniger Bauern gibt als früher, genießen sie immer noch besonderen Schutz: Für sie gilt das Gesetz über die Unfallversicherung der Landwirte von 1981. Sie müssen sich nicht als Selbständige versichern und der Staat übernimmt fast ein Drittel der Finanzierung.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Frischgebackene Eltern können in Finnland viel Zeit mit ihrem Nachwuchs verbringen: Nach dem bezahlten Mutterschaftsurlaub von 105 Tagen können Mutter oder Vater noch weitere 158 Tage bezahlten Elternschaftsurlaub nehmen. Vätern stehen zudem 54 Tage bezahlter Vaterschaftsurlaub zu.

Auch für die Kinderbetreuung zu Hause und in entsprechenden Einrichtungen gibt es Zuschüsse vom finnischen Staat. Einzigartig in der Europäischen Union ist das „Babypaket“, das Dinge wie Strampelhosen, Windeln, Kleidung sowie Spielzeug und ein Bilderbuch enthält. Eltern können das Paket von der Sozialversicherungsanstalt anstelle einer pauschalen Geldleistung erhalten.

Für die Integration in die finnische Gesellschaft und die Arbeitsuche können Zuwanderer finanzielle Hilfen erhalten. Bedingung dafür ist, dass sie innerhalb von drei Jahren nach der Einwanderung mit der Arbeitsagentur und der Wohngemeinde einen Integrationsplan ausarbeiten und diesen befolgen.

Amtlicher Name:

Suomen Tasavalta/Suomi (finnisch)
Republiken Finland (schwedisch)

Amtssprachen:

Finnisch, Schwedisch

Hauptstadt:

Helsinki (628.000 Einwohner, 2016)

Einwohner (2016):

5,5 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):

18,0 Einwohner pro km²

Währung:

Euro, seit 2002

Regierungswebsite:

<http://valtioneuvosto.fi/frontpage>

Nationalfeiertag:

6. Dezember: Unabhängigkeitstag
(Itsenäisyyspäivä)



Fläche (2015): 338.400 km²

Landesstruktur: 20 Regionen; sechs Regierungsbezirke sowie die Inselgruppe Åland; 336 Gemeinden inkl. 16 auf den Åland-Insen

Geografie: Ist eines der nördlichsten Länder der Erde; Meer: Ostsee. Ein Drittel des Landes liegt nördlich des Polarkreises. Sehr viele Inseln (180.000) und Binnenseen (187.888)



Staatsoberhaupt:
Sauli Niinistö



Regierungschef:
Juha Sipilä

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Wahl des Parlaments alle vier Jahre; Direktwahl des Staatsoberhauptes alle sechs Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

1995

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

1,1 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

13

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Jyrki Katainen (Vizepräsident)

Ressort: Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

215,6 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

39.200 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

23.763 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

Kein Mindestlohn

Arbeitslosenquote (März 2017):

8,9 Prozent

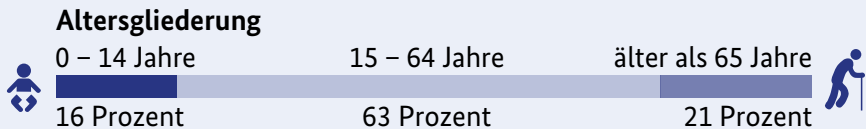
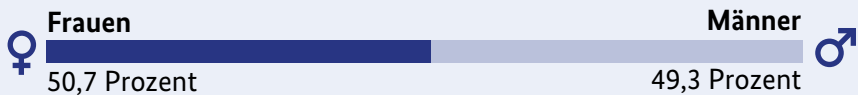
Jugendarbeitslosigkeit (2016):

20,1 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

88,1 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



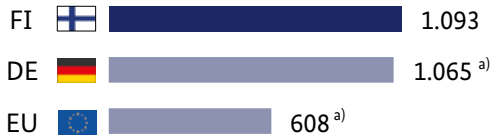
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

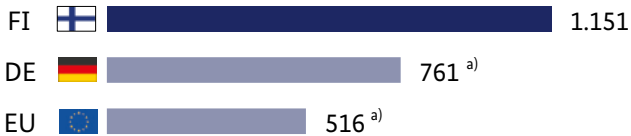
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



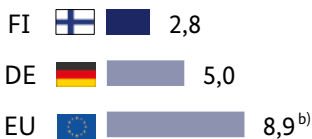
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



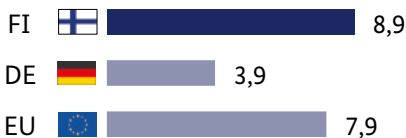
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



FRANKREICH

Geschichte

Frankreich hat über viele Jahrhunderte die Geschichte Europas mitgestaltet und mitgeprägt. In den beiden Weltkriegen im vergangenen Jahrhundert spielte die Französische Republik eine bedeutende politische Rolle. Heute ist sie in allen wichtigen internationalen Bündnissen vertreten und hat großes Gewicht in der Weltpolitik. So ist Frankreich von Anfang an Mitglied der Nato und der Vereinten Nationen sowie ein Gründungsmitglied der Vorläuferorganisationen der Europäischen Union, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG und der Europäischen Gemeinschaft EG. Infolge der vielen Machtwechsel deklarierte sich Frankreich im Laufe der Zeit insgesamt fünfmal zur Republik. Die Fünfte Republik wurde 1958 ausgerufen und besteht bis heute.

Die Monarchie, die seit dem 9. Jahrhundert bestanden hatte, endete 1789 abrupt: Mit dem Sturm des Volkes auf das Staatsgefängnis, die Bastille, begann die Französische Revolution – ein blutiger Kampf gegen die Ständegesellschaft, der mit der Hinrichtung der Königsfamilie endete. Die 1792 ausgerufene erste Republik endete 1799 mit dem Staatsstreich Napoleon Bonapartes, der bis 1814/15 als Kaiser herrschte. Bis 1848 regierten wieder Könige aus dem Haus Bourbon, dann folgte die Zweite Republik. Die Zeit der Dritten Republik begann nach der Niederlage von Kaiser Napoleon III im Deutsch-Französischen Krieg 1870 und endete mit der deutschen Besetzung im Jahr 1940.

Nach dem Krieg zerfiel das Kolonialreich des Landes, zu dem Algerien und weitere Staaten vor allem in Nord- und Westafrika sowie mehrere südost-asiatische Staaten gehört hatten. Diese Ereignisse und der wirtschaftliche Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg machten die Zeit der Vierten Republik aus. In die Zeit der Fünften Republik fällt die von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer vorangetriebene Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Dieser Prozess gilt bis heute als vorbildlich. Das heutige Frankreich der Fünften Republik ist eines der hochentwickeltesten Länder der Erde. Das Gesundheitssystem und das der sozialen Sicherheit haben hohen Standards.

Geografie

Der von der Fläche her größte EU-Staat erstreckt sich von der Nordsee bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zu den Alpen. Im Norden werden weite Flächen landwirtschaftlich genutzt. Der höchste Gipfel Europas, der Mont Blanc (4.810 m), liegt in den französischen Alpen genau an der Grenze zu Italien. Die Pyrenäen wiederum bilden im Süden die Grenze zu Spanien. Die südliche Mittelmeerküste mit der Côte d'Azur ist ein beliebtes Reiseziel für Touristen.

Im Süden Frankreichs wurde 2004 eine der längsten Schrägseilbrücken der Welt in Betrieb genommen, das Viadukt von Millau. Es ist mit einer Höhe von 343 m das höchste Bauwerk Frankreichs. Den Bau der Brücke hat die Europäische Union mitfinanziert.

Die Hauptstadt Paris ist die am dichtesten besiedelte Großstadt Europas und der zweitgrößte Metropolraum der EU. Die Seine teilt die Stadt in das rechte und linke Ufer; diese gehören teilweise zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Kultur

Frankreich ist das Heimatland einiger der wichtigsten Autoren und Denker Europas: Blaise Pascal, Voltaire, Gustave Flaubert, Honoré de Balzac, Jean-Paul Sartre und Albert Camus, um nur einige wenige zu nennen. Sie sind international bekannt für ihre philosophischen und literarischen Werke. Viele französische Maler sind ebenfalls weltberühmt, darunter Auguste Renoir, Claude Monet, Paul Cézanne, Paul Gauguin, Henri Matisse und Georges Braque.

Bekannte Komponisten sind Jean-Philippe Rameau, Georges Bizet, Claude Debussy oder Pierre Boulez. Auch in der modernen Filmwelt spielen französische Regisseure und Schauspieler eine bedeutende Rolle.

Nicht nur künstlerisch und geistesgeschichtlich hat sich Frankreich weltweit einen Namen gemacht, auch die Küche wird international geschätzt. Französische Weine wie der Bordeaux sind bei Gourmets überall auf der Welt beliebt und erzielen hohe Preise bei Weinkennern. Auch Käse, der gerne zu Wein gereicht wird, wird in allen Teilen Frankreichs hergestellt: Mehr als 300 Käsesorten stammen aus der Republik.

Die Modewelt blickt ebenfalls auf das Land: Die Fashion Week in Paris, die seit 1973 zweimal jährlich stattfindet, und die zahlreichen Modeschauen werden von den Stars der Szene und der internationalen Prominenz besucht. Die Begriffe „Haute Couture“ für die gehobene Schneiderei, die oft nur auf dem Laufsteg präsentiert wird, sowie „Prêt-à-porter“ für alltagstaugliche Mode, werden weltweit verwendet.

Wirtschaft

Neben Deutschland ist Frankreich das wichtigste Industrieland Europas. Im weltweiten Ranking der Volkswirtschaften liegt die Republik auf dem sechsten Platz. Wie alle europäischen Staaten war auch hier die Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren, aber seit 2014 kann Frankreich wieder ein Wirtschaftswachstum verbuchen. Mit rund 2.230 Milliarden Euro war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2016 das dritthöchste in der EU – nach Deutschland und dem Vereinigten Königreich.

Die Arbeitslosenquote Frankreichs betrug im März 2017 noch 9,6 Prozent. Das Land lag damit im unteren Drittel des Vergleichs der EU-Länder. Die gleiche Position nahm Frankreich im Jahresdurchschnitt 2016 in Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit ein: Sie betrug 24,6 Prozent.

Frankreich ist das meistbesuchte Land der Welt und jährlich das Reiseziel von rund 83 Millionen ausländischen Touristen. Das sind mehr Menschen als das Land Einwohner hat. Der Bereich Dienstleistungen mit dem Tourismus ist daher ein wichtiger Wirtschaftsmotor des Landes: 79 Prozent des BIP wurden 2015 in diesem Sektor erwirtschaftet. Die Industrie hatte einen An-

teil von rund 19,5 Prozent am BIP und die Landwirtschaft rund 1,5 Prozent. Die Branchen Luftfahrt, Energie, Landwirtschaft und Ernährung sowie die Herstellung von Luxusartikeln, pharmazeutischen Produkten, Chemie und Elektronik sind wirtschaftlich besonders wertvoll für das Land.

Im Jahr 2016 war Deutschland wie in den Vorjahren mit einem Handelsvolumen von 167 Milliarden Euro der wichtigste bilaterale Handelspartner Frankreichs. Weitere wichtige Handelspartner Frankreichs sind China, Italien, Belgien, die USA, Spanien, die Niederlande und Großbritannien.

Soziale Sicherung

Die Geschichte des modernen Sozialstaats begann in Frankreich erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Erste Ansätze zur sozialen Sicherung gab es allerdings schon Mitte des 19. Jahrhunderts unter den Arbeitern selbst, die sich in Genossenschaften, den sogenannten Mutuelles, zusammenschlossen, und sich gemeinsam gegen Krankheit und Invalidität absicherten. Durch die Industrialisierung war entsprechender Schutz notwendig geworden; der Staat beteiligte sich zunächst jedoch nicht an der Absicherung dieser Risiken.

Erst um die Jahrhundertwende unternahm die Regierung erste Schritte und führte mit den Sozialgesetzen von 1893 und 1905 die Fürsorge für Bedürftige ein. Arbeitnehmer waren aber weiterhin für sich selbst verantwortlich. Die Einführung einer gesetzlichen Sozialversicherung nach deutschem Vorbild wurde trotz der Verabschiedung einiger Gesetze in den Jahren 1928 und 1930 nie vollständig umgesetzt.



Als nach der Befreiung Frankreichs 1944 schließlich ein staatliches System der sozialen Sicherung für alle Bürger geschaffen wurde, gab es ein Problem: Die vielen Genossenschaften und Organisationen, die sich über die Jahre unter den Arbeitern gebildet hatten, konnten nicht einfach in einer Sozialversicherung zusammengeführt werden – viele Menschen befürchteten, durch die Vereinheitlichung der Leistungen schlechtere Hilfen zu erhalten als vorher. Darum gibt es noch heute neben der gesetzlichen Sozialversicherung besondere Systeme für bestimmte Berufsgruppen wie Landwirte, Selbständige und bestimmte Unternehmen wie die französische Staatsbahn.

Viele der aktuell gültigen Gesetze gehen noch auf die Nachkriegszeit zurück. Beispielsweise gab es erst im Jahr 2004 eine Reform von Mutterschutz und Krankenversicherung. Im Jahr 2009 wurden neue Leistungen für Arbeitslose beschlossen.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Kindergeld ist in den meisten EU-Staaten nach Anzahl und Alter der Kinder gestaffelt. In Frankreich werden Kindergeld und Zuschläge für Kinder über 14 Jahren allerdings erst ab dem zweiten Kind gewährt. Die Geburts- oder Adoptionsprämie sowie das Betreuungsgeld für Kleinkinder erhalten jedoch alle Eltern von Kindern bis drei Jahren. Bedürftige Familien bekommen für ihre Kinder zwischen sechs und 18 Jahren außerdem eine Beihilfe zum Schuljahresbeginn. Zusätzliche Leistungen gibt es für Waisen und Kinder mit Behinderungen.

Im Gegensatz zu anderen EU-Staaten ist die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Frankreich durch einen landesweit geltenden Tarifvertrag geregelt. Sie richtet sich nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit und kann durch entsprechende Verhandlungen mit dem Arbeitgeber noch verbessert werden.

Die Hilfe für Menschen in sozialen Notlagen ist auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen und deren Bedürfnisse ausgerichtet: Allgemeine Hilfen sichern das Existenzminimum erwerbsfähiger Bürger; Erwachsene mit Behinderungen, Erwerbsgeminderte und ältere Menschen erhalten besondere Geldleistungen. Für Asylbewerber, bestimmte Ausländer, Staatenlose und Rückkehrer wird eine Wartezeitbeihilfe gezahlt.

Amtlicher Name:

République française/France

Amtssprache:

Französisch

Hauptstadt:

Paris (2,2 Millionen Einwohner, 2014)

Einwohner (2016):66,8 Millionen^{a)}**Bevölkerungsdichte (2015):**105,3 Einwohner pro km²**Währung:**

Euro, seit 2002

Regierungswebsite:<http://www.gouvernement.fr/en>**Nationalfeiertag:**

14. Juli: Jahrestag des Sturms auf
die Bastille 1789
(Fête nationale)



Fläche (2015): 544.000 km^{2 b)}
(ohne Überseegebiete)

Landesstruktur: 13 Regionen, 96 Départements (ohne Überseegebiete); zugehörige Staatsgebiete: Karibik: Guadeloupe, Martinique, St. Barthélemy, St. Martin; Indischer Ozean: Réunion, Mayotte; Südamerika: Französisch-Guyana; Pazifik: Französisch-Polynesien, Neukaledonien, Wallis und Futuna; Atlantik: Saint-Pierre und Miquelon; Französische Süd- und Antarktisgebiete

Geografie: Meere: Atlantik und Mittelmeer; Hauptgebirge: Pyrenäen, Zentralmassiv, Alpen, Vogesen; höchster Berg: Mont Blanc (4.810 m)

^{a)} vorläufiger Wert, ^{b)} geschätzter Wert



Staatsoberhaupt:
Emmanuel Macron



Regierungschef:
Édouard Philippe

Politisches System:

Parlamentarische Präsidialdemokratie; Wahl der Nationalversammlung alle fünf, des Senats alle sechs Jahre; Direktwahl des Staatsoberhauptes alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

Gründerstaat (1951/57)

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

13,1 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, G7, G20, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

74

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Pierre Moscovici

Ressort: Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):2.228,9 Mrd. Euro^{a)}**Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):**33.300 Euro^{a)}**Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):**

21.415 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

1.480,27 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

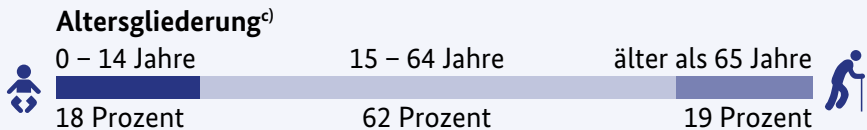
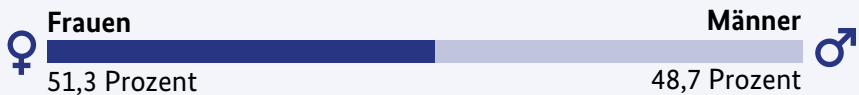
9,6 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

24,6 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

78,1 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{c)} Abweichung von 100 Prozent durch Rundung

Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



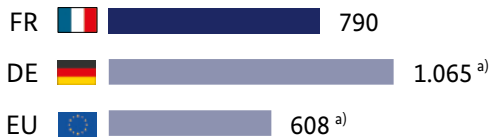
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



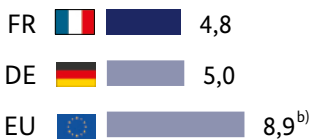
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



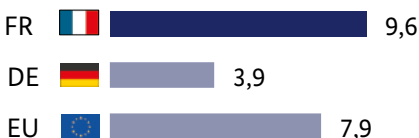
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



GRIECHENLAND

Geschichte

Kaum ein anderes Land hat mit seinem geschichtlichen und kulturellen Erbe die westlichen Länder so geprägt wie das antike Griechenland. Seit 1981 ist das Land Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft (EG), einer der Vorgängerorganisationen der EU, und gehört seit 2001 zum Euroraum. Bereits seit 1961 bestand ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Die eigentlichen Beitrittsverhandlungen konnten erst 1976 beginnen, da sich im Frühjahr 1967 das Militär an die Macht geputscht hatte. Nach fünfjährigen Verhandlungen wurde das Land 1981 das zehnte Mitglied der EG.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die politische Lage in Griechenland angespannt. Es kam zum Bürgerkrieg, der von der konservativen Regierung mit äußerster Härte gegen kommunistische Partisanen aus der Zeit des Weltkriegs geführt wurde. 1967 sollte der Putsch rechtsextremer Offiziere den erwarteten Wahlsieg der sozialistischen „Vereinigung der demokratischen Linken“ verhindern.

1974 brach das totalitäre Militärregime zusammen. Zuvor hatten die Militärs einen Studentenaufstand blutig niedergeschlagen. Zudem war die angestrebte Vereinigung mit der Republik Zypern fehlgeschlagen. Die

Bürger entschieden sich in einer Volksabstimmung für die Rückkehr zur Demokratie.

Während der Antike (800 v. Chr. bis 146 v. Chr.) erstreckte sich das Staatsgebiet bis nach Kleinasien, dem heutigen Staatsgebiet der Türkei. Aufgrund vieler herausragender zivilisatorischer Leistungen auf den Gebieten der Philosophie, Naturwissenschaften, Geschichtsschreibung und Literatur wird Griechenland heute oft als die „Wiege Europas“ bezeichnet. Neben diesen wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften liegen auch die Anfänge der sozialen Sicherung in der Antike. So konnten Kranke bereits im 5. Jahrhundert v. Chr. Zuflucht in den Tempeln des Asklepios, des Gottes der Heilkunde, suchen.

Geografie

Der südöstlich gelegene EU-Staat gehört zu den sonnigsten und wärmsten Ländern Europas. Das Staatsgebiet besteht aus dem griechischen Festland am südlichen Ende des Balkans und der Halbinsel Peloponnes, die seit dem Bau des Kanals von Korinth (1893) vom Festland getrennt ist. Des Weiteren gehören zahlreiche Inseln in der Ägäis sowie im Ionischen und Libyschen Meer zum Staatsgebiet.

Landschaftlich dominiert der Olymp die griechische Ostküste. Der höchste Gipfel ist der Mytikas mit knapp 3.000 m. Viele Mythen aus dem antiken Griechenland ranken sich um das Gebirge, das als Wohnstätte der Götter gilt.

Kultur

Die älteste heute gesprochene Sprache, die durch eine Schrift aufgezeichnet wurde, ist Griechisch. Heute wird Neugriechisch gesprochen. Die berühmten Werke der Antike sind in Altgriechisch verfasst. Dazu zählen etwa die Epen des Homer wie die Ilias und die Odyssee. Sie gehören zu den ersten Werken der europäischen Literatur überhaupt. Die Denker Sokrates, Platon und Aristoteles legten den Grundstein der abendländischen Philosophie. Mit den mathematischen Erkenntnissen eines Euklid und Pythagoras beschäftigen sich Schüler weltweit bis heute. Die griechische Kunst wird vornehmlich mit der Bildhauerei der Antike verbunden. Eine der wohl berühmtesten Statuen ist die Venus von Milo.

Schon während der Antike erreichte die griechische Baukunst einen hohen Standard. Zahlreiche Gebäude aus dieser Epoche haben die Jahrhunderte überdauert und ziehen jedes Jahr eine große Menge an Besuchern an. Eines der bekanntesten Bauwerke ist die Akropolis, das Wahrzeichen der Hauptstadt Athen. Auf dem Marktplatz des antiken Athen trat einst die Volksversammlung zusammen; die dort geführten Debatten gelten als Ursprung der Demokratie.

Wirtschaft

Wirtschaftlich steckt Griechenland, traditionell eine Seefahrernation und zugleich ein Agrarland, derzeit in einer tiefen Krise. Vor allem die Europäische Union, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds unterstützen das Land bei seinen Reformbestrebungen.

Griechenland bildete im März 2017 mit 22 Prozent das Schlusslicht der EU-Länder bei der Arbeitslosigkeit. In dieser Zahl und in der Quote der Jugendarbeitslosigkeit, die im Jahr 2016 bei 47,3 Prozent lag, spiegelt sich das Problem der griechischen Volkswirtschaft und des Sozialwesens.



Von 2009 bis 2016 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Griechenlands um rund 25 Prozent zurückgegangen. Nach einer erstmaligen leichten Erholung 2014 ist die griechische Wirtschaft 2015 wieder in die Rezession zurückgefallen. Der BIP-Rückgang um 0,2 Prozent ist dabei allerdings bedeutend geringer ausgefallen als zunächst erwartet. Das griechische BIP lag im Jahr 2016 mit rund 176 Milliarden Euro im unteren Mittelfeld der Länder der EU, pro Kopf erwirtschafteten die Griechen 16.300 Euro und lagen damit im gleichen Jahr im unteren Drittel.

Der Dienstleistungssektor macht den weitaus größten Anteil der griechischen Wirtschaftsleistung aus und lag 2015 bei knapp über 80 Prozent des BIP. Die Bereiche Industrie und Landwirtschaft machten 2015 rund 16 beziehungsweise 4 Prozent aus.

Soziale Sicherung

Die Wurzeln der sozialen Sicherung in Griechenland reichen teilweise bis in die Antike zurück. Allerdings hatte das damalige System noch wenig mit dem heutigen zu tun. In der Antike gab es den Heilkult um den Gott Asklepios. Die meist abgelegenen Tempel boten kranken und gebrechlichen Menschen medizinische Versorgung an. Davon profitierte allerdings nicht die gesamte Bevölkerung. Es ist davon auszugehen, dass die Patienten für ihre Behandlung bezahlen mussten. Überliefert ist, dass die Behandlung mit einer Opfergabe einherging. Neben diesem Kult gab es in den größeren Städten auch öffentliche Stadtärzte, zu denen die Patienten gehen konnten. Noch heute finden sich überall auf der Welt Spuren des Asklepios-Kultes: Der Stab des Asklepios, der von einer Natter umschlungen wird, wurde zum Symbol der Medizin.

Das heutige System der sozialen Sicherung entstand nach dem Ende der Militärjunta 1974. Die sozialen Ziele wurden neu definiert, regionale Ungleichheiten sollten ausgeglichen und die soziale Sicherung erweitert werden. Viele Gesetze, die in den 80er Jahren verabschiedet wurden, sollten die soziale Gerechtigkeit fördern. Dennoch gelang es den Institutionen und der öffentlichen Verwaltung nicht, groß angelegte soziale Reformen umzusetzen.

1983 wurde ein nationales System für Gesundheitsdienste etabliert. Dies sollte die voranschreitende Privatisierung besonders im Bereich der

Gesundheitsversorgung stoppen. Der Bevölkerung wurden mehr Leistungen kostenfrei zugänglich gemacht, was zu einer Überfüllung der Krankenhäuser führte. Bereits Anfang der 1990er Jahre wurden die ersten Anpassungen vorgenommen, um das System zu entlasten. Mithilfe einer Gebühr sollte der Andrang in den Krankenhäusern verringert werden. Seit 1993 gibt es neue Bestrebungen, die Qualität und Effizienz des Gesundheitssystems zu verbessern.

Die anderen Bereiche der sozialen Sicherung durchliefen eine ähnliche Entwicklung. Die ersten Gesetze zu Rente, Behinderung, Arbeitsunfällen, Arbeitslosigkeit und Familienleistungen wurden zwischen 1914 und 1958 verabschiedet. Auch hier gab es im Laufe der Jahre mehrere Reformen. Die aktuelle Gesetzgebung für Renten, Behinderung, Krankheit, Mutterschaft und Arbeitslosigkeit stammt aus dem Jahre 2012 und wurde aufgrund der Wirtschaftskrise angepasst.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Von der Finanzkrise Griechenlands ist auch das System der sozialen Sicherung betroffen. So wurden 2014 die Beiträge für Familienleistungen per Gesetz abgeschafft. Einzelne Leistungen für Mütter und Kinder wie der Entbindungskostenzuschuss, das Mutterschaftsgeld, die besondere Familienbeihilfe und ein Kindergeld werden weiterhin ausgezahlt.

Ein System zur Mindestsicherung in sozialen Notlagen dagegen hat es vor der Krise in Griechenland nicht gegeben. Im November 2014 startete die Regierung das Pilotprogramm „Garantiertes Mindesteinkommen“. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Ein- und Wiedereingliederung von erwerbsfähigen Menschen in den Arbeitsmarkt. Es richtet sich an Einzelpersonen und Familien, die in großer Armut leben.

Für die gesetzliche Krankenversicherung müssen Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber Beiträge zahlen. Nichtversicherte bedürftige Bürger können Gesundheitsbücher beantragen, mit denen sie ein Jahr lang freien Zugang zum nationalen Gesundheitssystem haben. Eine Verlängerung ist unter bestimmten Bedingungen möglich. Ehepartner und unterhaltsberechtigter Kinder sind darüber mit abgesichert.

Amtlicher Name:

Ellinikí Dimokratía (Ελληνική Δημοκρατία)

Amtssprache:

Griechisch

Hauptstadt:

Athen (664.000 Einwohner, 2011)

Einwohner (2016):

10,8 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):81,9 Einwohner pro km²**Währung:**

Euro, seit 2002

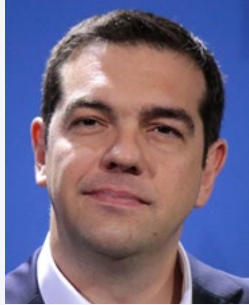
Regierungswebsite:<http://www.primeminister.gr/english>**Nationalfeiertag:**

25. März: Beginn des Freiheitskampfes gegen das Osmanische Reich 1821 (Mariä Verkündigung, Ευαγγελισμού)
28. Oktober: „Ochi-Tag“ zur Erinnerung an erfolglosen italienischen Annexionsversuch (Jahrestag des Nein, Επέτειος του Οχι)

**Fläche (2015):** 132.000 km²**Landesstruktur:** 13 Regionen; Mönchsrepublik Athos mit autonomem Status**Geografie:** Südlichstes Land auf der Balkanhalbinsel im Mittelmeer; 2.000 Inseln im Ägäischen und Ionischen Meer (davon circa 165 bewohnt); höchster Berg: Mytikas (im Olymp, 2.918 m)



Staatsoberhaupt:
Prokopis Pavlopoulos



Regierungschef:
Alexis Tsipras

Politisches System:

Parlamentarische Republik; eine Kammer: Mitglieder werden für vier Jahre gewählt; Wahl des Staatsoberhauptes durch das Parlament alle fünf Jahre; Wahlpflicht ab 17 Jahre

EU-Beitritt:

1981

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

2,1 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

21

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Dimitris Avramopoulos

Ressort: Migration, Inneres und Bürgerschaft

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):175,9 Mrd. Euro^{a)}**Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):**16.300 Euro^{a)}**Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):**

7.520 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

683,76 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

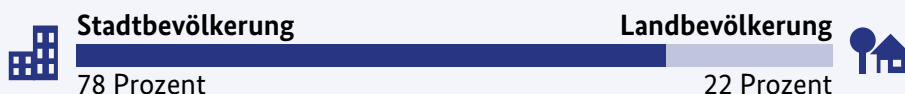
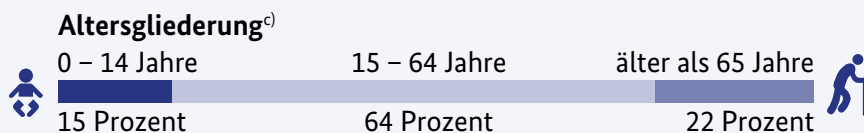
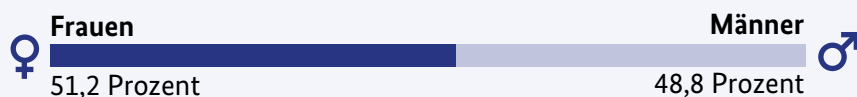
22,0 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

47,3 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

71,8 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{c)} Abweichung von 100 Prozent durch Rundung möglich

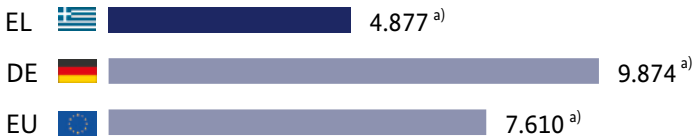
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



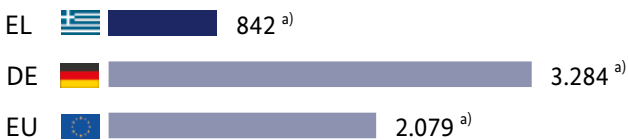
Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



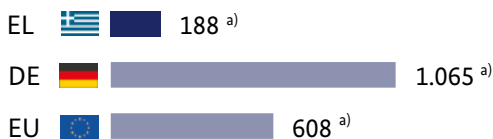
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

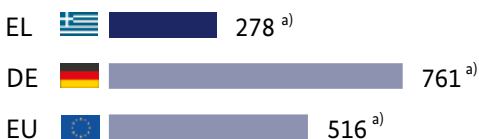
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



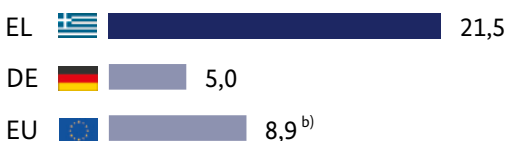
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



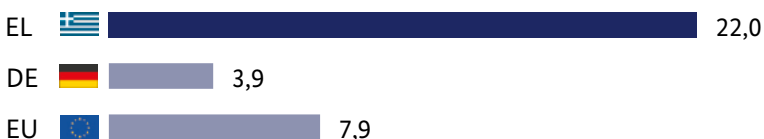
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



IRLAND

Geschichte

Irland wurde im Zuge der ersten Norderweiterung 1973 – zusammen mit dem Vereinigten Königreich und Dänemark – Mitglied in der Europäischen Union. Seit der Einführung des Euro 2002 gehört das Land zum Euroraum.

Die Geschichte Irlands ist geprägt durch die Christianisierung im 4. und 5. Jahrhundert. Am bekanntesten ist der Missionar Patrick, der heute der Nationalheilige der Iren ist. Es entwickelte sich eine ausgeprägte Klosterkultur. Viele Äbte waren so mächtig wie die zahlreichen Regionalkönige. Diese Uneinigkeit nutzten ab dem Ende des 8. Jahrhunderts die Wikinger aus. Sie überfielen wiederholt die Küstenregionen, bevor sie begannen, feste Siedlungen zu gründen, darunter das heutige Dublin. Ende des 12. Jahrhunderts geriet Irland unter englische Herrschaft; diese sollte bis 1921 dauern, als Irland als Republik unabhängig vom Vereinigten Königreich wurde. Die sechs nördlichen Countys bilden Nordirland und gehören noch heute zum Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland.

Durch die englische Herrschaft über Irland sind die Anfänge der sozialen Sicherung nahezu identisch mit denen des Vereinigten Königreichs. Erst nach der Unabhängigkeit Irlands entstand eine eigene Gesetzgebung.

Geografie

Der Inselstaat im Nordwesten Europas ist bekannt für die Schönheit seiner Landschaft. Im Westen und Süden ist das Land vom Atlantik umgeben, im Osten liegt es an der Irischen See. Berühmt sind die gebirgige, raue Westküste und die weiten, fruchtbaren Ebenen mit immergrünen Wiesen im Landesinneren. Daher wird Irland auch die „Grüne Insel“ genannt.

Das Wetter ist oft regnerisch und windig. Trotz der klimatisch günstigen Verhältnisse ist die Vegetation eher spärlich. Heute ist infolge intensiver Abholzung nur noch ein kleiner Teil der Insel bewaldet. Dafür gibt es ausgedehnte Moorgebiete und weite Grasebenen.

Kultur

Das keltische Erbe Irlands ist bis heute lebendig und ist vielerorts spürbar. Trotz des großen Einflusses der englischen Sprache ist das Gälische (Irische) erste Amtssprache. Orts- und Straßenschilder sind immer auch auf Gälisch beschriftet, obwohl es heute hauptsächlich in den irisch-sprachigen Gebieten an der Westküste, den sogenannten Gaeltachts, von rund 90.000 Iren gesprochen wird. Ein anderes Beispiel ist das Fest Halloween, welches heute meist mit den USA verbunden wird. Es hat seinen Ursprung im Irland des 5. Jahrhunderts und entstand wohl aus dem keltischen Fest zur Sonnenwende.

Die irische Kultur erfreut sich auch im Ausland großer Beliebtheit. Insbesondere die irische Folklore begeistert die Menschen weltweit. So feiern irische Tanzgruppen große Erfolge mit ihren Tanzshows. Sie vereinen dabei den traditionellen Stepptanz mit keltischer Musik. Die traditionellen irischen Instrumente sind Harfe, Fidel und Flöte. In der Literatur finden sich Namen wie James Joyce, Samuel Beckett, Oscar Wilde oder Bram Stoker und viele mehr. Auch die Irish Pubs und der St. Patricks Day am 17. März gehören zum kulturellen Exportgut Irlands.

Wirtschaft

Seit den 1990er Jahren durchlebt Irland einen Wandel hin zu einer auf den Export von High-Tech-Produkten spezialisierten Volkswirtschaft. Viele

142 Die Länder Europas im Vergleich

international tätige Firmen, gerade im Bereich der Internetunternehmen, haben hier ihren europäischen Hauptsitz. Die Hauptgründe hierfür sind die vergleichsweise geringe Unternehmensteuer, die englische Sprache und der Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Die Finanzkrise 2007 traf das Land besonders hart, sodass es auf Hilfen aus dem Europäischen Rettungsfonds angewiesen war. Dank seiner erfolgreichen Sparpolitik konnte Irland jedoch bereits 2014 wieder ein Wirtschaftswachstum von fast 5 Prozent erzielen.

Im europäischen Vergleich lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2016 mit 276 Milliarden Euro an zwölfter Stelle. Beim BIP pro Kopf lagen die Iren im Jahr 2016 mit 58.800 Euro an zweiter Stelle hinter Luxemburg und noch vor Dänemark und Schweden. Den Hintergrund für diese hohe Position im Ranking bildete eine Neuberechnung des BIP durch die offizielle irische Statistik, sodass dieses um rund 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2015) angewachsen war. Infolge der niedrigen irischen Unternehmenssteuer von 12,5 Prozent verlegen zahlreiche ausländische Firmen ihren Sitz in die Republik Irland, ihr Kapital fließt nun in die Berechnung des BIP ein.

Die Arbeitslosenquote Irlands betrug im März 2017 noch 6,6 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit lag 2016 bei 17,2 Prozent. Mit beiden Werten lag Irland im Mittelfeld des europäischen Vergleichs.

Irland ist ein attraktiver Standort für ausländische Direktinvestoren, die von Irland aus exportieren. Schwerpunkte liegen in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Kommunikationsindustrie, Software- und Pharmaprodukte sowie Medizinindustrie. Der mit Abstand größte Investor in Irland sind die USA.

Die Anteile am BIP verteilten sich 2015 in Irland folgendermaßen: Dienstleistungen rund 57,3 Prozent, Industrie rund 41,6 Prozent, und die Landwirtschaft machte etwas über 1 Prozent aus. Zu den wichtigsten Handelspartnern gehören Deutschland, das Vereinigte Königreich und die USA.



Soziale Sicherung

Aufgrund der relativ späten Unabhängigkeit Irlands sind die Ursprünge seiner sozialen Sicherungssysteme auf die englische Gesetzgebung zurückzuführen. Das englische Armengesetz (Poor Law) von 1834, das ursprünglich nur in Wales und England gegolten hatte, wurde 1838 an die Bedürfnisse Irlands angepasst. Anders als in der heutigen Zeit beschränkte sich die Hilfe auf sogenannte Arbeitshäuser. Dort wurden Bedürftige und Bettler untergebracht, um sie von der Straße zu holen.

Die Unterstützung für Arbeitnehmer folgte 1897 mit dem Arbeiter-Entschädigungsgesetz. Es garantierte den Arbeitnehmern eine finanzielle Kompensation bei Arbeitsunfällen. Der Arbeitnehmer musste nachweisen, dass der Unfall während der Arbeitszeit passiert war, um die Leistung zu erhalten. Ein weiteres Gesetz zugunsten der Arbeitnehmer war das Gesetz zur Stellenvermittlung von 1909.

Das Gesetz über die Altersrente wurde 1908 verabschiedet und gilt als eine der Grundlagen für die heutige soziale Sicherung. Die Rente wurde wöchentlich ab dem Alter von 70 Jahren ausgezahlt. Die eigentliche Rente war relativ gering, um Arbeiter zu motivieren, selbst vorzusorgen. Die Hilfe für Menschen mit Behinderungen wurde 1911 mit dem nationalen Versicherungsgesetz eingeführt. Dieses hatte die deutsche Gesetzgebung als Vorbild.

Anders als in anderen Ländern, in denen nach der Unabhängigkeit große Gesetzesreformen vorgenommen wurden, behielt Irland die Gesetzgebung nach 1921 zunächst bei. Im Laufe der Jahre wurden die Gesetze an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Heute gibt es drei verschiedene Arten von Sozialversicherungsleistungen in Irland. Unterschieden wird zwischen den beitragsunabhängigen, den beitragsabhängigen und den sogenannten Universalleistungen. Zu diesen gehört beispielsweise das Kindergeld.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

In Irland hängen die Leistungen bei Krankheit davon ab, ob die Menschen eine begrenzte oder eine volle Anspruchsberechtigung haben. Wer 70 Jahre alt oder älter ist und weniger als 500 Euro Bruttoeinkommen hat, besitzt die volle Anspruchsberechtigung. Bei einem Arztbesuch muss dann kein Honorarvorschuss gezahlt werden. Dieser wird von der Behörde für Gesundheitsdienste übernommen. Allerdings haben Menschen mit voller Anspruchsberechtigung keine freie Arztwahl.

Eine weitere Besonderheit im irischen Gesundheitssystem sind spezielle Berechtigungskarten. Sie sollen die medizinische Grundversorgung vor allem für sozial Schwache sicherstellen. Es gibt zwei verschiedene Berechtigungskarten, die von der Höhe des Einkommens abhängen. Dabei wird auch die Familiengröße berücksichtigt. Die sogenannte Medical Card ist für Menschen mit einem sehr geringen Einkommen. Mit ihr erhält der Inhaber bestimmte ärztliche Leistungen kostenfrei. Dazu zählen Arztbesuche, verschriebene Medikamente sowie zahn- und augenärztliche Behandlungen oder Schwangerschaftsvorsorge. Menschen mit einem etwas höheren Einkommen können die GP Visit Card beantragen. Sie ermöglicht kostenfreie Untersuchungen bei Allgemeinärzten.

Amtlicher Name:

Poblacht Na h'Éireann (irisch)
 Republic of Ireland (englisch)

Amtssprachen:

Irisch, Englisch

Hauptstadt:

Dublin (516.000 Einwohner, 2011)

Einwohner (2016):

4,7 Millionen^{b), d)}

Bevölkerungsdichte (2015):

67,9 Einwohner pro km²

Währung:

Euro, seit 2002

Regierungswebsite:

<http://www.gov.ie>

Nationalfeiertag:

17. März: St. Patrick's Day
 (Lá Fhéile Pádraig)



Fläche (2015): 69.800 km²

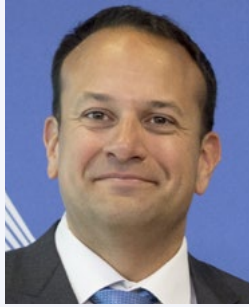
Landesstruktur: Vier Provinzen mit 28 Grafschaften (Counties) und drei Städten

Geografie: Inselstaat; grenzt im Norden an das Vereinigte Königreich (Nordirland); Landschaft hauptsächlich Tiefebene, niedrige Hügelketten, Sümpfe und Seen; Meere: Irische See und Atlantik

^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch



Staatsoberhaupt:
Michael D. Higgins



Regierungschef:
Leo Varadkar

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Parlament: Mitglieder werden alle fünf Jahre gewählt; Direktwahl des Staatsoberhauts alle sieben Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

1973

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

0,9 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

11

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Phil Hogan

Ressort: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

275,6 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

58.800 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

21.688 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

1.563,25 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

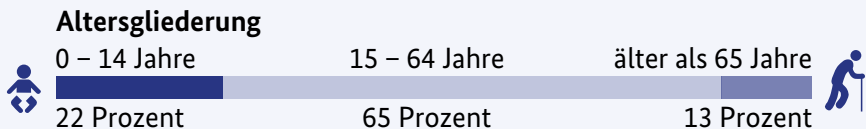
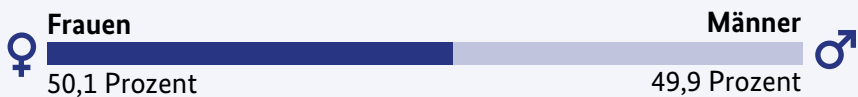
6,6 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

17,2 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

80,1 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):

Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



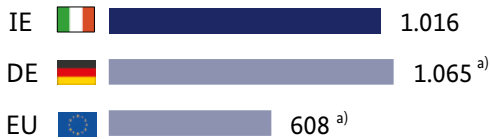
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



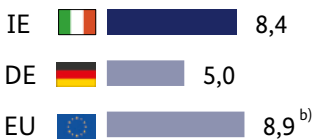
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



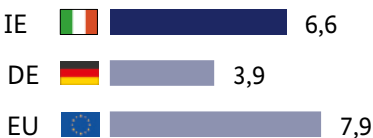
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



Geschichte

Italien ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG, einer der Vorgängerorganisationen der EU. Mit 73 Sitzen im Europäischen Parlament gehört es zu den Ländern mit den meisten Abgeordneten. Es ist damit gleichauf mit dem Vereinigten Königreich. Nur Frankreich und Deutschland haben aufgrund ihrer Größe und Bevölkerungszahl mehr Sitze im Parlament.

In der Antike war das Römische Reich, der Vorgänger des modernen Italiens, eines der bedeutendsten Politik- und Kulturzentren der Welt. Im 4. Jahrhundert v. Chr. setzte die Expansion Roms ein. Während seiner Blütezeit umfasste das Reich große Teile des heutigen Europas sowie Gebiete in Nordafrika und im arabischen Raum. Die nahezu unantastbare Vormachtstellung in Europa endete erst mit dem Einfall der Goten und Langobarden im 5. Jahrhundert. Die einstige Weltmacht wurde immer mehr zum Spielball der europäischen Großmächte und erst im 19. Jahrhundert konnte die italienische Nationalbewegung Risorgimento die Vereinigung der italienischen Fürstentümer vorantreiben. Nach drei Unabhängigkeitskriegen wurde schließlich 1861 Viktor Emanuel II. zum König Italiens ausgerufen.

Das Königreich bestand für rund 60 Jahre und wurde 1922 mit der Machtübernahme durch Benito Mussolini aufgelöst. Mussolini ernannte sich in dem totalitären Staat zum „Duce“, dem Führer. Sein Ziel war es, das antike römische Reich wieder aufleben zu lassen. Während des Zweiten Weltkriegs kämpften die italienischen Truppen unter Mussolini von 1940 bis 1943 auf der Seite der Deutschen. Nach der Befreiung Italiens durch die alliierten Truppen wurde Italien 1946 zu einer parlamentarischen Republik mit einem Zweikammerparlament.

Geografie

Das südeuropäische Land liegt auf einer stiefelförmigen Halbinsel, die vom Mittelmeer umschlossen ist. Die beiden großen Inseln Sizilien und Sardinien sowie eine Reihe kleinerer Inselgruppen gehören ebenfalls zum Staatsgebiet.

Die Landschaft der Republik ist sehr abwechslungsreich und macht Italien zu einem der beliebtesten europäischen Reiseziele. Im Norden bilden die Alpen mit Gletschern, Seen und Skigebieten die Grenze zu Frankreich, Österreich, Slowenien und zur Schweiz. Südlich der Alpen schließt sich die breite Po-Ebene an, bevor sich die Landmasse zum berühmten italienischen Stiefel verjüngt. An den mehr als 7.000 km langen Küsten gibt es Sandstrände und Steilküsten. Im Landesinnern durchzieht das Gebirge Apennin den Stiefel von Nord nach Süd.

Dank des mediterranen Klimas gedeihen Obst, Zitrusfrüchte, Oliven und Trauben besonders gut. 2015 war Italien der weltgrößte Weinproduzent, gefolgt von Frankreich. Das Land hat die meisten aktiven Vulkane in Europa. Die berühmtesten sind der Vesuv, an dessen Fuß die Großstadt Neapel liegt, und der Ätna auf Sizilien. Auf dem Grundgebiet Italiens gibt es zudem zwei unabhängige Staaten: Vatikanstadt und San Marino.

Kultur

Die Anfänge der italienischen Kultur reichen bis in die Antike zurück. Nicht nur die Bauwerke aus dieser Zeit dienten als Vorbild für spätere Generationen, sondern auch das römische Recht, das heute die Basis für die meisten europäischen Rechtssysteme ist. Im ausklingenden Mittelalter war Italien

die Wiege der Renaissance und prägte die Kunst und Forschung auf dem gesamten europäischen Kontinent. Die wohl bis heute bekanntesten Universalgelehrten der Renaissance, Galileo Galilei und Leonardo da Vinci, haben die moderne Forschung vorangetrieben und waren mit ihren Ideen ihrer Zeit weit voraus.

Da Vinci, Michelangelo, Donatello, Botticelli und Raffael – die Liste der bedeutenden italienischen Künstler ist lang, dies sind nur einige Beispiele. Zu den bekanntesten Werken zählen unter anderem die Gemälde „Mona Lisa“ von da Vinci und „Die Geburt der Venus“ von Botticelli sowie Michelangelos Skulptur „David“. Auch in der Musik hat das Land bedeutende Künstler hervorgebracht. Dazu zählen Antonio Vivaldi, Giuseppe Verdi, Giacomo Puccini und Niccolò Paganini. Das Land ist weithin bekannt als der Geburtsort der Oper, und noch heute gilt Italienisch als die Opernsprache. Italienische Literatur und Kinokunst genießen ebenfalls internationales Ansehen.

Die italienische Küche erfreut sich international großer Beliebtheit und wird als eine der einflussreichsten Küchen weltweit angesehen. Besonders die Exportschlager Pizza und Pasta sind heute nahezu überall zu finden. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass viele Italiener im Laufe der Jahrhunderte das Land verlassen und die kulinarischen Spezialitäten aus ihrer Heimat in der Fremde bekannt gemacht haben. 2010 wurde die italienische Küche als „immaterielles Weltkulturerbe“ von der UNESCO anerkannt.

Wirtschaft

Die italienische Wirtschaft hat stark unter der Finanzkrise 2007 gelitten: Im Vergleich zum Vorkrisenhoch ist die Wirtschaftsleistung um rund 9 Prozent gesunken. Erst 2015 konnte Italien wieder ein Wirtschaftswachstum von rund 0,8 Prozent erzielen. Problematisch ist auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Viele junge Italiener haben keine Arbeit; 2016 lag die Quote der jugendlichen Arbeitslosen bei 37,8 Prozent. Die allgemeine Arbeitslosenquote lag im März 2017 bei 11,5 Prozent.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Italiens lag 2016 bei 1.672 Milliarden Euro, das entspricht einem BIP pro Kopf von 27.600 Euro. Der Dienstleistungssektor machte in Italien mit rund 74,2 Prozent im Jahr 2015 den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt aus. Besonders wichtig ist hier die Tourismus-



branche, die hohe Umsätze verzeichnen kann. Zu den wichtigsten Industrien zählen der Flugzeug-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau sowie die Textil- und Lebensmittelindustrie. Der Anteil der Industrie am BIP lag bei rund 23,5 Prozent. Die Landwirtschaft spielte mit 2,3 Prozent 2015 volkswirtschaftlich nur eine geringe Rolle. Von besonderer Bedeutung in diesem Sektor sind der Weinanbau, die Käseherstellung und die Olivenölproduktion.

Soziale Sicherung

Ende des 19. Jahrhundert gab es erste staatliche Bemühungen, die soziale Sicherung gesetzlich zu verankern. Die Industrialisierung, die relativ spät in den 1860er Jahren in Norditalien einsetzte, brachte neue Probleme mit sich: Arbeitnehmer verletzten sich häufiger bei ihrer Arbeit oder wurden infolge ihrer Beschäftigung krank. So war der Bereich Arbeitsunfälle der erste, der 1898 gesetzlich geregelt wurde. Parallel dazu entstand im gleichen Jahr ein System der freiwilligen Versicherung für die Absicherung im Alter und bei Invalidität. Diese richtete sich speziell an Fabrikarbeiter. Die Leistungen wurden aus einem nationalen Fonds gezahlt, der sich durch Mitgliedsbeiträge und staatliche Förderung finanzierte. Die Absicherung im Alter und bei Invalidität wurde durch ein 1919 verabschiedetes Gesetz obligatorisch für alle Arbeitnehmer. Im selben Jahr wurde die Absicherung bei Arbeitslosigkeit gesetzlich geregelt.

Eine besondere Rolle bei der sozialen Sicherung in Italien spielten die Familienleistungen und die Leistungen für Mütter. Der hohe gesellschaftliche Stellenwert der Familie trug dazu bei, dass bereits 1912 ein Gesetz in Kraft trat, das Müttern während und nach der Schwangerschaft einen Mutterschaftsurlaub garantierte. Das Kindergeld wurde ursprünglich vom Nationalen Sozialversicherungsinstitut verwaltet und wöchentlich ausgezahlt. Die wöchentlichen Leistungen, die für männliche Arbeiter in der Privatindustrie gedacht waren, wurden 1934 in einem kollektiven Beschluss der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände festgesetzt. 1937 trat ein Gesetz in Kraft, das die Leistungen erhöhte und den Geltungsbereich auch auf bedürftige Mütter ausweitete. Leistungen im Falle einer Krankheit wurden erst 1943 gesetzlich geregelt.

Heute ist die Registrierung aller Arbeitnehmer des privaten Sektors sowie aller Selbständigen in der allgemeinen Pflichtversicherung obligatorisch. Der wohl wichtigste Sozialversicherungsträger ist das Nationalinstitut für Soziale Fürsorge, das seit 2012 auch Beamte des öffentlichen Dienstes sowie Sportler und Beschäftigte aus dem Unterhaltungswesen versichert. Diese hatten vor 2012 eigenen Sozialversicherungen angehört. Für Journalisten und freie Berufe wie zum Beispiel Ärzte, Anwälte, Ingenieure und Architekten gibt es weiterhin eigene Systeme.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Auffallend ist, dass die soziale Sicherung für Familien sehr ausgeprägt ist. So gibt es verschiedene Leistungen, die von der Familiengröße abhängig sind.

Ein spezieller Indikator, der sogenannte ISEE (Indicatore della Situazione Economica Equivalente), erlaubt es, die wirtschaftliche Situation der Familien zu beurteilen. Er bezieht Einkommen, Vermögenswerte und die Familiensammensetzung mit in die Leistungsberechnung ein. So wird zum Beispiel bei der Berechnung der Rente nach einem Arbeitsunfall die Höhe der Versorgung für den Ehepartner und jedes unterhaltsberechtigten Kind angepasst. Bei der Berechnung der Sozialhilfe, die je nach Gemeinde und Region unterschiedlich ausfällt, wird der ISEE-Indikator ebenfalls berücksichtigt.

Amtlicher Name:
Repubblica Italiana

Amtssprache:
Italienisch

Hauptstadt:
Rom (2,9 Millionen Einwohner, 2014)

Einwohner (2016):
60,7 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):
201,0 Einwohner pro km²

Währung:
Euro, seit 2002

Regierungswebsite:
<http://www.governo.it>

Nationalfeiertag:
2. Juni: Gründungstag der Republik 1946
(Festa della Repubblica)



Fläche (2015): 302.100 km²

Landesstruktur: 20 Regionen;
Sonderstatus für fünf
Regionen: Aostatal, Friaul-
Julisch-Venetien, Sardinien,
Sizilien, Trentino-Südtirol

Geografie: Vom Mittelmeer um-
schlossene Halbinsel mit circa 70
weiteren Inseln wie Sizilien, Sardi-
nien und Elba; Landschaft überwie-
gend bergig; höchster Berg: Mont
Blanc in den Alpen (4.810 m)



Staatsoberhaupt:
Sergio Mattarella



Regierungschef:
Paolo Gentiloni

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Parlament: Mitglieder werden alle fünf Jahre gewählt; Wahl des Staatsoberhaupts durch Wahlmännerkollegium alle sieben Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahren, bei Senatswahl ab 25 Jahren

EU-Beitritt:

Gründerstaat (1951/57)

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

11,8 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, G7, G20, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

73

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Federica Mogherini (Vizepräsidentin)

Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

1.672,4 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

27.600 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

15.846 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

Kein Mindestlohn

Arbeitslosenquote (März 2017):

11,7 Prozent

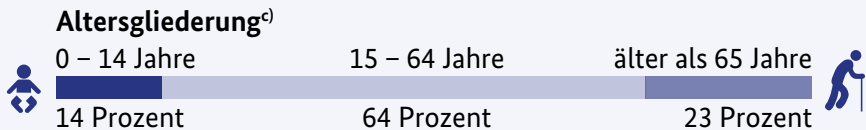
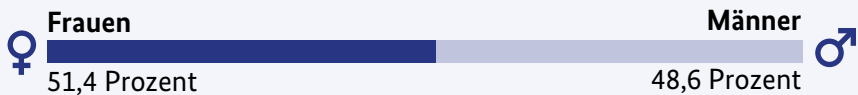
Jugendarbeitslosigkeit (2016):

37,8 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

60,1 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):



^{d)} Abweichung von 100 Prozent durch Rundung möglich

Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



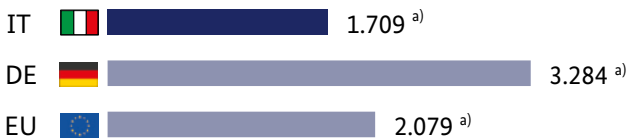
Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



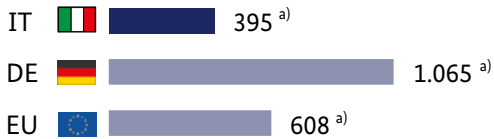
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

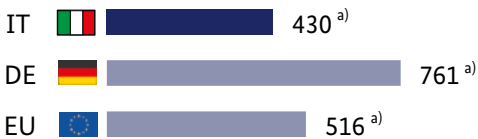
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



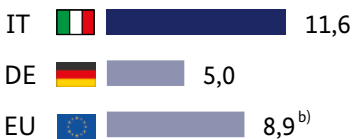
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



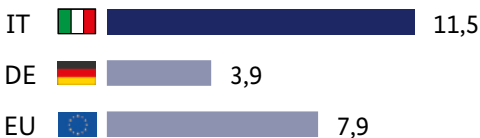
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



KROATIEN

Geschichte

Kroatien ist das jüngste Mitglied der Europäischen Union; es wurde am 1. Juli 2013 aufgenommen. Die Beitrittsverhandlungen über eine EU-Vollmitgliedschaft begannen im Herbst 2005, nachdem Kroatien zuvor den Status eines Beitrittskandidaten innegehabt hatte. Im Februar 2005 war bereits ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU in Kraft getreten.

Das Land hatte seit 1945 zur „Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien“ gehört, die sich aus den heutigen Staaten Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien sowie Mazedonien zusammensetzte. Diese künstlich geschaffene Staatengemeinschaft war schon früh der Auslöser von Konflikten in der gesamten Region.

Die sozialistisch regierte Republik Jugoslawien näherte sich nach politischen Reformen bereits in den 1960er Jahren dem Westen an. Davon profitierte insbesondere die Teilrepublik Kroatien, denn viele westliche Touristen verbrachten ihren Urlaub an der Adriaküste. Zu dieser Zeit gab es auch erste Demonstrationen in Kroatien: Die Menschen waren unter anderem verärgert darüber, dass alle ausländische Devisen an die Zentralregierung gingen. Außerdem wurde die Eigenständigkeit der kroatischen Sprache in Abgren-

zung zum Serbischen nicht offiziell anerkannt. Im Mai 1991 stimmten über 90 Prozent der Kroaten in einem Referendum für die Unabhängigkeit von der „Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien“. Kurz darauf folgte die Unabhängigkeitserklärung. Anders als in anderen sozialistischen Ländern verlief dieser Umbruch nicht friedlich: Die von Serbien dominierte jugoslawische Volksarmee versuchte die Unabhängigkeitsbestrebungen militärisch niederzuschlagen. Dies führte zum Kroatienkrieg von 1991 bis 1995.

Obwohl es das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU gab, gestalteten sich die Beitrittsverhandlungen selbst schwierig. Sie konnten erst beginnen, nachdem der Internationale Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien im Jahr 2005 die vollständige Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Tribunal bestätigt hatte. 2009 führte ein Grenzkonflikt zwischen Slowenien und Kroatien zu einer mehrmonatigen Unterbrechung der Beitrittsverhandlungen.

Die Geschichte einer eigenständigen sozialen Sicherung in Kroatien begann erst in den 1990er Jahren, nach dem Ende des Kroatienkriegs.

Geografie

Das Land im Süden Europas bildet die geografische Nahtstelle zwischen Mitteleuropa und dem Balkan. Es liegt gegenüber von Italien auf der Ostseite der Adria und hat eine gemeinsame Grenze mit Slowenien, Ungarn, Serbien, Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro. Zum Staatsgebiet gehören über 1.000 Inseln, von denen jedoch nur 48 ständig bewohnt sind. Fast ein Viertel der rund 4,3 Millionen Kroaten lebt im Großraum der Hauptstadt Zagreb. Die Adriaküste mit den historisch bedeutenden Städten Dubrovnik und Split ist bei Touristen besonders beliebt.

Die Landschaft mit ihren Flüssen und Seen und den imposanten Felsformationen ist den meisten Fans von Westernfilmen wohl bekannt. Viele Karl-May-Verfilmungen wurden hier gedreht.

Kultur

Trachten und Folklore haben in Kroatien eine lange Tradition. Wie in vielen anderen modernen westlichen Staaten werden zwar im Alltag kaum noch

Trachten getragen, bei Feiern und vielen festlichen Anlässen hingegen spielen sie noch heute eine wichtige Rolle. Die dominierenden Farben sind Rot und Weiß, die auch in der Nationalflagge wiederzufinden sind. Die traditionelle Musik wird mit dem Tamburica gemacht, einem Saiteninstrument, das der russischen Balalaika ähnelt und gezupft wird.

Die international wohl bekannteste kulturhistorische Errungenschaft des Landes ist die Verbreitung der Krawatte, die heute in nahezu allen Ländern auf der Welt getragen wird. Der Begriff Krawatte wurde im 17. Jahrhundert in einer französischen Enzyklopädie erstmals erwähnt. Er geht zurück auf ein Kleidungsstück kroatischer Soldaten. Damit man sie gut erkennen konnte, trugen sie ein „Halsband“ mit Fransen – den Vorgänger der modernen Krawatte. Die Franzosen benutzten das Wort „cravate“, die Übersetzung für Kroat, „Hrvat“, oder auch „Krawat“.

Einer der berühmtesten Kroaten ist der Erfinder, Physiker und Elektroingenieur Nikola Tesla. Nachdem Tesla 1884 nach New York ausgewandert war, arbeitete er kurze Zeit für seinen größten Konkurrenten Thomas Alva



Edison. Teslas Fachgebiet war die Erforschung des Wechselstroms und die drahtlose Übertragung von Strom. Er gilt als Entwickler des heute als Zweiphasenwechselstrom bezeichneten Systems der elektrischen Energieübertragung. Tesla ist auch Namenspatron des bekannten amerikanischen Herstellers von Elektroautos.

Wirtschaft

Die Wirtschaft hat seit der Finanzkrise 2008 rund ein Sechstel ihrer Leistungskraft eingebüßt. 2015 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit einem Plus von 1,6 Prozent erstmals wieder. Die Arbeitslosenquote lag im März 2017 bei 11,3 Prozent und war damit eine der höchsten in der Europäischen Union. Die Jugendarbeitslosigkeit betrug 2016 im Durchschnitt sogar 31,3 Prozent. Mit einem BIP pro Kopf von 11.000 Euro lag das Land 2016 im europäischen Vergleich im unteren Drittel. Das gesamte BIP belief sich 2016 auf knapp 45,8 Milliarden Euro.

Die im Januar 2016 vereidigte Regierung strebt daher substanzielle Strukturreformen an, um die kroatische Wirtschaft zu stärken. Im Fokus steht die Senkung des Haushaltsdefizits, das zur Eröffnung eines Defizitverfahrens durch die EU führte.

Zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen zählt der Dienstleistungssektor, dessen Anteil am BIP im Jahr 2015 rund 70 Prozent betrug. Hierzu gehört auch der Fremdenverkehr, der ein starker Wirtschaftsfaktor ist. Rund 14,3 Millionen Touristen besuchten 2015 Kroatien, darunter 2,1 Millionen Deutsche. Der Anteil der Industrie am BIP beläuft sich auf etwas über 26 Prozent, während die Landwirtschaft nur etwa 4 Prozent davon ausmacht.

In der verarbeitenden Industrie Kroatiens dominiert die Nahrungsmittelindustrie, gefolgt vom Druck- und Verlagswesen, der Produktion nichtmetallischer Mineralprodukte, der chemischen Industrie, der Herstellung von Metallprodukten, Transportmitteln, elektrischen Maschinen und Geräten sowie der Holzverarbeitung.

Die wichtigsten Handelspartner Kroatiens sind Italien, Deutschland, Slowenien sowie Bosnien und Herzegowina.

Soziale Sicherung

Die Altersvorsorge war der erste Bereich der sozialen Sicherung, der 1922 gesetzlich geregelt wurde. Es folgten in der sozialistischen Republik Kroatien Gesetze über Familienleistungen (1949), Arbeitslosigkeit (1952) sowie Krankheit und Mutterschaft (1954). Da das Land erst 1991 unabhängig wurde, sind viele der heutigen Gesetze zur sozialen Sicherung erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten entstanden oder reformiert worden, so eine Reihe von Gesetzen zu Altersvorsorge, Behinderung und berufsbedingten Krankheiten. Die Absicherung bei Arbeitsunfällen wurde im Jahr 2006 gesetzlich geregelt. Weitere Gesetzesänderungen zur sozialen Sicherung erfolgten nach dem EU-Beitritt im Jahre 2013.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Kroatien investierte 2012 rund ein Drittel seiner gesamten Einnahmen für die soziale Sicherung und führt damit im europäischen Vergleich das untere Drittel an.

Eine Besonderheit im kroatischen System der sozialen Sicherung ist die Vergütung der Ärzte. Anders als in Deutschland werden vertraglich verpflichtete Ärzte nicht nach ihren erbrachten Leistungen bezahlt, sondern erhalten eine sogenannte Kopfgebühr für jeden Patienten, der bei ihnen registriert ist. In der Regel registrieren sich Patienten für ein Jahr bei einem Arzt. Die Höhe der Kopfgebühr wird nach den Richtlinien der Kroatischen Krankenversicherungsanstalt festgelegt.

Bezieher von Leistungen zur Mindestsicherung erhalten einen Heizkostenzuschuss als speziellen Nachteilsausgleich. Sie können ihren Anspruch einmal im Jahr geltend machen.

Amtlicher Name:

Republika Hrvatska

Amtssprache:

Kroatisch

Hauptstadt:

Zagreb (799.000 Einwohner, 2015)

Einwohner (2016):

4,2 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):74,4 Einwohner pro km²**Währung:**

Kuna

Regierungswebsite:<https://vlada.gov.hr/en>**Nationalfeiertag:**

25. Juni: Tag der Staatswerdung 1991
(Dan državnosti)

**Fläche (2015):** 56.600 km^{2 e)}**Landesstruktur:** Verwaltung: 20
Komitate und Hauptstadt Zagreb**Geografie:** Überwiegend Tiefland;
1.246 Inseln und Kleininseln, davon
48 ständig bewohnt; viele Berge und
Strände

^{e)} Angabe des Statistischen Bundesamts, Wert für 2013



Staatsoberhaupt:
Kolinda Grabar-Kitarović



Regierungschef:
Andrej Plenković

Politisches System:

Parlamentarische Demokratie; eine Kammer: Mitglieder werden für vier Jahre gewählt; Wahl des Staatsoberhaupts alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahren, Berufstätige ab 16 Jahre

EU-Beitritt:

2013

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

0,8 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

11

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Neven Mimica

Ressort: Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

45,8 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

11.000 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

5.453 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

433,35 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

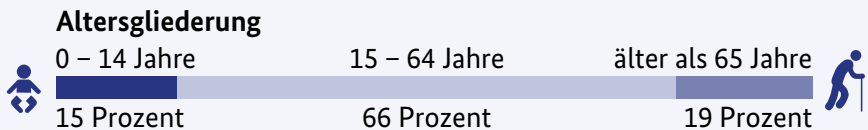
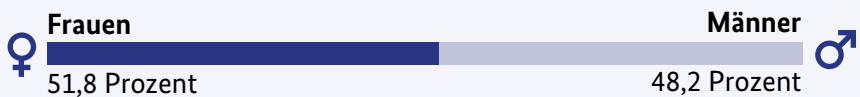
11,3 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

31,3 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

83,1 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):

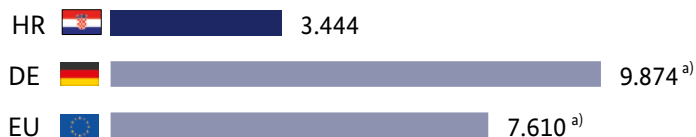
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



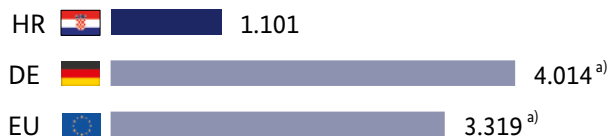
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



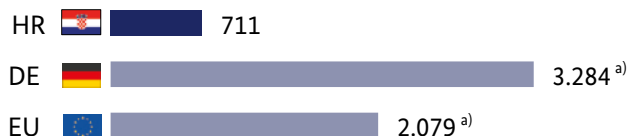
Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



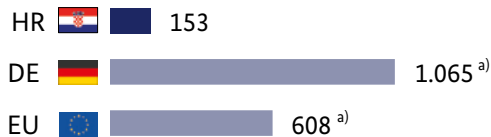
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

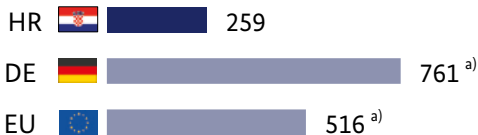
Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

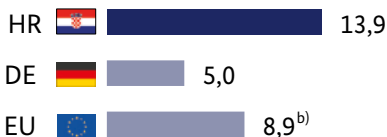
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

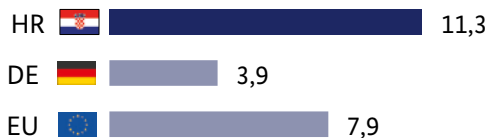
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)



a) Vorläufiger Wert, b) Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



LETLAND

Geschichte

Lettland wurde im Jahr 2004 Mitglied der EU und der Nato und ist das zweitjüngste Mitglied des Euroraums. Zuvor hatte Lettland, wie viele andere osteuropäische Staaten, erst unter dem Einfluss Russlands und später der Sowjetunion (UdSSR) gestanden. Die russische Herrschaft endete mit der Erklärung der Unabhängigkeit im Jahr 1918, die im Lettischen Unabhängigkeitskrieg durchgesetzt wurde. Danach war Lettland eine parlamentarische Demokratie, bis durch einen Staatsstreich im Jahr 1934 eine autoritäre Regierung die Macht übernahm.

1940 endete die Unabhängigkeit, als sowjetische Truppen in das Land einmarschierten. Wer sich auflehnte, wurde in Arbeitslager nach Zentralasien deportiert. Von 1941 bis 1944 besetzten die Nationalsozialisten den baltischen Staat; danach übernahm die Rote Armee wieder die Macht.

Im Jahr 1986 formierten sich erste anti-sowjetische Proteste, die von nationalistischen Aktivisten und Umweltaktivisten ausgingen. In den folgenden Jahren gab es viele weitere Aufstände mit dem Ziel, Lettland wieder zu einem unabhängigen Staat zu machen. Im Jahr 1990 beschloss der Oberste Rat Lettlands, dass die Unabhängigkeit wiederhergestellt werden sollte. Nach dem Zerfall der UdSSR im August desselben Jahres konnte

diese schließlich verkündet werden. Heute ist Lettland wieder eine parlamentarische Demokratie, und das ehemals sowjetisch geprägte System der sozialen Sicherung hat sich zu einem modernen Sicherheitsnetz für die Bürger entwickelt.

Geografie

Lettland gehört zu den baltischen Staaten und grenzt an die EU-Staaten Litauen und Estland sowie an Russland und Weißrussland. Tiefebene, über 3.000 Seen, Moore, Sumpfgebiete und ausgedehnte Wälder erstrecken sich über den nordosteuropäischen Staat. Weite Waldflächen bedecken mehr als 40 Prozent des Landes. Sie liefern nicht nur den Rohstoff für die Holzverarbeitende Industrie, sondern bieten auch einen Lebensraum für viele Wildtiere. Die vielen bedeutenden Naturschutzgebiete des Landes und die Artenvielfalt von rund 27.700 registrierten Tier- und Pflanzenarten ziehen viele Öko- und Landtouristen an.

Die 531 km lange Ostseeküste Lettlands ist sehr ursprünglich geblieben. Die Landschaft ist eiszeitlich geprägt: In Meeresnähe sind viele, teilweise tonnenschwere, Findlinge zu sehen, die nach dem Rückzug des Eises zurückgeblieben sind.

Kultur

Lettisch ist eine der ältesten Sprachen in Europa. Sie gehört zur indogermanischen Sprachfamilie und ist mit dem Sanskrit verwandt, das im antiken Indien gesprochen wurde. Auch die Kunst- und Musiktradition des Landes geht weit zurück und ist sehr vielfältig: Schätzungen zufolge existieren mehr als eine Million lettische Volkslieder, die in der Landessprache „Dainas“ heißen. Ein moderner Vertreter der lettischen Musik ist der Geiger Gidon Kremer, der auf dem heutigen Staatsgebiet Lettlands geboren wurde – ebenso wie der Filmregisseur Sergei Eisenstein und der Maler Mark Rothko.

Für die ältere und mittlere Generation hat bis heute der Namenstag eine große Bedeutung. Ursprünglich ein religiöses Fest zu Ehren von Heiligen, ist es heute eine weltliche Tradition. Der Namenstag wird oftmals größer gefeiert als der Geburtstag. Die Lettische Akademie der Wissenschaften überprüft die Namensliste regelmäßig, in der sich neben Heiligennamen

der evangelisch-lutherischen Tradition auch die von heidnischen Götterheiten und Figuren aus der Mythologie finden. Veraltete Namen werden durch moderne ersetzt.

Im Jahr 2001 feierten die Letten den 800. Geburtstag ihrer Hauptstadt Riga. Die Hansestadt ist der größte Ballungsraum in der sonst sehr dünn besiedelten Region und war 2014 eine der Kulturhauptstädte Europas. Die gut erhaltene Altstadt mit ihrem mittelalterlichen Kern und das Jugendstilviertel in der Neustadt mit ihrer außergewöhnlichen Architektur gehören zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Wirtschaft

Für lange Zeit war die Landwirtschaft der Wirtschaftsmotor Lettlands: In der angrenzenden Ostsee wurde viel Fischerei betrieben, in den Wäldern Holz geschlagen und anschließend im Inland verarbeitet. Wie die anderen baltischen Staaten wandte sich auch Lettland nach der Unabhängigkeit von der UdSSR ab und der freien Marktwirtschaft zu. Die Exporte gehen hauptsächlich an die direkten Nachbarländer Litauen, Russland und Estland. Die meisten Importe beziehen die Letten aus Litauen, Deutschland – beispielsweise Fahrzeuge und Chemierzeugnisse – sowie Polen.

Heute ist der Dienstleistungssektor der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes. Er hatte 2015 einen Anteil von 73,7 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP), gefolgt von der Industrie mit 23,1 Prozent. Dazu zählen der Maschinen- und Fahrzeugbau, die Nahrungsmittelindustrie und die Metallverarbeitung. Die Landwirtschaft trug 2015 einen Anteil von rund 3,2 Prozent zum BIP bei, was im europäischen Vergleich relativ viel ist.

Mit einem BIP von insgesamt 25 Milliarden Euro befand sich Lettland im Jahr 2016 im EU-Vergleich auf einem der hinteren Plätze. Nur Estland, Zypern und Malta hatten ein niedrigeres BIP. Pro Kopf wurden 2016 rund 12.800 Euro erwirtschaftet. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat das baltische Land trotz dieser noch geringen Zahlen überwunden: Seit dem Jahr 2010 wächst die Wirtschaftsleistung stetig. Mit einer Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent lag das Land im März 2017 im unteren Drittel des EU-Ländervergleichs.

Größter Außenhandelspartner Lettlands ist das Nachbarland Litauen. Deutschland war 2015 mit 11,3 Prozent der Gesamtimporte zweitwichtigster Lieferant nach Lettland und mit 6,3 Prozent viertgrößter Abnehmer lettischer Exporte. Andere wichtige Handelspartner Lettlands sind Russland, Estland, Schweden, Polen und Finnland.

Deutsche Unternehmen exportieren vor allem Fahrzeuge und Ersatzteile, Maschinen, Ausrüstungen und Elektrogeräte, Chemierzeugnisse sowie Lebensmittel nach Lettland. Deutschland bezieht aus Lettland hauptsächlich Holz und Holzprodukte, darunter Möbel, Metallwaren, Glasfasererzeugnisse und Aluminiumlegierungen.

Soziale Sicherung

Die ersten lettischen Gesetze zur sozialen Sicherung entstanden in 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts: Rente (1922), Absicherung bei Krankheit (1924) und bei Arbeitsunfällen (1927). Während der Zugehörigkeit zur UdSSR wurde das System der sozialen Sicherung an sowjetische Gegebenheiten angepasst.



Im unabhängigen Lettland verabschiedete die Regierung neue eigene Gesetze – 1990 zu Familienleistungen und 1991 zur Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Im sowjetischen Modell war Arbeitslosigkeit per Definition ausgeschlossen, und es hatte zuvor keine Regelungen in diesem Bereich gegeben. Alle bereits vorhandenen Gesetzgebungen wurden nach der Unabhängigkeit von der UdSSR in den 1990er und 2000er Jahren modernisiert.

Im Februar 1994 rief das Ministerkabinett den Staatlichen Sozialfonds ins Leben. Dieser sollte die Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen verwalten, Renten und weitere Geldleistungen auszahlen und lokale Niederlassungen managen. Ziel war es, die Basis für ein modernes System der sozialen Sicherung zu schaffen, bereits existierende Prozesse effizienter zu gestalten und den Kundenservice zu optimieren. Am 1. Januar 1998 übernahm die gemeinnützige Staatliche Sozialversicherungsagentur die Aufgaben des Sozialfonds. Der gesetzliche Status der Agentur wurde im Jahr 2004 von einer gemeinnützigen Organisation zu einer staatlichen Agentur geändert. Sie wird vom Sozialministerium beaufsichtigt.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Die Prävention von Krankheiten wird in Lettland besonders gefördert. Einige Vorsorgemaßnahmen werden von der Krankenversicherung übernommen, beispielsweise bestimmte Krebsvorsorgeuntersuchungen für Erwachsene sowie Untersuchungen durch Augen- und Zahnärzte für Kinder. Bedürftige mit niedrigem Einkommen müssen keine Beiträge für die Krankenversicherung bezahlen.

Pflegeleistungen sind in Lettland steuerfinanziert und werden ausschließlich als Sachleistung erbracht. Jeder Bürger hat unabhängig von Alter und Einkommen Anspruch auf diese sozialen Dienstleistungen.

Nach der Nuklearkatastrophe im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl im April 1986 wurden auch zahlreiche Letten zu den Aufräumarbeiten eingezogen oder halfen freiwillig mit. Die Opfer des Unglücks und die Helfer müssen sich bis heute in der Regel nicht an den Kosten für ihre Behandlungen wegen der gesundheitlichen Folgen der Strahlenbelastung beteiligen.

Amtlicher Name:

Latvijas Republika/Latvija

Amtssprache:

Lettisch

Hauptstadt:

Riga (640.000 Einwohner, 2016)

Einwohner (2016):

2,0 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):

31,8 Einwohner pro km²

Währung:

Euro, seit 2014

Regierungswebsite:

<http://www.mk.gov.lv/en>

Nationalfeiertag:

4. Mai: Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Republik Lettland 1990 (Latvijas Republikas neatkarības atjaunošanu)
18. November: Tag der Proklamation der Republik Lettland 1918 (Latvijas Neatkarības proklamēšanas diena)



Fläche (2015): 64.600 km²

Landesstruktur: Neun Städte, 110 Gemeinden

Geografie: Überwiegend Tiefebene und ausgedehnte Wälder; viele Seen; liegt an der Ostsee



Staatsoberhaupt:
Raimonds Vējonis



Regierungschef:
Maris Kucinskis

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Parlamentswahlen alle vier Jahre; Wahl des Staatsoberhauptes alle vier Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

2004

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

0,4 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

8

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Valdis Dombrovskis (Vizepräsident)

Ressort: Euro, sozialer Dialog, Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

25,0 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

12.800 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

5.828 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

380 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

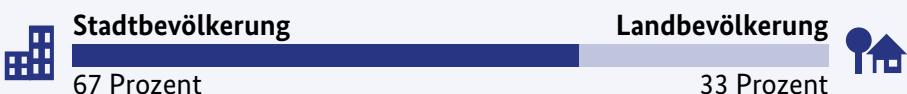
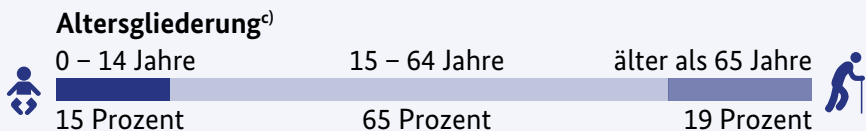
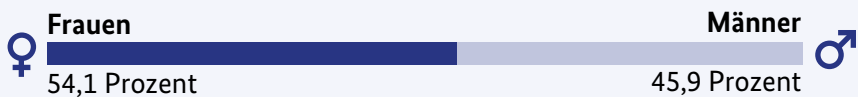
8,5 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

17,3 Prozent

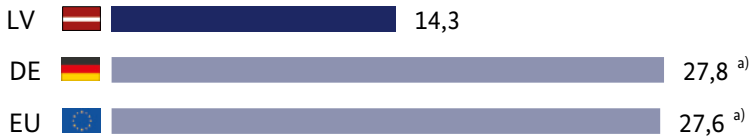
Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

90,7 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):^{d)} Abweichung von 100 Prozent durch Rundung möglich

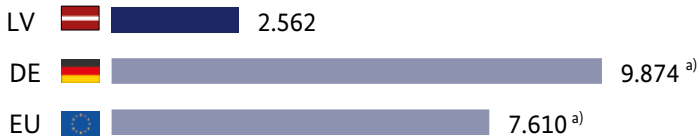
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



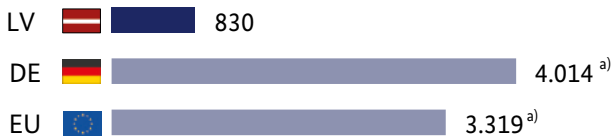
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



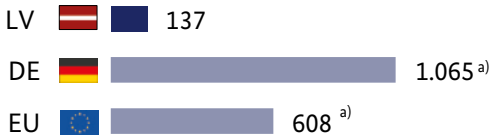
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

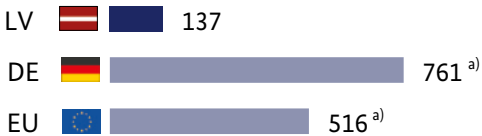
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



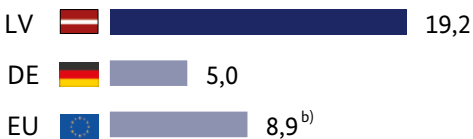
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



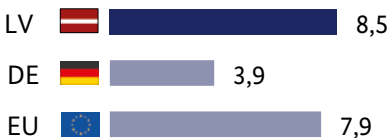
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



LITAUEN

Geschichte

Das ehemalige Mitglied der Sowjetunion (UdSSR) gehört seit 2004 zur Europäischen Union und zur Nato. Der baltische Staat ist zudem das jüngste Mitglied der Europäischen Währungsunion: Seit dem 1. Januar 2015 ist der Euro dort das Zahlungsmittel.

Die Republik hat sich, wie viele andere heutige EU-Staaten, im Laufe der Zeit unter verschiedenen Machteinflüssen befunden: Russland, Schweden, Frankreich und Deutschland hatten im Lauf der Geschichte das baltische Land besetzt. 1918 wurde Litauen unabhängig. Gut 20 Jahre später, 1939, zwangen die Sowjets die Litauer jedoch, die Errichtung von Militärbasen zu akzeptieren. Ein Jahr später marschierte die sowjetische Armee ein, 1941 folgten die deutschen Besatzer. Nach der Befreiung durch die Rote Armee 1944 wurde Litauen wieder Teil der UdSSR.

1988 startete „Sąjūdis“, eine Gruppe aus Autoren und Intellektuellen, die „Erneuerungsbewegung Litauens“ mit dem Ziel der Unabhängigkeit. Ein Jahr später nahm das Parlament die Deklaration der Souveränität Litauens an. Doch 1990 und 1991 eskalierte die Situation: Es kam zum Kampf um die Unabhängigkeit des Landes. Die UdSSR verhängte eine Wirtschaftsblockade, Sondereinheiten gingen gewaltsam gegen die Bevölkerung vor. In einem

Referendum im Februar 1991 stimmte die Mehrheit der Litauer für die Souveränität. Im September 1991 wurde diese auch von der Sowjetunion anerkannt. Litauen trat sofort den Vereinten Nationen bei. 1992 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die auch die neue soziale Sicherung begründete.

Geografie

Litauen ist der südlichste und größte der drei baltischen Staaten. Naturbelassene tiefe Wälder, Küstenabschnitte, Moore und Weidelandschaften prägen die Landschaft und sind bei Wanderern beliebt. Auf den Zuflüssen zu den mehr als 2.800 Seen kann Wassersport betrieben werden. Weite Gebiete des überwiegend flachen Landes stehen heute unter Naturschutz. Insgesamt gibt es fünf Nationalparks, von denen der 1991 gegründete Nationalpark „Kurische Nehrung“ auf der Liste des UNESCO-Weltkulturerbes steht. Die Dünenlandschaft an der Ostsee und viele kleine Fischerdörfer ziehen Touristen an. In zahlreichen weiteren Reservaten und Schutzgebieten sind viele Tier- und Pflanzenarten beheimatet.

1989 wurde von Experten des nationalen französischen Geografie-Instituts der Mittelpunkt Europas neu bestimmt: Danach liegt er im Dorf Purnuškės nördlich der litauischen Hauptstadt Vilnius.

Litauens Nachbarn sind Polen, Weißrussland, Lettland und die russische Exklave Kaliningrad, das frühere Königsberg.

Kultur

Nach der langen Isolation vom Westen während der Sowjetzeit nimmt Litauen nun aktiv am west- und mitteleuropäischen Kulturleben teil. Die Kulturpolitik gilt als wichtiges Mittel zum Auf- und Ausbau internationaler Kontakte. Musik, Theater, Film und Literatur werden intensiv gefördert. Litauische Künstler nehmen oft an kulturellen Veranstaltungen im Ausland teil, und internationale Kulturschaffende werden in die Republik eingeladen. Die Kulturpolitik soll aber auch im Ausland lebenden Litauern helfen, den Kontakt zu Heimatkultur und -sprache zu halten.

Die Altstadt von Vilnius gehört seit 1994 zum Weltkulturerbe der UNESCO und zieht zahlreiche Besucher an. Wegen der vielen Kathedralen wird die

182 Die Länder Europas im Vergleich

litauische Hauptstadt auch als Rom des Ostens bezeichnet. Die Universität ist eine der ältesten Europas. In Litauen gibt es zudem zahlreiche Museen. In Kaunas beherbergt das Mikalojus-Konstantinas-Čiurlionis-Museum fast den gesamten Nachlass des bildenden Künstlers. Čiurlionis (1875-1911) war ein Vertreter des Symbolismus und sein Werk gilt den Litauern als wertvollstes Erbe der litauischen Kunstgeschichte.

Wirtschaft

Trotz einer strikten Sparpolitik hat sich die Staatsverschuldung seit Beginn der Wirtschaftskrise 2009 fast verdoppelt. Zugleich wächst die Wirtschaft jährlich um 2 bis 3 Prozent. Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 38,6 Milliarden Euro und einem BIP pro Kopf von 13.500 Euro im Jahr 2016 liegt Litauen im EU-Vergleich im unteren Drittel.



Litauen hatte im Jahr 2016 eine Jugendarbeitslosigkeit von 14,5 Prozent zu verzeichnen; die Arbeitslosenquote betrug im März 2017 insgesamt 8,1 Prozent.

Den größten Anteil am BIP haben mit 66,5 Prozent Handel und Dienstleistungen, gefolgt von der Industrie mit knapp 30 Prozent sowie Landwirtschaft und Fischerei mit circa 3,5 Prozent. Die wichtigsten Exportgüter sind Lebensmittel, Kleidung und Textilien, Düngemittel, Metallerzeugnisse, Möbel, Holz und Kunststoffe. Zu den Handelspartnern Litauens gehören, außer den baltischen Nachbarländern, Polen, Skandinavien und Russland. Der Handelsaustausch mit Russland ist wegen der Spannungen im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine sowohl bei Importen als auch bei Exporten zurückgegangen. Litauen ist in der Energieversorgung stark von Russland abhängig: Es importiert fast den gesamten Gas- und Strombedarf von dort. Um diese Abhängigkeit zu mildern, wurde 2014 ein Flüssiggas-Terminal in Betrieb genommen. Außerdem ist seit Dezember 2015 eine Strombrücke nach Polen und Schweden in Betrieb.

Soziale Sicherung

Die ersten Maßnahmen zur sozialen Sicherung stammen aus dem Jahr 1918. Als 1939 die Sowjetunion die Herrschaft über das Land übernahm, wurde die Absicherung bei Arbeitslosigkeit abgeschafft, da diese per Definition ausgeschlossen war. Allerdings gab es umfangreiche Leistungen in den Bereichen Gesundheit, Rente und Inklusion.

Wie in allen ehemaligen Sowjetrepubliken entstand auch in Litauen die heutige Form der sozialen Sicherung erst in den 1990er Jahren, nach der Unabhängigkeit. 1991 wurde ein neues Sozialversicherungsgesetz geschaffen, das die Bürger zunächst bei Krankheit und Arbeitslosigkeit absicherte. Die Verfassung von 1992 sichert allen Bürgern die sozialen Rechte zu, die sie bereits aus der Sowjet-Zeit kannten. Besonderes Augenmerk richtet die Verfassung auf die Familie; zum Beispiel ist dort das Recht auf bezahlten Mutterschaftsurlaub festgelegt. Im Einklang mit dieser Regelung traten 1994 die ersten Gesetze für die Familienhilfe in Kraft, die 2004 aktualisiert wurden. Des Weiteren regelt die Verfassung das Verbot von Zwangsarbeit, die Erlaubnis von Gewerkschaften und Streiks, bezahlten Jahresurlaub,

kostenlose Gesundheitsversorgung und weitere Leistungen der sozialen Sicherung in den Bereichen Rente und Behinderung. Für Bürger in Not gibt es eine Mindestsicherung. 1999 kam die Absicherung nach Arbeitsunfällen hinzu. In den 2000er Jahren wurden die Leistungen für Arbeitslose gesetzlich ausgestaltet und ein Gesetz zur Beschäftigungsförderung verabschiedet. Die Regelungen der Bereiche Krankheit und Mutterschaft wurden ebenso reformiert wie das Rentensystem (im Jahr 2012).

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Für bestimmte Berufsgruppen gelten besondere Regelungen bei der Rentenberechnung. Beispielsweise besteht für angestellte Künstler keine Bemessungsgrenze bei der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrente. Die Beiträge von Landwirten und deren Partnern hängen von ihrem deklarierten Einkommen ab; für andere Arbeitnehmer gilt ein fester Prozentsatz.

Zwei Systeme schützen die Bürger in sozialen Notlagen: die finanzielle Sozialhilfe und die Unterstützungsrente. Letztere erhalten beispielsweise Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen. Da in Litauen viel Landwirtschaft betrieben wird, wird dies bei der Berechnung der Leistungen berücksichtigt: Ländereien mit Wäldern und Gewässern gelten als Eigentum und beeinflussen die Leistungshöhe. Auch das Einkommen, das Landwirte mit der Viehzucht erzielen, wird bis zu einem bestimmten Wert mit einbezogen.

Für bestimmte Personengruppen zahlt der Staat die Beiträge für die Krankenversicherung. Dazu zählen beispielsweise Tschernobyl-Helfer sowie Bürger, die als Jugendliche während der deutschen Besatzung inhaftiert waren.

Amtlicher Name:

Lietuvos Respublika/Lietuva

Amtssprache:

Litauisch

Hauptstadt:

Wilna (543.000 Einwohner, 2015)

Einwohner (2016):

2,9 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):46,4 Einwohner pro km²**Währung:**

Euro, seit 2015

Regierungswebsite:<https://lrv.lt/en/>**Nationalfeiertag:**

- 16. Februar: Tag der Wiederherstellung des litauischen Staates 1918 (Lietuvos valstybės atkūrimo diena)
- 11. März: Tag der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens 1990 (Lietuvos nepriklausomybės atkūrimo diena)
- 6. Juli: Staatsgründung 1253
Königskrönung von Fürst Mindaugas (Valstybės/Lietuvos karaliaus Mindaugo karūnavimo)

**Fläche (2015):** 65.300 km²**Landesstruktur:** 60 Gemeinden

Geografie: Größter und südlichster der drei baltischen Staaten; überwiegend flach, zu 30 Prozent bewaldet; viele Seen, Moore und Sümpfe; liegt an der Ostsee



Staatsoberhaupt:
Dalia Grybauskaitė



Regierungschef:
Saulius Skvernelis

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Wahl des Parlaments alle vier Jahre; Direktwahl des Präsidenten alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

2004

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

0,6 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

11

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Vytenis Andriukaitis

Ressort: Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

38,6 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

13.500 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

5.180 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

380 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

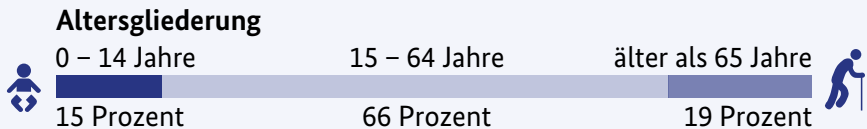
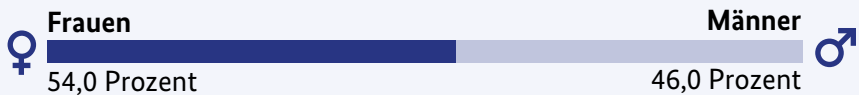
8,1 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

14,5 Prozent

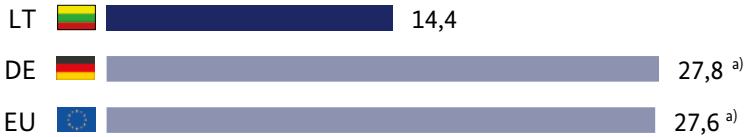
Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

94,6 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):

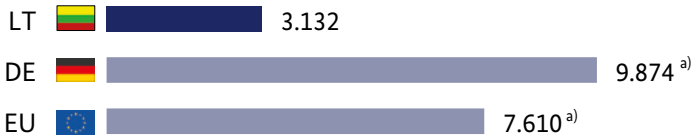
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



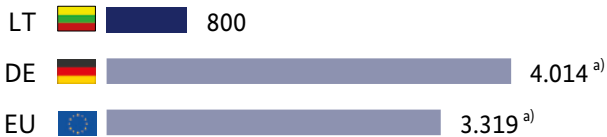
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



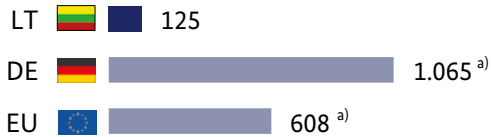
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

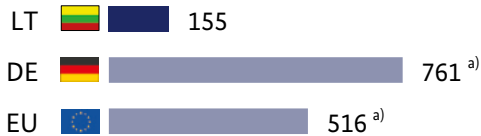
Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

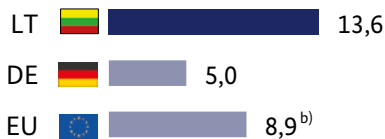
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

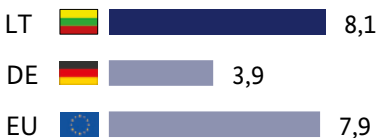
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



LUXEMBURG

Geschichte

Das kleine Land im Herzen der Europäischen Union ist eines der Gründungsmitglieder des Staatenverbunds: Es gehörte 1957 zu den sechs Unterzeichnern der Römischen Verträge, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ins Leben riefen. Zusammen mit Belgien und den Niederlanden bildet die parlamentarische Monarchie Luxemburg zudem die BeNeLux-Staaten – eine Zoll- und Wirtschaftsunion.

Der Name des Landes leitet sich von der Lützelburg ab, die 963 erstmals urkundlich erwähnt wurde. Die Grafschaft gehörte ursprünglich zum Fränkischen Reich und wurde im 14. Jahrhundert unter Johann von Luxemburg ein Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Erst 1815 wurde es im Zuge des Wiener Kongresses zu einem selbständigen Großherzogtum. Obwohl es nicht zum Königreich der Vereinigten Niederlande gehörte, wurde es von 1815 bis 1890 vom niederländischen König regiert, der in Personalunion Großherzog des souveränen Luxemburg war. Erst nach dessen Tod 1890 erlangte Luxemburg die vollständige Unabhängigkeit. Während der beiden Weltkriege besetzten deutsche Truppen das neutrale Land. Im September 1944 wurde Luxemburg von den US-amerikanischen Truppen befreit.

Heute ist Luxemburg der Sitz des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), des Europäischen Rechnungshofs (EuRH), des Sekretariats des Europäischen Parlaments, der Europäischen Investitionsbank (EIB), verschiedener Dienststellen der Europäischen Kommission und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF). Luxemburg ist zudem Tagungsort des Rates der Europäischen Union. 1985 beschloss Luxemburg mit weiteren europäischen Staaten das Schengener Abkommen, das den Abbau von Grenzkontrollen zwischen bestimmten EU-Ländern regelt. Ein Jahr später wurde das Land für seine Verdienste um die europäische Einigung mit dem Karlspreis ausgezeichnet.

Die Geschichte der sozialen Sicherung begann mit dem 20. Jahrhundert.

Geografie

Im Königreich Luxemburg, einem der kleinsten Flächenstaaten der Welt, herrscht ein gemäßigtes mitteleuropäisches Klima. Im Norden befindet sich die Region Ösling, die zu den Ardennen gehört. Diese waldreiche Region macht rund ein Drittel der Landesfläche aus. Das Ösling liegt im Schnitt 400 bis 500 m über dem Meeresspiegel und ist bekannt für seine malerische Landschaft. Bewaldete Mittelgebirgszüge und tiefe Flusstäler prägen das Ösling. Große Rot- und Schwarzwildbestände, Greifvögel und andere seltene Vogelarten sind hier heimisch.

Der mit circa 300 m über dem Meeresspiegel etwas tiefer gelegene südliche Teil des Landes, das sogenannte Gutland, wird für die Landwirtschaft und den Weinanbau an der Mosel genutzt.

Kultur

Luxemburg ist ein multikulturelles Land; viele Einwohner sind mehrsprachig. Trotz der geringen Fläche leben dort mehr als 150 Nationalitäten, und fast die Hälfte der Einwohner sind Ausländer. Die Portugiesen stellen die größte Gruppe der Zuwanderer; sie machen fast 17 Prozent der luxemburgischen Gesamtbevölkerung aus. Auch das kulturelle Leben wird von dieser Nationenvielfalt beeinflusst.

Luxemburgs gleichnamige Hauptstadt ist voller Kontraste. Moderne zeitgenössische Bauten stehen neben den Ruinen alter Burgen und Schlösser. Bis heute können die Reste der Festung Luxemburg (Lützelburg) in der Altstadt besichtigt werden, die seit 1994 zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört.

Gute Küche spielt in Luxemburg eine wichtige Rolle. In den Restaurants der Hauptstadt gibt es Spezialitäten aus aller Welt. Die Landesküche ist sehr deftig. Dazu zählen unter anderem geräuchertes Schweinefleisch mit dicken Bohnen und Bohnensuppe mit Kartoffeln.

Wirtschaft

Die Wirtschaft hat sich seit Beginn der 1970er Jahre tiefgreifend gewandelt. Anstelle von Schwerindustrie und Landwirtschaft ist der Finanzsektor heute eine bedeutende Säule der luxemburgischen Wirtschaft. Die Stadt Luxemburg ist neben London, Zürich, Hongkong und Frankfurt am Main einer der wichtigsten internationalen Finanzplätze. Über 20 Prozent der Beschäftigten in Luxemburg sind im Finanzsektor tätig. Dies macht sich auch bei den Anteilen der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bemerkbar. Rund 87,7 Prozent des BIP werden durch den Dienstleistungssektor erwirtschaftet. Die Schwerindustrie und Landwirtschaft, die bis in die 1970er Jahre von großer Bedeutung waren, machen heute nur noch rund 12,1 Prozent beziehungsweise 0,2 Prozent aus.

Trotz der geringen Staatsfläche und der im europäischen Vergleich geringen Einwohnerzahl steht das Land wirtschaftlich sehr gut dar. Das BIP betrug im Jahr 2016 rund 54,2 Milliarden Euro, was im europäischen Vergleich knapp im unteren Drittel liegt. Bezieht man dies jedoch auf die pro Kopf erwirtschaftete Leistung, so liegt Luxemburg 2016 mit 92.900 Euro mit großem Abstand an der Spitze der EU-Mitgliedstaaten. Mit weitem Abstand folgt auf dem zweiten Platz Irland mit 58.800 Euro und auf dem dritten Dänemark mit 48.400 Euro. Auch im Bereich Mindestlohn liegt Luxemburg im Jahr 2017 mit 1.998,59 Euro monatlich in Führung.

Deutschland ist mit Abstand der wichtigste Außenhandelspartner Luxemburgs. Der Warenaustausch beider Länder hatte 2016 ein Volumen von 8,04 Milliarden Euro, gefolgt von Belgien mit 7,29 Milliarden Euro und Frankreich mit einem Warenaustausch von 3,63 Milliarden Euro. Mehr als



80 Prozent seines Außenhandels wickelt Luxemburg mit Mitgliedstaaten der EU ab. Weitere zunehmend wichtige Wirtschaftspartner des Landes sind die USA, China, Japan, die Türkei und Russland.

Soziale Sicherung

2016 feierte die soziale Sicherung in Luxemburg ihren 115. Geburtstag. Das erste Gesetz über die obligatorische Krankenversicherung wurde am 31. Juli 1901 verabschiedet. Damals war das Land eine sogenannte Monoindustrie, in der Eisen und Stahl produziert und verarbeitet wurden und gehörte zur deutschen Zollunion. Die Gesetzgebung basierte auf dem bismarckschen Sozialversicherungssystem. Ein Gesetz über Arbeitsunfälle folgte bereits im April 1902. Die Leistungen richteten sich sowohl an Büroangestellte als auch an Industriearbeiter, allerdings nur bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze. Die Rente wurde neun Jahre später gesetzlich geregelt, im Mai 1911.

Nach dem Ersten Weltkrieg war die Wirtschaft geschwächt. In der Folge mussten Betriebe schließen. 1920 gründeten Bergleute und Stahlarbeiter eine neue Gewerkschaft. Im selben Jahr führte die Regierung den Achtstundentag ein. Die sozialen Bedingungen verschlechterten sich allerdings immer weiter, und so kam es 1921 zum ersten Generalstreik in der Geschichte des Landes. Unter anderem wegen dieser Proteste wurde die Zahlung von Arbeitslosengeld eingeführt.

Die Finanzierung der Rente wurde, ähnlich wie in Deutschland, teilweise durch staatliche Beiträge gedeckt und galt ursprünglich nur für Arbeiter. Die Altersvorsorge für Angestellte wurde erst 1931 eingeführt. In dieser Zeit nahmen die Belastungen am Arbeitsplatz zu und Arbeitsunfälle häuften sich. Um die Versorgung der Arbeitnehmer besser zu verwalten, wurden 1927 und 1933 weitere gesetzliche Änderungen vorgenommen. Krankenversicherung, Arbeitsunfallversicherung und Rentenversicherung wurden in einem System vereint.

Während der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg zwischen 1940 und 1944 ersetzte das deutsche Versicherungssystem die nationale Gesetzgebung. Nach 1945 wurden wieder eigene Gesetze zur sozialen Sicherung verabschiedet. Im Oktober 1947 wurden beispielsweise die Familienleistungen für alle Arbeitnehmer eingeführt. Damit sollten die wirtschaftlichen Folgen des Weltkriegs für die Familien etwas gelindert werden.

Heute ist das System der sozialen Sicherung in Luxemburg sehr umfangreich. Viele Leistungen werden von den Versicherungen übernommen. Die Beiträge werden vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen gezahlt und machen einen festen Prozentsatz des Lohns aus.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Das System der sozialen Sicherung weist aufgrund der Größe und der Einwohnerzahl des Landes einige Besonderheiten auf. So ist es unter bestimmten Umständen möglich, dass Menschen mit Behinderungen eine spezialisierte Schule im Ausland besuchen. Auch im Bereich des Gesundheitswesens gibt es diese Ausnahmeregelungen. So können Patienten auch ein Krankenhaus im Ausland aufsuchen, wenn dies von der Krankenkasse genehmigt wurde.

Eine weitere Besonderheit ist die Gerichtsbarkeit bei Streitfällen im Bereich der sozialen Sicherung, die beim Schlichtungsgericht der sozialen Sicherheit und dem Oberschiedsgericht der Sozialversicherungen liegt.

Amtlicher Name:

Großherzogtum Luxemburg (deutsch)
 Grand-Duché de Luxembourg (französisch)
 Groussherzogtum Lëtzebuerg (luxemburgisch)

Amtssprachen:

Luxemburgisch (Nationalsprache), Deutsch,
 Französisch

Hauptstadt:

Luxemburg (115.000 Einwohner, 2016)

Einwohner (2016):

576.000

Bevölkerungsdichte (2015):

220,3 Einwohner pro km²

Währung:

Euro, seit 2002

Regierungswebsite:

<http://www.gouvernement.lu>

Nationalfeiertag:

23. Juni: Offizielle Feier des Geburtstags
 des Großherzogs



Fläche (2015): 2.600 km²

Landesstruktur: Drei Distrikte mit
 zwölf Kantonen

Geografie: Sanfte Hügel und Wälder;
 wichtige Flüsse: Mosel, Sauer, Our
 und Alzette



Staatsoberhaupt:
Großherzog Henri



Regierungschef:
Xavier Bettel

Politisches System:

Konstitutionelle Monarchie, parlamentarische Demokratie; Parlamentswahlen alle fünf Jahre; Wahlpflicht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

Gründerstaat (1951/57)

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

0,1 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

6

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Jean-Claude Juncker
Präsident der Europäischen Kommission

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

54,2 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

92.900 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

35.270 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

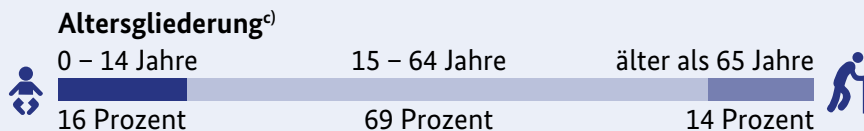
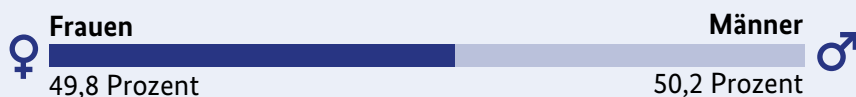
1.998,59 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

6,0 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

18,9 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):78,4 Prozent^{g)}**Bevölkerungsstruktur (2016):**

^{d)} Abweichung von 100 Prozent durch Rundung möglich ^{g)} Geringe Zuverlässigkeit

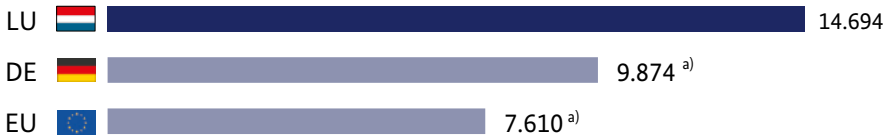
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



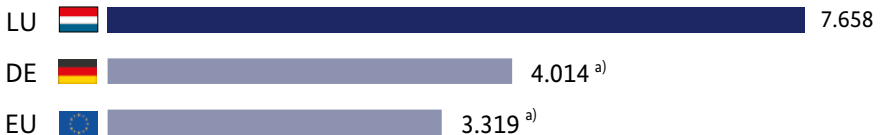
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



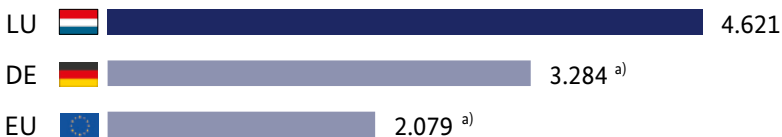
Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



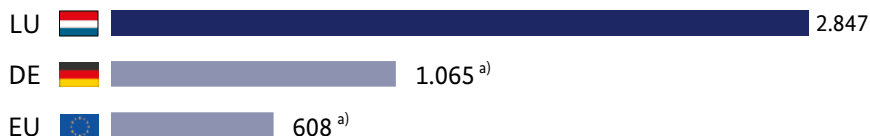
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

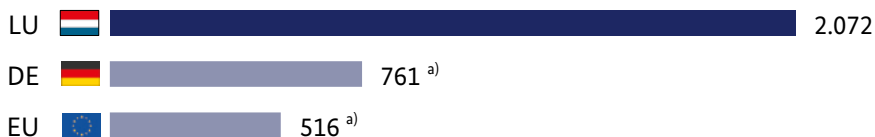
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



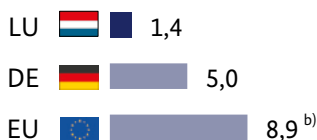
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



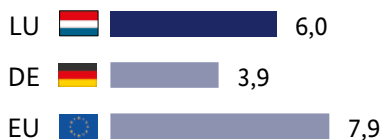
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



MALTA

Geschichte

Der kleinste Staat der EU stand über viele Jahrhunderte unter dem Einfluss verschiedener politischer Mächte: Sowohl die Phönizier, Griechen und Römer als auch die Araber und Franzosen waren Besetzer des Landes. Im 19. Jahrhundert war Malta eine britische Kronkolonie, bevor es 1964 unabhängig wurde. Im Dezember 1974 wurde eine neue Verfassung verabschiedet und Malta wurde zur Republik. 2004 trat der Inselstaat der Europäischen Union bei. Seit 2008 ist der Euro das offizielle Zahlungsmittel Maltas.

Im Zweiten Weltkrieg war Malta das Ziel vieler Bombenangriffe der deutschen und italienischen Truppen, denn die Mittelmeerinsel war ein wichtiger Stützpunkt der britischen Royal Navy. 1942 verlieh König George VI. das „George Cross“ für Heldenhaftigkeit – die größte zivile Auszeichnung Großbritanniens – an das maltesische Volk. Das Recht zur Selbstverwaltung erhielt Malta 1947, aber erst im Jahr 1964 wurde der Inselstaat vollständig unabhängig.

Nach dem Wahlsieg der nationalistischen Partei näherte sich das Land ab 1987 politisch der EU an und reichte 1990 schließlich die Bewerbung

um die Aufnahme ein. Der Beitrittsprozess wurde jedoch kurzzeitig auf Eis gelegt, nachdem 1996 die Arbeiterpartei die Wahl gewonnen hatte. Nach einem erneuten Regierungswechsel konnte die nationalistische Partei bereits zwei Jahre später die Verhandlungen mit der EU erfolgreich fortsetzen. 2002 stimmte die EU einem Beitritt Maltas zu, und in einem nationalen Referendum im Folgejahr sprachen sich 53 Prozent der Wähler für einen Beitritt aus. Das System der sozialen Sicherung in Malta hat heute ein hohes Niveau; insbesondere das Gesundheitssystem hat einen guten Ruf.

Geografie

Die Republik ist mit einer Fläche von nur 300 km² der kleinste Staat innerhalb der Europäischen Union. Sie umfasst insgesamt sieben Inseln: die Hauptinseln Malta, Gozo und Comino sowie vier unbewohnte Inseln. Malta liegt südlich von Sizilien zwischen dem europäischen und afrikanischen Kontinent im Mittelmeer. Die Durchschnittstemperatur im Sommer liegt bei 30 Grad. Das macht die Inseln zu einem beliebten Urlaubsziel. Mit seinen steilen Klippen, felsigen Heidelandschaften und wild bewachsenen Tälern bietet Malta landschaftlich viel Abwechslung.

Die Landschaft der Insel Gozo lädt zu Wanderungen ein – beispielsweise entlang der „Dingli Cliffs“, die nach einem berühmten maltesischen Architekten der Renaissance benannt sind. Dort kann vom höchsten Punkt (220 m) Maltas aus die Mittelmeerküste oder der Sonnenuntergang beobachtet werden.

Kultur

Die maltesischen Inseln beheimaten viele bedeutende Kulturdenkmäler: Schon 1.000 Jahre bevor die Ägypter mit dem Bau der Pyramiden begannen, standen in Malta große Tempel aus der Jungsteinzeit. Diese Megalith-Tempel gelten als die ältesten selbsttragenden Gebäude der Welt und können vielerorts in der maltesischen Landschaft bewundert werden. Auch Höhlenkapellen und abgelegene Ritterburgen sind auf den Inseln an vielen Stellen zu finden.

Die Festungsanlage „St. James Cavalier Centre for Creativity“ wurde aufwändig saniert und restauriert. Seit dem Jahr 2000 werden in der altertümlichen Kulisse des Bauwerks zeitgenössische Kunstsammlungen ausgestellt. Konzerte und Filmaufführungen finden ebenfalls dort statt. Auch das „National Museum of Fine Arts“ ist in einem historischen Gebäude untergebracht. Dort werden Kunstwerke ab der Frührenaissance, aber auch Werke zeitgenössischer Künstler ausgestellt. Beide Kulturstätten sind in der Hauptstadt Valletta, die 2018 die Kulturhauptstadt Europas sein wird.

Wirtschaft

Die maltesische Wirtschaft erlebt seit den Anfängen ausländischer Direktinvestitionen in den 1960er Jahren einen kontinuierlichen Struk-



turwandel. Maltas Wirtschaft basiert insbesondere auf den Bereichen Dienstleistung und hochwertige Produktion. Zu nennen wären insbesondere Tourismus, Finanzdienstleistungen, Onlineglücksspiele, pharmazeutische Industrie, Informations- und Kommunikationstechnologie und Flugzeugwartung.

Die Inselrepublik ist aufgrund ihrer geringen Größe stark von Import und Export abhängig. 2016 stiegen die Warenausfuhren aus Malta um 3 Prozent auf 3,6 Milliarden Euro. 32 Prozent der Waren wurden in die EU exportiert, 22 Prozent nach Nord- und Zentralamerika, 18 Prozent nach Asien und 15 Prozent nach Afrika. Die Wareneinfuhren stiegen im gleichen Jahr um 5 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro. 49 Prozent wurden aus der EU importiert, 14 Prozent aus Nord- und Zentralamerika und jeweils 12 Prozent aus Asien sowie der Karibik und den Bahamas.

Die Wirtschaft Maltas ist stark vom Tourismus geprägt. Schätzungen zufolge sind mehr als 25 Prozent der Arbeitsplätze in Malta direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig. 2016 war erneut ein Rekordjahr, und die Besucherzahlen stiegen um 11 Prozent auf fast 2 Millionen. Deutsche Touristen stellten 2016, nach den Urlaubern aus Großbritannien und Italien, mit fast 160.000 Maltaurlaubern die drittgrößte Besuchergruppe dar. Auch die Zahl der Kreuzfahrttouristen hat sich im gleichen Jahr um 4,3 Prozent auf fast 630.000 Besucher erhöht. Die Zahl der deutschen Kreuzfahrturlauber stieg um 15 Prozent auf gut 105.000 Besucher und ist die zweitgrößte Gruppe. Grundsätzlich ist der Schifffahrtsektor auf Malta von großer Bedeutung: Der Container-Freihafen in Birżebbuġa spielt für den Warenumsatz im Mittelmeer eine wichtige Rolle.

Dienstleistungen – darunter vor allem der Tourismus – machten in Malta im Jahr 2015 mit rund 82,8 Prozent den größten Teil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Dieser Anteil ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen; noch im Jahr 2000 waren Dienstleistungssektor und Industrie mit jeweils rund 50 Prozent fast gleichauf. Die Industrie brachte der Republik 2010 rund 33 Prozent des BIP ein, 2015 waren es noch 15,8 Prozent. Die Landwirtschaft machte im gleichen Jahr rund 1,4 Prozent aus.

Mit einem BIP von 22.700 Euro pro Kopf im Jahr 2016 befindet sich Malta im EU-Vergleich auf dem 14. Platz und somit im Mittelfeld. Insgesamt erwirtschaftete die kleine Republik im gleichen Jahr 9,9 Milliarden Euro. Damit steht sie am Ende der Skala, was aber vor allem auf die relativ kleine Bevölkerungszahl des Landes mit 434.000 Einwohnern im Jahr 2016 zurückzuführen ist.

Soziale Sicherung

Die Geschichte der sozialen Sicherung des Inselstaats begann mit der Ansiedlung der Ritter des Johanniter-Ordens im Jahr 1530. Aus diesem ging der Souveräne Malteserorden hervor, der bis 1798 seinen Sitz auf Malta hatte. Die Ritter waren für ihre Großzügigkeit bekannt. Sie gründeten das Krankenhaus „Sacra Infermeria“, das allen Menschen offen stand, und unterstützten die Armen.

Mit der Kolonialisierung durch Großbritannien begann im Jahr 1800 ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Inselstaats. Die Malteser verloren zwar in dieser Zeit die Autonomie über ihr Land, aber das universelle Gesundheitssystem behielt seine hervorragende Qualität.

Neue Maßnahmen der sozialen Sicherung wurden vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt. Bis 1986 war die Sozialversicherung in drei verschiedenen Gesetzen verankert: im Rentengesetz, im Sozialhilfegesetz und im nationalen Versicherungsgesetz. Im Jahr 1987 wurden diese drei im Sozialversicherungsgesetz zusammengefasst. 2006 wurde eine Rentenreform beschlossen, die zusätzlich zu diesem Sammelgesetz gilt.

Die Entwicklung und Stärkung des Sozialversicherungssystems wurde in Malta stets vorangetrieben, auch in wirtschaftlich schwächeren Zeiten. 1990 veröffentlichte die Regierung das Papier „A Caring Society in a Changing World“ („Eine fürsorgliche Gesellschaft in einer sich verändernden Welt“), in dem Malta nicht nur die Position eines Wohlfahrtsstaats, sondern einer Wohlfahrtsgesellschaft einnimmt. Bei der Ausgestaltung der Hilfe findet seit geraumer Zeit ein Wechsel von Geld- zu Sachleistungen statt.



Besonderheiten der sozialen Sicherung

In Malta müssen auch Studenten, die in Vollzeit an einem Praktikum, Kursus oder einer sonstigen berufsvorbereitenden Ausbildung teilnehmen, den Globalbeitrag von einem Teil ihres Gehalts entrichten. In der Regel sind das 10 Prozent des wöchentlichen Grundlohns bis zu einer bestimmten Obergrenze.

Nicht nur Sozialhilfeempfänger bekommen eine Geldleistung, um ihre Wasser- und Stromkosten zu decken – die Beihilfe kann zum Beispiel auch aus gesundheitlichen Gründen gezahlt werden. Dazu muss der Haushaltsvorstand nachweisen, dass ein Haushaltsmitglied wegen einer Erkrankung überdurchschnittlich viel Wasser und Strom verbraucht.

In Malta gibt es zwei öffentliche Krankenhäuser: Das Gozo General Hospital in Victoria auf der Insel Gozo und das Mater Dei Hospital auf Malta in Birkirkara. Sowohl diese als auch die privaten Krankenhäuser des Landes bieten eine Gesundheitsversorgung von hoher Qualität an. In regionalen Gesundheitszentren werden unter anderem Notfälle versorgt.

Amtlicher Name:

Republikka ta' Malta

Amtssprachen:

Maltesisch, Englisch

Hauptstadt:

Valletta (5.750 Einwohner, 2015)

Einwohner (2016):

434.000^{a)}

Bevölkerungsdichte (2015):

1.369,5 Einwohner pro km²

Währung:

Euro, seit 2008

Regierungswebsite:

<https://www.gov.mt/en>

Nationalfeiertag:

- 31. März: Abzug der letzten britischen Truppen 1979 (National Day)
- 7. Juni: Arbeiteraufstand 1919 (Sette Giugno)
- 8. September: Ende der großen Türken-Belagerung 1565 (Our Lady of Victory)
- 21. September: Unabhängigkeitstag 1964 (Independence Day)
- 13. Dezember: Malteser wird Staatsoberhaupt 1974 (Republic Day)



Fläche (2015): 300 km²

Landesstruktur: Sechs Bezirke mit 68 Gemeinden

Geografie: Gruppe von sieben Inseln im Mittelmeer, davon drei bewohnt; vielfältige Küstenlandschaft

^{a)}Vorläufiger Wert



Staatsoberhaupt:
Marie-Louise Coleiro
Preca



Regierungschef:
Joseph Muscat

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Parlamentswahlen alle fünf Jahre; Wahl des Staatsoberhauptes alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

2004

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

0,1 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

6

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Karmenu Vella

Ressort: Umwelt, Meerespolitik und Fischerei

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

9,9 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

22.700 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

13.493 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

735,63 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

4,2 Prozent

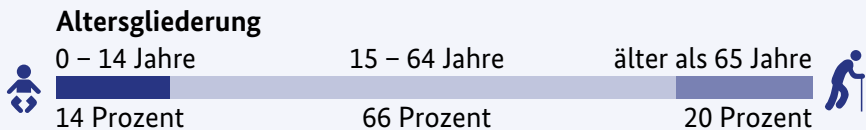
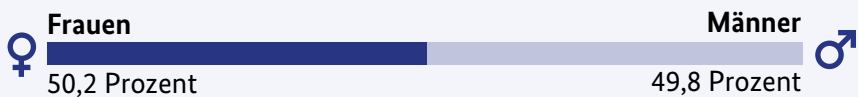
Jugendarbeitslosigkeit (2016):

11,1 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

45,2 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):



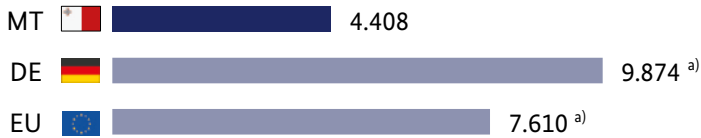
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



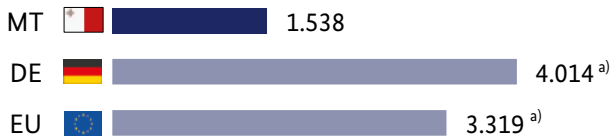
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



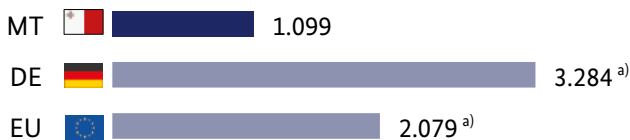
Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



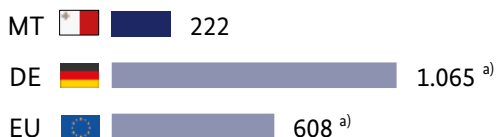
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

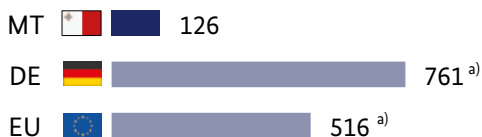
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



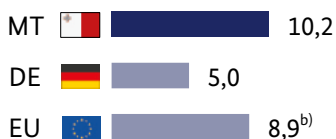
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



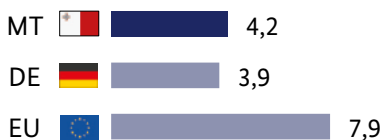
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



NIEDERLANDE

Geschichte

Das Königreich der Niederlande ist eines der Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, einer der Vorgängerorganisationen der EU. Seit 2002 wird dort mit dem Euro bezahlt. Zusammen mit den früher zugehörigen Ländern Belgien und Luxemburg bilden die Niederlande die BeNeLux-Staaten. Die Regierung hat ihren Sitz in Den Haag, nicht in der Hauptstadt Amsterdam. Den Haag hat auch für die internationale Politik eine besondere Bedeutung: Es ist unter anderem Hauptsitz der Strafverfolgungsbehörde Europol und des Internationalen Gerichtshofs.

In ihrer sehr wechselvollen Geschichte gehörten die Niederlande zeitweise zu Spanien und dann zu Österreich. Im 17. Jahrhundert entwickelte sich das Land zu einer der wichtigsten Seehandelsnationen. Gleichzeitig wurden die Niederlande zu einer der größten europäischen Kolonialmächte mit umfangreichen Besitzungen in Übersee und einem weltumspannenden Handelsnetz. Doch nach mehreren Kriegen verloren sie ihre Vormachtstellung wieder. Nach der Französischen Revolution wurden die Niederlande schließlich zur „Batavischen Republik“. Der Süden der Republik – das heutige Belgien – gehörte für einige Jahre zu Frankreich. Diese Epoche endete 1813 mit der Unabhängigkeit der Nördlichen und

Südlichen Niederlande. Zwei Jahre später schlossen sie sich zum Königreich der Vereinigten Niederlande zusammen. Belgien spaltete sich 1830 wieder ab und wurde unabhängig.

Im Zweiten Weltkrieg wurden die Niederlande von deutschen Truppen besetzt. Nach dem Krieg begann der Wiederaufbau des Landes, und der Wohlfahrtsstaat wurde geschaffen. Heute sind die Niederlande eine parlamentarische Monarchie.

Geografie

Das Königreich liegt an der Nordseeküste im Nordwesten der Europäischen Union. Direkte Nachbarn sind Belgien im Süden und Deutschland im Osten. Zwischen Wattenmeer und Nordsee liegen die fünf niederländischen Inseln Texel, Vlieland, Terschelling, Ameland und Schiermonnikoog.

Die niederländische Landschaft wird vom Wasser bestimmt. Immerhin 26 Prozent des flachen Binnenlandes liegen unterhalb des Meeresspiegels. Dies sowie die Lage an der Mündung von Rhein, Maas und Schelde machen es anfällig für Überflutungen. Zahlreiche Deiche und Dämme mit einer Gesamtlänge von rund 3.000 km schützen die Niederlande vor dem Wasser und helfen seit Jahrhunderten dabei, dem Meer Land abzugewinnen. Das wohl bekannteste Sturmflutwehr ist das 9 km lange Oosterscheldekering, eine Mischung aus Deich und Wehr.

Die Ballungsgebiete des Landes sind vor allem in den vergangenen 50 Jahren stark gewachsen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt entweder in einer Metropolregion oder unmittelbar in der Nähe. Das größte Ballungsgebiet ist die „Randstad“, die Teile der Provinzen Nord- und Südholland, Utrecht und Flevoland sowie die Städte Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht umfasst.

Die Hafenstadt Amsterdam ist ein beliebtes Reiseziel für Touristen. Das Stadtbild des „Venedig des Nordens“ ist vom Kanalsystem der Grachten geprägt.

Kultur

Viele berühmte bildende Künstler sind gebürtige Niederländer, etwa Hieronymus Bosch, Pieter Breugel, Jan Vermeer, Vincent Van Gogh oder Piet Mondrian. Von 1620 bis 1680 prägten die niederländischen Künstler, insbesondere die Rembrandt-Schule, das sogenannte Goldene Zeitalter. Zu dessen Höhepunkt stellten etwa 700 Maler pro Jahr 70.000 Gemälde fertig. Nirgendwo auf der Welt wurde jemals so viel Kunst in solch kurzer Zeit geschaffen. Kultur und Kunst florierten – auch, weil wegen der Religionsfreiheit in den Niederlanden zahlreiche Verfolgte aus aller Welt dort Zuflucht suchten. Darunter waren viele Schriftsteller und Wissenschaftler, die in ihrer neuen Heimat frei lehren, forschen und publizieren wollten und konnten.

Die Niederlande gelten traditionell als tolerant und liberal. In der Vergangenheit zeigten sich die politischen Führer stets kompromissbereit, und auch im 21. Jahrhundert nimmt das Königreich oft eine Vorreiterrolle ein: Es ermöglichte im Jahr 2000 als erster Staat überhaupt die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. 2001 wurde ein Gesetz angenommen, das die aktive Sterbehilfe gestattet – dies war bis dahin ebenfalls nirgendwo auf der Welt erlaubt gewesen.



Wirtschaft

Das Land besitzt zwei wichtige Drehkreuze für den internationalen Handel: den Flughafen Schiphol und den größten Seehafen Europas, Rotterdam. Dort wurden 2015 insgesamt 12,2 Millionen Container verladen. In den Rankings der Welthandelsorganisation WTO finden sich die Niederlande regelmäßig nach China, den USA, Deutschland und Japan als eine der fünf größten Exportnationen der Welt wieder. 75 Prozent der niederländischen Exporte gehen in die EU, davon wiederum 25 Prozent nach Deutschland.

Die Niederlande sind außerdem nach den USA der zweitgrößte landwirtschaftliche Exporteur der Welt. Etwa 20 Prozent des Exportvolumens entfallen auf Waren wie Gartenbauprodukte und Produkte aus der Viehzucht. 60 Prozent gehen an Deutschland. Trotz des hohen Exportanteils nahm das Königreich nur rund 1,8 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus diesem Wirtschaftssektor ein. Bei den Importen machen landwirtschaftliche Erzeugnisse nur rund 10 Prozent aus; hauptsächlich beziehen die Niederlande Getreide und Futtermittel für ihre Viehwirtschaft aus dem Ausland.

Der Dienstleistungssektor trug 2015 rund 78,2 Prozent zum BIP bei; die Industrie – beispielsweise Maschinen- und Fahrzeugbau, Nahrungs- und Genussmittel sowie Chemieprodukte – 20 Prozent. Die wichtigsten Dienstleistungsbranchen sind Banken, Versicherungen und juristische Dienstleister, aber auch der Handel, Gaststätten und Reparaturbetriebe.

Insgesamt erwirtschafteten die Niederländer im Jahr 2016 ein Bruttoinlandsprodukt von 702,6 Milliarden Euro, pro Kopf bedeutete dies 41.300 Euro und damit die fünfte Position im EU-Ranking. Die starke wirtschaftliche Position der Niederlande spiegeln auch die Arbeitslosenzahlen wider: Im März 2017 lag das Land mit 5,1 Prozent in der Gruppe der EU-Länder mit der niedrigsten Arbeitslosenquote. Bei der Jugendarbeitslosigkeit hatten die Niederlande mit 10,8 Prozent 2016 den drittniedrigsten Wert.

Soziale Sicherung

Sozialgesetze wurden erstmals im 20. Jahrhundert verabschiedet. Sie umfassten die Bereiche Arbeitsunfall und Renten für erkrankte oder arbeitsunfähige Arbeitnehmer, boten aber in der Praxis nur wenige Leistungen an.

In den 1940er Jahren begann unter dem Sozialminister Willem Drees der Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Dies war zu diesem Zeitpunkt möglich, da sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Wirtschaft rasch hatte erholen können und die Arbeitslosigkeit gesunken war. Auch ältere Menschen ohne Einkünfte erhielten nun eine Rente; im Jahr 1957 wurde ein allgemeines Rentengesetz verabschiedet. Drees' Nachfolger führten weitere gesetzliche Leistungen ein: das Kindergeld im Jahr 1963 und die Sozialhilfe zwei Jahre später. Dadurch hatten auch Familien und mittellose Menschen ein Recht auf finanzielle Hilfe und waren nicht länger auf Spenden von privaten oder kirchlichen Organisationen angewiesen. Der Staat trug nun die Kosten für die soziale Sicherung mit all ihren Leistungen, das öffentliche Gesundheitswesen und die Bildung.

Viele Gesetze aus den 1960er Jahren sind noch heute gültig. Neuere Regelungen wurden in den Bereichen Familie, Behinderung sowie Gesundheitsversorgung und Mutterschaft Ende der 1990er beziehungsweise 2000er Jahre verabschiedet.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Die Unterstützung für Menschen mit Behinderungen und erwerbsgeminderte Menschen richtet sich nach Alter und Arbeitssituation beziehungsweise Erwerbsfähigkeit der Antragsteller. Seit dem 1. Januar 2006 deckt das Gesetz über Arbeit und Einkommen alle Risiken einer eingeschränkten Erwerbsfähigkeit ab. Dabei liegt bei den Hilfen für Menschen mit teilweiser Minderung der Erwerbsfähigkeit der Schwerpunkt stärker auf Rehabilitation als auf Sicherung des Einkommens. Zudem bestehen Regelungen zur Einkommenssicherung für Menschen, die vollständig erwerbsunfähig sind, wenn diese keine oder wenig Aussicht auf Genesung haben. Sind junge Menschen aufgrund einer Behinderung arbeitsunfähig, erhalten sie ebenfalls Unterstützung. Voraussetzung ist, dass die Behinderung vor Vervollendung des 17. Lebensjahrs oder während des Studiums festgestellt wurde.

Frauen haben unabhängig davon, ob sie Arbeitnehmerinnen oder selbstständige Unternehmerinnen sind, Anspruch auf Mutterschaftsleistungen. Sie erhalten 100 Prozent ihres üblichen Lohns bis zu einer bestimmten Bemessungsgrenze. Bei Selbständigen ist diese Grenze an den Mindestlohn gekoppelt.

Amtlicher Name:

Koninkrijk der Nederlanden

Amtssprache:

Niederländisch

Hauptstadt:

Amsterdam (811.000 Einwohner, 2014)

Regierungssitz:

Den Haag

Einwohner (2016):

17,0 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):502,9 Einwohner pro km²**Währung:**

Euro, seit 2002

Regierungswebsite:<https://www.government.nl>**Nationalfeiertag:**

27. April: Königstag (Koningsdag)

**Fläche (2015):** 41.500 km²

Landesstruktur: Zwölf Provinzen; Königreich Niederlande ein in vier Teile gegliederter Staat in Europa und der Karibik; zugehörige Staatsgebiete: BES-Inseln Bonaire, Sint Eustatius, Saba, sowie Aruba, Curaçao und Sint Maarten.

Geografie: Von der Küste geprägtes Flachland, ein Viertel des Landes liegt unter Normalnull; Deiche: insgesamt 3.000 km, Teile des Landes (Polder) wurden der Nordsee abgewonnen; Rhein-Maas-Delta



Staatsoberhaupt:
König Willem-Alexander

Regierungschef:
Mark Rutte

Politisches System:

Konstitutionelle Monarchie, parlamentarische Demokratie; Wahl des Zweikammerparlaments alle vier Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

Gründerstaat (1951/57)

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

3,3 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

26

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Frans Timmermans (Erster Vizepräsident)

Ressort: Bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):702,6 Mrd. Euro^{a)}**Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):**41.300 Euro^{a)}**Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):**

21.292 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

1.551,60 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

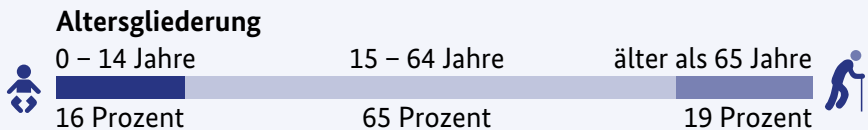
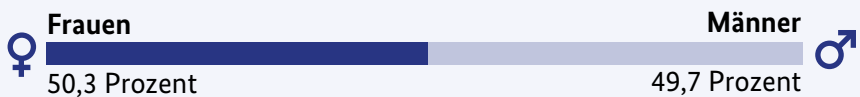
5,1 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

10,8 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

77,1 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):^{a)} Vorläufiger Wert

Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



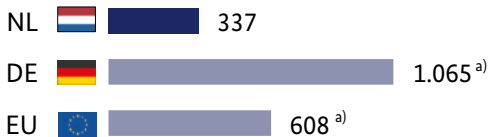
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

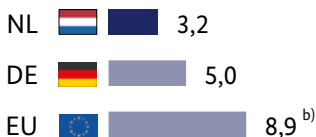
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

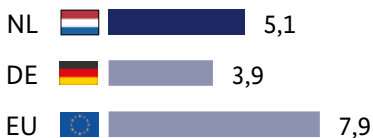
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)



a) Vorläufiger Wert, b) Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



ÖSTERREICH

Geschichte

Die Republik Österreich ist seit 1995 Mitglied in der Europäischen Union. Die Beitrittsverhandlungen hatten zwar bereits 15 Jahre vorher begonnen. Aufgrund des Staatsvertrags, den Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg unterzeichnet hatte, ergab sich aber erst mit dem Fall der Sowjetunion die Möglichkeit des Beitritts. Zwei Drittel der Österreicher sprachen sich in einer Volksabstimmung am 12. Juni 1994 dafür aus, dass ihr Land EU-Mitglied wird. Das Verhältnis zwischen Österreich und der Europäischen Union war bereits vor der Aufnahme sehr eng. So bestand seit dem 1. Januar 1973 ein Freihandelsabkommen zwischen den EWG-Staaten und Österreich.

Die Republik Österreich folgte nach dem Ersten Weltkrieg auf Kaiserreich und Habsburgermonarchie. In der Zeit der „Ersten Republik“ von 1918 bis 1933 wurden das Wahlrecht für Frauen eingeführt und die Grundlagen für ein System der sozialen Sicherung gelegt. Von 1938 bis 1945 war Österreich durch den sogenannten Anschluss ein Teil des Deutschen Reiches.

Geografie

Das Staatsgebiet der Republik Österreich ist zu etwa 60 Prozent gebirgig. Die höchsten Berge mit mehr als 3.000 m liegen in den Ostalpen,

der Großglockner ist mit 3.798 m der höchste Gipfel. Die Alpenrepublik zieht mit ihren zahlreichen Wintersportorten Touristen aus aller Welt an. Durch seine Binnenlage in Mitteleuropa hat Österreich viele Nachbarn: Es ist Grenzland der EU-Staaten Deutschland, Tschechien, Slowenien, Italien, der Slowakei und Ungarn sowie der Schweiz und Liechtenstein. Österreich ist in neun Bundesländer unterteilt, Wien als Bundeshauptstadt ist eines davon. Die Landwirtschaft ist kleinstrukturiert, und viele Bauern setzen auf ökologische Betriebe mit einer Spezialisierung auf Qualitätsprodukte. Obwohl die Landwirtschaft immer weiter zurückgeht, leben noch 34 Prozent der Menschen auf dem Land – im EU-Vergleich ein relativ hoher Wert.

Kultur

Österreich besitzt eine lange kulturelle Tradition. Die Hauptstadt Wien war bereits im 18. und 19. Jahrhundert ein Zentrum des Musiklebens und ist eine lebendige Theatermetropole. In den Kaffeehäusern der Stadt, die seit 2001 zum UNESCO-Kulturerbe gehören, treffen sich bis heute Literaten, Künstler und Intellektuelle zum kreativen Austausch. Darunter waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts große Namen wie Schnitzler, Zweig, Kraus, Musil, Klimt, Kokoschka und Freud. Die UNESCO hat auch die Altstadt von Mozarts Geburtsstadt Salzburg und die Grazer Altstadt in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. Vom kulturellen Angebot des Landes und den zahlreichen Festspielen profitiert auch der Tourismus.

Österreich nimmt seit seinem EU-Beitritt an den europäischen Gremien und Programmen zur Förderung der Kultur-, Bildungs- und Forschungskooperation aktiv teil und arbeitet hier insbesondere mit den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern zusammen.

Wirtschaft

Im Jahr 2016 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) insgesamt 349,3 Milliarden Euro. Im EU-Vergleich liegt Österreich damit auf dem zehnten Platz vor Dänemark und hinter Belgien. Das BIP pro Kopf im selben Jahr ist eines der höchsten in der Europäischen Union: Mit 40.000 Euro lag Österreich auf Platz sechs hinter Luxemburg, Irland, Dänemark, Schweden und den Niederlanden.

Bergbau, Energie und Industrie sind mit 28,3 Prozent Anteil am BIP ein bedeutender Wirtschaftszweig für Österreich. Zahlreiche Kfz-Zulieferer haben hier ihren Sitz, und viele mittelständische Unternehmen sind hoch spezialisiert und zum Teil Weltmarktführer. Der Maschinenbau ist hoch entwickelt und genießt weltweites Ansehen. Land- und Forstwirtschaft machen heute lediglich noch 1,3 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung aus. Auf den Dienstleistungssektor mit dem Tourismus entfällt der Löwenanteil am BIP mit 70,4 Prozent. Das einstige Agrarland Österreich hat sich längst zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft entwickelt.

Wichtigster Handelspartner ist Deutschland, auch im Bereich Dienstleistungen. Beide Länder bilden außerdem einen gemeinsamen Strommarkt. Erneuerbare Energien spielten dabei 2015 eine große Rolle und haben mit rund 33 Prozent einen hohen Anteil an der Primärenergie. Sogar 70 Prozent des gesamten Strombedarfs in Österreich wurden im gleichen Jahr aus erneuerbaren Quellen gedeckt. In den österreichischen Alpen sowie an Inn und Donau wird traditionell viel Strom durch Wasserkraft erzeugt; im Osten des Landes gibt es eine große Zahl von Windparks. Auch Fernwärme aus Biomasse und Geothermie wird in Österreich zunehmend genutzt.

Insgesamt gingen 2016 rund 30,5 Prozent aller österreichischen Exporte nach Deutschland, während deutsche Lieferungen 37,2 Prozent des österreichischen Importvolumens ausmachten. Dabei handelte es sich zu einem großen Teil um Vorprodukte und Komponenten, die im anderen Land eingebaute oder weiter verarbeitet werden.

Deutschland blieb auch 2016 Haupthandelspartner Österreichs, auch bei den Dienstleistungen. Wichtigster Posten im bilateralen Dienstleistungsverkehr war für Österreich auch 2016 der Tourismus. Von den rund 90.000 deutschen Arbeitnehmern in Österreich sind etwa 30.000 im Fremdenverkehrsgewerbe tätig. Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen beschäftigen in Österreich rund 100.000 Menschen.

Soziale Sicherung

Die Bürger Österreichs genießen seit rund 130 Jahren Schutz durch Sozialversicherungen: Bereits 1887 trat die gesetzliche Arbeitsunfallversicherung in Kraft. Im Jahr darauf wurde eine gesetzliche Krankenversicherung ge-



schaffen. Heute sind 98,7 Prozent der Österreicher in einer der insgesamt 20 Krankenversicherungen versichert. Diese sind jedoch nicht frei wählbar: Der Wohnort sowie die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe oder einem Betrieb entscheiden über den Eintritt.

Die Altersvorsorge hat ihre Anfänge im Jahr 1906, als die gesetzliche Pensionsversicherung für „Privatbeamte“ – gemeint waren Angestellte – eingeführt wurde. Diese galt damals noch nicht für Arbeiter. Die gesetzliche Rentenversicherung für alle Beschäftigten wurde erst 1938 eingeführt, als in Österreich die Reichsversicherungsordnung des Dritten Reichs in Kraft trat.

Seit 1920 sind die Österreicher gegen die Risiken der Arbeitslosigkeit versichert. Das erste Gesetz über Familienleistungen folgte im Jahr 1948. Seitdem haben Familien ein Anrecht auf Kindergeld.

Bereits in der Ersten Republik von 1918 bis 1933 wurden bedeutende Sozialgesetze verabschiedet. So entstand unter anderem die Arbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung für Arbeiter und Angestellte. Der Acht-Stunden-Tag und die Sozialversicherung wurden eingeführt und der Adel 1919 abgeschafft. Die allerersten Ursprünge des österreichischen Sozialwesens reichen allerdings bis in die Zeit der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn in den Jahren 1867 bis 1918 zurück.

Die aktuell gültige Rechtsgrundlage für die gesetzlichen Sozialversicherungen ist das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz. Es wurde 1955 verabschiedet. Die Familienleistungen sind heute die einzige universelle Leistung, die ohne Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer, sondern nur durch Steuern und Arbeitgeberbeiträge finanziert wird. Die Sozialversicherungen sind Träger aller anderen Leistungen der sozialen Sicherheit und werden durch die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber finanziert. Ausgenommen davon ist die Mindestsicherung für Menschen in sozialen Notlagen. Diese Zahlungen regeln und finanzieren alle neun Bundesländer individuell auf Länderebene. Der Staat finanziert zudem 70 Prozent der Mutterschaftsleistungen.

2014 wurde der größte Etat des Bundeshaushalts für die Positionen soziale Sicherung und Gesundheit eingesetzt. Rund 71,5 Milliarden Euro gab Österreich allein für den Bereich Soziale Sicherung aus, davon rund 43,5 Milliarden Euro für Renten.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

In Österreich ist die Ausgestaltung vieler Leistungen nicht landesweit geregelt, sondern Ländersache. Dies betrifft auch Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen. Eigene Ausschüsse der Bundesländer kümmern sich um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention; die Kompetenzen unterscheiden sich dabei von Land zu Land. Die Steiermark beispielsweise verfolgt einen eigenen Aktionsplan für konkrete Umsetzungsschritte.

In den EU-Staaten wird das Kindergeld üblicherweise an die Eltern ausbezahlt. In Österreich können volljährige Leistungsberechtigte allerdings beim Finanzamt beantragen, dass das Geld auf ihr eigenes Girokonto überwiesen wird. Voraussetzung ist die Zustimmung der Erziehungsberechtigten.

Das Pflegegeld und die Geldleistungen für 24-Stunden-Betreuung sind steuerfinanziert. Außerdem gibt es weitere Pflegeleistungen: So haben alle Einwohner das Recht auf Leistungen, wenn sie mobile, ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegedienste benötigen. Sie müssen allerdings einen Anteil an den Kosten für Sachleistungen selbst tragen. Soziale Aspekte werden bei der Festlegung der Selbstbeteiligung berücksichtigt.

Amtlicher Name:

Republik Österreich

Amtssprache:

Deutsch

Hauptstadt:

Wien (1,8 Millionen Einwohner, 2014)

Einwohner (2016):

8,7 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):

104,8 Einwohner pro km²

Währung:

Euro, seit 2002

Regierungswebsite:

<https://www.bka.gv.at>

Nationalfeiertag:

26. Oktober: Verabschiedung des
Neutralitätsgesetzes 1955



Fläche (2015): 83.900 km²

Landesstruktur: Neun Bundesländer,
inkl. Wien als Bundeshauptstadt

Geografie: Alpen im Westen und
Süden, östliche Provinzen im Donau-
becken; höchster Berg: Großglockner
(3.798 m) in den Hohen Tauern



Staatsoberhaupt:
Alexander van der Bellen



Regierungschef:
Sebastian Kurz

Politisches System:

Parlamentarisch-demokratische Bundesrepublik; Parlament (Nationalrat): Wahl alle fünf Jahre; Bundesrat (Länderkammer); Direktwahl des Bundespräsidenten alle sechs Jahre; Wahlrecht ab 16 Jahre

EU-Beitritt:

1995

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

1,7 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

18

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Johannes Hahn

Ressort: Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

349,3 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

40.000 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

23.260 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

Kein Mindestlohn

Arbeitslosenquote (März 2017):

5,7 Prozent

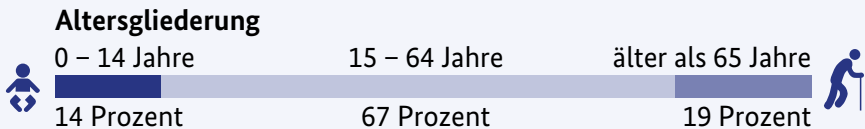
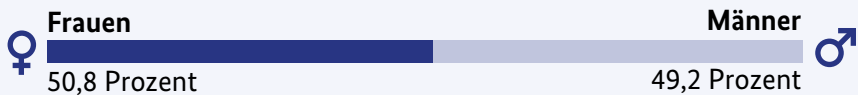
Jugendarbeitslosigkeit (2016):

11,2 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

84,5 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



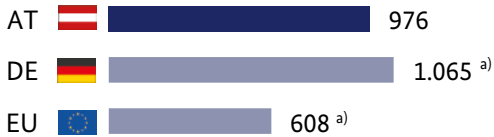
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

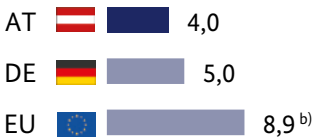
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

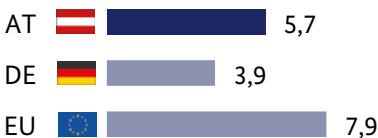
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



POLEN

Geschichte

Polen wurde im Zuge der fünften und bisher größten Erweiterung im Jahr 2004 Mitglied der Europäischen Union. Insgesamt zehn Staaten wurden in diesem Jahr aufgenommen. Die EU hatte im Dezember 2002 für die Aufnahme gestimmt. Die letzte Entscheidung über den Beitritt lag allerdings bei den Bürgern, die im Sommer 2003 in einem Referendum abstimmten. 77 Prozent der Wähler in Polen sprachen sich für eine Mitgliedschaft aus.

Polen blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Häufig wurde es zum Spielball der Großmächte. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte Polen seine Unabhängigkeit erlangen, die 1919 international anerkannt und bestätigt wurde. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen kam es vor allem wegen unklarer Grenzverläufe immer wieder zu Konflikten mit den Nachbarstaaten Deutschland, Litauen und der Ukraine.

Obwohl ein Nichtangriffspakt mit Deutschland bestand, überfielen deutsche Truppen das Nachbarland am 1. September 1939. Damit begann der Zweite Weltkrieg. Am 17. September marschierte die Rote Armee in Ostpolen ein, wie Hitler und Stalin dies in ihrem Pakt vereinbart hatten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verschob sich das polnische

Staatsgebiet nach Westen; rund ein Drittel seiner Fläche im Osten fiel an die Sowjetunion. Ein Viertel Deutschlands in den Grenzen von 1937 wurde polnisch. Die neue Grenze zwischen Polen und Deutschland verlief nun entlang der sogenannten Oder-Neiße-Linie. Die DDR erkannte diese Grenze bereits 1950 an, die Bundesrepublik Deutschland erst am 7. Dezember 1970.

Der politische Umbruch in Polen begann mit der Gründung der Gewerkschaft *Solidarność* unter Lech Wałęsa im Jahre 1980. Die Gewerkschaft war maßgeblich an dem gesellschaftlich-politischen Umschwung im Land beteiligt. Die Bemühungen von *Solidarność* führten zunächst dazu, dass die Regierung das Kriegsrecht verhängte. Führende Intellektuelle und die katholische Kirche vermittelten schließlich zwischen beiden Seiten. Im Frühjahr 1989 begannen die Gespräche am Runden Tisch, an denen unter anderem Vertreter der Arbeiterpartei, der *Solidarność* und der katholischen Kirche teilnahmen. Im Juni 1989 fanden in Polen schließlich die ersten freien Wahlen im Ostblock statt. Sie gelten als Beginn des Zerfalls des Ostblocks. Die ersten polnischen Gesetze zur sozialen Sicherheit stammen aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als das Land zum ersten Mal unabhängig wurde.

Geografie

Landschaft und Vegetation sind sehr abwechslungsreich: die Sandstrände der Ostsee, die Gebirgszüge von Karpaten und Sudeten, zahlreiche grüne Täler, Moorlandschaften und die Masurische Seenplatte sind beliebte Touristenziele. In den 23 polnischen Nationalparks können Besucher eine einzigartige Flora und Fauna bewundern. Besonders hervorzuheben ist der Białowiecki-Nationalpark an der Grenze zu Weißrussland. Hier leben noch die überall sonst ausgestorbenen europäischen Bisons im letzten Tiefland-Urwald Europas.

Kultur

Die polnische Kultur ist stark mit der wechselvollen Geschichte des Landes verbunden. Nachdem es im 18. Jahrhundert zu einer Trennung des Doppelstaats Polen-Litauen gekommen war, machten sich die Unabhängigkeitsbestrebungen auch in der Kunst und Kultur bemerkbar.

Große Künstler wie Frédéric François Chopin, einer der einflussreichsten und populärsten Komponisten für Klaviermusik, wollten die Unabhängigkeitsbewegung in ihrer Heimat mit ihrer Kunst unterstützen. Diese kulturelle Epoche ging unter dem Schlagwort „Zur Hebung der Herzen“ in die Geschichte ein. Auch einige bedeutende Werke der Literatur sind für diese Bewegung entstanden. Dazu zählen zum Beispiel die Epen und Gedichte von Adam Mickiewicz (1798-1855) und die Prosawerke des Literaturnobelpreisträgers Henryk Sienkiewicz (1846-1916).

Auch im heutigen Polen besitzt die Kultur einen hohen Stellenwert. Verschiedene kulturelle Einrichtungen wie das Nationalmuseum, die Nationaloper und die Nationalphilharmonie werden staatlich gefördert.



Wirtschaft

Polens Wirtschaft hat seit 1990 eine tiefgreifende Wandlung von der sozialistischen Planwirtschaft zu einer modernen Marktwirtschaft durchlaufen. Der Anteil der Landwirtschaft ist stark rückläufig, sodass dieser Wirtschaftszweig 2015 noch 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwirtschaftete. Die Industrie, zu der die früher florierende Werft- und Schifffahrtsindustrie gehört, machte 34,1 Prozent aus. Heute spielt die Werft- und Schifffahrtsindustrie aber nur noch regional eine Rolle. Der Dienstleistungssektor mit 63,3 Prozent macht inzwischen den größten Anteil am BIP aus.

Dank des positiven Wirtschaftswachstums in den vergangenen Jahren stand Polen im europäischen BIP-Vergleich mit rund 424,3 Milliarden Euro auch 2016 an achter Stelle. Anders sah es beim BIP pro Kopf aus: Es beträgt durchschnittlich 11.000 Euro. Damit liegt Polen im europäischen Vergleich auf einem der hinteren Plätze.

Polnische Wirtschaftszweige mit langer Tradition sind die Lebensmittelindustrie, der Energiesektor, der Bergbau und die Hüttenindustrie, gefolgt von Maschinenbau, Elektrotechnik und Elektronik, Fahrzeugbau sowie der Textil- und Bekleidungsindustrie. In der Elektrobranche ist Polen der größte Montagestandort für Elektro-Haushaltsgeräte in Europa.

Die wichtigsten Handelspartner Polens sind Deutschland, das Vereinigte Königreich und die Tschechische Republik. Viele Importe kommen auch aus Russland und China. Besonders der Handel mit den EU-Mitgliedstaaten entwickelte sich in den vergangenen Jahren sowohl auf der Import- als auch der Exportseite dynamisch weiter. Das Schwergewicht des polnischen Außenhandels verlagerte sich 2016 zunehmend auf die EU-Länder und machte 80 Prozent der Exporte und fast 61 Prozent der Importe aus. Deutschland war mit Abstand größter Handelspartner Polens mit 27 Prozent der polnischen Gesamtausfuhr und 23 Prozent der Gesamteinfuhr. Deutschlands Außenhandel 2016 mit Polen hat über 101,3 Milliarden Euro betragen und damit einen neuen Rekord erreicht.

Die Arbeitslosenquote Polens betrug im März 2017 insgesamt 4,9 Prozent, damit stand das Land an sechster Stelle in der Statistik der EU-Länder. Bei 17,7 Prozent lag 2016 die Quote der Jugendarbeitslosigkeit.

Soziale Sicherung

Die Geschichte der sozialen Sicherung in Polen ist eng mit dem hohen Stellenwert des katholischen Glaubens im Land verbunden. Die Anfänge der Sozialpolitik des 20. Jahrhunderts waren stark beeinflusst durch die Lehren der katholischen Kirche. Die Dringlichkeit, eine Gesetzgebung zur sozialen Sicherung zu schaffen, wurde durch die Folgen des Ersten Weltkriegs noch verstärkt: Viele Familien lebten in Armut, und das Land musste wirtschaftlich wieder aufgebaut werden. In den ersten fünf Jahren nach der Unabhängigkeit Polens (1918) wurden wichtige Gesetze im Bereich der Krankenversicherung (1920), der Arbeitslosigkeit (1924) und über die soziale Wohlfahrt (1923) verabschiedet. Das erste Rentengesetz trat 1927 in Kraft, galt zunächst jedoch nur für Angestellte. 1933 wurde das Gesetz erweitert und sichert seither auch Arbeiter ab.

Mit der deutschen Machtübernahme in Polen wurden die Leistungen im Bereich der sozialen Sicherung de facto abgeschafft. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde ein neues System etabliert, das auf sozialistischen Grundsätzen beruhte. Am 25. Juni 1954 wurde ein Gesetz verabschiedet, das einheitliche Regelungen in der Altersvorsorge und bei der Invalidenrente für alle Arbeitnehmer gewährleisten sollte. Auch andere Bereiche der sozialen Sicherung wurden nach sozialistischen Gesichtspunkten reformiert.

Die Inflation in den 1970er Jahren stellte die Regierung vor große Probleme: Denn die staatlich finanzierte soziale Sicherung kostete immer mehr Geld. Mit Gesetzesanpassungen und einmaligen Maßnahmen versuchte der Staat, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dennoch konnte der Schutz durch soziale Sicherungssysteme nach und nach auf alle Bevölkerungsschichten ausgedehnt werden.

Nach dem politischen Umschwung in Polen 1990 blieb die soziale Sicherung ein zentrales Thema der Politik. Die Ausgaben für diesen Bereich wurden nach der Demokratisierung weiter erhöht. Das Recht

auf bestimmte Sozialleistungen ist heute in Polen durch die Verfassung garantiert. Im Artikel 67 heißt es, dass jeder Mensch ein Recht auf soziale Sicherung hat, wenn er aus nicht selbstverschuldeten Gründen nicht arbeiten kann oder das Rentenalter erreicht hat.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Die Vergangenheit als zentral gesteuerte Planwirtschaft hat auch im System der sozialen Sicherung Spuren hinterlassen. Obwohl heute nur noch relativ wenige Menschen von der Landwirtschaft leben, gibt es nach wie vor spezielle Sozialversicherungsfonds für Landwirte, wie den Rentenfonds der Landwirte oder den Präventions- und Rehabilitationsfonds der Landwirte. Bis zu einer gewissen Größe des Betriebs übernimmt der Staat die Beiträge für die Versicherten.



Der Fonds hat eine eigene Verwaltungsstruktur, und in nahezu allen Bereichen der sozialen Sicherung bestehen Sonderregelungen für Landwirte. So kann die Landwirtschaftliche Sozialversicherungskasse (Kasa Rolniczego Ubezpieczenia Społecznego – KRUS) eigene Gutachten für Menschen mit Behinderungen ausstellen, und Landwirte können eine spezielle Invalidenrente erhalten. Die KRUS wurde ins Leben gerufen, um die umfangreiche Abwicklung des Systems der Sozialversicherung der Landwirte zu gewährleisten. Zu der KRUS gehören auch sechs Rehabilitationszentren für Landwirte und eine Schulungseinrichtung für Rehabilitation.

Amtlicher Name:

Rzeczpospolita Polska

Amtssprache:

Polnisch

Hauptstadt:

Warschau (1,7 Millionen Einwohner, 2014)

Einwohner (2016):

38,0 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):

124,1 Einwohner pro km²

Währung:

Złoty

Regierungswebsite:

<https://www.premier.gov.pl/en.html>

Nationalfeiertag:

- 3. Mai: Erste polnische Verfassung
1791 (Święto Konstytucji
Trzeciego Maja)
- 11. November: Wiedererlangung der
Unabhängigkeit 1918 (Dzień
Niepodległości)



Fläche (2015): 312.700 km²

Landesstruktur: 16 Woiwodschaften

Geografie: Flachland an der Ostsee im Norden; Gebirgskette der Karpaten bildet die südliche Grenze (höchster Berg in der Hohen Tatra: Rysy, Meeraugspitze, mit 2.503 m); gehört zu den seenreichsten Ländern der Erde, zum Beispiel Seenplatte in Masuren



Staatsoberhaupt:
Andrzej Duda



Regierungschef:
Mateusz Morawiecki

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Wahl des Parlaments alle vier Jahre; Direktwahl des Staatsoberhauptes alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

2004

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

7,4 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

51

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Elżbieta Bieńkowska

Ressort: Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

424,3 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

11.000 Euro^{b)}

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

5.556 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

453,48 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

4,9 Prozent

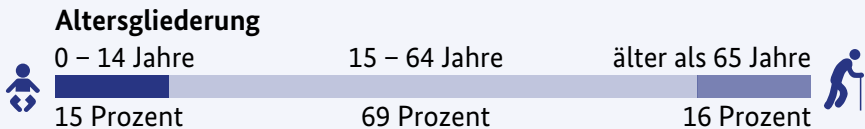
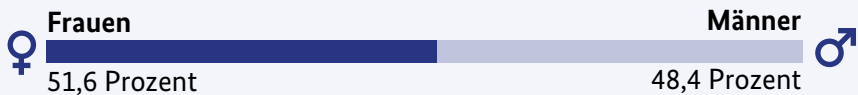
Jugendarbeitslosigkeit (2016):

17,7 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

91,3 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):



^{b)} Geschätzter Wert

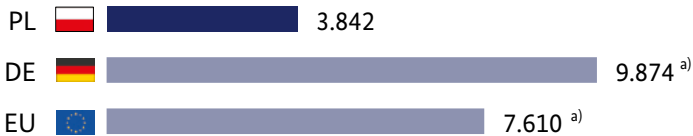
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



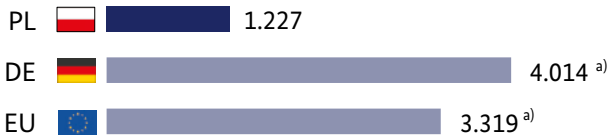
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



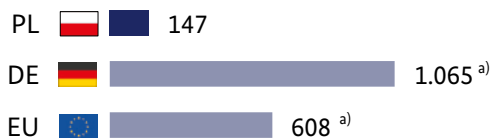
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

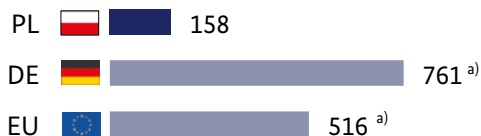
Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

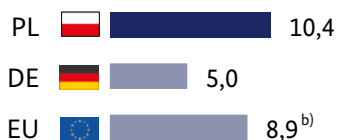
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

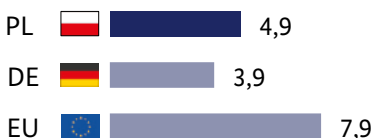
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



PORTUGAL

Geschichte

Portugal wurde Anfang 1986 gleichzeitig mit dem Nachbarland Spanien Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, einer der Vorgängerorganisationen der EU. Der maritimen Tradition Portugals entsprechend ist Lissabon heute Sitz der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs.

Einer der bedeutendsten portugiesischen Seefahrer war Vasco da Gama, der als erster das Kap der Guten Hoffnung in Afrika umsegelte und so den Seeweg nach Indien fand. Diese Entdeckung machte das Land zu einer der führenden Handels- und Seemächte des 15. und 16. Jahrhunderts. Bis ins 17. Jahrhundert gründete Portugal Kolonien in Amerika, Afrika, Arabien, Indien, Südostasien und China.

Nach dem Ende der Monarchie 1910 folgte die erste Republik Portugal. Bis zum Militärputsch 1926 folgten 45 verschiedene Regierungen aufeinander. 1933 wurde der „Estado Novo“, der Neue Staat, errichtet, eine ständestaatlich orientierte autoritäre Diktatur.

Ab 1961 kam es zu Aufständen, Protesten und bewaffneten Kämpfen in den portugiesischen Kolonien, die ihre Unabhängigkeit forderten. Die Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt Anfang der 70er Jahre.

1974 führten sie zu einem linksgerichteten Aufstand großer Teile der Armee. Diese hatten erkannt, dass die Kosten des Kolonialkriegs etwa die Hälfte des Staatshaushalts ausmachten, militärisch jedoch nicht zu gewinnen war. Die sogenannte Nelkenrevolution von 1974 fand breite Zustimmung in der Bevölkerung. Nach der Revolution wurden alle Kolonien bis auf Macau in China in die Unabhängigkeit entlassen; Macau folgte 1999. Die erste Präsidentschaftswahl nach der neuen Verfassung 1976 stellte schließlich die Weichen für eine Rückkehr des Landes zu einer parlamentarischen Demokratie nach westeuropäischem Muster. Die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft 1986 besiegelte den politischen und wirtschaftlichen Wandel im Land.

Geografie

Die Republik ist das westlichste Land Kontinentaleuropas und liegt auf der Iberischen Halbinsel. Im Osten und Norden grenzt Portugal an Spanien, im Westen an den Atlantischen Ozean. Zur ehemaligen Kolonialmacht gehören heute noch die Insel Madeira und die Inselgruppe der Azoren.

Das Klima im Norden ist relativ kühl und feucht. Diese Region wird aufgrund der vergleichsweise üppigen Vegetation auch der grüne Garten Portugals genannt. Die Serra da Estrela ist das höchste Gebirge des portugiesischen Festlands und beliebt bei Wintersportlern. Badetouristen schätzen die südlichste Region Portugals, die Algarve, wegen ihrer Sandstrände.

Kultur

Die Vergangenheit als Seefahrernation hat in vielen Bereichen ihre Spuren hinterlassen. So entstand die Manuelinik, ein einzigartiger und prunkvoller Architekturstil, der durch seine maritimen Verzierungen auffällt. Benannt ist der Baustil nach König Manuel I. (1495-1521). Typische Ornamente sind beispielsweise Schiffstauwerk, Muscheln und Schiffe. Viele Bauten in Lissabon aus dieser Zeit wurden allerdings durch das verheerende Erdbeben von 1755 zerstört.

Die bekannteste portugiesische Musik ist der Fado. Diese Musik, für die Portugiesen sogar ein Lebensstil, ist melancholisch und oft verbunden mit dem Motiv der Sehnsucht. Wahrscheinlich entstand der Fado durch die

Vermischung traditioneller Seefahrerlieder mit afrikanischen Rhythmen aus den Kolonien.

Auch die traditionelle Küche wurde stark durch die Kolonien und die Seefahrt beeinflusst. So ist nicht verwunderlich, dass Bacalhau, Stockfisch, das Nationalgericht ist. Für Seefahrer war der getrocknete Fisch idealer Proviant auf langen Reisen. Heute werden aus ihm die verschiedensten Speisen zubereitet. Seit dem 13. Jahrhundert ist er fester Bestandteil der portugiesischen Küche.

Wirtschaft

Seit dem EU-Beitritt hat die Wirtschaft des Landes eine wechselhafte Entwicklung erlebt. Kurz nach dem Beitritt erzielte Portugal überdurchschnittliche Wachstumszahlen, und die Arbeitslosigkeit sank. Um die Jahrtausendwende lag sie bei rund 4 Prozent. Das positive Wachstum wurde



durch die weltweite Wirtschaftskrise beendet. Bis 2013 schrumpfte die Wirtschaft um mehrere Prozent. Die Arbeitslosenquote lag im März 2017 bei 9,8 Prozent gegenüber noch 13,2 Prozent im Jahr 2015. Auch wenn sie immer noch zu den höchsten in der EU gehört, ist der Aufwärtstrend doch unübersehbar. Aufgrund großer eigener Anstrengungen konnte sich die portugiesische Wirtschaft mittlerweile erholen. Allerdings lag die Jugendarbeitslosigkeit 2016 noch bei 28 Prozent.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird in Portugal überwiegend durch den Dienstleistungssektor generiert (75,4 Prozent im Jahr 2015) und lag 2016 im europäischen Vergleich mit 184,9 Milliarden Euro im Mittelfeld. Beim BIP pro Kopf erreicht Portugal im Jahr 2016 nur den 17. Platz mit 17.900 Euro. Die ehemals starke Landwirtschaft erwirtschaftete 2015 nur noch 2,3 Prozent des BIP. Besonders der Anbau von Mandeln und die Produktion von Rohkork sind oftmals nicht mehr rentabel. Viele Betriebe mussten schließen. Die Industrie machte 2015 in Portugal einen Anteil von 22,3 Prozent am BIP aus.

Soziale Sicherung

Erst nach dem Ende der Monarchie 1910 begann sich in Portugal eine staatliche soziale Sicherung zu entwickeln. Die Regierung der ersten Republik stand vor großen Aufgaben: Die einzigen staatlichen sozialen Einrichtungen zu dieser Zeit waren Waisen- und Krankenhäuser. Da kaum gesetzliche Grundlagen für die soziale Sicherung vorhanden waren, mussten nach 1910 entsprechende Strukturen erst geschaffen werden. 1911 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, in der das Recht auf Sozialhilfe gesetzlich verankert wurde. Die Leistungen nach Arbeitsunfällen waren der erste Bereich, der 1913 gesetzlich geregelt wurde.

Obwohl 1919 umfangreiche Pläne für Sozialprogramme vorlagen, wurden diese nicht umgesetzt. Eine Ursache waren die sehr oft und schnell wechselnden Regierungen. Daher stammen viele grundlegende Regelungen zur sozialen Sicherung aus der Zeit des sogenannten Estado Novo (1933 bis 1974). 1935 wurden ein Rentengesetz und ein Gesetz über die Krankenversicherung verabschiedet; Regelungen für Familienleistungen folgten 1942. Trotz der gesetzlichen Basis war das System der sozialen Sicherung sehr ineffizient. Es fehlte eine solide Finanzierung, und viele Leistungen wurden

nur unregelmäßig erbracht. In den 1960er Jahren gab es Versuche, das System zu modernisieren. Aber erst nach der Demokratisierung des Landes 1974 wurden weitergehende Reformen eingeleitet, so 1975 im Bereich Arbeitslosigkeit.

Das portugiesische System der sozialen Sicherung beruht heute auf dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Drei verschiedene Systeme sollen den Sozialschutz für alle Bürger garantieren. Das Bürgerrecht soll allen Portugiesen neben den bürgerlichen Grundrechten sozialen Schutz und Chancengleichheit garantieren. Das System der Vorsorge finanziert sich durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und deckt die meisten Bereiche der sozialen Sicherung ab. Das ergänzende System besteht aus verschiedenen Untersystemen der freiwilligen Vorsorge in Form von Rentensparplänen, Lebensversicherungen oder anderen Versicherungsformen.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Die Familie hat einen besonders hohen Stellenwert in Portugal. Dies lässt sich auch an den Leistungen der sozialen Sicherungssysteme ablesen. So gibt es beispielsweise ein pränatales Kindergeld, das ab der 13. Schwangerschaftswoche für einen Zeitraum von sechs Monaten gezahlt wird. Auch die Versorgung eines kranken Kindes ist sehr familienfreundlich geregelt. So können auch Großeltern für die Pflege eines kranken Kindes ein Tagesgeld erhalten, das maximal 30 aufeinanderfolgende Tage gezahlt wird.

Amtlicher Name:

República Portuguesa

Amtssprache:

Portugiesisch

Hauptstadt:

Lissabon (509.000 Einwohner, 2015)

Einwohner (2016):

10,3 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):112,3 Einwohner pro km²**Währung:**

Euro, seit 2002

Regierungswebsite:<http://www.portugal.gov.pt/en.aspx>**Nationalfeiertag:**

10. Juni: Tag von Portugal, Todestag des Nationaldichters Luis de Camões 1580 und Tag der Portugiesischen Gemeinschaften (Dia de Portugal de Camões e das Comunidades Portuguesas)

**Fläche (2015):** 92.200 km²

Landesstruktur: 18 Distrikte und zwei autonome Regionen (Azoren und Madeira); zugehörige Staatsgebiete: Azoren und Madeira

Geografie: Liegt auf der iberischen Halbinsel am Atlantik; längster Fluss: Tejo, teilt das Land in einen bergigen, grünen Norden und einen eher flachen und trockenen Süden; südlichste Region: Algarve



Staatsoberhaupt:
Marcelo Rebelo de Sousa



Regierungschef:
António Costa

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Parlamentswahlen alle vier Jahre; Direktwahl des Präsidenten alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

1986

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

2,0 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

21

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Carlos Moedas

Ressort: Forschung, Wissenschaft und Innovation

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):184,9 Mrd. Euro^{b)}**Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):**17.900 Euro^{b)}**Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):**

8.435 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

649,83 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

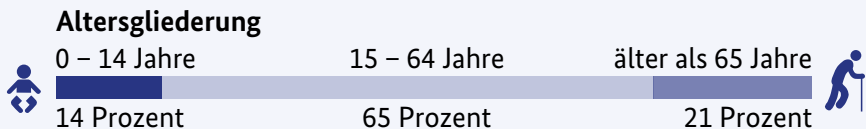
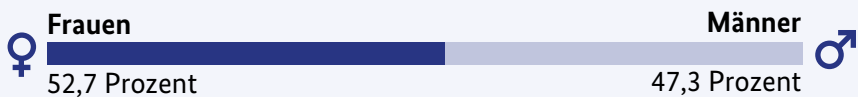
9,8 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

28,0 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

46,9 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):^{b)} Geschätzter Wert

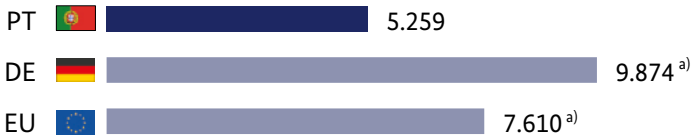
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



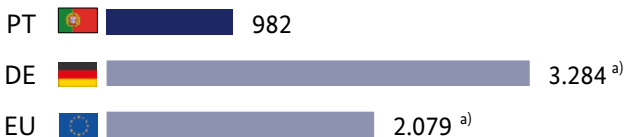
Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



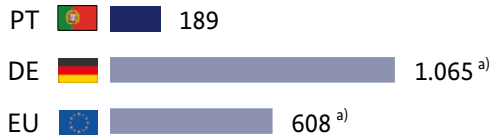
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

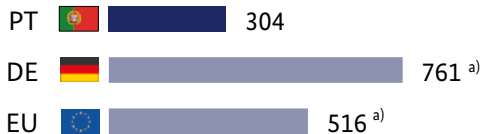
Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

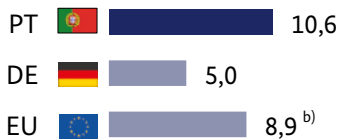
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

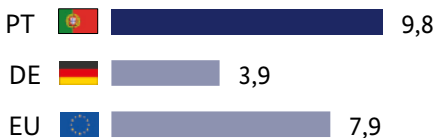
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)



a) Vorläufiger Wert, b) Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



RUMÄNIEN

Geschichte

Seit 1989 hatte sich Rumänien, der größte Balkan-Staat, allmählich dem Westen angenähert. 2004 trat das ehemals kommunistische Land zunächst der Nato bei; 2005 unterzeichnete die Regierung die Beitrittsvereinbarung mit der Europäischen Union. 2007 wurde das Land schließlich EU-Mitglied.

Teile des heutigen Rumänien gehörten lange Jahre zum Osmanischen Reich und zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie. 1881 wurde das Land schließlich ein eigenständiges Königreich. Im Zweiten Weltkrieg war der osteuropäische Staat zunächst neutral. Im Sommer 1940 wurden Teile des Landes von der Sowjetunion annektiert. Damit geriet das Land unter sowjetischen Einfluss. 1948 wurde nach der erzwungenen Abdankung von König Mihail die Rumänische Volksrepublik gegründet. Politisch war die neue Republik kommunistisch geprägt. 1965 übernahm Präsident Nicolae Ceaușescu die Macht. Gegen die Unterdrückung der Bevölkerung formierten sich 1989 blutige Aufstände. Die Erschießung Ceaușescus und dessen Frau beendete die Ära des Kommunismus.

Die Verfassung von 1991 machte Rumänien zu einer Republik mit einem Mehrparteiensystem und einer freien Marktwirtschaft. Sie ebnete auch den Weg hin zu einem modernen Sozialstaat. Doch politische Skandale, der

harte Sparkurs und Korruptionsvorwürfe lösten in der jüngeren Vergangenheit immer wieder Proteste aus.

Geografie

Rumänien liegt im Südosten der Europäischen Union und hat fünf Nachbarländer: im Norden die Ukraine, im Westen Serbien und Ungarn, im Süden Bulgarien und im Osten Moldawien. Die Landschaft besteht zu relativ gleichen Teilen aus Gebirgen, Hochland und Ebenen.

Besonders beeindruckend sind die Bergregionen Rumäniens. Im Norden liegen die Karpaten mit ihren über 2.500 m hohen Gipfeln. Der Gebirgszug trennt die drei historischen Regionen Moldau, Walachei und Siebenbürgen (Transsilvanien). In den weitgehend unberührten Wäldern leben die größten Braunbärbestände Europas.

Im Süden des Landes mündet die Donau ins Schwarze Meer. Ihr Delta ist ein bedeutendes Biosphärenreservat und steht zu großen Teilen unter Naturschutz. 1993 wurde die Donaumündung in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen.

Kultur

Zur rumänischen Bevölkerung gehören verschiedene ethnische Minderheiten, wie die Ungarn mit einem Anteil von 6,5 Prozent und die Roma mit 3,3 Prozent. In Regionen, in denen mehr als 20 Prozent der Bevölkerung eine Minderheitensprache sprechen, wird diese als Zweitsprache in Verwaltung, Gerichten und Schulen genutzt.

Von 1456 bis 1462 regierte der im transsilvanisch Sighoșoara geborene Vlad III. Drăculea – zu Deutsch „der Sohn des Drachen“ – die Walachei. Über ihn wurden viele politisch motivierte Legenden erzählt, die sich meist um seine Grausamkeiten rankten. Sie inspirierten den irischen Autor Bram Stoker zu seinem Vampir-Schauerroman „Graf Dracula“, der die Region Transsilvanien weltberühmt machte.

Sighoșoara ist eine der noch intakten mittelalterlichen Städte Rumäniens. Dort sind zahlreiche sehr gut erhaltene mittelalterliche Bauten zu besich-

tigen – unter anderem auch Vlad III. Drăculeas Haus. Die Stadt mit ihren Türmen, engen Gassen, jahrhundertealten Häusern und aufwändig gestalteten Kirchen gehört zum UNESCO-Weltkulturerbe. In der rumänischen Kunstszene sind vor allem der Bildhauer Constantin Brâncuși und der moderne Komponist Györgi Ligeti bekannt.

Wirtschaft

Die Wirtschaft Rumäniens hatte unter der Ceaușescu-Diktatur stark gelitten. Durch internationale Hilfen konnte der Balkanstaat seine ökonomische Situation in den vergangenen Jahren jedoch deutlich verbessern.

Dennoch ist Rumänien eines der ärmsten Länder der EU: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug im Jahr 2016 lediglich 8.600 Euro pro Kopf. Damit lag Rumänien in der EU auf dem vorletzten Platz vor Bulgarien. Insgesamt erwirtschaftete Rumänien im gleichen Jahr jedoch 169,6 Milliarden Euro, womit das Land im EU-Vergleich den 17. Platz einnimmt.

Neben der Tourismusbranche ist die Automobilindustrie ein wichtiger Arbeitgeber. Die Dienstleistungsbranche hatte 2015 mit rund 60,3 Prozent den größten Anteil am BIP. Die Industrie mit 34,9 Prozent machte ein gutes Drittel des BIP aus, beispielsweise durch Elektromaschinenbau, Textilindustrie und Bergbau. Der Anteil der Landwirtschaft war mit 4,8 Prozent im EU-Vergleich relativ hoch. Vor allem Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln sowie Trauben werden angebaut; vielerorts wird Schafzucht betrieben.

Maschinen, Industrieprodukte, landwirtschaftliche Produkte, Mineralien und Treibstoffe werden hauptsächlich nach Deutschland, Italien, Frankreich und Ungarn exportiert. Deutschland ist auch der größte Importpartner für das osteuropäische Land.

Soziale Sicherung

Die Anfänge der sozialen Sicherung reichen weit zurück: Christlich motivierte Armenhilfe leisteten bereits im 14. Jahrhundert die Klöster des Landes. Seit dem 18. Jahrhundert bestand ein System der öffentlichen Gesundheitspflege. Allerdings profitierten damals ausschließlich die Wohlhabenderen davon.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden viele sozialpolitische Maßnahmen verwirklicht. 1920 wurde das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit einer Abteilung für Sozialhilfe geschaffen. Durch das Gesetz für Sozialleistungen wurden 1930 dezentralisierte Leistungen im regionalen Bereich eingeführt. 1943 teilte ein neues Gesetz die Zuständigkeiten des Ministeriums in die Bereiche Sozialhilfe, Familienschutz sowie Mutter- und Kinderschutz.



In der kommunistischen Ära Rumäniens nahm die Qualität der Sozialleistungen jedoch stark ab, da davon ausgegangen wurde, dass es in diesem System keine Armut und Benachteiligung gebe. Gesundheitsleistungen wurden in der Theorie für die gesamte Bevölkerung kostenlos erbracht; in der Praxis war die Kindersterblichkeit jedoch so hoch wie kaum in einem anderen Land Europas. Renten gab es nur für Beschäftigte des Staates. Durch die Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren verschlechterte sich die Versorgung durch das System der sozialen Sicherheit weiter, und viele Menschen verarmten. Vor allem Rentner konnten sich nur noch die aller-nötigsten Verbrauchsgüter leisten.

In den 1990er Jahren wurde nach dem Ende des Kommunismus das System der sozialen Sicherung in allen Zweigen wiederaufgebaut. Seit 1992 schützt ein Gesetz die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Leistungen, die das Existenzminimum sichern sollen, werden seit 1995 gezahlt. Das einheitliche gesetzliche Rentensystem gilt seit 2011 für alle Bürger Rumäniens – bis auf Selbständige, Rechtsanwälte und Mitarbeiter von religiösen Gruppen beziehungsweise Einrichtungen, die sich freiwillig versichern können.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Die Winter sind in Rumänien in der Regel sehr kalt. Daher erhalten Bedürftige seit 2011 Zuschüsse zu den Heizkosten.

Menschen mit Behinderungen jeder Altersstufe haben Anspruch auf Pflegeleistungen. Ansonsten werden diese Leistungen erst ab dem Rentenalter gewährt. Die Leistungen für Pflegebedürftige werden aus den Systemen für Invalidität, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Alter erbracht. Seit 2014 werden Qualitätsstandards für soziale Dienstleistungen und die soziale Assistenz, zum Beispiel für Pflege und Betreuung, erarbeitet.

Amtlicher Name:

România

Amtssprache:

Rumänisch

Hauptstadt:

Bukarest (2,1 Millionen Einwohner, 2014)

Einwohner (2016):19,8 Millionen^{b)}**Bevölkerungsdichte (2015):**86,1 Einwohner pro km²**Währung:**

Leu

Regierungswebsite:<http://gov.ro/en>**Nationalfeiertag:**1. Dezember: Tag der Einheit
(Ziua Marii Uniri)**Fläche (2015):** 238.400 km²**Landesstruktur:** 41 Kreise plus
Hauptstadt**Geografie:** Je ein Drittel Gebirge,
Hochland und Ebene; Gebirgszug der
Karpaten trennt die drei historischen
Regionen Moldau, Walachei und
Siebenbürgen (Transsilvanien);
Donaudelta am Schwarzen Meer;
höchster Berg: Moldoveanu
(2.544 m)

^{b)} Geschätzter Wert



Staatsoberhaupt:
Klaus Werner Iohannis



Regierungschef:
Mihai Tudose

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Zweikammerparlament wird alle vier Jahre gewählt; Direktwahl des Staatsoberhauptes alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

2007

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

3,8 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

32

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Corina Crețu

Ressort: Regionalpolitik

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):169,6 Mrd. Euro^{a)}**Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):**8.600 Euro^{a)}**Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):**

2.315 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

275,39 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

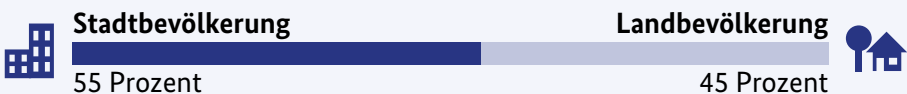
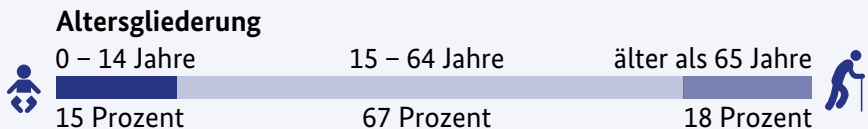
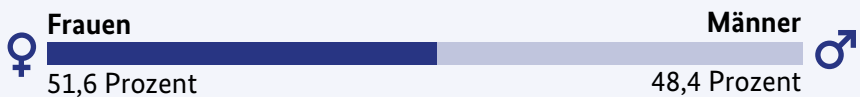
5,3 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

20,6 Prozent

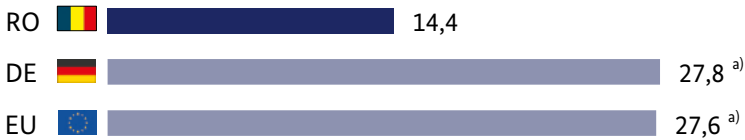
Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

76,7 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):

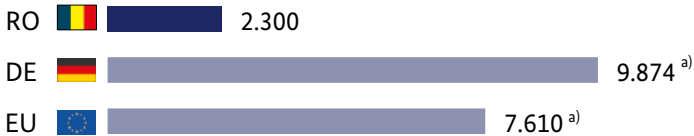
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



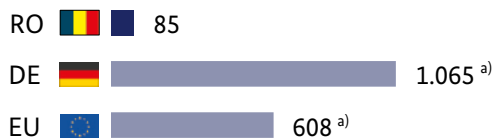
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

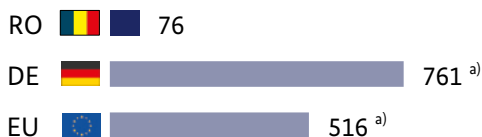
Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

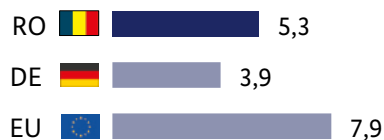
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)



a) Vorläufiger Wert, b) Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



SCHWEDEN

Geschichte

Nach erfolgreichen Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union wurde Schweden im Zuge der vierten Erweiterung 1995 Mitglied der EU. Die Länder dieser Erweiterungsrunde, Schweden, Finnland, Österreich und Norwegen, hatten Volksentscheide über den Beitritt abgehalten. Die Norweger stimmten gegen einen Beitritt. In Schweden dagegen entschied sich etwas mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten dafür. Ein früherer Termin war aufgrund des Kalten Krieges und Schwedens strikter Neutralitätspolitik nicht möglich gewesen.

Der schwedische Staat mit den heutigen Grenzen besteht seit 1905, als Norwegen seine Unabhängigkeit von Schweden erklärte. Bereits 1809 war Finnland, das zuvor ebenfalls unter schwedischer Herrschaft gestanden hatte, Teil des russischen Zarenreichs geworden.

Schweden ist heute eine parlamentarisch-demokratische Monarchie. Die ersten Schritte in Richtung Demokratie begannen 1866, als der mittelalterliche Ständetag durch ein Zweikammerparlament ersetzt wurde. Das allgemeine Wahlrecht für Männer wurde jedoch erst 1907 eingeführt. Davor durften nur Männer wählen, die über 35 Jahre alt waren und über ein bestimmtes Vermögen verfügten. Frauen dürfen seit 1921 wählen.

Anders als viele andere Länder der Europäischen Union verfolgt Schweden eine Politik der Neutralität und ist nicht Mitglied der Nato. Im Bereich der sozialen Sicherung praktiziert Schweden das skandinavische Modell, das als politisches Konzept die Grundlage des Wohlfahrtsstaates in allen skandinavischen Ländern ist und auch als schwedisches Modell bezeichnet wird.

Geografie

Schweden hat eine große Nord-Süd-Ausdehnung: Es liegt zwischen dem 55. und 69. Breitengrad und zum Teil nördlich des Polarkreises. Das Landschaftsbild ist daher sehr vielfältig: Der Süden des Landes ist überwiegend grün und wird für die Landwirtschaft genutzt. Zahlreiche Bäche und Flüsse durchziehen die Landschaft. Charakteristisch für die Küsten sind die Schären, kleine felsige Inseln. Gemessen an der nördlichen Lage ist das Klima insgesamt sehr mild; in den nördlichen Hochgebirgen herrscht jedoch polares Klima.

Mittelschweden ist mit seiner dichten Bewaldung und den vielen Seen beliebt bei Naturfreunden. Die Holzhäuser in Falunrot an den Seeufern sind ein bekanntes Wahrzeichen Schwedens. In Nordschweden kann man im Winter das Nordlicht und die Polarnacht erleben und im Sommer die Mitternachtssonne beobachten.

Kultur

Eines der wohl bekanntesten und ältesten schwedischen Feste ist das Mittsommerfest. Seit Jahrhunderten wird es im ganzen Land gefeiert. Neben Weihnachten ist es das wichtigste Fest des Jahres. Wie der traditionelle Tanz um den Mittsommerbaum sind auch das Essen und Trinken unter freiem Himmel ein fester Bestandteil. Besonders Hering in saurer Sahne, junge Kartoffeln und frisches Gemüse werden traditionell gereicht.

International ist Schweden auch für seine Literatur und Musik berühmt. Eine der wohl bekanntesten Schriftstellerinnen des Landes war Astrid Lindgren. Ihre zahlreichen Kinder- und Jugendbücher haben Generationen begeistert. Auch heute erleben noch viele Kinder Abenteuer mit Pippi Langstrumpf oder erfreuen sich an den Streichen von Michel aus Lönneberga. Erwachsene lesen eher die beliebten Schwedenkrimis von Autoren

wie Henning Mankell, Håkan Nesser oder Anne Holt. Die Pop-Gruppe ABBA belegte in den 1970er Jahren mit vielen Songs die Nummer eins der Hitparaden.

Einer der weltweit renommiertesten Preise, der Nobelpreis, geht auf den schwedischen Erfinder Alfred Nobel zurück. Er wird seit 1901 jährlich am 10. Dezember in Oslo und Stockholm verliehen und ist mit einem hohen Preisgeld dotiert. Der Wunsch Nobels war es, Personen zu ehren, deren Leistungen der Menschheit den größten Nutzen gebracht haben.

Wirtschaft

Die Wirtschaft ist stark exportorientiert. So sind im Laufe der Jahre viele global agierende Unternehmen entstanden. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa konnte Schweden vergleichsweise gut ausglei-



chen: 2015 konnte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 3,6 Prozent gesteigert werden. 2016 stand Schweden im europäischen Vergleich mit einem BIP von rund 462,1 Milliarden Euro an siebter Stelle. Beim BIP pro Kopf lag Schweden mit 46.600 Euro auf dem vierten Platz.

Trotz der sehr erfolgreichen Holzindustrie betrug der Anteil der Landwirtschaft am BIP im Jahr 2015 nur 1,3 Prozent. Insgesamt werden rund 10 Prozent der Staatsfläche für die Landwirtschaft genutzt. Der größte Teil des BIP, 72,4 Prozent, wurde 2015 durch Dienstleistungen generiert. Die Industrie machte rund 26,3 Prozent aus. Bis in die 1970er Jahre war die Industrie der wichtigste Zweig der Wirtschaft, und Schweden zählte zu den führenden Industrienationen der Welt.

Die schwedische Volkswirtschaft ist stark exportorientiert und durch einige große, global ausgerichtete Unternehmen geprägt. Das Spektrum der Branchen reicht von der Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie, der verarbeitenden Industrie mit Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Pharma- und Wehrtechnik bis hin zur Informationstechnologie, Biotechnik und regenerativen Energien.

Wichtigste Handelspartner Schwedens sind an erster Stelle Deutschland, daneben vor allem die nordischen Länder und die USA. Insgesamt gibt es 2016 rund 900 deutsche Unternehmen in Schweden, mehr als 1.200 schwedische Firmen haben sich in Deutschland niedergelassen.

Soziale Sicherung

Bevor die soziale Sicherung in Schweden staatlich geregelt wurde, gab es Hilfe für Arme und Notleidende von der schwedischen Kirche. Dies wurde bereits 1734 im bürgerlichen Gesetz festgehalten. Jede Gemeinde wurde dazu verpflichtet, ein Armenhaus zu betreiben und sich um die Bedürftigen zu kümmern. Im Zuge der Industrialisierung wurde die finanzielle Absicherung für Arbeitnehmer immer wichtiger: Arbeitsunfälle häuften sich, aber Maßnahmen zum Arbeitsschutz waren noch unbekannt. Daher gründeten Arbeitnehmer die ersten privaten Vorsorgegesellschaften für Krankheit. So gab es zumindest eine gewisse finanzielle Absicherung bei Arbeitsunfällen. Ab 1891 wurden sie staatlich reguliert und subventioniert. Erst 1961 wurden diese privaten Vorsorgegesellschaften durch Versicherungsgesell-

schaften auf Kreisebene ersetzt, die auch für die Renten verantwortlich waren. Private Vorsorgegesellschaften für den Bereich Arbeitslosigkeit durchliefen eine ähnliche Entwicklung und wurden ab 1934 ebenfalls staatlich reguliert und subventioniert.

Weitere Meilensteine der sozialen Sicherung waren das Gesetz über die Kompensation für Arbeitsunfälle von 1901, das nationale Rentengesetz von 1914 und die Einführung des Kindergelds 1948. Seit dem Jahr 2000 wurden viele Veränderungen im Bereich der sozialen Sicherung eingeführt. Die soziale Sicherung in Schweden hat das Ziel, alle Bürger gleich zu behandeln und sozial gerecht zu sein. 2001 wurde dieses Prinzip noch erweitert, indem Leistungen nun allen Menschen zugänglich gemacht wurden, die in Schweden leben oder arbeiten. Die 21 auf Kreisebene organisierten Sozialversicherungsagenturen wurden 2005 in die nationale Sozialversicherungsbehörde eingegliedert. Dies sollte Wartezeiten verkürzen und die Bedingungen landesweit vereinheitlichen. 2009 wurde die Schwedische Sozialversicherungs-Aufsichtsbehörde ins Leben gerufen, die insbesondere die Tätigkeiten der Sozialversicherungskasse prüfen soll. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der Einhaltung der Gesetze und der Effizienzanalyse des Sozialversicherungssystems.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Das System der sozialen Sicherung ist in Schweden sehr fortschrittlich und hat einen sehr hohen Stellenwert in der Politik. Eine Besonderheit dieses Systems sind die sogenannten Ombudsmänner. Sie werden von der Regierung oder dem Parlament ernannt. Ihre Aufgabe ist es, Beschwerden gegen die Verwaltung nachzugehen. Die Dienste des Ombudsmanns sind kostenfrei und können von allen Bürgern in Anspruch genommen werden. Der Ombudsmann hat besondere Befugnisse, um seine Aufgaben zu erfüllen. Er hat beispielsweise das Recht, die Herausgabe von notwendigen Akten einzufordern und kann bei allen Ämtern mündliche oder schriftliche Auskünfte einholen. Die Aufgabe des Ombudsmanns ist vergleichbar mit der eines Mediators. Er versucht, eine gerechte Lösung zu finden, die alle Seiten akzeptieren. Lediglich gegenüber dem Parlament müssen sich die Ombudsleute verantworten.

Amtlicher Name:

Konungariket Sverige

Amtssprache:

Schwedisch

Hauptstadt:

Stockholm (864.000 Einwohner, 2011)

Einwohner (2016):

9,9 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):24,1 Einwohner pro km²**Währung:**

Schwedische Krone

Regierungswebsite:<http://www.government.se/>**Nationalfeiertag:**6. Juni: Flaggentag
(Svenska flaggans dag)**Fläche (2015):** 438.600 km²**Landesstruktur:** 21 Bezirke (län)**Geografie:** Grenzt an die Ostsee; rund 221.800 Inseln; entlang der norwegischen Grenze Gebirgsmassiv der Skanden; höchster Berg: Kebnekaise (2.104 m)



Staatsoberhaupt:
König Carl XVI. Gustaf



Regierungschef:
Stefan Löfven

Politisches System:

Konstitutionelle Monarchie, parlamentarische Demokratie; Wahl des Reichstags alle vier Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

1995

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

2,0 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

20

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Cecilia Malmström

Ressort: Handel

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

462,1 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

46.600 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

26.640 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

Kein Mindestlohn

Arbeitslosenquote (März 2017):

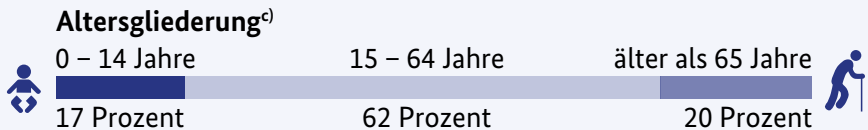
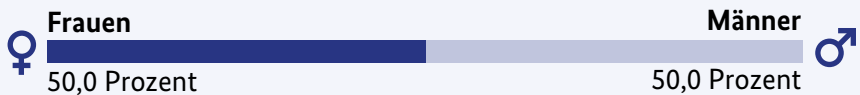
6,4 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

18,9 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

85,0 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):^{d)} Abweichung von 100 Prozent durch Rundung möglich

Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



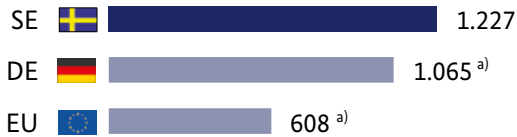
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

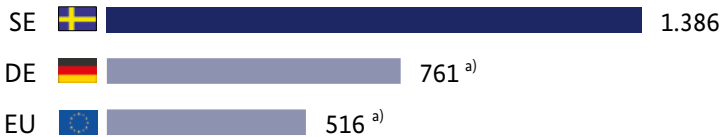
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



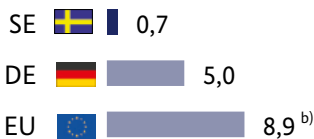
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



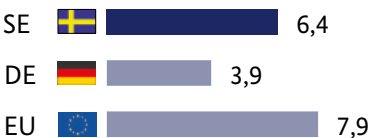
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



SLOWAKEI

Geschichte

Die Slowakei ist eines der Länder, die im Zuge der größten Erweiterung 2004 Mitglied in der Europäischen Union wurden. Insgesamt traten zum 1. Januar 2004 zehn neue Staaten bei. Fünf Jahre später führte die Slowakei den Euro ein.

Die Slowakei gehörte vom 11. Jahrhundert an für mehr als 800 Jahre zum Königreich Ungarn. Ende des 18. Jahrhunderts begann sich eine slowakische Nationalbewegung zu formieren. Zwischen dieser und der Nationalbewegung im benachbarten Tschechien entwickelte sich schließlich im 19. Jahrhundert eine enge Zusammenarbeit.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 proklamierten Slowaken und Tschechen einen gemeinsamen Staat, die Tschechoslowakische Republik. Durch das Münchner Abkommen von 1938, das von Großbritannien, Frankreich, Italien und Hitler-Deutschland unterzeichnet wurde, fielen Teile des Staatsgebiets an Deutschland. Das NS-Regime hatte damit sein Ziel erreicht, das Sudetenland in das eigene Territorium einzugliedern. Im März 1939 besetzten deutsche Truppen das Gebiet, das nach dem Münchner Abkommen von der Tschechoslowakei übrig geblieben war. Einen Tag vor dem deutschen Einmarsch hatten die Slowaken einen unabhängigen Staat ausgerufen. Kurz darauf schlossen sie einen Schutzvertrag mit Hitler-

Deutschland. Damit erhielten die Nationalsozialisten weitreichenden Einfluss auf die Slowakei.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Slowakei von der Roten Armee besetzt und 1948 Teil der neugegründeten Tschechoslowakei. Bis zur sogenannten samtenen Revolution von 1989 gehörte das Land zum Ostblock. Zu Beginn der demokratischen Wende waren die später unabhängigen Länder in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik vereint. Die nationalen Gegensätze und Wirtschaftsprobleme führten jedoch zu wachsenden Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken. Die Bundesversammlung verabschiedete daher schließlich ein Gesetz zur friedlichen Aufteilung in zwei Staaten, die jeweils am 1. Januar 1993 unabhängig wurden. Bis 1998 regierte Vladimír Mečiar die Slowakei zunehmend autoritär. Nach dem Machtwechsel 1998 leitete die liberale Regierung eine umfangreiche Öffnung des Landes ein und näherte sich außenpolitisch der EU und den USA an. Die Geschichte der sozialen Sicherung reicht bis in das 18. Jahrhundert zurück.

Geografie

Der Südwesten des Landes an der Grenze zu Österreich und Westungarn ist weitgehend flach und von Flüssen durchzogen. In dieser Region liegt, die Hauptstadt Bratislava. Der Nordosten und das Zentrum sind gebirgig. Hier bestimmen die Karpaten das Landschaftsbild. In der Hohen Tatra, dem höchsten Teil der Karpaten, erhebt sich der Kriváň. Mit seinen knapp 2.500 m ist er einer der höchsten Berge der Slowakei. Wegen seiner auffallenden Form wurde er zum Nationalsymbol. Im Süden des Landes fließt die Donau durch eine breite und fruchtbare Tiefebene, die landwirtschaftlich genutzt wird. Über 40 Prozent des Landes sind bewaldet.

Kultur

Die Slowaken sind traditionsbewusst, und ihre Folklore spielt eine wichtige Rolle im kulturellen Leben. Trachten, Musik, Lieder, Tänze und Mundarten sind von Region zu Region sehr unterschiedlich.

Der wohl berühmteste Künstler mit slowakischen Wurzeln ist Andy Warhol. Seine Eltern stammen aus der heutigen Slowakei. Der Mitbegründer und bedeutendste Vertreter der amerikanischen Pop Art hieß eigentlich Andrej



Warhola. Zu seinem umfangreichen Gesamtwerk gehören unter anderem Werbegrafiken, Gemälde, Filme und Bücher.

Nationalsport ist das Eishockey. Bei der Weltmeisterschaft 2002 gewann die slowakische Nationalmannschaft das Finale gegen Russland und holte sich damit die Goldmedaille.

Wirtschaft

Aufgrund umfassender Investitionen aus dem Ausland ist die Slowakei ein relativ hoch industrialisiertes Land. Der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag 2015 bei 34,8 Prozent. Den industriellen Schwerpunkt bildet die breit gefächerte Automobilbranche sowie die Bereiche Elektronik, Metallbearbeitung und Maschinenbau. Die Slowakei ist der führende Standort für westeuropäische Unternehmen, die ihre Automobil-

produktion aus Kostengründen ausgelagert haben. Mit über einer Million produzierter Fahrzeuge im Jahr 2015 hatte die Slowakei die weltweit höchste Kfz-Produktion pro Kopf. Auf diesen Sektor entfallen rund 40 Prozent der Exporte.

Im europäischen Vergleich ist der Anteil der Landwirtschaft am BIP mit 3,7 Prozent relativ hoch. Der Dienstleistungssektor machte im Jahr 2015 insgesamt 61,5 Prozent aus.

Der Außenhandel ist für die Wirtschaft von großer Bedeutung. Das Gesamtvolumen 2015 betrug rund 68 Milliarden Euro und nahm im Vergleich zum Vorjahr um knapp 5 Prozent zu. Rund 80 Prozent der Waren gehen in EU-Mitgliedstaaten. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner und einer der größten ausländischen Investoren. Insgesamt gibt es rund 500 deutsche Unternehmen, die in der Slowakei tätig sind. Sie beschäftigen etwa 100.000 Menschen.

Im europäischen Vergleich stand das Land 2016 mit einem BIP von 81 Milliarden Euro im unteren Mittelfeld. Das BIP pro Kopf lag im selben Jahr bei 14.900 Euro.

Soziale Sicherung

Die ersten Gesetze über die soziale Sicherung stammen aus der Zeit der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, zu der die Slowakei bis 1918 gehörte. Bereits Ende des 18. Jahrhunderts gab es erste gesetzliche Regelungen für den Bereich Rente. Allerdings waren die Renten, die zwischen 1771 und 1781 eingeführt wurden, nur für „loyale“ Beamte bestimmt.

Mehr als 100 Jahre später wurde 1888 die erste allgemeine und obligatorische Krankenversicherung eingeführt. Die damalige Regierung nahm das deutsche System der Krankenversicherung zum Vorbild, das Reichskanzler Otto von Bismarck eingeführt hatte. Die Verhandlungen über die Gesetzgebung zogen sich über mehrere Jahre hin. Zu den Leistungen gehörten kostenlose medizinische Behandlungen, kostenlose Geburtshilfe und Geldleistungen bei Krankheit, wenn diese mehr als drei Tage dauerte.

Zur selben Zeit entstanden auch die ersten gesetzlichen Regelungen für den Bereich Arbeitsunfälle. Eine flächendeckende Rente wurde 1906 für Angestellte eingeführt. 1924 folgte die Rente für Arbeiter. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ein Gesetz für Familienleistungen verabschiedet. Hilfen für Arbeitslose und eine entsprechende Gesetzgebung gibt es erst seit 1991. Während der kommunistischen Ära (1945-1990) gab es offiziell keine Arbeitslosigkeit und daher auch keine Gesetzgebung.

Das Gesundheitssystem trägt auch heute Züge aus dieser Zeit. Es wird staatlich verwaltet und die Kosten für die Bürger sind weiterhin gering. 1994 wurde die Sociálna poisťovňa gegründet, ein Sozialversicherungsträger, der sich durch Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und staatliche Beiträge finanziert. Die Sociálna poisťovňa ist unter anderem für die Bereiche Krankheit, Hinterbliebene, Alter und Arbeitslosigkeit zuständig. Nach dem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2004 wurde das System der sozialen Sicherung in vielen Bereichen neu definiert.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Für Polizeibeamte und Berufsoffiziere gibt es ein eigenes System der sozialen Sicherung. Dazu müssen sie aber slowakische Staatsbürger sein und dürfen keine Staatsangehörigkeit eines Drittlandes besitzen.

Arbeitslose haben ein Anrecht auf Kindergeld sowie auf eine Zulage für sogenannte familienbezogene Dienste. Auch die Kosten für die Kinderbetreuung können Arbeitslosen ebenso wie Stellenbewerbern und Auszubildenden erstattet werden.

Gilt eine Krankheit als selbst verschuldet, sieht das slowakische Gesundheitssystem vor, dass Leistungen gekürzt werden können. Wer infolge von Alkohol- oder Drogenkonsum krank geworden ist, erhält dann nur die Hälfte der Leistungen. Ist die Krankheit Folge eines bewusst rechtswidrigen Handelns, hat der Betreffende keinerlei Anspruch mehr auf Leistungen. Und wer Anweisungen seines Arztes nicht befolgt, muss damit rechnen, dass sein Leistungsanspruch für 30 Tage suspendiert wird.

Amtlicher Name:

Slovenská republika/Slovensko

Amtssprache:

Slowakisch

Hauptstadt:

Bratislava (423.000 Einwohner, 2015)

Einwohner (2016):

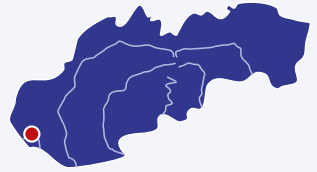
5,4 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):110,6 Einwohner pro km²**Währung:**

Euro, seit 2009

Regierungswebsite:<http://www.government.gov.sk>**Nationalfeiertag:**

29. August: Jahrestag des slowakischen Nationalaufstands gegen die Besetzung durch die Wehrmacht 1944 (Výročie SNP)
1. September: Tag der Verfassung der Slowakischen Republik (Deň Ústavy Slovenskej republiky)

**Fläche (2015):** 49.000 km²**Landesstruktur:** Acht Bezirke (kraj)

Geografie: Überwiegend Gebirgsland mit fruchtbaren Donauebeneben im Süden; Gebirgskette der Karpaten mit Nationalsymbol Berg Kriváň (2.494 m) in der Hohen Tatra



Staatsoberhaupt:
Andrej Kiska



Regierungschef:
Robert Fico

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Parlament (Nationalrat) wird alle vier Jahre gewählt; Direktwahl des Präsidenten alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

2004

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

1,1 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

13

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Maroš Šefčovič (Vizepräsident)

Ressort: Energieunion

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

81,0 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

14.900 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

6.930 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

435 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

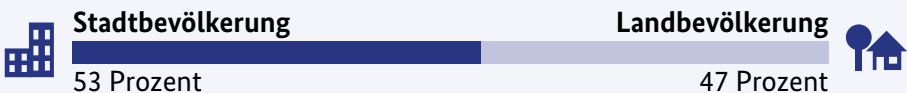
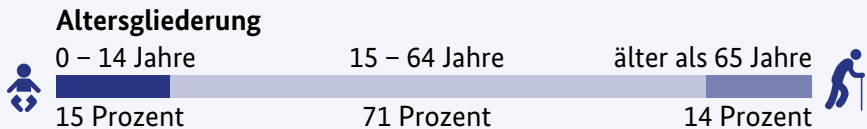
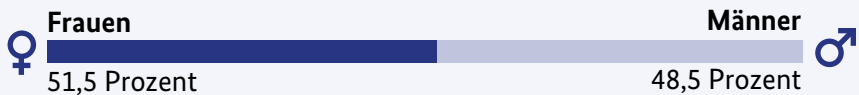
8,4 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

22,2 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

91,9 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):

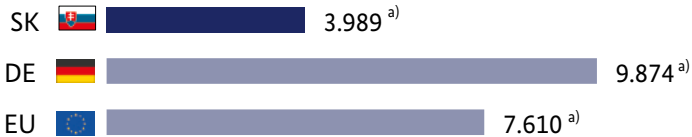
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



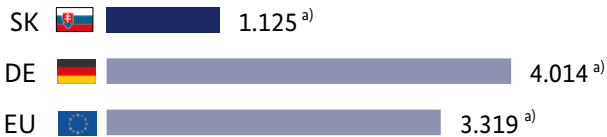
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



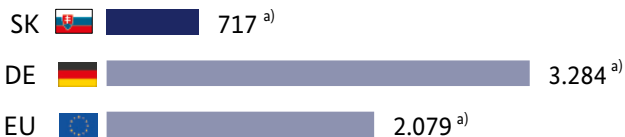
Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



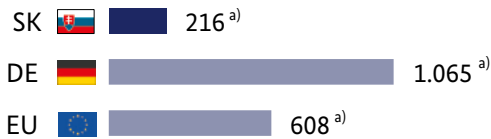
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

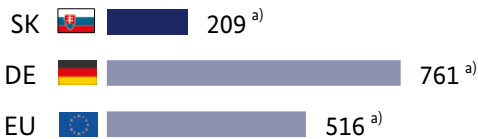
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



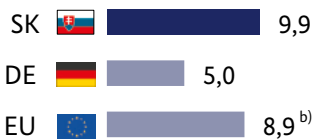
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



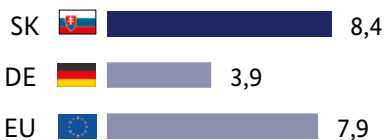
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



SLOWENIEN

Geschichte

Das mitteleuropäische Land gehörte bis 1991 zur Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Nachdem die Slowenen 1990 mit deutlicher Mehrheit für die Unabhängigkeit gestimmt hatten, erklärte Slowenien im Juni 1991 seine Unabhängigkeit. Dies löste eine militärische Intervention der Jugoslawischen Volksarmee und den sogenannten 10-Tage-Krieg aus. Unter Vermittlung der Vereinten Nationen und Österreichs wurde schließlich ein Kompromiss erreicht, nach dem Slowenien seine Unabhängigkeit im Oktober nach dem Rückzug der jugoslawischen Armee vollzog. 2004 trat Slowenien der Europäischen Union bei. Drei Jahre später führte das Land als erster ehemals sozialistischer Staat den Euro ein.

Nach dem Zerfall des Österreichisch-Ungarischen Königreichs infolge des Ersten Weltkriegs war Slowenien 1918 Teil des Königreichs Jugoslawien gewesen. Doch zahlreiche Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen und die deutschen Besetzung 1941 führten schließlich zu dessen Auflösung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Sozialistische Föderative Volksrepublik Jugoslawien gegründet, der auch Slowenien angehörte. Nach der Unabhängigkeit fanden 1992 die ersten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der neuen Republik statt.

Nach der Aufnahme in die EU reformierte Slowenien seine Sozialgesetzgebung, um die Systeme der sozialen Sicherung an die der anderen Mitgliedsstaaten anzupassen. Auch Slowenien bekam die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise zu spüren; geplante Sparmaßnahmen lösten Proteste in der Bevölkerung aus.

Geografie

Slowenien liegt im südlichen Mitteleuropa. Im Westen grenzt es an Italien, im Norden an Österreich, im Süden an Kroatien und im Nordosten an Ungarn. Der Norden des Landes ist durch die Alpen geprägt. Der Triglav ist mit 2.864 m der höchste Berg der Julischen Alpen. Er bildet den Mittelpunkt des einzigen Nationalparks, der rund 4 Prozent der Landesfläche einnimmt. Der Triglav ist sowohl auf der slowenischen Flagge als auch auf der 50-Eurocent-Münze abgebildet. Der Karst, eine Landschaft mit Kalksteinhöhlen und Schluchten, bestimmt den Südwesten. Zwischen Italien und Kroatien hat Slowenien eine über 40 km lange Adriaküste.

Slowenien gehört zu den waldreichsten Ländern der EU. Mehr als die Hälfte seiner Fläche ist von Wäldern bedeckt, in denen Braunbären, Wölfe und Luchse leben. Naturschutz und Arterhaltung spielen eine wichtige Rolle: Rund 12 Prozent des Landes stehen heute unter Schutz, und 35,5 Prozent der Fläche gehören zum Natura-2000-Gebiet. Dieses zusammenhängende Netz von EU-Schutzgebieten soll über die Grenzen hinweg gefährdete wildlebende heimische Tier- und Pflanzenarten und ihre natürlichen Lebensräume bewahren helfen.

Kultur

Sprache, Bräuche und Kunsthandwerk spielen in Slowenien traditionell eine große Rolle. Viele Brauchtümer werden bis heute bewahrt. In den Städten haben sich vielfältige Zeugnisse der österreichischen Architektur der Kaiserzeit erhalten, an der Adriaküste wiederum Einflüsse Venedigs. Am 8. Februar wird alljährlich der Kulturfeiertag begangen. Er erinnert an den Todestag des bekanntesten slowenischen Dichters France Prešeren, der unter anderem die slowenische Nationalhymne verfasst hat. Neben Volkstänzen werden auch die Handwerkskunst und traditionelle Handarbeiten wie die Spitzenklöppelei gepflegt.

Wirtschaft

Slowenien gehörte zu den jüngeren EU-Staaten, die nach dem Beitritt einen deutlichen wirtschaftlichen Aufschwung verbuchen konnten. Aufgrund der internationalen Finanzkrise ging das Wirtschaftswachstum ab dem Jahr 2008 jedoch zurück, und im Jahr 2012 geriet das Land in die Rezession. Seit 2013 nimmt die Wirtschaftskraft wieder zu. Wachstumsmotor sind vor allem der private Konsum und der Export. Produkte wie Maschinen- und Transportzubehör, Chemieprodukte und Haushaltswaren werden hauptsächlich von Deutschland, Italien und Österreich eingekauft. Diese Länder sind auch die wichtigsten Importpartner für die Republik.

Deutschland bleibt mit einem Anteil von über 20 Prozent am Außenhandelsvolumen der wichtigste Handelspartner Sloweniens und liegt bei den



Direktinvestitionen mit über einer Milliarde Euro hinter Österreich und der Schweiz auf dem dritten Platz. Der deutsche Gesamthandel mit Slowenien erreichte 2015 mit rund 9,4 Milliarden Euro einen neuen Rekord, wobei die Exporte Deutschlands nach Slowenien bei rund 4,4 Milliarden Euro lagen, die Importe bei 4,9 Milliarden Euro.

Dienstleistungen hatten 2015 mit knapp 65 Prozent den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Im Bereich Industrie erwirtschaftete Slowenien im gleichen Jahr rund 32,7 Prozent und mit der Landwirtschaft 2,4 Prozent. Mit einem BIP von 39,8 Milliarden Euro lag die Republik 2016 im EU-Vergleich im letzten Drittel. Das BIP pro Kopf von 19.300 Euro platzierte Slowenien dagegen bereits im Mittelfeld der EU-Staaten.

Ein ähnliches Bild ergeben die Zahlen zur Arbeitslosigkeit in Slowenien: Insgesamt 7,1 Prozent der erwerbsfähigen Einwohner waren im März 2017 arbeitslos, die Quote der arbeitslosen Jugendlichen betrug 15,2 Prozent (2016).

Soziale Sicherung

Zu Zeiten der Jugoslawischen Republik hatten alle Bürger Sloweniens Anspruch auf Gesundheitsfürsorge. Krankheiten, die die sozialistische Regierung für gefährlich für die Gesellschaft hielt, wurden zwangsweise behandelt. Dazu gehörten bestimmte Infektionen und psychische Erkrankungen. Arbeiter waren bei Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen abgesichert; auch Schwangere, Kinder, Studierende und ältere Menschen erhielten nötige Behandlungen. Werdende Mütter konnten spätestens 28 Tage vor der erwarteten Niederkunft in den Mutterschaftsurlaub gehen. Sie erhielten einen Ausgleich für Verdienstaufschläge, wenn ihre Kinder krank wurden und sie deshalb zuhause bleiben mussten. Für mittellose Menschen und deren Familien, für Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen, für Alkohol- und Drogenabhängige sowie für ältere Menschen ohne familiäre Pflegepersonen sprang die staatliche Sozialhilfe ein.

Seit der Unabhängigkeit hat der slowenische Staat das Gesundheitssystem umfassend reformiert. Es gilt als eines der am besten entwickelten in Zentral- und Osteuropa.

Wegen der Überalterung der Bevölkerung und der damit einhergehenden sinkenden Zahl von Erwerbstätigen musste im Jahr 2000 das Rentensystem angepasst werden. Das Renteneintrittsalter wurde heraufgesetzt und die Bedingungen für einen früheren Rentenbezug angeglichen. 2013 trat eine weitere Rentenreform in Kraft. Auch alle anderen Gesetze zu den Systemen der sozialen Sicherung wurden nach dem EU-Beitritt in den späten 2000er Jahren und 2010er Jahren an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Zudem wurden Ende der 1990er Jahre zahlreiche Sozialwohnungen für Familien mit niedrigem Einkommen gebaut.

In Slowenien entwickeln das Gesundheitsministerium und das Ministerium für Arbeit, Familie und Soziale Angelegenheiten gemeinsam die Ziele der Sozialpolitik und überwachen deren Umsetzung. Für die Verwaltung der Versicherungssysteme gibt es eigene Agenturen. Auch die Sozialpartner sind eingebunden. Auf lokaler Ebene gibt es neben den Arbeitsämtern Zentren für die Sozialarbeit und Niederlassungen der Verwaltungsagenturen. Prinzipiell sind die zentralen staatlichen Institutionen für die soziale Sicherung zuständig, während lokale Behörden sich vor allem der Sozialhilfe widmen.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Das Kindergeld richtet sich, anders als in den meisten EU-Staaten, nicht nach Alter oder Anzahl der Kinder, sondern nach dem Netto-Durchschnittslohn. Um Kindergeld zu erhalten, darf das monatliche Durchschnittseinkommen pro Familienmitglied 64 Prozent des landesüblichen Netto-Durchschnittslohns im Vorjahr nicht überschreiten.

Die Sozialhilfe wird im EU-Vergleich nur für relativ kurze Zeit gezahlt. Wird der Anspruch erstmalig gewährt, erhält der Leistungsberechtigte das Geld für drei Monate. Eine Verlängerung bis zu sechs Monaten ist möglich, wenn sich die Situation des Betroffenen während des erstmaligen Leistungsbezugs nicht verändert hat. In besonderen Fällen kann Sozialhilfe für bis zu zwölf Monate oder auf Dauer gezahlt werden. Es gibt es zwei Arten von Leistungen: die gewöhnliche Sozialhilfe und die außergewöhnliche Sozialhilfe. Letztere hat einen höheren Ermessensspielraum und wird nur Menschen gewährt, die vorübergehend in materiellen Schwierigkeiten sind.

Amtlicher Name:

Republika Slovenija

Amtssprache:

Slowenisch

Hauptstadt:

Ljubljana (278.000 Einwohner, 2015)

Einwohner (2016):

2,1 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):

102,4 Einwohner pro km²

Währung:

Euro, seit 2007

Regierungswebsite:

<http://www.vlada.si/en/>

Nationalfeiertag:

25. Juni: Jahrestag der Proklamation
der Eigenstaatlichkeit im
Jahre 1991
(Dan državnosti)



Fläche (2015): 20.300 km²

Landesstruktur: 212 Gemeinden
(občine) inkl. elf Stadtgemeinden

Geografie: Bergig, mehr als die
Hälfte bewaldet; höchster Berg
Triglav (2.864 m) ziert die Landes-
flagge



Staatsoberhaupt:

Borut Pahor



Regierungschef:

Miro Cerar

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Staatsversammlung wird alle vier Jahre gewählt; Staatsrat wird alle fünf Jahre gewählt; Direktwahl des Präsidenten alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

2004

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

0,4 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

8

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Violeta Bulc

Ressort: Verkehr

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

39,8 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

19.300 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

12.332 Euro netto

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

804,96 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

7,1 Prozent

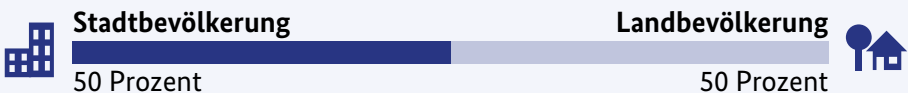
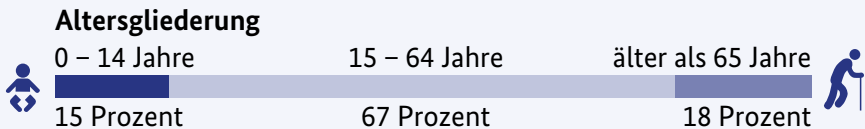
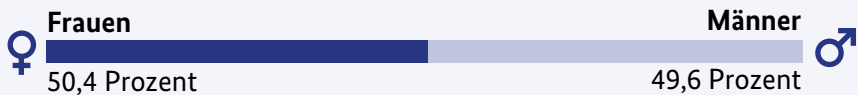
Jugendarbeitslosigkeit (2016):

15,2 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

87,3 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):



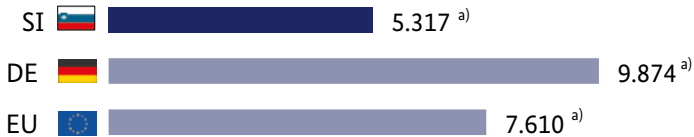
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



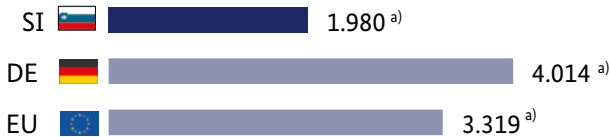
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



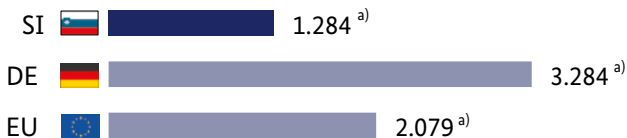
Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



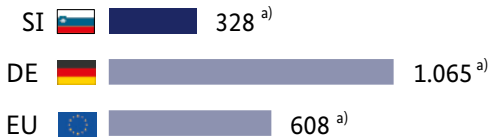
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

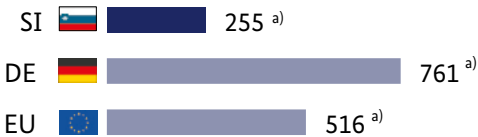
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



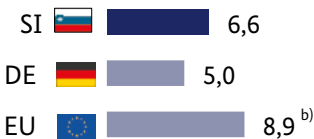
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



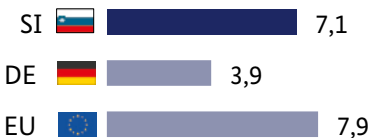
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



SPANIEN

Geschichte

Anfang 1986 wurde Spanien ebenso wie Portugal Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft EG, einer der Vorgängerorganisationen der EU. Das Land beendete damit eine lange Zeit der Isolation infolge der Franco-Diktatur. Selbst die Basken – eine Bevölkerungsgruppe Spaniens, die sich seit 1959 für die Unabhängigkeit des Baskenlandes einsetzt – unterstützten die Aufnahmebemühungen. In der baskischen Hauptstadt Bilbao hat die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz seit 1994 ihren Sitz.

Die neuere Geschichte Spaniens ist durch die Franco-Diktatur geprägt. 1936 brach ein dreijähriger Bürgerkrieg aus, nachdem rechtsgerichtete Militärs gegen die linksliberale Regierung geputscht hatten. General Franco, der im Bürgerkrieg Militärhilfe von Hitler und Mussolini erhalten hatte, übernahm 1939 die Macht und errichtete eine Militärdiktatur. Damit führte er das Land in eine langanhaltende gesellschaftliche Lethargie und politische Isolation. Franco stellte 1947 die Monarchie wieder her; 1969 ernannte er nach einigem Zögern Juan Carlos I. zu seinem Nachfolger. Doch erst nach Francos Tod 1975 wurde Juan Carlos I. zum König proklamiert. Er leitete unverzüglich einen Demokratisierungsprozess ein. 1978 wurde Spanien zu einer parlamentarischen Monarchie.

Nach der Annahme der Verfassung im Jahr 1978 konnten wichtige Reformen auf den Weg gebracht werden, insbesondere im Bereich der sozialen Sicherung.

Geografie

Spanien liegt im Südwesten Europas auf der Iberischen Halbinsel. Die Landschaft wird von Hochplateaus und Bergzügen wie den Pyrenäen, dem Kantabrischen Gebirge und der Sierra Nevada dominiert. Im Norden grenzt Spanien an Frankreich und den Zwergstaat Andorra, im Westen an Portugal. Die Balearischen Inseln, darunter Mallorca und Ibiza im Mittelmeer, und die Kanarischen Inseln mit Teneriffa, Fuerteventura und Gran Canaria im Atlantischen Ozean sind sehr beliebte Reiseziele.

Das Landesinnere ist von kargen Gebirgszügen und Trockenebenen bestimmt. Nur in Küstennähe gibt es auch Laubmischwälder. Durch die verhältnismäßig dünne Besiedlung des Landes hat sich in Spanien eine große Artenvielfalt erhalten. So lebt in den Wäldern unter anderem eine stabile Population von Wölfen und Bären, die in weiten Teilen Westeuropas ausgestorben sind.

Kultur

Spanien war jahrhundertlang eine bedeutende See- und Kolonialmacht. Auf diese Weise gelangten Einflüsse zahlreicher nichteuropäischer Kulturen nach Spanien und nach Europa. Das Land hat zwei große kulturelle und wirtschaftliche Zentren: die Hauptstadt Madrid und die Hafenstadt Barcelona in der Region Katalonien. Viele Traditionen und folkloristische Elemente sind bis heute lebendig, so zum Beispiel der Flamenco-Tanz aus Andalusien. Seit 2010 zählt er zum Immateriellen Kulturerbe der Menschheit. Auch der umstrittene Stierkampf hat Tradition in Spanien und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor: Fast 200.000 Arbeitsplätze hängen von ihm ab.

Eine ganz andere Art von Kampf beschreibt der spanische Schriftsteller Miguel de Cervantes, der wohl berühmteste Sohn des Landes, in seinem bekanntesten literarischen Werk „Don Quijote“. Der sinnlose Kampf seines Protagonisten gegen die Windmühlen ist bis heute eine gebräuchliche Redensart. Wichtige Vertreter der bildenden Kunst stammen aus Spanien,

darunter die Maler Pablo Picasso, Antonio Gaudí und Salvador Dalí. Weltbekannt sind Filmemacher wie Pedro Almodóvar und Carlos Saura.

Wirtschaft

Die spanische Wirtschaft hat stark unter der Finanzkrise 2007 gelitten. Noch immer sind die Folgen deutlich spürbar, auch wenn die Zahlen gerade auf dem Arbeitsmarkt leicht verbessert werden konnten. 2016 waren rund 44,4 Prozent der Jugendlichen in Spanien arbeitslos, und die allgemeine Arbeitslosenquote lag im März 2017 bei rund 18,1 Prozent. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage lag das Land 2016 im europäischen Vergleich des Bruttoinlandsprodukts (BIP) mit 1.113,9 Milliarden Euro auf dem fünften Platz. Beim BIP pro Kopf befand es sich 2016 mit 24.000 Euro im Mittelfeld.

Einer der wichtigsten Wirtschaftszweige für das Land ist der Tourismus, was sich in der Dienstleistungsbilanz niederschlägt: 73,8 Prozent des BIP waren 2015 Einnahmen aus dem Dienstleistungssektor. Die Industrie machte rund 23,6 Prozent aus. Eine bedeutende Rolle spielen die metallverarbeitende Industrie, der Maschinenbau und die Petrochemie. Die Landwirtschaft machte etwa 2,6 Prozent aus. Insbesondere werden Getreide, Oliven, Zitrusfrüchte und Wein angebaut. Deutschland ist neben Frankreich Spaniens wichtigster Handelspartner.

Der Wert der von Deutschland nach Spanien exportierten Waren belief sich 2016 auf rund 40,6 Milliarden Euro, eine Steigerung von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Wert der von Spanien nach Deutschland exportierten Waren betrug rund 27,8 Milliarden Euro und ist damit ebenfalls um 5 Prozent gegenüber 2015 angestiegen.

Das Handelsbilanzdefizit Spaniens mit Deutschland wird zu einem beträchtlichen Teil durch die Ausgaben der deutschen Touristen in Spanien ausgeglichen, die sich in der Dienstleistungsbilanz niederschlagen. Im Jahr 2016 besuchten 11,2 Millionen deutsche Touristen Spanien, ein Plus von 6,4 Prozent im Vergleich zum Jahr 2015. Mit einem Anteil von fast 15 Prozent liegen die Deutschen damit an dritter Stelle nach Touristen aus Großbritannien (24 Prozent) und Frankreich (15 Prozent). Die Übernachtungen von Spaniern in Deutschland stiegen im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 5,8 Prozent auf 2,7 Millionen.



Soziale Sicherung

Die Anfänge der sozialen Sicherung in Spanien gehen auf das 19. Jahrhundert zurück. 1883 wurde von der damaligen liberalen Regierung eine Kommission gegründet, die eine Sozialreform auf den Weg bringen sollte. Die ersten Gesetze folgten 1900 und regelten den Bereich Arbeitsunfälle. In den darauffolgenden fünf Jahrzehnten entstand eine Gesetzgebung, die die wichtigsten Bereiche abdeckte. 1919 kam die Gesetzgebung für die Renten; 1923 wurde eine Versicherung für den Bereich Mutterschaft eingeführt. Die Arbeitslosenversicherung folgte 1931, die Krankenversicherung 1942 und die obligatorische Versicherung für das Alter und Behinderung 1947.

Da diese gesetzliche Absicherung für viele Arbeitnehmer jedoch nicht ausreichend war, entstand ein System von speziellen Fonds, das von den Arbeitnehmern organisiert wurde. Die Vielzahl der verschiedenen Fonds und die Ungleichheiten sorgten dafür, dass die soziale Sicherung der Arbeitnehmer sehr unterschiedlich und nur schwer zu verwalten war. 1963 wurde das Grundgesetz für die soziale Sicherheit mit dem Ziel eingeführt, ein einheitliches und integrales Modell der sozialen Sicherung zu etablieren. Der Staat sollte sich an der Finanzierung und der Organisation stärker beteiligen.

Obwohl diese Prinzipien im allgemeinen Gesetz über die soziale Sicherung von 1967 enthalten waren, sah die Realität anders aus: Viele Fonds bestanden weiterhin, und die Zuständigkeiten waren nicht eindeutig geklärt. 1972 wurde das Gesetz für die Verbesserung der Finanzierung und der Schutzwirkung des allgemeinen Systems der sozialen Sicherheit verabschiedet. Auch dieses zeigte nicht die gewünschte Wirkung. Die Schutzmaßnahmen wurden zwar verbessert, aber die Finanzierung war nicht ausreichend bedacht worden.

Erst nach dem Übergang zur Demokratie (1975) und der Genehmigung der neuen Verfassung wurden wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Laut Artikel 41 der Verfassung soll der Staat ein System der sozialen Sicherung mit ausreichender Unterstützung für alle Bürger unterhalten. Im Laufe der 1980er Jahre wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um das System der sozialen Sicherung zu stabilisieren und zu verbessern. Die 1990er brachten bedeutende soziale Veränderungen mit sich: Der Arbeitsmarkt wandelte sich, Frauen wurden aktiv integriert, und die Arbeitnehmerfreizügigkeit spielte eine immer wichtigere Rolle. Dies machte weitere gesetzliche Anpassungen notwendig. Dazu gehören flexible Rentenregelungen, ein Reservefonds für die soziale Sicherheit und Anreize für ein längeres Arbeiten im Alter.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Die soziale Sicherung in Spanien weist im Vergleich zu anderen Ländern einige Besonderheiten auf. Dazu gehört das sogenannte aktive Integrationseinkommen. Es richtet sich hauptsächlich an Langzeitarbeitslose zwischen 45 und 65 Jahren. Dieses Einkommen erhalten Menschen, die keine Einkünfte beziehen oder deren Einkünfte weniger als 75 Prozent des Mindestlohns betragen, für maximal elf Monate. Auch zurückkehrende Migranten, die älter sind als 45 Jahre, Menschen mit Behinderungen und Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt profitieren von dieser Leistung.

Mütter in der Stillzeit erhalten eine Geldleistung, wenn sie deshalb ihren Beruf nicht ausüben können. Diese Unterstützung wird in den ersten neun Lebensmonaten des Kindes gezahlt. Auch bei Mehrfachgeburten erhalten Mütter eine besondere Geldleistung.

Amtlicher Name:

Reino de España

Amtssprache:

Spanisch

Hauptstadt:

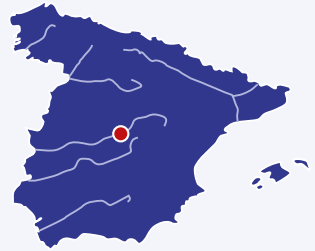
Madrid (3,2 Millionen Einwohner, 2016)

Einwohner (2016):

46,4 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):92,5 Einwohner pro km²**Währung:**

Euro, seit 2002

Regierungswebsite:<http://www.lamoncloa.gob.es/lang/en>**Nationalfeiertag:**12. Oktober: Nationalfeiertag
(Fiesta nacional de España)**Fläche (2015):** 505.900 km²

Landesstruktur: 17 autonome Gemeinschaften, 52 Provinzen einschließlich der Exklaven; zugehörige Staatsgebiete: Balearische Inseln, Kanarische Inseln, Ceuta, Melilla sowie die Chafarinas-Inseln und die Inseln Alhucemas und Vélez de la Gomera

Geografie: Gelegen auf der Iberischen Halbinsel; Meere: Mittelmeer und Atlantik; Landschaft dominiert von Hochplateaus und Bergzügen (wie Pyrenäen und Sierra Nevada)



Staatsoberhaupt:
König Felipe VI.



Regierungschef:
Mariano Rajoy

Politisches System:

Konstitutionelle Erbmonarchie; Parlament: Mitglieder werden alle vier Jahre gewählt; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

1986

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

9,1 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

54

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Miguel Arias Cañete

Ressort: Klimapolitik und Energie

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

1.113,9 Mrd. Euro^{a)}

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

24.000 Euro^{a)}

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

13.352 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

825,65 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

18,1 Prozent

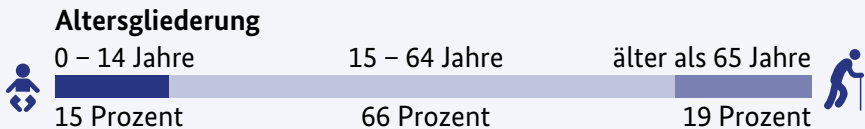
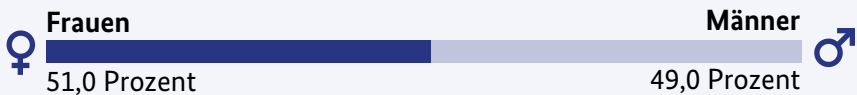
Jugendarbeitslosigkeit (2016):

44,4 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

58,3 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):



^{a)}Vorläufiger Wert

Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



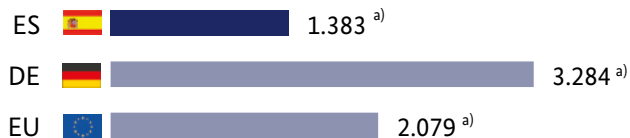
Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



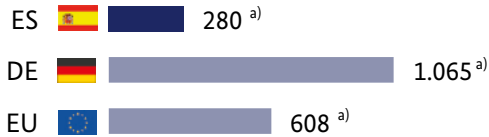
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

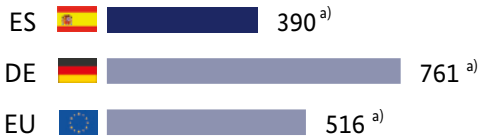
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



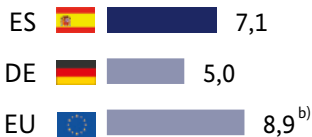
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



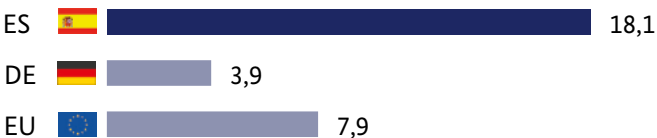
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



TSCHECHIEN

Geschichte

Die Tschechische Republik ist ein junger Staat: Erst 1993 konnte sie ihre Unabhängigkeit feiern. Unmittelbar danach begann sie, sich dem Westen anzunähern: Sie trat zunächst dem Europarat und 1999 der Nato bei. Seit 2004 ist sie Mitglied der Europäischen Union.

Tschechien, das frühere Böhmen und Mähren, war bis zur Abspaltung von der Slowakei 1993 über Jahrhunderte fremdbestimmt. Zu Beginn des 14. Jahrhunderts ging die Herrschaft der böhmischen Premysliden durch den Mord an König Wenzel III. zu Ende. Mitte des Jahrhunderts fiel die Krone schließlich an den deutschen König Karl IV. Dieser wurde 1355 Kaiser des Heiligen Römischen Reiches und machte Prag zur Hauptstadt.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts forderten die Tschechen mehr Eigenständigkeit. Es kam zu Konflikten mit den Deutschen und Ungarn. Diese beiden Volksgruppen hatten während der österreich-ungarischen Doppelmonarchie mehr Rechte als die tschechische Bevölkerung. Nach dem Ersten Weltkrieg schlossen sich die Nachbarn Tschechien und Slowakei 1918 zur Tschechoslowakei zusammen. In der Zeit des Nationalsozialismus fielen ab 1938 jedoch große Teile erst an Deutschland und nach einer kurzen Periode eines erneuten tschechoslowakischen Bündnisses an die Sowjetunion.

Erst in zwei Anläufen – dem „Prager Frühling“ 1968 und der „samtenen Revolution“ 1989 – gelang es, die Unabhängigkeit wiederzuerlangen.

Am 1. Januar 1993 wurde Tschechien nach der Loslösung von der Slowakei schließlich ein eigener Staat. Wie die meisten ehemals kommunistischen Staaten baute das Land ein modernes Sozialsystem auf, das als eines der effektivsten Sozialsysteme aller EU-Staaten gilt.

Geografie

Die Tschechische Republik ist ein Binnenstaat: Sie liegt zwischen Deutschland, Polen, der Slowakei und Österreich. 95 Prozent des Landes bestehen aus Hügeln und Bergen. Die Gebirge, in denen Vorkommen von Braunkohle, Steinkohle, Uran, Blei, Zink, Eisenerz und Graphit erschlossen wurden, machen etwa 11,5 Prozent der Landesfläche aus. Der längste Fluss mit 430 km, die Moldau, entspringt im Böhmerwald. Nördlich der Hauptstadt Prag mündet sie in die kleinere Elbe.

Wälder und Gebirge umgeben und gliedern das Land: Zwischen Slowakei und Tschechien liegen die Weißen Karpaten und die Beskyden. Im Westen bilden der Böhmerwald, der Oberpfälzer Wald und das Erzgebirge eine natürliche Grenze zu Deutschland. Zwischen Tschechien und Polen liegt im Norden das Riesengebirge mit der Schneekoppe (Snezka), mit 1.602 m die höchste Erhebung des Landes. Fast sechs Monate im Jahr ist sie mit Schnee bedeckt. Eine natürliche Grenze zu Österreich bildet der Fluss Thaya.

Kultur

Prag ist eine der ältesten Städte auf dem europäischen Kontinent und ein bedeutendes kulturelles Zentrum. Die älteste europäische Universität wurde dort von Karl IV. im Jahre 1348 gegründet. Dieser beschäftigte sich intensiv mit Kunst, Kirche und Wissenschaft. Unter seiner Herrschaft florierete Prag und wurde zur „Goldenen Stadt“. Das Stadtbild ist vor allem von gotischen und barocken Gebäuden geprägt. Mit mehr als fünf Millionen Touristen im Jahr zählt Prag zu den meistbesuchten Städten Europas.

Prag ist eine Schnittstelle der tschechischen, deutschen und jüdischen Kultur und Literatur. Dort wurde auch Franz Kafka geboren, einer der

wichtigsten Autoren der deutschen Literatur: Auch wenn er die größte Zeit seines Lebens in Prag verbrachte, schrieb er auf Deutsch. Der Schriftsteller und Bürgerrechtler Václav Havel wurde der erste Präsident der neuen tschechischen Republik. Weltberühmt sind die Komponisten Anton Dvořák und Friedrich Smetana. Dessen Orchesterwerk „Die Moldau“ wird in allen Konzerthäusern der Welt gespielt.

Wirtschaft

Wirtschaftlich kann die tschechische Republik eine positive Bilanz ziehen: 2015 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 4,3 Prozent und erreichte den besten Wert seit 2007. Auch wenn der Anstieg des BIP in der Höhe nicht fortgesetzt werden konnte, erreichte Tschechien 2016 mit insgesamt 176,6 Milliarden Euro einen guten Mittelplatz im Vergleich der EU-Länder. Pro Kopf der Bevölkerung wurden im gleichen Jahr 16.700 Euro erwirtschaftet.

Dienstleistungen erreichten 2015 einen Anteil von 59,7 Prozent am BIP, aber auch die Industrie ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Mit ihr wurden rund 37,8 Prozent des BIP erwirtschaftet, insbesondere mit der Automobilindustrie. Der Filmsektor ist ebenfalls ein wichtiger Wirtschaftszweig des Landes. Die Landwirtschaft machte insgesamt noch 2,5 Prozent aus.

Der tschechische Außenhandel hat 2016 mit rund 276 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert erreicht. Die tschechischen Exporte entsprechen fast 85 Prozent des BIP. Der bilaterale Handel mit Deutschland hatte 2016 ein Volumen von rund 81,6 Milliarden Euro, auch dies war ein neuer Höchststand. Fast ein Drittel seines Außenhandels wickelt Tschechien mit Deutschland ab, das damit der mit Abstand wichtigste Handelspartner ist. Tschechien bemüht sich, auch stärker in den Handel außerhalb der EU eingebunden zu werden, vor allem mit China und Indien.

Im März 2017 hatte Tschechien die niedrigste Arbeitslosenquote innerhalb der Europäischen Union aufzuweisen. Sie betrug 3,2 Prozent und lag damit noch vor Deutschland mit 3,9 Prozent. Bei der Jugendarbeitslosigkeit lag die tschechische Republik mit 10,5 Prozent an zweiter Stelle hinter Deutschland mit 7,1 Prozent und noch vor Ländern wie den Niederlanden, Österreich, Dänemark und dem Vereinigten Königreich.

Soziale Sicherung

Wie in den meisten heutigen EU-Staaten begann die soziale Sicherung auch in Tschechien mit einem Gesetz zur Absicherung bei Arbeitsunfällen. Es wurde bereits 1887 verabschiedet. Im Jahr darauf wurden die Bereiche Krankheit und Mutterschaft gesetzlich geregelt, und in den Jahren 1906 und 1924 gab es erste Gesetze für Renten. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand 1945 ein Gesetz für Familienleistungen. Hilfen für Arbeitslose gab es erst ab dem Jahr 1991 nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, da es in diesem System per se keine Arbeitslosigkeit gegeben hatte. Nach dem Ende des Kommunismus plante die Regierung der Tschechoslowakei ein Sozialsystem, das eine aktive Arbeitsmarktpolitik genauso wie ein liberales und pluralistisches System der sozialen Sicherheit umfassen sollte. Ziel war es, eine Absicherung für alle Bürger zu schaffen. Es entstand ein Dreisäulensystem aus Sozialversicherungen, staatlichen Hilfen und einem Sicherheitsnetz. Letzteres fängt auch die Bürger auf, die nicht versichert sind.



Nachdem die Tschechische Republik 1993 ein eigener Staat geworden war, wurde das Sozialsystem erneut reformiert 1994 wurde ein Gesetz verabschiedet, nach dem Arbeitnehmer freiwillige Zusatzversicherungen für ihre Rente abschließen konnten. Im folgenden Jahr wurde das Rentenalter angehoben und ein Gesetz verabschiedet, das Leistungen für Nichtversicherte in Notlagen regelt. Die Gesetze aus den 1990er Jahren haben immer noch Bestand, wurden aber teilweise durch neuere Regelungen erweitert. Im Jahr 2012 begann Tschechien mit sozialen Reformen, die das Sozialministerium bis 2013 in fünf Stufen umsetzte. Es lassen sich bereits erste Verbesserungen erkennen, beispielsweise bei der Organisation des Sozialsystems.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Kindergeld wird in Tschechien für eine kürzere Dauer als in anderen EU-Staaten gezahlt: Nur bis zum Ende der Schulpflicht der Kinder, also bis zum 15. Lebensjahr, erhalten Erziehungsberechtigte Kindergeld. Es gibt jedoch Ausnahmen von dieser Regel. Die Zahlungen können bis zum 26. Lebensjahr fortgesetzt werden, wenn sich das Kind in Ausbildung oder Studium befindet oder wenn das Kind aus gesundheitlichen Gründen keine Ausbildung machen oder keine Erwerbstätigkeit aufnehmen kann. Pflegefamilien werden mit verschiedenen Geldhilfen unterstützt: Sie können unter bestimmten Voraussetzungen einen Pflegekindzuschuss, eine Pflegeelternvergütung, eine Pflegschaftsbeihilfe, eine Kraftfahrzeugbeihilfe sowie eine Pflegschaftsbeendigungsbeihilfe erhalten.

In Tschechien werden bei sozialen Notlagen drei verschiedene Leistungen gewährt: Es gibt Zuschüsse zum Lebensunterhalt, zur Sicherung der Grundbedürfnisse oder der Mietkosten, wenn das Einkommen unter einer bestimmten Grenze liegt. Zudem kann einmalig eine außerordentliche Soforthilfe an Menschen in prekärer Situation gezahlt werden.

Amtlicher Name:

Česká republika

Amtssprache:

Tschechisch

Hauptstadt:

Prag (1,3 Millionen Einwohner, 2015)

Einwohner (2016):

10,6 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):136,6 Einwohner pro km²**Währung:**

Tschechische Krone

Regierungswebsite:<http://www.vlada.cz/en/>**Nationalfeiertag:**

28. Oktober: Tag der Entstehung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates
(Den vzniku samostatného československého státu)

**Fläche (2015):** 78.900 km²**Landesstruktur:** 14 Bezirke

Geografie: 95 Prozent des Landes bestehen aus Hügeln und Bergen; Südwesten: Böhmerwald, Nordwesten: Erzgebirge, Norden: Sudeten; höchster Berg: Schneekoppe (Sněžka) mit 1.602 m



Staatsoberhaupt:
Miloš Zeman



Regierungschef:
Bohuslav Sobotka

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Repräsentantenhaus: Mitglieder werden alle vier Jahre gewählt, Senat: Mitglieder werden alle sechs Jahre gewählt (Teilwahl alle zwei Jahre); Direktwahl des Staatsoberhauptes alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

2004

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

2,1 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

21

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Věra Jourová

Ressort: Justiz, Verbraucher und Gleichstellung

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

176,6 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

16.700 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

7.423 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

407,09 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

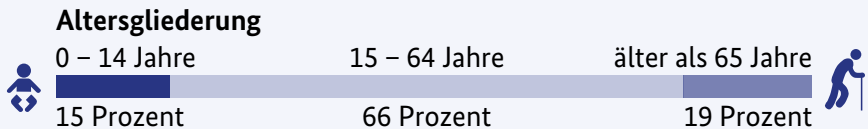
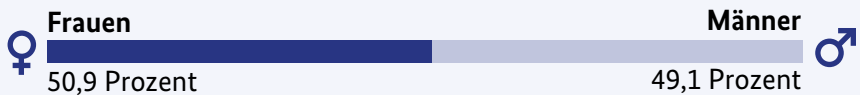
3,2 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

10,5 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

93,4 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):

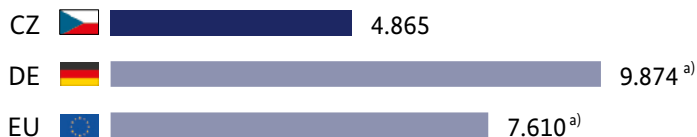
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



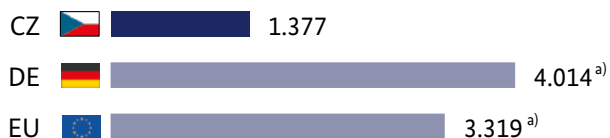
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



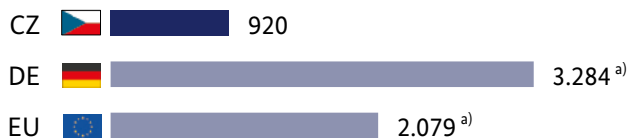
Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



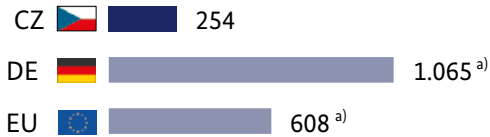
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

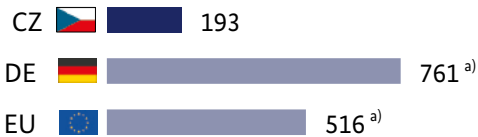
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



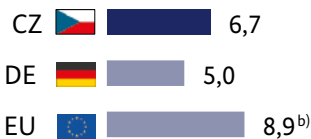
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



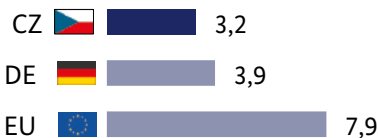
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



UNGARN

Geschichte

Das ehemals kommunistische Land wurde im Jahr 2004 Mitglied der EU. Obwohl sich die Wirtschaft nach dem Ende des Kommunismus zunächst entwickelte, musste Ungarn seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 internationale Hilfen in Anspruch nehmen.

Nachdem Ungarn jahrhundertlang ein eigenständiges Königtum gewesen war, geriet der größte Teil des Landes 1526 unter türkische Herrschaft. 1686 eroberten die Habsburger das ganze Land. 1848 versuchten die Ungarn vergeblich, sich gegen die Habsburger aufzulehnen. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das Land in der letzten Phase des Habsburgerreichs ein gleichberechtigter Partner Österreichs. Die Österreichisch-Ungarische Monarchie bestand von 1867 bis 1918. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Ungarn formal wieder ein unabhängiges Königreich, wurde aber faktisch von dem ehemaligen Admiral Miklós Horthy autoritär regiert. Durch die Verschiebung der Grenzen nach dem Krieg lebten von dieser Zeit an etwa fünf Millionen ethnische Ungarn in Nachbarländern. Dies macht die Beziehungen Ungarns zu seinen benachbarten Staaten bis heute komplex.

Im Zweiten Weltkrieg war Ungarn mit Deutschland verbündet. Kurz vor Kriegsende, im Jahre 1944, marschierten deutsche Truppen in Ungarn ein.

Danach besetzte die Rote Armee das Land. Damit begann die kommunistische Herrschaft. Obwohl der Volksaufstand im Jahr 1956 von der Roten Armee niedergeschlagen wurde, konnte sich Ungarn später als erster osteuropäischer Staat verschiedene wirtschaftliche Freiheiten erlauben.

Am 27. Juni 1989 durchtrennte der ungarische Außenminister Gyula Horn gemeinsam mit dem österreichischen Außenminister Alois Mock in einer symbolischen Aktion den Stacheldraht an der Grenze zwischen beiden Staaten. DDR-Bürger, die Urlaub in Ungarn machten, nutzten die Gelegenheit, über Österreich nach Westdeutschland zu gelangen. Im selben Jahr wurde mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung die Republik Ungarn ausgerufen. Die neue Regierung hat die sozialen Sicherungssysteme seither stetig ausgebaut.

Geografie

Ungarn liegt zwischen Österreich und den Balkanstaaten in der Mitte Europas. Das zumeist flache Land ist fruchtbar und wird landwirtschaftlich genutzt. In der Puszta, der Großen Ungarischen Tiefebene, wird Viehzucht betrieben. Im Westen Ungarns liegt der größte Binnensee Mitteleuropas, der Plattensee. Einen Kontrast dazu bildet die bergige Waldlandschaft im Norden. Einheimische und Urlauber können sich in den vielen heißen Quellen, Thermalbädern und Kurorten entspannen.

Die Donau fließt durch das gesamte Staatsgebiet und teilt die Hauptstadt Budapest in die beiden Stadtteile Buda und Pest.

Kultur

Die verschiedenen Fremdherrschaften haben viele kulturelle Spuren in Ungarn hinterlassen. Die Kirchen, Burgen und Klöster sind in zahlreichen Stilrichtungen erbaut und spiegeln somit auch einen Teil der Landesgeschichte wider: Der Einfluss von römischen Siedlern und türkischen Belagerern ist ebenso zu sehen wie der Stilmix österreichischer und ungarischer Architektur.

In den ländlichen Gebieten sind viele der alten Bräuche lebendig geblieben. Dazu gehören die traditionellen Trachten, das Sticken und das Zither-

spielen. Aus Ungarn stammen berühmte Komponisten klassischer Musik wie Franz Liszt, Béla Bartók und Zoltán Kodály. Eine bekannte Operette ist „Die lustige Witwe“ von Franz Lehár. Victor Vasarely ist mit seinen grafischen Op-Art Bildern ein prominenter Vertreter der Bildenden Kunst.

Wirtschaft

Die Wirtschaftskrise hat die Exportentwicklung ab 2008 einige Jahre ausgebremst. Inzwischen steigen die Exporteinnahmen wieder, und die Wirtschaft wächst: 2015 betrug das Wirtschaftswachstum rund 2,9 Prozent, gleichzeitig ging die Staatsverschuldung zurück. 2013 konnte Ungarn erstmals seit dem EU-Beitritt aus dem Defizitverfahren entlassen werden. Die Regierung hat hochgesteckte Ziele: Sie will das Land zur wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaft in Europa machen. Dieses Ziel soll durch neue gesetzliche Rahmenbedingungen und die Schaffung von einer Million neuen Arbeitsplätzen erreicht werden.

Der Wert der Ausfuhren erreichte im Jahr 2015 einen Gesamtwert von rund 90,7 Milliarden Euro. Mehr als drei Viertel der ungarischen Exporte gehen in die EU, allein über ein Viertel nach Deutschland. Damit ist Deutschland der mit Abstand wichtigste Wirtschaftspartner Ungarns. Ungarn erzielte 2015 einen Handelsüberschuss von rund 8 Milliarden Euro. Der Handelsüberschuss mit Deutschland betrug im gleichen Jahr rund 3,3 Milliarden Euro.

Knapp 64 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwirtschaftete 2015 der Bereich Dienstleistungen, 31,9 Prozent die Industrie. Die Landwirtschaft hat im EU-Vergleich mit rund 4,1 Prozent einen vergleichsweise hohen Anteil am BIP. Im Jahr 2016 erwirtschaftete Ungarn insgesamt 112,4 Milliarden Euro und lag damit innerhalb der EU auf dem 18. Platz. Pro Kopf betrug das BIP 11.500 Euro. Damit platzierte sich Ungarn an fünftletzter Stelle vor Kroatien, Polen, Rumänien und Bulgarien.

In der europäischen Arbeitslosenstatistik nimmt Ungarn einen der vorderen Plätze ein: Im März 2017 lag die Quote im Land bei 4,3 Prozent, was den vierten Platz bedeutete, nach Tschechien, Deutschland und Malta. Beim Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit erreichte Ungarn mit 12,9 Prozent den siebt niedrigsten Wert.

Soziale Sicherung

Die erste moderne Versicherung in Ungarn wurde 1907 mit dem Nationalen Fonds der Arbeiter für Leistungen bei Krankheit und Unfällen geschaffen. In der Horthy-Ära entstand 1928 die erste Nationale Sozialversicherungsinstitution, der Vorgänger der heutigen Nationalen Kasse für Gesundheitsversicherung (OEP). Die Leistungen dieses Trägers machten das ungarische Gesundheitssystem damals zum fortschrittlichsten im östlichen Europa. Im kommunistischen Ungarn legte die Regierung ebenfalls großen Wert auf die soziale Sicherung.

Das moderne Sicherungssystem hat seinen Ursprung in den 1970er und 1980er Jahren. 1972 wurden erste Änderungen an der Verfassung verabschiedet. Diese regelten die universelle Hilfe für kranke und ältere Menschen sowie für Menschen mit Behinderungen. Im gleichen Jahr wurden auch Leistungen für werdende und arbeitende Mütter eingeführt: Diese sollten dem Bevölkerungsrückgang entgegenwirken.



Mit dem Gesetz über öffentliche Gesundheit aus demselben Jahr erhielten alle Bürger ab 1975 Anspruch auf kostenlose medizinische Hilfe. Das Sozialversicherungsgesetz von 1975 schuf gleiche Bedingungen für alle Bevölkerungsgruppen. Damit waren die Leistungen und deren Höhe für alle identisch. Zugleich wurden von dieser Zeit an die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme stetig ausgeweitet: In den späten 80er Jahren erhielten bereits 85 Prozent der Rentner Zahlungen von der Rentenversicherung. Im Jahr 1987 wurde Ungarn das erste kommunistische Land, das die Beschäftigung von Arbeitslosen mit öffentlichen Programmen förderte. 1988 wurde auch ein Arbeitslosengeld eingeführt.

Die derzeit gültigen Gesetze stammen zumeist aus den 1990er und den 2000er Jahren. Wegen der angespannten Haushaltslage wurden zuletzt verschiedene Leistungen gekürzt, insbesondere die Beihilfen für Familien.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

In Ungarn existiert kein allgemeines System der Mindestsicherung. Je nach Bedürftigkeit greifen unterschiedliche Mechanismen. So gibt es eine Invalidenrente, eine beitragsunabhängige Altersrente für Menschen mit sehr niedrigem Einkommen oder bestimmte Leistungen für Menschen, die arbeitslos sind und keine Ausbildung nachweisen können. Die Betroffenen haben zudem Anspruch auf Gesundheitsleistungen.

Pflegeleistungen werden innerhalb des Gesundheits- und Sozialsystems erbracht. Einen Anspruch darauf haben ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Patienten der Psychiatrie, Suchtkranke und Obdachlose. Geldzahlungen gehören nicht zu diesen Pflegeleistungen. Wer jedoch nicht-gewerbsmäßig Familienmitglieder, Freunde oder andere nahestehende Personen pflegt, kann Geldleistungen vom Staat erhalten.

Staatliche Subventionen fördern die Berufsausbildung für Menschen mit Behinderungen. Die ungarische Arbeitsagentur bietet ihnen in regionalen Zentren Ausbildungen an, die auf die jeweilige Art der Behinderung abgestimmt sind. Anschließend können sie in beschützenden Werkstätten arbeiten, die ebenfalls staatlich unterstützt werden.

Amtlicher Name:

Magyarország

Amtssprache:

Ungarisch

Hauptstadt:

Budapest (1,7 Millionen Einwohner, 2014)

Einwohner (2016):

9,8 Millionen

Bevölkerungsdichte (2015):105,8 Einwohner pro km²**Währung:**

Forint

Regierungswebsite:<http://www.kormany.hu/en>**Nationalfeiertag:**

15. März: Gedenken an den Beginn der Revolution 1848 (Nemzeti ünnepe)
20. August: Offizieller Staatsfeiertag, Fest des Staatsgründers und ersten ungarischen Königs, des Heiligen Stephan (Szent István ünnepe)
23. Oktober: Gedenken an den Beginn des Volksaufstands 1956 sowie Tag der Proklamation der Republik Ungarn 1989 (Nemzeti ünnepe)

**Fläche (2015):** 93.000 km²**Landesstruktur:** 198 Kreise (seit 2013), 20 Komitate**Geografie:** Überwiegend flacher Binnenstaat; Große Ungarische Tiefebene nimmt fast die Hälfte des Landes ein; Steppenlandschaft Puszta; Plattensee: größter See Mitteleuropas



Staatsoberhaupt:

János Áder



Regierungschef:

Viktor Orbán

Politisches System:

Parlamentarische Republik; Wahl der Nationalversammlung alle vier Jahre; Wahl des Staatspräsidenten alle fünf Jahre; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

2004

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

1,9 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

21

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Tibor Navracsics

Ressort: Bildung, Kultur, Jugend und Sport

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

112,4 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

11.500 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

4.556 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

433,35 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

4,3 Prozent

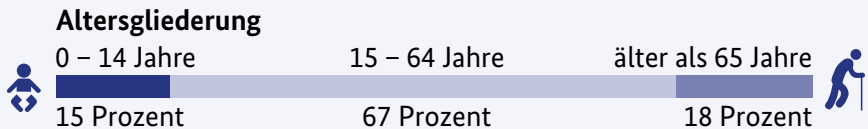
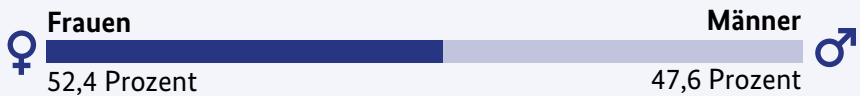
Jugendarbeitslosigkeit (2016):

12,9 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

83,4 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):



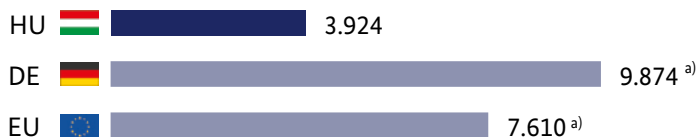
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



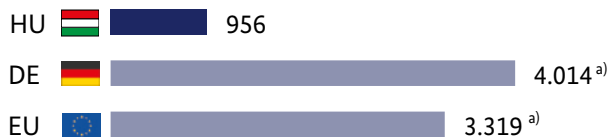
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



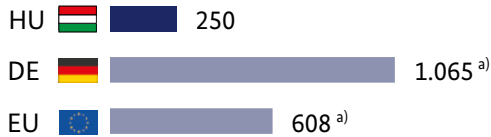
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

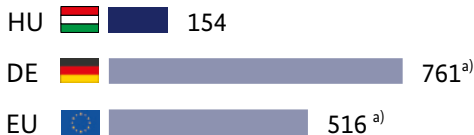
Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

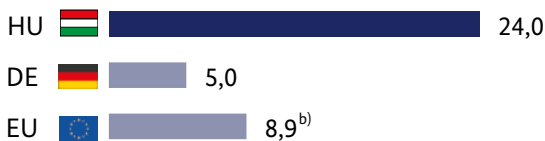
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

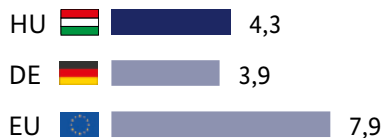
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



VEREINIGTES KÖNIGREICH

Geschichte

Das Vereinigte Königreich wurde erst nach mehreren Anläufen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG). Bereits 1963 stellte es einen Antrag zur Aufnahme in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, eine der Vorgängerorganisationen der EU. Die Aufnahme wurde wiederholt durch das Veto Frankreichs blockiert. Dies wurde unter anderem damit begründet, dass das Vereinigte Königreich nur wegen wirtschaftlicher Vorteile Mitglied werden wolle. Erst 1973 traten die Briten bei. Aus der EWG war mittlerweile die Europäische Gemeinschaft geworden. Bereits zwei Jahre später wurde ein Referendum abgehalten, das über den Verbleib in der EG entscheiden sollte. Rund 67 Prozent waren dafür. Das Land hat sich später gegen die Einführung des Euro entschieden und unterzeichnete auch nicht das Schengener Abkommen über verringerte Grenzkontrollen.

Bei einem erneuten Referendum am 23. Juni 2016 darüber, ob Großbritannien in der EU bleiben sollte, entschieden sich die Briten insgesamt mit knapper Mehrheit für einen Austritt. Die schottische Bevölkerung stimmte mit deutlicher Mehrheit für den Verbleib in der EU. Bis der Austritt Ende März 2019 vollzogen werden kann, werden nach den Vertragsbestimmungen noch komplexe Gespräche zwischen den Verhandlungspartnern zu führen sein, die bis Ende 2018 abgeschlossen sein sollten.

Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland ist ein Zusammenschluss von England, Wales und Schottland sowie Nordirland. Wales gehörte bereits seit dem Act of Union (Vereinigungsgesetz) von 1536 zum Englischen Königreich. 1707 schlossen sich die Königreiche England und Schottland durch ein weiteres Vereinigungsgesetz zu Großbritannien zusammen. Im Jahr 1800 folgte schließlich das Gesetz zur Gründung des Vereinigten Königreichs, nach dem auch Irland zu Großbritannien gehören sollte.

Viele Iren waren damals gegen diesen Zusammenschluss. Sie wehrten sich vor allem gegen Gesetze, die die Katholiken diskriminierten. Diese machten einen Großteil der irischen Bevölkerung aus. Die von den Iren im 19. Jahrhundert angestrebte Auflösung des Act of Union blieb lange Zeit ohne Erfolg. Es folgten weitere Versuche, durch sogenannte Home-Rule-Gesetze die Selbstverwaltung zu erlangen. Dieses Vorhaben scheiterte zwei Mal. 1912 wurde ein entsprechender Gesetzentwurf vom Unterhaus gebilligt. Der irische Unabhängigkeitskrieg von 1919 bis 1921 führte schließlich zur Gründung des Irischen Freistaats. Sechs Grafschaften in Nordirland mit überwiegend protestantischer Bevölkerung blieben im Vereinigten Königreich; die anderen Landesteile wurden zur Republik Irland. Die offizielle Namensänderung in das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland erfolgte 1927.

Über Jahrhunderte war das Britische Empire eine Weltmacht mit zahlreichen Kolonien auf allen Kontinenten. Nur wenige der ehemaligen Kolonien gehören heute als Überseegebiete zum Vereinigten Königreich. Darunter sind die Falklandinseln, Gibraltar und die Cayman Islands. Das Land ist heute über das Commonwealth of Nations mit vielen seiner früheren Kolonien in einem lockeren Verbund souveräner Staaten zusammengeschlossen. Queen Elizabeth II. ist Staatsoberhaupt von 16 Staaten, darunter Kanada, Australien und Neuseeland.

Das staatliche Gesundheitssystem NHS (National Health Service) gibt es seit 1948. Anders als in vielen anderen europäischen Ländern wird es aus Steuergeldern und nicht über die Sozialversicherung finanziert.

Geografie

Wer vom europäischen Festland auf dem Seeweg nach Großbritannien reist, dem fallen zuerst die weißen Kreidefelsen von Dover an der Südküste auf. Die bis zu 106 m hohe und steile, fast weiße Klippenwand ist ein berühmtes Wahrzeichen. In der Vergangenheit schreckte die Steilküste manche Invasoren ab. Hinter den Klippen erstrecken sich grüne Wiesen und sanfte Hügel. Im Westen der Insel liegt Wales mit weit auslaufenden Stränden und steilen Felsklippen. Zum Norden hin wird die Landschaft rauer. Die zerklüftete Landschaft der schottischen Highlands mit zahlreichen Bergen, Seen, Inseln und teils tief eingeschnittenen Meeresarmen ist nur dünn besiedelt. Insgesamt gehören zum größten Inselstaat Europas mehr als 600 Inseln.



Kultur

Die britische Kultur ist sehr vielgestaltig. Die vier Teilstaaten England, Schottland, Wales und Nordirland haben ihre Regionalkulturen, die durch keltische und angelsächsische Traditionen geprägt sind. Hinzu kommen Einflüsse aus den ehemaligen Kolonien.

Das Königreich hat eine lange Literatur- und Theatertradition. Auf der Liste der bedeutenden Autoren finden sich Namen wie Charles Dickens, Jane Austen, Robert Burns oder Dylan Thomas. Am bekanntesten allerdings ist William Shakespeare. Seine Theaterstücke und Sonette ziehen Menschen weltweit in ihren Bann.

Britische Musiker haben zahlreiche Musikrichtungen entscheidend mitgeprägt. Dazu gehören Bands wie die Beatles oder die Rolling Stones und Stars wie David Bowie, Elton John, Phil Collins und Adele. Der traditionelle Folk erlebte in den vergangenen Jahren eine Renaissance und erfreut sich großer Beliebtheit.

Wirtschaft

Die Wirtschaft ist eine der am stärksten deregulierten und privatisierten Volkswirtschaften der Welt und beruht auf den Prinzipien der Liberalisierung, des freien Marktes und niedriger Besteuerung.

Im 18. Jahrhundert waren England und Schottland die Wiege der industriellen Revolution. Insbesondere die Schwerindustrie, der Schiffbau, der Kohlebergbau sowie die Stahl- und Textilproduktion erlebten einen Boom. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts verlor die Industrie an Bedeutung. Der Dienstleistungssektor hingegen wuchs beständig. 2015 machte er rund 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Der Finanzdienstleistungssektor – insbesondere Banken und Versicherungen – dominiert diesen Wirtschaftsbereich.

Die Hauptstadt London ist eine der größten Städte Europas – in ihrem Großraum leben mehr als 14 Millionen Menschen –, und ein international bedeutendes Finanz- und Wirtschaftszentrum. Die City of London

hat den Status einer eigenständigen Rechtseinheit. Die dort geltenden Sonderregelungen haben sie nicht nur zum wirtschaftlichen Zentrum von Greater London, sondern zu einem der größten Finanzplätze weltweit gemacht. Die Industrie hat nur noch einen Anteil von rund 19,4 Prozent am BIP, und die Landwirtschaft lag 2015 bei etwa 0,7 Prozent.

Das Vereinigte Königreich erwirtschaftete im Jahr 2017 ein Bruttoinlandsprodukt von 36.100 Euro pro Kopf – im oberen Drittel des EU-Ranking angesiedelt – und lag mit seiner Gesamtleistung von 2.367 Milliarden Euro an zweiter Stelle noch vor Frankreich (2.229 Milliarden Euro) und hinter Deutschland (3.134 Milliarden Euro).

Soziale Sicherung

Das Vereinigte Königreich verfügt über kein einheitliches System der sozialen Sicherung. Das Grundsystem ist in allen vier Teilstaaten gleich, es gibt jedoch regionale Unterschiede.

Die Anfänge der modernen sozialen Sicherung im Vereinigten Königreich gehen auf das New Poor Law (Armengesetz) von 1834 zurück. Es beruht auf dem bereits 1601 entstandenen Poor Law, das die Versorgung der notleidenden Bevölkerung gewährleisten sollte. Danach waren die Gemeinden für deren Versorgung verantwortlich. Da diese Regelung jedoch zugleich das Erschleichen von Leistungen begünstigte, wurde sie 1834 durch eine Neufassung ersetzt. In Schottland wurden 1845 ähnliche Gesetzesänderungen vorgenommen.

1897 wurde das erste Gesetz zur Absicherung bei Arbeitsunfällen verabschiedet. Arbeiter sollten im Falle eines Arbeitsunfalls eine Entschädigung erhalten. Das erste Rentengesetz folgte 1908 und war Teil einer großen Sozialreform der liberalen Regierung. Die Rente war sehr niedrig und wurde an alle bedürftigen Menschen über 70 Jahre gezahlt. Die niedrige Rente sollte dazu motivieren, auch privat für das Alter vorzusorgen. Drei Jahre später folgte das nationale Versicherungsgesetz von 1911, das die Bereiche Gesundheit und Arbeitslosigkeit regelte. Im Bereich Gesundheit wurden unter anderem ein Krankengeld und Mutterschaftsleistungen eingeführt. Für Arbeitslose wurde ein zeitlich begrenztes



Arbeitslosengeld beschlossen. Das allgemeine Kindergeld folgte erst 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg, um die Familien in der Nachkriegszeit zu entlasten.

Heute umfasst die staatliche Sozialversicherung (NI) im Vereinigten Königreich vor allem die Bereiche Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter, Ruhestand und Hinterbliebene. Der staatliche Gesundheitsdienst NHS gewährleistet die medizinische Grundversorgung für jeden, der seinen Wohnsitz im Vereinigten Königreich hat. Dazu zählen allgemeinmedizinische, zahnärztliche und augenoptische Untersuchungen beziehungsweise Behandlungen. Für das Kindergeld gibt es eine eigene Regelung und ein System von Steuergutschriften für Eltern mit unterhaltsberechtigten Kindern.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Das staatliche Gesundheitssystem NHS besteht aus vier eigenständigen Organisationen in den Teilstaaten. Der NHS, der 1948 gegründet wurde, finanziert sich aus Steuergeldern. Die Arztwahl ist für die Bürger nur sehr eingeschränkt möglich; üblicherweise entscheidet der Wohnort über den zuständigen Arzt. Fachärzte sind in der Regel in Krankenhäusern beschäftigt. Der Patient benötigt für eine Behandlung eine Überweisung von seinem zuständigen Arzt.

Amtlicher Name:

United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland

Amtssprache:

Englisch

Hauptstadt:

London (8,6 Millionen Einwohner, 2015)

Einwohner (2016):

65,4 Millionen^{b)}

Bevölkerungsdichte (2015):

268,6 Einwohner pro km²

Währung:

Pfund Sterling

Regierungswebsite:

<https://www.gov.uk/>

Nationalfeiertag:

Zweiter Samstag im Juni:
Geburtstag der
Königin (Her Majesty The
Queen's Official Birthday)



Fläche (2015): 248.500 km²

Landesstruktur:

England: 27 County Councils, 55
Unitary Authorities, 36 Metropolitan
Boroughs, 32 London Boroughs, City
of London und Isles of Scilly
Wales: 22 Unitary Authorities
Schottland: 32 Unitary Authorities
Nordirland: 11 Districts

Geografie: Liegt im Atlantik;
felsige Küstenstreifen, Hoch- und
Tiefebenen; höchster Berg: Ben
Nevis in Schottland (1.343 m)

^{b)} Geschätzter Wert



Staatsoberhaupt:
Königin Elizabeth II.



Regierungschef:
Theresa May

Politisches System:

Konstitutionelle Monarchie, parlamentarische Demokratie; Mitglieder des Unterhauses werden spätestens alle fünf Jahre gewählt; Wahlrecht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

1973

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

12,9 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, G7, G20, Nato, OECD, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

73

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Julian King

Ressort: Sicherheitsunion

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

2.366,9 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

36.100 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):

20.945 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

1.396,90 Euro

Arbeitslosenquote (März 2017):

4,5 Prozent

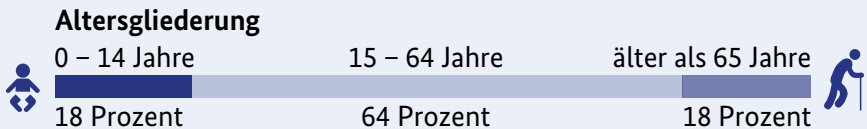
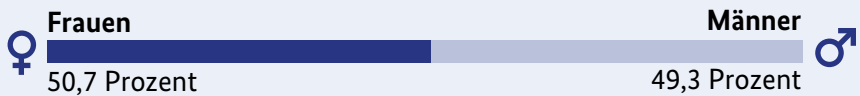
Jugendarbeitslosigkeit (2016):

13,0 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

79,5 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



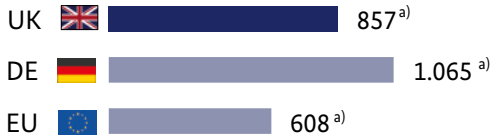
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat

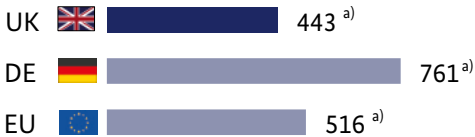
Leistungen für Familie/Kinder 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



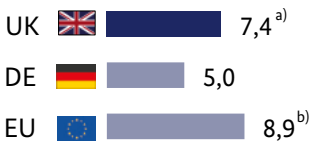
Leistungen für Invalide 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



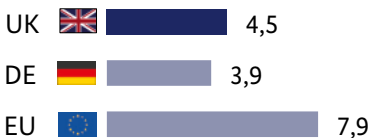
Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014

in % der Bevölkerung insgesamt



Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt

in % (saisonbereinigt)



^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



ZYPERN

Geschichte

Die Republik Zypern ist seit dem Jahr 2003 Mitglied der Europäischen Union (EU) und gehört seit 2008 zum Euroraum. Sie umfasst den südlichen Teil der Mittelmeerinsel. Der Norden, die Türkische Republik Nordzypern, zählt nicht zum Gebiet der EU.

Zypern blickt auf eine wechselvolle Geschichte mit vielen Herrschern zurück. Reiche Kupfervorkommen und die strategische Lage lockten immer wieder Eroberer an. Zu ihnen gehörten die Ägypter, Römer, Franken, Venezianer und die Osmanen. Seit 1878 gehörte Zypern als Pachtgebiet zu Großbritannien. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs annektierte es die Insel. Ab 1955 führten griechische Zyprioten einen aus dem Untergrund organisierten Aufstand gegen die britische Herrschaft. Diese endete 1960 mit der Unabhängigkeit des Inselstaats.

Die neue Verfassung teilte die Macht über das Land zwischen den türkischen und griechischen Zyprioten auf. Diese Regelung führte zu jahrelangen blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Bevölkerungsgruppen. Als Reaktion auf vorgeschlagene Verfassungsänderungen, welche die Machtteilung außer Kraft gesetzt hätten, besetzten türkische Truppen 1974 den Nordteil des Landes. Seitdem sind der türkisch-zyprische Norden und der

griechisch-zyprische Süden durch die sogenannte Grüne Linie voneinander getrennt. In der Pufferzone sind UN-Friedenstruppen stationiert. Die von den Vereinten Nationen vermittelten Gespräche über eine Wiedervereinigung kommen seit Jahren nur schleppend voran.

Geografie

Zypern ist die östlichste und zugleich südlichste Insel des Mittelmeers. Sie liegt im Schnittpunkt dreier Kontinente; rein geografisch gehört sie zu Asien. Die Seewege, die an Zypern vorbeiführen, verbinden das „Morgenland“ mit dem „Abendland“.

Die Insel besitzt große Waldgebiete. Die Messaoria-Ebene wird wegen ihres fruchtbaren Bodens landwirtschaftlich genutzt. Aufgrund des ganzjährig milden Klimas ist die Insel mit ihrer 780 km langen Küste bei Touristen beliebt. Auf dem höchsten Berg des Landes, dem fast 2.000 m hohen Olympos, kann dennoch im Winter auch Ski gefahren werden.

Kultur

Infolge der zahlreichen Eroberungen haben viele Kulturen ihre Spuren auf der Insel hinterlassen. Die Kreuzritterburg von Kolossi wurde von den Tempelrittern erbaut und später von den Johannitern bewohnt. Das Hafenkastell von Pafos war ursprünglich eine fränkische Festung. Zahlreiche Ruinen aus der Zeit der Römer und des antiken Griechenland sind ebenfalls erhalten geblieben. Aus byzantinischer Zeit stammen vor allem Kirchen; von ihnen gehören zehn zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Nach der Legende soll die griechische Göttin der Schönheit und Liebe, Aphrodite, auf Zypern geboren sein. Das zog in der Antike viele Pilger an. An die Bräuche der griechischen Mythologie erinnert noch heute „Anthestiria“, das Frühlingsblumenfest. Es wird im Mai mit Paraden und üppigem Blumenschmuck in vielen Städten gefeiert.

Wirtschaft

Im Altertum war Zypern wegen seiner Kupfervorkommen ein wichtiges Handelszentrum im Mittelmeerraum. Das Kupfervorkommen war sogar

so bedeutend, dass das Metall ihm einen Namen verdankt: Der lateinische Name cuprum für Kupfer ist abgeleitet von aes cyprum, zyprisches Erz.

Heute ist der Dienstleistungssektor der mit Abstand wichtigste Wirtschaftszweig für den Inselstaat. Insbesondere der Tourismus sowie Finanz- und Unternehmensdienstleistungen sorgten dafür, dass dieser Bereich 87,1 Prozent des BIP im Jahr 2015 ausmachte. Auf die Industrie entfielen im selben Jahr 10,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und auf die Landwirtschaft 2,3 Prozent.

Infolge der Finanzkrise musste Zypern 2013 internationale Hilfen beantragen. Aufgrund der Reformen, die das Land umsetzte, konnte Zypern das Hilfsprogramm im März 2016 durch Beschluss der Eurogruppe verlassen. Von den im Rahmen des Anpassungsprogrammes zur Verfügung gestellten 10 Milliarden Euro wurden nur insgesamt 7,25 Milliarden Euro in Anspruch genommen.

Zypern hat sich inzwischen erholen können: Mit einem BIP pro Kopf von 21.000 Euro lag Zypern 2016 im EU-Vergleich in der Mitte auf Platz 15. Mit einem Gesamt-BIP von 17,9 Milliarden Euro im gleichen Jahr lag Zypern auf Platz 27 innerhalb der EU vor Malta. Diese Platzierung der beiden kleinen Inselstaaten ist ihrer geringen Bevölkerung geschuldet.

Die meisten Exporte – darunter hauptsächlich chemische Erzeugnisse, Nahrungsmittel wie Kartoffeln, Wein und Zitrusfrüchte sowie Rohstoffe – gehen ins Vereinigte Königreich sowie nach Griechenland; Deutschland ist der fünftgrößte Abnehmer. Importiert werden größtenteils Kraftfahrzeuge, Maschinen und Industriebedarf. Deutschland ist dabei der viertwichtigste Lieferant.

Soziale Sicherung

Lange Zeit war Malaria ein großes Problem auf Zypern. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die Krankheit ausgerottet werden. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 wurden die Leistungen im Gesundheitswesen stark ausgebaut.



Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände etablierten in Zusammenarbeit ein umfassendes Netzwerk der sozialen Sicherung. Dazu gehören neben den Sozialversicherungen Leistungen für Hinterbliebene, Gesundheits- und Pflegeleistungen, Bildung und Wohnen. Während der Kolonialzeit waren nur wenige Menschen abgesichert. Durch das neue System hingegen waren ab 1964 Arbeitnehmer und Selbständige abgedeckt. Mutterschaftsurlaub, Hilfe bei Krankheit und Arbeitsunfällen sowie Arbeitslosenhilfe wurden ebenfalls eingeführt. Im Jahr 1973 wurde das System der sozialen Sicherung noch einmal überarbeitet und erweitert: Es gab nun neben Renten für ältere Menschen, Hinterbliebene und Menschen mit eingeschränkter Erwerbsfähigkeit auch Renten für Menschen mit Behinderungen. Viele Leistungen sind seit 1980 einkommensabhängig. Zuletzt wurde die Sozialversicherung im Jahr 2010 durch verschiedene neue Gesetze reformiert. Sie umfassen alle Bereiche bis auf Familien- und Mutterschaftsleistungen. Deren Regelungen stammen aus dem Jahr 2002 (Kindergeld) beziehungsweise 2003 (Mutterschaft).

Sozialhilfeleistungen werden auf Zypern seit 1970 gewährt, und zwar an Einzelpersonen wie Familien. Seit 1973 gibt es außerdem eine Geldleistung, die ein Existenzminimum für jeden Bürger sicherstellen soll. Sie wird

an bedürftige Bürger gezahlt, damit die Grundbedürfnisse erfüllt werden können, und bietet auch soziale Unterstützung, um die Situation der Betroffenen zu verbessern.

Nach der Teilung der Insel 1974 verlagerte sich der Fokus der sozialen Sicherung von sozialer Entwicklung hin zu sozialem Wiederaufbau: Wegen der Wirtschaftskrise, die durch die türkische Invasion verursacht worden war, musste die Regierung die Renten zunächst um 20 Prozent senken und andere Leistungen, wie das Arbeitslosengeld, sogar komplett streichen. Erst 1977 konnten wieder alle Sozialleistungen auf dem alten Niveau gezahlt werden.

Heute verwaltet der Sozialversicherungsdienst Zyperns die Sozialleistungen und soziale Unterstützung in den Bereichen Beschäftigung, Sozialhilfe und Hilfe für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, Gemeindearbeit und Hilfe für Familien und Kinder.

Besonderheiten der sozialen Sicherung

Für Menschen in sozialen Notlagen hat Zypern erst 2014 ein neues System des garantierten Mindesteinkommens beschlossen, das die alte Sozialhilfeleistung des Sozialen Wohlfahrtsdienstes ersetzt. Die Hilfen liegen nun im Aufgabengebiet des Dienstes zur Verwaltung von Sozialleistungen und können als Geld- oder Sachleistung erbracht werden. Für Rentner, die nur über wenig finanzielle Mittel verfügen, gibt es weiterhin besondere Leistungen von den Sozialversicherungsdiensten: Die Sozialrente für Menschen über 65 Jahre ohne Rentenanspruch und eine Beihilfe für Rentner, deren jährliches Gesamteinkommen unter der Armutsgrenze liegt.

Auch Menschen mit Behinderungen sollen besser unterstützt werden. Gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention wurde 2013 der Erste Nationale Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen veröffentlicht. Ziel ist es, die Umsetzung der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jegliche Diskriminierung sicherzustellen. Dazu sollen auch alle Gesetze überprüft werden, die die Rechte von Menschen mit Behinderungen berühren. Der Aktionsplan umfasst alle geplanten Vorhaben, die Zuständigen für die Umsetzung, den Zeitplan sowie die erwarteten Ergebnisse.

Amtlicher Name:

Kypriaki Dimokratía/Kýpros/Κύπρος (griechisch)
Kıbrıs Cumhuriyeti (türkisch)

Amtssprache:

Griechisch, Türkisch

Hauptstadt:

Nikosia (241.400 Einwohner, 2016)

Einwohner (2016):

848.000

Bevölkerungsdichte (2015):

92,0 Einwohner pro km²

Währung:

Euro, seit 2008

Regierungswebsite:

<http://www.cyprus.gov.cy>

Nationalfeiertag:

1. Oktober: Proklamation der
Republik Zypern



Fläche (2015): 9.300 km²

Landesstruktur: Sechs Distrikte; seit der Besetzung des Nordteils der Insel durch die Türkei im Jahr 1974 sind die türkisch-zyprische und die griechisch-zyprische Volksgruppe durch die sogenannte Grüne Linie getrennt

Geografie: Drittgrößte Insel im Mittelmeer; Gebirgszug Pentadaktylos im Norden, Troodos-Gebirge von der Mitte bis in den Südwesten, fruchtbare Messaoria-Ebene; höchster Berg Olympos (1.952 m)



Staatsoberhaupt und Regierungschef:

Nikos Anastasiades

Politisches System:

Parlamentarische Präsidentialrepublik; Wahl des Parlaments alle fünf Jahre; Direktwahl des Staatsoberhauptes alle fünf Jahre; Wahlpflicht ab 18 Jahre

EU-Beitritt:

2004

Bevölkerung in Prozent der EU-Gesamtbevölkerung (2017):

0,2 Prozent^{a), b), d)}

Mitgliedschaften:

EU, OSZE, UNO

Sitze im Europäischen Parlament:

6

Kommissar in der Europäischen Kommission:

Christos Stylianides

Ressort: Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch

Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):17,9 Mrd. Euro^{a)}**Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):**21.000 Euro^{a)}**Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):**

13.793 Euro

Mindestlohn pro Monat (Februar 2017):

Kein Mindestlohn

Arbeitslosenquote (März 2017):

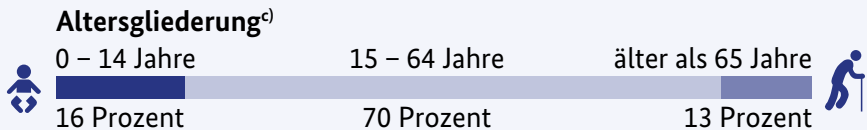
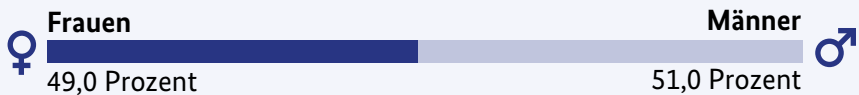
12,1 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

29,1 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

79,6 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):

^{a)} Vorläufiger Wert ^{d)} Abweichung von 100 Prozent durch Rundung

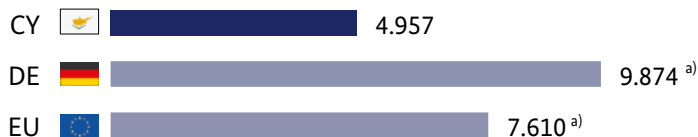
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

in % vom BIP (zu jeweiligen Preisen)



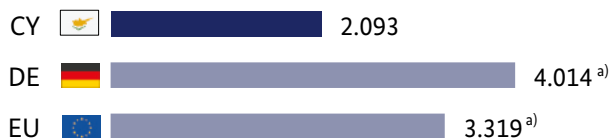
Gesamtausgaben für den Sozialschutz 2014

pro Kopf der Bevölkerung (in KKS)



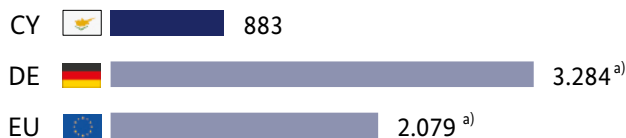
Ausgaben für Renten 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



Krankheit/Gesundheitsversorgung 2014

Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)



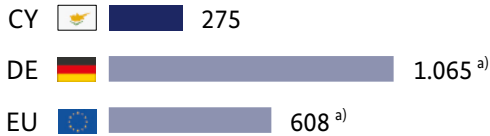
^{a)} Vorläufiger Wert

Stand: Juni 2017

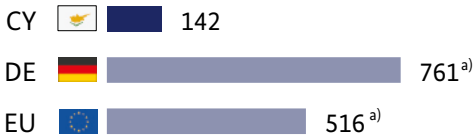
Quelle: Eurostat

Leistungen für Familie/Kinder 2014

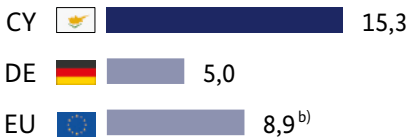
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Leistungen für Invalide 2014**

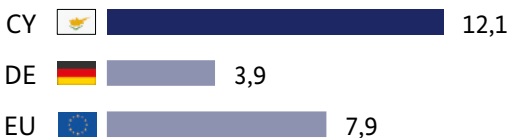
Euro je Einwohner (zu konstanten Preisen von 2010)

**Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen 2014**

in % der Bevölkerung insgesamt

**Harmonisierte Arbeitslosenquote März 2017 – Insgesamt**

in % (saisonbereinigt)



a) Vorläufiger Wert, b) Geschätzter Wert

Stand: Juni 2017

Quelle: Eurostat



The image features a blue European Union flag with yellow stars on the left side, partially overlapping a white text box. In the background, a large, modern, curved building with a glass facade and a blue-tinted sky is visible. The overall scene is bright and clear.

Die Europäische Union

Die Europäische Union ist eine einzigartige wirtschaftliche und politische Partnerschaft zwischen heute 28 Staaten Europas. Der Europäische Binnenmarkt ist der größte Wirtschaftsraum der Welt, in dem durch die Europäische Währungsunion die Bürger in inzwischen 19 Staaten mit der gemeinsamen Währung Euro bezahlen können.

Europa repräsentiert einen Wirtschafts- und Sozialraum von mehr als einer halben Milliarde Menschen. Die Länder Europas sind in Größe, Bevölkerungsstruktur, Sozialsystemen, natürlichen Ressourcen und technischem Know-how verschieden. Gemeinsam machen sie aber ein geeintes Europa aus, das einen Weg in eine friedliche und harmonische Zukunft sucht.



EU-28

1951 gründeten Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 1957 dann die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die EWG. Damit fielen die Zölle zwischen den Mitgliedstaaten weg. Diese Wirtschaftsgemeinschaft entwickelte sich mit dem Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992 schließlich auch zu einer politischen Union und nennt sich seither Europäische Union.

Seit ihren Anfängen versteht sich die Europäische Union als Wertegemeinschaft, um nach der Erfahrung der Weltkriege Frieden, Freiheit, Demokratie und Pluralismus auf dem europäischen Kontinent zu wahren. Zugleich ist sie eine Solidargemeinschaft, in der die wirtschaftlich Stärkeren die wirtschaftlich Schwächeren unterstützen. Durch mehrere Erweiterungen gehören heute 28 Staaten zur Europäischen Union, die sich auf gemeinsame Gesetze, Sozial- und Bildungsstandards, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine gemeinsame Währungspolitik einigen.

Bei einem Referendum am 23. Juni 2016 darüber, ob Großbritannien in der EU bleiben solle, entschieden sich die Briten insgesamt mit knapper Mehrheit für einen Austritt. Bis der Austritt vollzogen werden kann, werden nach den Vertragsbestimmungen noch zwei Jahre vergehen.

Jeder Bürger der Union hat das Recht, in einen anderen Staat der EU zu reisen, ohne an der Grenze kontrolliert zu werden, aber auch, sich dort niederzulassen und eine Arbeit aufzunehmen. Die Mitgliedstaaten dürfen nur den Zugang zu bestimmten öffentlichen Diensten einschränken.

Seit der Gründung der EU wurden verschiedene zentrale Institutionen geschaffen, die die politische Zusammenarbeit in der Union organisieren. Der Europäische Rat, das Gremium der Staats- und Regierungschefs, gibt die allgemeinen politischen Prioritäten vor. Er ist eine übergeordnete Institution und nicht direkt an der Rechtssetzung der EU beteiligt. Seine Aufgabe besteht darin, Kompromisse zwischen den Mitgliedstaaten zu finden. Sein Vorsitz wechselt jedes halbe Jahr.

Die Bürger der EU wählen alle fünf Jahre das Europäische Parlament. Hier werden die Gesetze, die Richtlinien der Europäischen Union verabschiedet. Der gegenwärtige Parlamentspräsident ist der Italiener Antonio Tajani. Er folgte auf Martin Schulz und ist seit 2017 im Amt. Die Europäische Kommission ist die Exekutive der Union. Ihre Mitglieder, die Kommissare, werden von den Mitgliedstaaten ernannt und müssen sich vor dem Europäischen Parlament einer Anhörung stellen. Präsident der EU-Kommission ist der Luxemburger Jean-Claude Juncker.

Für die europäische Rechtsprechung ist der Europäische Gerichtshof mit Sitz in Luxemburg zuständig. Die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main und die nationalen Zentralbanken bilden zusammen das Eurosystem, das Zentralbankensystem des Euro-Währungsgebiets.

Diese zentralen Institutionen helfen dabei, zahlreiche Politikbereiche zu koordinieren und harmonisieren. Dazu zählt neben der Wirtschafts-, Finanz-, Außen-, Agrar-, Energie-, Umwelt- und Bildungspolitik auch die Arbeits- und Sozialpolitik.

Amtlicher Name:

Europäische Union

Amtssprache:

24 Amtssprachen

Sitz des Europäischen Parlaments:

Straßburg

Sitz des Europäischen Rates:

Brüssel

Sitz der Europäischen Kommission:

Brüssel

Gründungsjahr:

1951 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

1957 Römische Verträge (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und andere)

Einwohner (2016):

510,3 Millionen^{a), b), d)}

Bevölkerungsdichte (2015):

117,1 Einwohner pro km^{2 b)}

Währungen:

Euro und neun landeseigene Währungen: Britisches Pfund, Bulgarischer Lew, Dänische Krone, Kroatische Kuna, Polnischer Złoty, Rumänischer Leu, Schwedische Krone, Tschechische Krone, Ungarischer Forint



Fläche (2015): 4.373.700 km²
(ohne Überseegebiete)

Landesstruktur: 28 Mitgliedstaaten; ggf. zugehörige Staatsgebiete der acht Länder Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Vereinigtes Königreich, Niederlande, Portugal, Spanien

Geografie: Längster Fluss: Donau (2.857 km); höchster Berg: Mont Blanc (4.810 m); größter See: Vänern (5.519 km², Schweden)

^{a)} Vorläufiger Wert, ^{b)} Geschätzter Wert, ^{d)} Zeitreihenbruch



Präsident des Europäischen Parlaments:
Antonio Tajani (IT)



Präsident des Europäischen Rates:
Donald Tusk (PL)



Präsident der Europäischen Kommission:
Jean-Claude Juncker (LU)

Regierungswebsite:

<http://europa.eu>

Nationalfeiertag:

5. Mai: Europatag des Europarates (Gründung des Europarates 1949)

9. Mai: Europatag der Europäischen Union (Schuman-Erklärung 1950)

Politisches System:

Europäisches Parlament: Direktwahlen der Mitglieder alle fünf Jahre; Direktwahl des Parlamentspräsidenten alle zweieinhalb Jahre durch Europäisches Parlament; Wahl des Ratspräsidenten mit qualifizierter Mehrheit des Europäischen Rats alle zweieinhalb Jahre; Ernennung des Kommissionspräsidenten durch Europäischen Rat mit Zustimmung des Europäischen Parlaments alle fünf Jahre

Mitgliedschaften:

Einzelne Staaten der Europäischen Union sind Mitglieder der G7, G20, Nato, OECD, OSZE, UNO



Bruttoinlandsprodukt gesamt, in jeweiligen Preisen (2016):

14.819,6 Mrd. Euro

Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, in jeweiligen Preisen (2016):

29.000 Euro

Jahresdurchschnittseinkommen (netto, 2015):16.127 Euro^{b)}**Arbeitslosenquote (März 2017):**

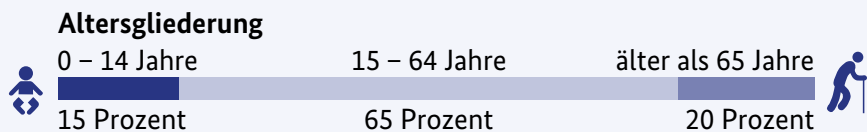
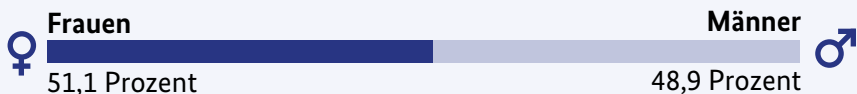
7,9 Prozent

Jugendarbeitslosigkeit (2016):

18,7 Prozent

Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss (2017):

77,0 Prozent

Bevölkerungsstruktur (2016):^{b)} Geschätzter Wert

Zum Vergleich der Werte der EU-28 insgesamt mit den einzelnen Ländern siehe die jeweiligen Tabellen der Mitgliedstaaten.

Institutionen der EU

Europäisches Parlament



Direkt gewähltes EU-Organ mit Zuständigkeit für Gesetzgebung, Aufsicht und Haushalt. 1952 als gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet. 1962 erste Versammlung als Europäisches Parlament, erste direkte Wahl 1979. Aktuell 751 Abgeordnete.

Präsident: Antonio Tajani

Standort: Straßburg (Frankreich), Brüssel (Belgien), Luxemburg

Internet: <http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Europäischer Rat



Bestimmung der allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten der Europäischen Union. Die Mitglieder sind die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder, Präsident der Europäischen Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Gegründet 1974 als informelles Forum, 1992 dann offizieller Status, 2009 schließlich offizielles EU-Organ.

Präsident: Donald Tusk

Standort: Brüssel, Belgien

Internet: <http://www.consilium.europa.eu/de/european-council>

Rat der Europäischen Union



Verhandelt und erlässt EU-Rechtsakte; koordiniert die Politik der Mitgliedstaaten der EU; entwickelt die Außen- und Sicherheitspolitik der Union mit; schließt internationale Abkommen; stellt mit dem Parlament den Haushaltsplan fest. Mitglieder sind Minister aus jedem EU-Land, je nach behandeltem Politikbereich. 1958 als Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegründet.

- Vorsitz:** Jedes EU-Land übernimmt wechselweise den Ratsvorsitz für sechs Monate
- Standort:** Brüssel, Belgien
- Internet:** <http://www.consilium.europa.eu/de/home>

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)



Legt EU-Recht aus und gewährleistet, dass es in allen EU Ländern auf die gleiche Weise angewendet wird. Der Gerichtshof besteht aus 28 Richtern und 11 Generalanwälten, die von den Mitgliedsländern einvernehmlich ernannt werden. Das Gericht besteht aus mindestens einem Richter je Mitgliedstaat. Die 7 Richter des Gerichts für den öffentlichen Dienst werden vom Rat ernannt.

- Standort:** Luxemburg
- Internet:** <http://curia.europa.eu>

Die Europäische Kommission

Europäische Kommission



Fördert die allgemeinen Interessen der EU durch Vorschläge für neue europäische Rechtsvorschriften und deren Durchsetzung. Setzt Strategien um und verwaltet den EU-Haushalt. Mitglieder sind ein Team – „Kollegium“ genannt – aus 28 Kommissionsmitgliedern, eines aus jedem EU-Land. Gegründet wurde die Kommission 1958.

Standort: Brüssel, Belgien

Internet: http://ec.europa.eu/index_de.htm

Der Präsident



Jean-Claude Juncker, Luxemburg
Präsident der Europäischen Kommission

Die Kommissare



Frans Timmermans, Niederlande
Erster Vizepräsident
Bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechtecharta



Federica Mogherini, Italien
Vizepräsidentin
Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik



Andrus Ansip, Estland
Vizepräsident
Digitaler Binnenmarkt



Maroš Šefčovič, Slowakei
Vizepräsident
Energieunion



Valdis Dombrovskis, Lettland
Vizepräsident
*Euro, sozialer Dialog, Finanzstabilität,
Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion*



Jyrki Katainen, Finnland
Vizepräsident
*Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und
Wettbewerbsfähigkeit*



Günther Oettinger, Deutschland
Haushalt und Personal



Johannes Hahn, Österreich
*Europäische Nachbarschaftspolitik und
Erweiterungsverhandlungen*



Cecilia Malmström, Schweden
Handel



Neven Mimica, Kroatien
Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung



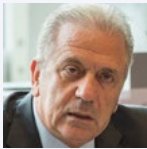
Miguel Arias Cañete, Spanien
Klimapolitik und Energie



Karmenu Vella, Malta
Umwelt, Meerespolitik und Fischerei



Vytenis Andriukaitis, Litauen
Gesundheit und Lebensmittelsicherheit



Dimitris Avramopoulos, Griechenland
Migration, Inneres und Bürgerschaft



Marianne Thyssen, Belgien
Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität



Pierre Moscovici, Frankreich
Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll



Christos Stylianides, Zypern
Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement



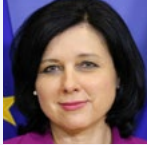
Phil Hogan, Irland
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung



Violeta Bulc, Slowenien
Verkehr



Elżbieta Bieńkowska, Polen
Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU



Věra Jourová, Tschechien
Justiz, Verbraucher und Gleichstellung



Tibor Navracsics, Ungarn
Bildung, Kultur, Jugend und Sport



Corina Crețu, Rumänien
Regionalpolitik



Margrethe Vestager, Dänemark
Wettbewerb



Carlos Moedas, Portugal
Forschung, Wissenschaft und Innovation



Julian King, Vereinigtes Königreich
Sicherheitsunion



Marija Iwanowa Gabriel, Bulgarien
Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

Zeittafel der Europäischen Union

1940er

1946, 19. September: Der britische Premierminister Winston Churchill spricht sich dafür aus, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen.

1949, 5. Mai: Gründung des Europarats mit Sitz in Straßburg.

1950er

1950, 9. Mai: Der französische Außenminister Robert Schuman legt seinen Plan vor, eine Europäische Gemeinschaft für Kohle- und Stahl (EGKS, „Montanunion“) zu gründen.

1951, 18. April: In Paris unterzeichnen Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande den Vertrag über die Montanunion, den ersten europäischen Vertrag. Damit wird zugleich die „Gemeinsame Versammlung“ geschaffen, der Vorläufer des Europäischen Parlaments.

1952, 23. Juli: Der Vertrag über die Montanunion tritt in Kraft.

1957, 25. März: Im Kapitol in Rom werden die Verträge zur Gründung der EWG und EAG (Euratom) unterzeichnet („Römische Verträge“). Der EWG-Vertrag schreibt als Ziel der europäischen Integration fest, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. In den Römischen Verträgen werden auch die Regeln für den Europäischen Sozialfonds (ESF) erstmals niedergelegt. Seine Aufgabe besteht damals darin, die Beschäftigungsmöglichkeiten und die örtliche und berufliche Mobilität der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft zu fördern. Der deutsche



18. April 1951: Paul van Zeeland (Belgien), Joseph Bech (Luxemburg), Joseph Meurice (Belgien), Graf Carlo Sforza (Italien), Robert Schuman (Frankreich), Konrad Adenauer (Deutschland), Dirk Stikker (Niederlande) und Johannes van den Brink (Niederlande) (v. l. n. r.).

Bundeskanzler Konrad Adenauer sagt bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge: „Die Einheit Europas war ein Traum Weniger. Sie wurde eine Hoffnung für Viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für Alle.“

1958, 1. Januar:

Die Römischen Verträge treten in Kraft. Die drei Gemeinschaften werden zusammen auch als Europäische Gemeinschaften (EG) bezeichnet.

1960er

1960, 4. Januar:

Der Vertrag zur Gründung der European Free Trade Association (EFTA) wird von Dänemark, dem Vereinigten Königreich, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz unterzeichnet.

1961, Juli/August:

Irland, das Vereinigte Königreich und Dänemark beantragen die Mitgliedschaft in der EWG.

1961, 18. Oktober:

Feierliche Verabschiedung der „Europäischen Sozialcharta“ durch den Europarat. Sie regelt in Art. 1 bis 19 unter anderem die Grundrechte auf

Arbeit, Ausbildung, Schutz der Gesundheit, Soziale Sicherheit, Schutz der Familie und die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

- 1962: Die Abgeordneten der Gemeinsamen Versammlung benennen diese um in „Europäisches Parlament“.
- 1963, 28. Januar: Die Beitrittsverhandlungen mit Irland, dem Vereinigten Königreich und Dänemark werden nach dem Veto Frankreichs abgebrochen.
- 1965, 8. April: Der Vertrag über die Fusion der Exekutivorgane der drei Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, Euratom) wird unterzeichnet.
- 1967, 1. Juli: Der Fusionsvertrag tritt in Kraft.
- 1967, 1. Mai: Das Vereinigte Königreich beantragt ein zweites Mal den Beitritt zur EG. Irland und Dänemark folgen.

Demonstrationen in Den Haag im Dezember 1969.



- 1967, 18./19. Dezember: Frankreich legt erneut sein Veto gegen die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich ein.
- 1968, 1. Juli: Die EG verwirklicht die Zollunion: Alle Binnenzölle für gewerbliche Erzeugnisse werden abgeschafft und ein gemeinsamer Außenzoll gegenüber Drittländern eingeführt.
- 1969, 1./2. Dezember: In Den Haag beraten die EG-Staats- und Regierungschefs über die Vollendung des Binnenmarkts, die Vertiefung der Integration und die Erweiterung der Gemeinschaft. Sie beschließen, den Einigungsprozess zu beschleunigen, die politische Zusammenarbeit zu verstärken und bis 1980 stufenweise eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) einzuführen.

1970er

- 1970, 1. Januar: Beginn der gemeinsamen Außenhandelspolitik der EG.
- 1970, 22. April: Unterzeichnung des „Luxemburger Vertrags“ zur stufenweisen Einführung eines Eigenmittelsystems und erweiterten Haushaltskompetenzen des Europäischen Parlaments.
- 1971, 1. Januar: Der Luxemburger Vertrag tritt in Kraft.
- 1971, 9. Februar: Der Ministerrat beschließt, die WWU stufenweise einzuführen.
- 1972, 24. April: Gründung des Europäischen Wechselkursverbundes: Der Rat und die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten vereinbaren, die Wechselkurse ihrer Währungen künftig nur innerhalb einer festgelegten Bandbreite schwanken zu lassen.

- 1972, 19./20. Oktober: Die EG-Staats- und Regierungschefs beschließen, die Gemeinschaft zur Europäischen Union (EU) weiterzuentwickeln. Sie verabschieden auch den Zeitplan für die Einführung der WWU.
- 1973, 1. Januar: Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich treten der EWG bei.
- 1973, 11./12. März: Das Vereinigte Königreich, Irland und Italien beschließen, nicht am Währungsverbund teilzunehmen.
- 1973, 19. Juli: Der Europäische Rat verabschiedet ein erstes Aktionsprogramm zum Umweltschutz.
- 1974, 21. Januar: Die Arbeits- und Sozialminister einigen sich auf ein sozialpolitisches Programm. Demnach erhält die EG Zuständigkeiten für Beschäftigungsfragen, Fragen der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Beteiligung der Sozialpartner an sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen.
- 1974, 11. Oktober: Die EG erhält Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen.
- 1975, 5. Juni: In einem Referendum stimmt die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs für den Verbleib in der EG.
- 1978, 6./7. Juli: Der Europäische Rat macht den Weg frei für ein Europäisches Währungssystem (EWS) und damit für die Schaffung einer europäischen Währungseinheit.
- 1978, 4./5. Dezember: Der Europäische Rat beschließt das Inkrafttreten des EWS zum 1. Januar 1979. Damit entsteht die Europäische Währungseinheit (ECU).

- 1979, 7.-10. Juni: In den EG-Mitgliedstaaten wird zum ersten Mal das Europäische Parlament von den Bürgern direkt gewählt.
- 1979, 17.-20. Juli: In Straßburg tritt das direkt gewählte Europäische Parlament erstmals zusammen. Erste Parlamentspräsidentin wird die Französin Simone Veil.

1980er

- 1981, 1. Januar: Griechenland wird zehntes EG-Mitglied.
- 1983, 19. Juni: Die zehn Mitgliedstaaten erklären feierlich, dass sie eine Europäische Union gründen wollen.
- 1985, 7. Januar: Jacques Delors wird Präsident der Europäischen Kommission.

Das Europäische Parlament.





Fall der Berliner Mauer.

- 1985, 15. Juni: Im luxemburgischen Schengen unterzeichnen Belgien, Frankreich, die Niederlande, Luxemburg und die Bundesrepublik Deutschland ein Abkommen, um alle Personenkontrollen an den Binnengrenzen dieser Länder zu beenden.
- 1986, 1. Januar: Spanien und Portugal treten der EG bei. Sie hat jetzt zwölf Mitglieder.
- 1989, 29. Juni: Spanien tritt dem EWS bei.
- 1989, 9. November: In Berlin fällt die Mauer.
- 1990er** _____
- 1990, 19. Juni: Mit dem Inkrafttreten der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion besteht nun auch eine Zollunion zwischen der EG und der DDR.

- 1990, 1. Juli: Die erste Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) beginnt.
- 1990, 3. Oktober: Tag der deutschen Einheit. Der Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vereinigt beide Staaten. Die fünf neuen Bundesländer gehören damit der EG an.
- 1990, 8. Oktober: Das Vereinigte Königreich wird zehntes Mitglied des EWS.
- 1991, 25. Juni: Spanien und Portugal treten dem Abkommen von Schengen bei.
- 1991, 9./10. Dezember: Beim Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Maastricht einigen sich die Staats- und Regierungschefs auf den Vertrag über die Europäische Union.
- 1992, 7. Februar: Der Vertrag über die Europäische Union wird von den Außen- und Finanzministern der Mitgliedstaaten in Maastricht unterzeichnet.
- 1992, 2. Mai: Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) wird unterzeichnet.
- 1993, 1. Januar: Der Europäische Binnenmarkt tritt in Kraft. Damit entsteht ein Wirtschaftsraum ohne Binnengrenzen, der den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital garantiert.
- 1993, 2. Juni: Die Innen- und Justizminister der Mitgliedstaaten beschließen, die europäische Polizeibehörde EUROPOL einzurichten.
- 1993, 29. Oktober: Auf dem EG-Sondergipfel in Brüssel legen die zwölf EU-Regierungschefs fest, dass Frankfurt am Main Sitz des Europäischen Währungsinstituts (EWI) und der künftigen Europäischen Zentralbank (EZB) wird.

- 1993, 1. November: Der Vertrag von Maastricht tritt in Kraft. Die Europäische Union (EU) ist damit gegründet.
- 1994, 1. Januar: Die zweite Stufe der WWU beginnt. In Frankfurt nimmt das EWI seine Arbeit auf.
- 1994, 27. Juli: Die Europäische Kommission nimmt ein Weißbuch zur europäischen Sozialpolitik an.
- 1995, 1. Januar: Österreich, Finnland und Schweden treten der EU bei. Sie hat jetzt 15 Mitglieder.
- 1995, 26. März: Die Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Schengen-Staaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Spanien und Portugal – fallen weg.
- 1995, 15./16. Dezember: In Madrid bestätigt der Europäische Rat in Madrid, dass die Gemeinschaftswährung „Euro“ zum 1. Januar 1999 eingeführt werden soll.
- 1997, 16. Juli: Die Europäische Kommission legt in der „Agenda 2000“ ihre Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der EU bis zum Jahr 2006 vor und gibt ihre Stellungnahme zu den Beitrittsanträgen der zehn mittel- und osteuropäischen Kandidaten ab.
- 1998, 1.-3. Mai: Die Staats- und Regierungschefs der EU entscheiden, welche Länder von Anfang an bei der Wirtschafts- und Währungsunion dabei sein sollen: Elf EU-Mitgliedstaaten werden am 1. Januar 1999 den Euro als gemeinsame Währung einführen. Der Niederländer Wim Duisenberg wird erster Präsident der Europäischen Zentralbank.



Luc Luyckx, der Gewinner des Euro-Designwettbewerbs.

- 1998, 1. Juni: In Frankfurt am Main nimmt die Europäische Zentralbank mit der konstituierenden Sitzung des EZB-Rats die Arbeit auf.
- 1998, 15./16. Juni: Auf ihrem Gipfeltreffen in Cardiff beraten die EU-Staats- und Regierungschefs über Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, die soziale Integration und das weitere Vorgehen bei der Agenda 2000.
- 1998, 31. Dezember: In Brüssel legen die Wirtschafts- und Finanzminister der elf Euro-Länder die Umrechnungskurse zwischen dem Euro und den Teilnehmerwährungen unwiderruflich fest.
- 1999, 1. Januar: Die dritte Stufe der WWU tritt in Kraft. Der Euro wird künftig die gemeinsame Währung der elf Teilnehmerländer. Die EZB ist von jetzt an für die europäische Geldpolitik zuständig.
- 1999, 10./11. November: In Helsinki machen die EU-Staats- und Regierungschefs den Weg frei für die Erweiterung der Gemeinschaft. Mit insgesamt 12 Staaten sollen Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden.

2000er

- 2000, 10. Dezember: Der Europäische Rat beschließt den Vertrag von Nizza. Er macht in vielen Bereichen Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit statt mit Einstimmigkeit möglich. Gleichzeitig wird die Europäische Charta der Grundrechte verkündet. Das Modell für einen Großteil der Normen dieser Charta bilden die Sozialcharta von 1961 und die bereits 1950 in Rom unterzeichnete Menschenrechtskonvention.
- 2001, 1. Januar: Der Euro wird in den zwölf Mitgliedstaaten der Währungsunion als offizielles Zahlungsmittel eingeführt.
- 2004, 1. Mai: Die EU hat von nun an zehn weitere Mitglieder: Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Ungarn, Zypern und Malta.
- 2004, 18. Juni: Der Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union wird vom EU-Gipfel in Brüssel gebilligt.

Die formelle Unterzeichnung des im Dezember 2000 beschlossenen Vertrags von Nizza fand im Februar 2001 statt.



- 2004, 29. Oktober: In Rom unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs den Vertrag über eine Verfassung für Europa. Der Vertrag wird jedoch nicht von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert, sodass er nicht in Kraft tritt.
- 2005, 3. Oktober: Der Europäische Rat stimmt dafür, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen.
- 2007, 1. Januar: Bulgarien und Rumänien werden Mitglied der Europäischen Union.
- 2007, 1. Januar: Slowenien führt als erstes der neuen EU-Mitgliedsländer den Euro ein.
- 2007, 19. Januar: Der „Europäische Fonds zur Anpassung an die Globalisierung“ (EGF) tritt als ein beschäftigungspolitisches Instrument der EU in Kraft.
- 2007, 25. März: Die Europäische Union feiert den fünfzigsten Jahrestag der Römischen Verträge. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer betonen in der Berliner Erklärung die Bedeutung einer europäischen Wertegemeinschaft.
- 2007, 12. Dezember: Im Europäischen Parlament in Straßburg unterzeichnen Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering, José Manuel Barroso, der Präsident der EU-Kommission, und der portugiesische Regierungschef und Ratspräsident José Sócrates die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.
- 2007, 13. Dezember: Die Vertreter der 27 EU-Staaten unterzeichnen den Vertrag von Lissabon. Dieser reformiert die vorherigen Verträge. Der neue Vertrag soll die EU transparenter, demokratischer und effizienter machen. So stärkt er unter anderem die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtsetzung der

- Union und erweitert die Kompetenzen des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik.
- 2007, 21. Dezember: Der Schengen-Raums wird um Estland, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Lettland, Malta, Litauen, die Slowakei und Slowenien erweitert.
- 2008, 1. Januar: Zypern und Malta führen den Euro ein.
- 2008, 7. September: Die Weltwirtschaft wird von einer schweren Finanzkrise getroffen.
- 2008, 12. Dezember: Auch die Schweiz wird Schengen-Mitglied.
- 2009, 1. Januar: Die Slowakei führt als 16. Land den Euro ein.
- 2009, 1. Dezember: Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft. Damit wird auch die Charta der Grundrechte verbindlich.

2010er

- 2010: Im Gefolge der globalen Finanzkrise kommt es zu einer Krise der Europäischen Währungsunion. Sie wirkt sich in verschiedenen Mitgliedstaaten als Staatsschuldenkrise, Bankenkrise und Wirtschaftskrise aus. Am stärksten betroffen sind Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Irland, Zypern und Slowenien. Als sogenannter Rettungsschirm wird der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen.
- 2011, 1. Januar: Estland führt den Euro ein.
- 2012, 10. Dezember: Die Europäische Union wird für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.



Herman van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments (v. l. n. r.) nehmen am 10. Dezember 2012 die Auszeichnung des Friedensnobelpreises für die Europäische Union entgegen.

- 2013, 1. Juli: Kroatien tritt als 28. Mitglied der EU bei.
- 2014, 1. Januar: Lettland führt den Euro ein.
- 2014, 15. Juli: Das Europäische Parlament wählt gemäß dem Vertrag von Lissabon erstmals den Präsidenten der EU-Kommission: Jean-Claude Juncker aus Luxemburg.
- 2015, 1. Januar: Auch Litauen führt den Euro ein.
- 2016, 18. März: Die EU und die Türkei schließen ein Abkommen über die Rückführung syrischer Flüchtlinge.
- 2016, 23. Juni: Das Vereinigte Königreich stimmt in einem Referendum für den Austritt aus der EU, den Brexit.
- 2017, 19. Juni: In Brüssel kommen erstmals die Unterhändler zusammen, um über den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs zu sprechen.

Links

**Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
(European Union Agency for Fundamental Rights)**

<http://fra.europa.eu/de>

**Akademische Netzwerk für europäische Behindertenpolitik
(Academic Network of European Disability Experts)**

www.disability-europe.net/de

Auswärtiges Amt

www.auswaertiges-amt.de

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen

www.behindertenbeauftragte.de/DE/Themen/Internationales/EU/EU_node.html

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

www.bmas.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

www.bmfsfj.de

Bundeszentrale für politische Bildung

www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union

Der Europäische Bürgerbeauftragte:

www.ombudsman.europa.eu/home/de/default.htm

Die Europäische Krankenversicherungskarte:

www.ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=559&langId=de

EU-Büro des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

www.eubuero.de

EURES – Das europäische Portal zur beruflichen Mobilität

www.ec.europa.eu/eures

Europa – Das Portal der Europäischen Union

www.europa.eu

Das Europäische Semester

https://ec.europa.eu/info/strategy/european-semester_de

Europa – Zugang zum EU-Recht

www.eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de

**Europa – Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung,
Arbeitsrecht und Arbeitsorganisation**

www.europa.eu/legislation_summaries/employment_and_social_policy/employment_rights_and_work_organisation/index_de.htm

Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz

www.osha.europa.eu/de

Europäische Kommission

www.ec.europa.eu

**Europäische Kommission – Beschäftigung, Soziales, Integration
Koordinierung der Sozialversicherungssysteme in der EU/Arbeitsrecht**

www.ec.europa.eu/social

Europäische Kommission – Der Europäische Sozialfonds

www.ec.europa.eu/esf

Europäische Kommission – Ihr Europa

www.ec.europa.eu/youreurope

Europäische Publikationen

www.bookshop.europa.eu

Europäische Union - Gesundheitsversorgung in der EU

https://europa.eu/european-union/life/healthcare_de

Europäische Union - Statistiken und Meinungsumfragen

https://europa.eu/european-union/documents-publications/statistics_de

Europäischer Rat

www.consilium.europa.eu

Europäischer Sozialfonds für Deutschland

www.esf.de

Europäisches Parlament

www.europarl.europa.eu/portal/de

Europe Direct – Zentraler Informationsdienst

www.europa.eu/european-union/contact_de

Eurostat - Ihr Schlüssel zur europäischen Statistik

www.ec.europa.eu/eurostat/de

Historisches Archiv der Europäischen Union

www.eui.eu/Research/HistoricalArchivesOfEU

Informationen der Europäischen Union für Kinder

www.europa.eu/kids-corner/countries/flash/index_de.htm

**Informationen über das Mitbestimmungsrecht von
Arbeitern und Angestellten in der EU**

www.de.worker-participation.eu/

Koordinierung der Sozialversicherungssysteme in der EU

www.ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=849&langId=de

MISSOC. Gegenseitiges Informationssystem für soziale Sicherheit
www.missoc.org

Sozialkompass Europa
www.sozialkompass.eu

**Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland
bei der Europäischen Union Brüssel**
www.bruessel-eu.diplo.de/

Der „Sozialkompass Europa“

Die Datenbank

Sozialkompass Europa. Soziale Sicherheit im Vergleich, V 7.0



Das zentrale Element des „Sozialkompass Europa“ ist eine umfangreiche Fakten- und Datensammlung. Diese Informationsfülle ist als Datenbank tabellarisch aufbereitet und bietet dem Nutzer die Möglichkeit, die einzelnen Felder des sozialen Lebens einfach, übersichtlich und schnell zu vergleichen. Die interaktive Datenbank ist im Internet frei zugänglich. Zusätzlich können die Daten heruntergeladen werden beziehungsweise sind Sie auf der separat publizierten DVD zu finden.

www.sozialkompass.eu

DVD

Datenbank Sozialkompass Europa, V 7.0 Mit sämtlichen Begleit- und Hilfetexten



Die DVD „Datenbank Sozialkompass Europa 7.0“ enthält den kompletten Inhalt der Datenbank „Sozialkompass Europa“ in PDF- und Excel-Format. Die Datenbank enthält Tabellen, die die Unterschiede und die Übereinstimmungen der jeweiligen nationalen Sicherungssysteme sichtbar machen. Die DVD enthält außerdem die Broschüren: „Sozialkompass Europa“, „Soziales Europa von A-Z“, „Europäische Sozialpolitik. Ein Wegweiser durch das

Internet“, „Die Länder Europas“ und die „FAQ“ zum Sozialkompass Europa sowie Hilfetexte zur Nutzung der Datenbank. Weiterhin: Begleittexte in Leichter Sprache und in Deutscher Gebärdensprache sowie ergänzende Publikationen des BMAS rund um das soziale Europa.

Bestellnummer D801

Druckversionen

Sozialkompass Europa. Soziale Sicherheit im Vergleich Begleittexte zur Datenbank, 8. Auflage 2017



In dieser Broschüre erhalten interessierte Leser einen Einblick in die Entwicklung der Sozialsysteme der Europäischen Union. Außerdem werden die verschiedenen Zweige der sozialen Sicherung in den 28 EU-Mitgliedstaaten miteinander verglichen. Die Datenbasis bildet die interaktive Datenbank „Sozialkompass Europa“, die ebenso wie die Broschüre jährlich aktualisiert wird. Insgesamt werden 15 Themen dargestellt: Familie, Mutterschaft, Krankheit, Pflege, Behinderung, Entgeltfortzahlung, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfall, Invalidität, Alter, Hinterbliebene, Kündigung, Mitbestimmung, Arbeitsstreitigkeiten und Soziale Notlagen.

Bestellnummer A801

Die Länder Europas. Zahlen und Fakten zur sozialen Sicherung, 4. Auflage 2017



Die Publikation stellt die europäischen Sozialsysteme mithilfe von anschaulichen Grafiken dar. Die Zahlen der einzelnen Länder der EU stehen dabei stets im direkten Vergleich zu Deutschland und der EU. Außerdem wird jedes Land mit einem ausführlichen Länderprofil vorgestellt: Neben allgemeinen Informationen zum politischen System und den Ausgaben für die verschiedenen Bereiche der Sozialpolitik (Sozialschutz, Renten, Gesundheitsversorgung, Familie und Kinder, Invalide) bietet die Publikation einen Überblick über die Arbeitslosenquote, das BIP, die Bevölkerungsstruktur und die Rate der von erheblicher materieller Entbehrung Betroffenen.

Bestellnummer A871

Soziales Europa von A-Z. Glossar sozialpolitischer Grundbegriffe, 3. Auflage 2017



Das Glossar zum Sozialkompass Europa bietet Erklärungen und Definitionen wichtiger sozialpolitischer Grundbegriffe mit zahlreichen Verweisen und Quellenangaben. Es vereinfacht zudem das Arbeiten mit der interaktiven Datenbank „Sozialkompass Europa“. Die Publikation unterstützt den Einsatz der Datenbank in Schulen und Bildungseinrichtungen; sie ist ebenso für alle an sozial- und europapolitischen Themen interessierten Bürger gedacht. Das PDF bietet denselben Umfang wie die Online-Version auf www.sozialkompass.eu.

Bestellnummer A798

Europäische Sozialpolitik. Ein Wegweiser durch das Internet, 2017



Diese Sammlung von wichtigen und interessanten Internetadressen aus der gesamten EU kann auf www.sozialkompass.eu aufgerufen und vom Nutzer nach Themen oder Ländern sortiert werden. Innerhalb der einzelnen Länder orientiert sich die Gliederung der Links an den Themen der Datenbank „Sozialkompass Europa“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Links zu den Bereichen EU-Infos, Einwanderung, Europaweite Bildung, Gesetze, Reisen und Tourismus und Sozialversicherung ergänzen das Informationsangebot. Die Links stehen auch als PDF auf der Sozialkompass-DVD zur Verfügung.

Publikationen in Leichter Sprache



Hilfetexte in Leichter Sprache

Zum Sozialkompass Europa gibt es Texte in Leichter Sprache: Die Hilfetexte in Leichter Sprache, die die Nutzung der Datenbank erklären, und Neuigkeiten über Europa in Leichter Sprache. Alle Texte sind im Internet als PDF verfügbar unter

<http://www.sozialkompass.eu/leichte-sprache.html>

Rat-Geber für Menschen mit Behinderungen in der Europäischen Union in Leichter Sprache



Hier wird ein Überblick in Leichter Sprache über die staatlichen Hilfen für Menschen mit Behinderungen in der Europäischen Union angeboten. Die Themen reichen von Lernen, Arbeiten und Inklusion bis hin zu den Hilfen für Menschen mit Behinderungen. Auch die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Ziele der EU werden thematisiert.

Bestellnummer A812L

Rat-Geber für Menschen mit Behinderungen in Leichter Sprache



Die Publikation enthält Informationen zum Thema Behinderung in Deutschland. Sie erklärt die wesentlichen Fakten in Leichter Sprache und gibt Menschen mit Behinderungen Tipps für das alltägliche Leben, zum Beispiel zu den Bereichen Kindheit, Lernen und Gesundheit. Im Anhang befindet sich eine Übersicht über weitere interessante und nützliche Publikationen in Leichter Sprache.

Bestellnummer A749

Englischsprachige Publikationen

Die englischen Versionen enthalten die komplette Übersetzung der jeweiligen deutschen Broschüre und sind vom Inhalt her identisch. Sie sind alle zum Download erhältlich, die Broschüre "Social Security Compass. Social security in comparison" kann darüber hinaus als Druckfassung bestellt werden.



**Social Security Compass.
Social security in comparison
8th edition**

Bestellnummer A802



**The Countries of Europe.
Facts and key figures
4th edition**

Bestellnummer A871E

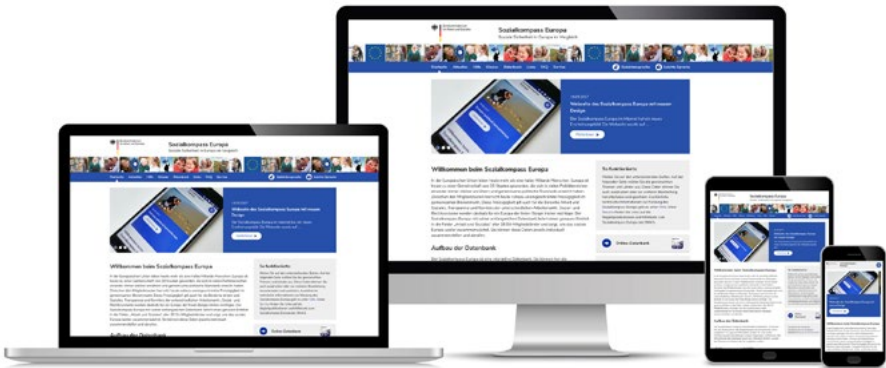


**Social Europe from A to Z.
A glossary of basic sociopolitical terms
3rd edition**

Bestellnummer A798E

Weitere Funktionen der Internetseite

Die Seite www.sozialkompass.eu bietet neben der Online-Datenbank „Sozialkompass Europa“ viele weitere nützliche Funktionen. Neben einem umfassenden **interaktiven Glossar** zur Sozialpolitik finden Sie **aktuelle Nachrichten** und Informationen zur sozialen Sicherung in der EU – auch in **Leichter Sprache**. Zudem steht dem Nutzer ein umfassendes **FAQ** mit den wichtigsten Fragen rund um den „Sozialkompass Europa“ sowie eine umfangreiche **Linksammlung** mit wichtigen und interessanten Internetadressen aus jedem EU-Land zur Verfügung.



Bestellhinweis

Sie können alle Publikationen rund um den Sozialkompass auf der Seite www.bmas.de herunterladen. Am einfachsten finden Sie die gewünschte Publikation, in dem sie die Bestellnummer im Suchfeld eingeben. Sie werden dann durch den Bestellvorgang geführt. Weitere Informationen zu den Bestellungen und Kontaktmöglichkeiten finden Sie auch auf Seite 388 in dieser Broschüre.

Das Medienpaket „Sozialpolitik“

„Sozialpolitik“ ist ein Medienpaket zu den Themen soziale Sicherung, Sozialstaat und Berufswelt in Deutschland und Europa. Die Print- und Online-Materialien unterstützen Lehrerinnen und Lehrer, den Unterricht zum Thema Sozialpolitik vorzubereiten, indem sie

- didaktisch-methodische Grundüberlegungen und Kompetenzen im Rahmen der Lehrpläne aufgreifen,
- modular aufbereitete Sachinformationen für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II in Form von Texten, Schaubildern, Zitaten, Standpunkten und Karikaturen vorstellen,
- binnendifferenzierte Arbeitsaufträge für gestufte Anforderungsbereiche bieten,
- Arbeitsblätter für eine Ergebnissicherung der Fachkompetenzen bereitstellen,
- Hintergrundinformationen für eine vertiefende Recherche im Internet zur Verfügung stellen,
- Materialien für den inklusiven Unterricht bereithalten, zum Beispiel Schülermaterialien in Leichter Sprache, Videos in Deutscher Gebärdensprache auf der barrierefreien Internetseite und alle Materialien als barrierefreie PDF-Dateien zum Herunterladen.

Die Medien orientieren sich dabei an der Lebenswelt junger Menschen und machen deutlich, wie Sozialpolitik und die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Sozialstaats jeden Einzelnen betreffen.



Die Internetplattform



Die Internetplattform www.sozialpolitik.com bietet eine Materialdatenbank mit allen PDF-Dateien der gedruckten Hefte und Folien sowie ergänzenden Arbeitsblättern und Schaubildern. Sie umfasst mehr als 300 Materialien für den Unterricht, die kostenlos heruntergeladen werden können. Jeden Monat kommen neue aktuelle Materialien dazu. Einige Arbeitsblätter sind in Leichter Sprache. Außerdem gibt es jeweils ein Lexikon in Alltagsprache und Leichter Sprache, in dem wichtige Begriffe zur Berufswelt und sozialen Sicherheit erklärt werden.

Schülermagazin, Lehrerinfo, Folien



Mit dem Schülermagazin können Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II selbstständig oder in Gruppen grundlegende Informationen zur staatlichen Sozialpolitik erarbeiten. Das Magazin ist in vier Themenbereiche gegliedert: Politik, Berufswelt, Inklusion und Sicherheit. Zitate oder Fallbeispiele führen in die Themen ein. Schaubilder und Quellentexte verschiedener Interessengruppen sensibilisieren für kontroverse gesellschaftliche Diskussionen. Arbeitsaufträge zu jeder Doppelseite bieten Möglichkeiten für eine tiefer gehende Auseinandersetzung.

Die Lehrerinformation bietet Anregungen zum methodisch-didaktischen Einsatz des Medienpakets „Sozialpolitik“ im Unterricht und enthält Arbeitsblätter zu den Kapiteln des Schülermagazins. Der Foliensatz bietet ergänzende Schaubilder und Arbeitsaufgaben.

Arbeitshefte, Sekundarstufe I

In zwei Arbeitsheften für die Klassen 7 bis 9 werden Grundkenntnisse zur gesetzlichen Sozialversicherung in Deutschland und zur Sozialpolitik in Europa vermittelt. Folgende Aspekte stehen im Mittelpunkt:



Arbeitsheft „Grundwissen Sozialversicherung“:

- Soziale Sicherung und soziale Gerechtigkeit
- System der Sozialversicherung
- Finanzierung des sozialen Sicherungssystems



Arbeitsheft „Grundwissen soziales Europa“:

- Leben, ausbilden und arbeiten in Europa
- Mitbestimmung der Bürger der Europäischen Union
- Soziale Sicherheit in der Europäischen Union

Arbeitsheft, Sekundarstufe II

Das Arbeitsheft „Grundwissen soziale Globalisierung“ informiert über die Chancen und Herausforderungen der Globalisierung und die Rolle der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20):

- Förderung nachhaltiger globaler Lieferketten
- Frauenerwerbstätigkeit
- Zukunft der Arbeit
- Integration von Migranten und Geflüchteten
- Förderung der Jugendbeschäftigung und des sozialen Dialogs



„Sozialpolitik“ für den inklusiven Unterricht

Die Materialien „Sozialpolitik“ können im inklusiven Unterricht eingesetzt werden. Ziel ist es, allen Schülerinnen und Schülern gleichermaßen den Zugriff auf die wichtigsten Informationen zum Thema Sozialpolitik zu ermöglichen, unabhängig von deren Sprachvermögen oder der körperlichen und kognitiven Leistungsfähigkeit. Folgende Materialien stehen zur Verfügung:



Arbeitsheft und Arbeitsblätter in Leichter Sprache:

Das Arbeitsheft „Grundwissen Sozialversicherung“ wurde inhaltlich und gestalterisch so aufbereitet, dass es auch für Schülerinnen und Schüler mit Lern- oder Sprachschwierigkeiten verständlich ist. Jedes Quartal erscheint im Internet zusätzlich ein Arbeitsblatt in Leichter Sprache.

Lexikon und Leitfäden in Leichter Sprache, Gebärdensprachvideos:

Im Online-Lexikon werden wichtige Begriffe zur Arbeitswelt und zur sozialen Sicherung in Leichter Sprache erklärt. Zusätzlich gibt es Leitfäden zum Medienpaket „Sozialpolitik“ in Leichter Sprache und in Deutscher Gebärdensprache.

Barrierefreiheit gemäß BITV 2.0:

Sowohl die Internetseite www.sozialpolitik.com als auch die PDF-Dateien der gedruckten Materialien können von Sprachausgaben am Computer vorgelesen werden. Für Grafiken und Fotos werden Alternativtexte angeboten, Schriftgrößen können individuell verändert werden, deutliche Kontraste erleichtern das Lesen.

Bestellhinweis:

Schulen können die Hefte in Klassensätzen kostenlos beziehen:

Bestellservice Jugend und Bildung, 65341 Eltville

Fax: 0 61 23 9 23 82 44

E-Mail: jubi@vuservice.de

Internet: www.sozialpolitik.com oder www.jubi-shop.de

Bestellhinweis

Best.-Nr.: A 871 „Die Länder Europas. Zahlen und Fakten
zur sozialen Sicherung“ 4. Auflage 2017
A 871e „The countries of Europe. Facts and key figures“
4th edition 2017 (nur zum Download erhältlich)

Telefon: 030 18 272 272 1

Telefax: 030 18 10 272 272 1

Schriftlich: Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Internet: www.bmas.de

Wenn Sie aus dieser Publikation zitieren, dann bitte mit genauer Angabe des Herausgebers, des Titels und des Stands der Veröffentlichung. Bitte senden Sie zusätzlich ein Belegexemplar an den Herausgeber.

Impressum

Herausgeber: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Referat Information, Publikation, Redaktion
53107 Bonn

4. Auflage, Dezember 2017

Konzeption, Redaktion, Gestaltung:
heimbüchel pr, Köln
www.heimbuechel.de

Text: Dr. Bernd Heimbüchel, Tasso Griep

Redaktionelle Mitarbeit:
Kirsten Scholz

Lektorat: Ute Heimbüchel, Ellen Wurster

Layout: Ellen Sturm

Druck: Bundesministerium für Arbeit und Soziales,
Hausdruckerei

Bildnachweis:

123rf, www.123rf.com (agurovic, alevol, anizza, antonchalakov, anyaianova, birillo81, bloodna, chris_elwell, chrisdorney, dbajurin, deanpictures, dennisdwater, evgeshag, famveldman, freeartist, gbh007, geothea, gkoutouridis, hauhu, ingehogenbijn, jakobradlgruber, janoka82, jenifoto, jessmine, jovannig, katso, kirillm, kotangens, krasnevsky, mandrugadaverde, maridav, masterlu, matthi, mikewaters, mizio1970, nataliaderiabina, neirfy, nui7711, pablo1960, packshot, palinchak, pillers, radub85, rudi1976, sborisov, scanrail, sepavo, serrnovik, slava133, stockbroker, stravrida, stylephotographs, tomas1111, totalpics, tretjak, tupungato, udra, underwaterstas, vichie81, victorgrow, viewapart, vili45, zechal, zerfart, zoradim); www.andrzejduda.pl; berlin.mae.ro/de; www.casareales; www.cdep.ro; creative collection (cc), www.ccvision.de; Digitales Bildarchiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, www.bundesbildstelle.de (Steffen Kugler); Erik Peinar; Ernests Dinka, Saeimas Administrācija; Europäische Kommission, www.ec.europa.eu; Europäische Union, audiovisual.europarl.europa.eu, www.ec.europa.eu/avservices; www.elysee.fr (Soazig de la Moissonniere) Flickr, www.flickr.com (Plattform Obywatelska RP, UK Home Office); Fotolia, www.fotolia.de (CB94, contrast-werkstatt, idee 23, Robert Kneschke, steheap, Tramper2, Yvan, Zoe); Fotoservice des Bundeskanzleramtes Österreich (Faymann); Gemeinsam für Van der Bellen - Verein; www.gouvernement.fr; www.inclusion-europe.com; www.interieur.gouv.fr; www.kanzlei.belgium.be; www.keh.hu; www.koninkjhuis.nl; www.kungahuset.se (Anna-Lena Ahlström); www.lrp.lt; www.lrv.lt; www.luxemburg.lu; MEV, www.mev.de (Claude Bousquet); www.mfa.gov.hu/kulkepvisolet/de/de; www.mfa.gr/germany/de/; moi.gov.cy; www.nobelprize.org (Nobel Media AB 2015. Alexander Mahmoud); www.norden.org (Johannes Jansson); Office of the government of the republic of Lithuania; Palazzo Chigi; Peter Lechner/HBF; PiS, pis.org.pl; portugal.gov.pt; www.president.ie; www.prezident.sk; www.predsjednica.hr (Grabar Sluzbena fotografija); www.quirinale.it; www.regeringen.se; www.rijksoverheid.nl; www.rov.ro; www.saeima.lv; www.valtioneuvosto.fi; Wikimedia (Partit Laburista)

Bürgertelefon

Montag bis Donnerstag von 8 bis 20 Uhr
Sie fragen – wir antworten

Rente:

030 221 911 001

Unfallversicherung/Ehrenamt:

030 221 911 002

Arbeitsmarktpolitik und -förderung:

030 221 911 003

Arbeitsrecht:

030 221 911 004

Teilzeit, Altersteilzeit, Minijobs:

030 221 911 005

Informationen für Menschen mit Behinderungen:

030 221 911 006

Europäischer Sozialfonds/Soziales Europa:

030 221 991 007

Mitarbeiterkapitalbeteiligung:

030 221 911 008

Informationen zum Bildungspaket:

030 221 911 009

Informationen zum Mindestlohn:

030 60 28 00 28

Gehörlosen-/Hörgeschädigten-Service:

E-Mail: info.gehoerlos@bmas.bund.de

info.deaf@bmas.bund.de

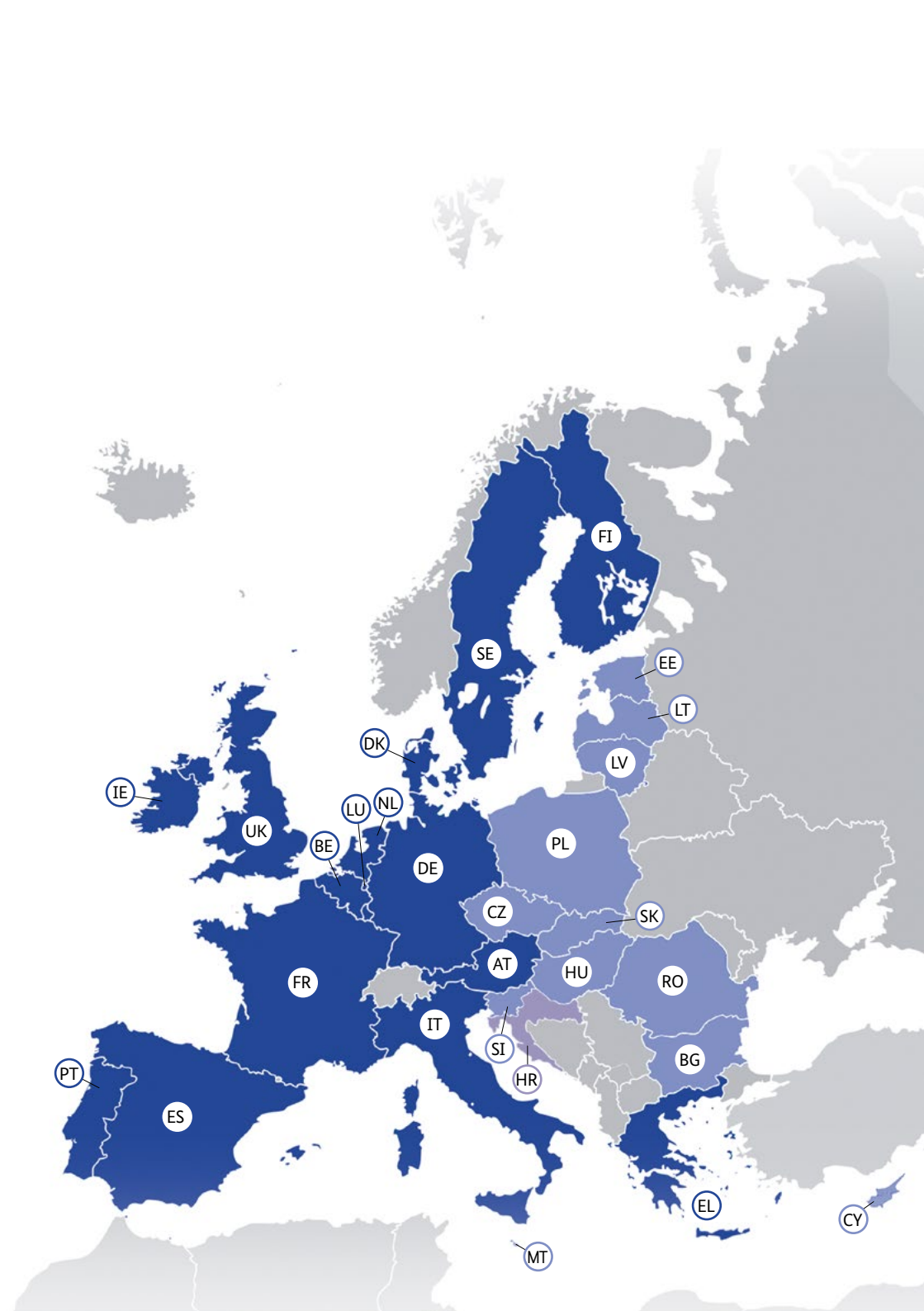
Fax: 030 221 911 017

Gebärdentelefon:

gebaerdentelefon@sip.bmas.buergerservice-bund.de

Redaktionsstand

Die Texte und Länderdaten dieser Broschüre beruhen auf dem Stand vom Dezember 2017. Die Tabellen der Broschüre stützen sich überwiegend auf die neueste zusammenhängend verfügbare Eurostat-Datenbasis Juli/August 2017.



IE

UK

BE

LU

NL

FR

ES

PT

DE

IT

AT

CZ

SI

HR

SE

FI

PL

LV

SK

HU

RO

BG

EE

LT

EL

CY

MT



Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales kostenlos herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Mißbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Außerdem ist diese kostenlose Publikation – gleichgültig wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist – nicht zum Weiterverkauf bestimmt.

